



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Perspektive
Berufsabschluss



Perspektive Berufsabschluss

Dokumentation der ersten Jahrestagung 27. und 28. Mai 2009 in Berlin



BILDUNG

Ideen zünden!

IMPRESSUM

Herausgeber: Projektträger im DLR (PT-DLR) für das Programm
**Perspektive Berufsabschluss des Bundesministeriums für Bildung
 und Forschung (BMBF)**
 Heinrich-Konen-Straße 1
 53227 Bonn
 Telefon: 0228 3821-322, Telefax: 0228 3821-323
 Internet: www.perspektive-berufsabschluss.de

Bestellungen: Tel.: 01805 2623-02, Fax: 01805 2623-03
 (14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz)
 oder per E-Mail: books@bmbf.bund.de

Dokumentation 1/2009
 Bonn, August 2009

Text- und Bildredaktion: Andrea Suhr, Deutsches Zentrum für Luft- und
 Raumfahrt e. V. (DLR), Projektträger im DLR (PT-DLR), Bonn

Bildnachweis: Sven Hobbiesiefken, realfoto – fotodesign, Berlin

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe: Dr. Frank Braun, PD Dr. Dieter
 Gnahs, Kornelia Haugg, Dr. Beate Kramer, Peter Munk, Dr. Birigt Reißig,
 Prof. Dr. Eckart Severing, Andrea Suhr, Prof. Dr. Rudolf Tippelt

Gestaltung: ziller design,
 Mülheim an der Ruhr

Herstellung: Richard Thierbach Buch- und Offset-Druckerei,
 Mülheim an der Ruhr

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ wird aus Mitteln des Bundes-
 ministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozial-
 fonds der Europäischen Union gefördert. Durchgeführt wird das Programm
 vom Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.



Deutsches Zentrum
 für Luft- und Raumfahrt e.V.
 Projektträger im DLR



EUROPÄISCHE UNION

Inhalt

Einführung	04
Programmübersicht	05
Perspektive Berufsabschluss – eine erste Zwischenbilanz Eröffnungsrede von Kornelia Haugg, Bundesministerium für Bildung und Forschung	06
Bildung fördern – regionale Entwicklung zukunftsorientiert gestalten Vortrag von Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Ludwig-Maximilians-Universität München	12
Perspektiven schaffen – regionales Übergangsmanagement als berufsbildungspolitischer Gestaltungsauftrag Vortrag von Dr. Birgit Reißig, Deutsches Jugendinstitut	22
Potenziale nutzen – abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung regional etablieren Vortrag von Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung	31
Zukunft sichern – Fachkräftenachwuchs als wichtige Ressource regionaler Entwicklung Podiumsdiskussion mit Akteuren aus den Förderregionen	37
Fachforen	60
Forum 1: Am Bedarf ansetzen – regionale Basisdaten zur Steuerung der beruflichen Bildung Impulsvortrag von Dr. Frank Braun, Deutsches Jugendinstitut	61
Forum 2: Regionale Vernetzung vorantreiben – Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung Impulsvortrag von PD Dr. Dieter Gnahs, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung	69
Forum 3: Berufliche Nachqualifizierung flexibel gestalten – Förderung bedarfsorientierter Qualifizierungswege Impulsvortrag von Dr. Beate Kramer, Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk	77
Arbeitsmärkte und berufliches Lernen im Wandel – Gestaltungsspielräume für eine chancengerechte Berufsbildung nutzen Expertengespräch auf dem Podium	84
Resümee und Ausblick Schlusswort von Peter Munk, Bundesministerium für Bildung und Forschung	108



„Nur wer jetzt ausbildet, wird morgen über den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs verfügen.“

Mit dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden in 49 Modellregionen die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, die ein wirksames Übergangssystem von Schule in Berufsausbildung für Jugendliche und ein effektives System beruflicher Nachqualifizierung für un- und angelernte junge Erwachsene ermöglichen. Nach einjähriger Laufzeit des Programms wurde vom 27.-28-Mai 2009 im Berliner Estrel Hotel eine erste Standortbestimmung vorgenommen.

Rund 300 Tagungsgäste diskutierten die vorliegenden Erfahrungen im Kontext der aktuellen bil-

dungspolitischen Entwicklungen. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Bildungsforschung gaben Impulse, debattierten in Expertenrunden und Fachforen sowie auf dem Podium und gaben Einblicke in die Praxis.

Der vorliegende Tagungsband beinhaltet neben den ungekürzten Transkripten der beiden Podiumsdiskussionen auch sämtliche Vorträge aus dem Plenum und die Impulsvorträge aus den drei Fachforen. Die Präsentationsfolien aller Vortragenden finden Sie auf der Programmhomepage unter www.perspektive-berufsabschluss.de.



Rund 300 Tagungsgäste besuchten die erste Jahrestagung von „Perspektive Berufsabschluss“.

Programmübersicht

Programm 27. Mai

Begrüßung und Gesamtmoderation

Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk

Perspektive Berufsabschluss – eine erste Zwischenbilanz

Kornelia Haugg, Bundesministerium für Bildung und Forschung

- 14:00 Uhr** **Bildung fördern – regionale Entwicklung zukunftsorientiert gestalten**
Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Ludwig-Maximilians-Universität München
- 14:45 Uhr** **Perspektiven schaffen – regionales Übergangsmanagement als berufsbildungspolitischer Gestaltungsauftrag**
Dr. Birgit Reißig, Deutsches Jugendinstitut
- 15:15 Uhr** **Potenziale nutzen – abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung regional etablieren**
Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung
- 15:45 Uhr** **Kaffeepause**
- 16:15 Uhr** **Zukunft sichern – Fachkräftenachwuchs als wichtige Ressource regionaler Entwicklung**
Podiumsdiskussion mit Akteuren aus den Förderregionen
- 18:00 Uhr** **Informeller Erfahrungsaustausch und Abendbuffet**

Programm 28. Mai:

- 9:00 Uhr** **Vorstellung der Forenthemen im Plenum**

Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk

9:15 Uhr

Forum 1:

Am Bedarf ansetzen - regionale Basisdaten zur Steuerung der beruflichen Bildung

Impuls: *Dr. Frank Braun, Deutsches Jugendinstitut*

Robert Hansmaier, Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München

Regina Linke, Schulamt der Stadt Köln

Forum 2:

Regionale Vernetzung vorantreiben -

Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung

Impuls: *PD Dr. Dieter Gnahs, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung*

Jörg Freese, Deutscher Landkreistag

Uwe Lübking, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Forum 3:

Berufliche Nachqualifizierung flexibel gestalten -

Förderung bedarfsorientierter Qualifizierungswege

Impuls: *Dr. Beate Kramer, Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk*

Christoph Acker, Bundesinstitut für Berufsbildung

Ulrich Eberle, Bundesagentur für Arbeit

10:45 Uhr

Kaffeepause

11:00 Uhr

Arbeitsmärkte und berufliches Lernen im Wandel -

Gestaltungsspielräume für eine chancengerechte Berufsbildung nutzen

Expertengespräch auf dem Podium

12:30 Uhr

Resümee und Ausblick

Peter Munk, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Perspektive Berufsabschluss – eine erste Zwischenbilanz

Eröffnung der ersten Jahrestagung des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ durch Kornelia Haugg, Leiterin der Abteilung „Berufliche Bildung; Lebenslanges Lernen“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße sie ganz herzlich zur ersten Jahrestagung des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“. Fast auf den Tag genau vor einem Jahr habe ich hier in Berlin, damals in der Tagungsstätte Kalkscheune in der Friedrichstraße, das Programm eröffnet. Die Jahrestagung heute und morgen soll nun eine erste Standortbestimmung vornehmen und die vorliegenden Erfahrungen im Kontext der aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen spiegeln. Sie bietet Ihnen aber auch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit den Akteuren dieses Programms, zu dem ich Sie ausdrücklich ermuntern möchte. „Reif für die Infoinsel“ ist das Motto.

Als erstes möchte ich mich im Namen des BMBF – vor allem aber auch des Fachreferates unter Leitung von Herrn Peter Munk – bei den Kolleginnen und Kollegen der Programmsteuerung beim Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, der wissenschaftlichen Begleitungen durch das Deutsche Jugendinstitut München und das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung Nürnberg und natürlich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen in den Programmvorhaben für die engagierte Arbeit während des vergangenen Jahres sehr herzlich bedanken.

Hohes Engagement wird auch weiterhin erforderlich sein. An der Zielstellung, unseren jungen Menschen einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung



„Ich begrüße Sie ganz herzlich zur ersten Jahrestagung des BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“, Kornelia Haugg, Bundesministerium für Bildung und Forschung.“

und Beruf zu ermöglichen, arbeiten viele Beteiligte mit. Sie alle haben ganz verschiedene Zuständigkeiten und gesetzliche Rahmenbedingungen. Insbesondere bei solchen Jugendlichen, deren bisheriger Bildungsweg aus den unterschiedlichsten Gründen nicht erfolgreich verlief, sind besondere Anstrengungen und Unterstützungsleistungen erforderlich.

Dazu bedarf es funktionierender Netzwerke mit möglichst allen Beteiligten in der Region. Dies nachhaltig zu sichern, bleibt eine schwierige Aufgabe für die Vorhaben dieses Programms.

Wie Sie dem Tagungsprogramm entnehmen können, werden uns die wissenschaftlichen Begleitungen vom Deutschen Jugendinstitut München und dem Forschungsinstitut Betriebliche Bildung Nürnberg und anschließend eine Reihe von Akteuren aus einigen der 49 Förderregionen aus ihrer Arbeit berichten. Ich erwarte dabei sowohl bereits positive Entwicklungen als auch wichtige Hinweise für zukünftigen Handlungsbedarf. Ich bin mir sicher, dass wir uns auf eine spannende und informative Veranstaltung freuen können.

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr mit der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ rund 80 Maßnahmen über die Ressortgrenzen hinweg gebündelt und zum Teil neu auf den Weg gebracht, um allen Menschen einen Einstieg und einen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Der Bildungsgipfel der Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin, die gemeinsam mit der Dresdener Erklärung einen Ziel- und Maßnahmenkatalog zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses und zur Verbesserung des Bildungssystems vorgelegt haben, hat diesen Prozess auch auf die Länder ausgeweitet.

Damit werden nunmehr zahlreiche Maßnahmen in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen, darüber hinaus aber auch eine ganze Reihe gemeinsamer Vorhaben von Bund und Ländern angepackt. Bereits zur Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten im Oktober 2009 wird eine erste Zwischenbilanz vorliegen, an der wir bereits intensiv arbeiten. Auch für das in Dresden vereinbarte Ziel, in Deutschland bis zum Jahr 2015 die Ausgaben für Bildung und Forschung auf zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern, wird für die Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten ein Zwischenbericht vorbereitet. Im Jahr 2010 wird ein weiterer gemeinsamer Bericht zur Umsetzung vorgelegt werden.

Die Maßnahmen von Bund und Ländern betreffen alle Bildungsbereiche. Besonders hervorheben möchte ich den Grundsatz „Prävention statt Reparatur“, der sich durch die Erklärung zieht. Für unser heutiges Thema bedeutet dies, bereits im Schulbereich und am Übergang von Schule in Ausbildung anzusetzen. Dabei ist eine verbesserte Kompetenzfeststellung bei den Jugendlichen am Übergang

von der Schule in die Ausbildung genauso im Blick wie verbesserte Übergänge aus Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems in die betriebliche Ausbildung. Die Jugendlichen mit schlechteren Startchancen, ihre berufliche Qualifizierung und ihr Förderbedarf sind nachdrücklich angesprochen.

Neu ist, dass sich Bund und Länder auf ein messbares Ziel – nämlich die Halbierung der Zahl der Schulabbrecher und derer, die keinen Berufsabschluss haben, – verständigt haben. Damit sind Weichen für die Zukunft gestellt. Gleichzeitig wird auch einer jahrelangen Forderung der Benachteiligtenförderung entsprochen.

Berufsvorbereitungsmaßnahmen in der jetzt bekannten Form gibt es seit mehr als 30 Jahren, die Benachteiligtenförderung als außerbetriebliche Ausbildung seit etwa 20 Jahren. Konzipiert waren beide Maßnahmenbereiche als Übergangshilfen beziehungsweise Überbrückungsmaßnahmen in Zeiten des Ausbildungsplatzmangels. Mit dem Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurden diese Instrumente zum 1. Januar 2009 erneut den neuen Anforderungen angepasst.

Benachteiligtenförderung als bildungspolitische Aufgabe hat damit weiterhin eine eigenständige Bedeutung im Berufsbildungssystem. Hinzugekommen sind inzwischen zahlreiche weitere Maßnahmen aus dem Ausbildungspakt und der Qualifizierungsinitiative, wie zum Beispiel Einstiegsqualifizierung, Berufseinstiegsbegleitung, Ausbildungsbonus, Förderung von Sprachkursen, Kompetenzagenturen, 2. Chance für Schulverweigerer. Außerdem gehören zu dieser Aufzählung auch die Maßnahmen der Länder am Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf. Der Nationale Bildungsbericht 2008 geht von bis zu 500 000 jungen Menschen aus, denen es zur Zeit nicht gelingt, unmittelbar im Anschluss an die Schule eine Ausbildung zu beginnen und spricht in diesem Zusammenhang von einem Übergangssystem.

Sicherlich kann man bei allen diesen Maßnahmen nicht durchgängig von Benachteiligtenförderung sprechen, aber viele der Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf finden sich hier wieder. Diese Vorbereitungen nicht zu Warteschleifen werden zu lassen, sondern zu anschlussfähigen Fördermaßnahmen muss unsere gemeinsame bildungspolitische Gestaltungsaufgabe sein.

Wir können auf einem hohen Sockel von Leistungen und Erfahrungen aufbauen. Dabei denke ich an die finanziellen Investitionen ebenso wie an die

Arbeit in den Bildungseinrichtungen. Ich erinnere daran, dass die jährlichen Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit für die Bereiche Berufsvorbereitung, außerbetriebliche Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen die 3-Milliarden-Grenze längst überschritten haben.

Hinzuzurechnen sind die Mittel, die von den Ländern für schulische Berufsvorbereitung und Zielgruppenprogramme aufgewendet werden, die kommunalen Mittel für Jugendsozialarbeit beziehungsweise Jugendberufshilfe und die Bundesmittel, die im Rahmen verschiedenster Programme zu erheblichen Teilen den benachteiligten Jugendlichen zugute kommen.

Ich sage es etwas zugespitzt und ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der Bildungsträger: Das Problem in der aktuellen Benachteiligtenförderung ist am Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf nicht der Mangel an Mitteln und Maßnahmen, sondern der Mangel an Koordination beim Einsatz des vorhandenen Potenzials. Und das sowohl in finanzieller Hinsicht wie im Blick auf die Bildungsarbeit der Akteure vor Ort.

Im Interesse der jungen Menschen sind eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung aller relevanten Akteure vor Ort, auf Dauer angelegte regionale Kooperationsnetze und Bündelung der vorhandenen Ressourcen notwendig. Dafür wird das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ Signale setzen.

Zwei Rahmenbedingungen sind gegenwärtig besonders zu beachten: die demographische Entwicklung und die wirtschaftliche Krise.

Die demografische Entwicklung führt bereits heute zu einer verstärkten Nachfrage nach Fachkräften. Im Jahr 2020 werden in Deutschland 3,1 Millionen weniger unter 25-Jährige leben als im Jahr 2007. Der Bevölkerungsrückgang in diesem Zeitraum ist mit zwei Prozent ungleich geringer als mit 15 % in dieser Altersgruppe. Zunehmend hören wir von Betrieben – insbesondere im Handwerk –, dass für freie Ausbildungsplätze nicht mehr genügend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen. In den östlichen Bundesländern ist der Rückgang schon seit Jahren dramatisch. Im Westen wird der Rückgang der Schulabgänger in den nächsten Jahren deutlich spürbar.

Zunehmend rücken daher auch für die Betriebe wieder die jungen Menschen in den Fokus, die unter schlechteren Bedingungen ihren Lebens-, Bildungs-

und Ausbildungsweg gehen müssen und in den letzten Jahren oftmals keine betriebliche Ausbildung beginnen konnten. Dazu zählen vor allem leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene ohne Schulabschluss, aber auch Jugendliche ausländischer Herkunft und junge Aussiedler. In der Vergangenheit fand für diese Jugendlichen Qualifizierung im Rahmen der Benachteiligtenförderung oft außerbetrieblich statt, mit den bekannten Schwierigkeiten beim Übergang in Beschäftigung. Künftig ist es notwendig und auch möglich, wieder mehr Betriebe für die Ausbildung dieser Jugendlichen zu gewinnen. Dabei kann regionales Übergangsmanagement Erhebliches beitragen.

Gegenwärtig befinden wir uns aber auch in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, deren genaue Auswirkungen wir alle noch nicht einschätzen können. Der Ausbildungsmarkt 2009 steht angesichts dieser Entwicklung vor großen Herausforderungen. Wir wissen alle um die enge Verbindung von Wirtschaftslage, Beschäftigungssituation und Ausbildungsmarkt.

Daher beobachten wir den Ausbildungsmarkt noch sorgfältiger als in den Jahren zuvor und stehen mit allen Verantwortlichen bei den Sozialpartnern, den Ländern und der Wissenschaft im Gespräch, um es nicht zu einer Ausbildungsplatzkrise kommen zu lassen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, denn die Botschaft, dass es vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung notwendig ist, jetzt für den Fachkräftenachwuchs Sorge zu tragen, ist in den Betrieben angekommen.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung, die in einem erheblichen finanziellen Kraftakt auf den Weg gebracht wurden, verfolgen das Ziel, den wirtschaftlichen Abschwung zu bremsen, Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise neue in Zukunftsbranchen zu generieren und Wachstumskräfte zu stärken.

Wenn wir als Bundesregierung die Wirtschaft entsprechend unterstützen, dann ist es aus meiner Sicht auch mehr als gerechtfertigt, an Wirtschaft und Betriebe zu appellieren: Wer von den neu aufgelegten, steuer- also unmittelbar von den Bürgerinnen und Bürgern finanzierten Konjunkturprogrammen direkt oder indirekt profitiert, der muss gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und auch in ökonomisch angespannten Zeiten vorausschauend handeln und in Ausbildung und Qualifizierung investieren!

Deshalb ruft die Bundesregierung Unternehmen dazu auf, sich trotz der globalen Wirtschaftsentwicklung ganz besonders für eine gleichbleibend hohe Ausbildungsleistung einzusetzen und keinesfalls in ihrer Ausbildungsleistung nachzulassen. Nur wer jetzt ausbildet, wird morgen über den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs verfügen. Dabei müssen auch die genannten Jugendlichen mit schlechteren Startchancen Ausbildungsmöglichkeiten bekommen.



„Nur wer jetzt ausbildet, wird morgen über den dringend benötigten Fachkräftenachwuchs verfügen. Dabei müssen auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen Ausbildungsmöglichkeiten bekommen.“

Deshalb ist es auch richtig, dass Betriebs- und Praxisorientierung in der Benachteiligtenförderung weiterhin einen hohen Stellenwert haben müssen. Die Benachteiligtenförderung darf wegen des Erhalts der Anschlussfähigkeit niemals ein nach außen abgeschotteter Bereich in einem eigenen Übergangssystem sein. Übergänge aus der Berufsvorbereitung und nach dem ersten Jahr der außerbetrieblichen Ausbildung in betriebliche Ausbildung sollten wieder in größerem Umfang möglich werden. Auch dazu brauchen wir ein gut konzipiertes und gut ausgebauten regionales Unterstützungssystem – und mehr Bereitschaft der Betriebe, sich für die Ausbildung von Jugendlichen mit Förderbedarf stärker zu öffnen.

Förderinitiative 1: Regionales Übergangsmanagement

In den 27 Modellregionen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“, die ein solches regionales Übergangsmanagement im Sinne kohärenter Benachteiligtenförderung erproben, stand im ersten Jahr eine Bestandsaufnahme in der jeweiligen Region im Mittelpunkt. An allen Standorten werden mehr oder weniger qualitative und quantitative Schwachstellen im Bereich der Übergänge Schule-Beruf konstatiert. Auch diese Praxisprojekte sehen das Problem nicht im Mangel an Angeboten, sondern in der noch fehlenden Koordination und Qualitätskontrolle.

So stellen fast alle Programmvorhaben zunächst Transparenz her, zum einen auf Seiten der Jugendlichen – zum Beispiel über Bildungsberichte oder Verlaufsuntersuchungen zu Wegen aus der Schule in Ausbildung –, zum anderen auf Seiten der Angebotsstrukturen vor Ort. Dieses Wissen zeigt die Stellen auf, an denen bei der Umsetzung regionalen Übergangsmanagements angesetzt werden muss. Zugleich können diese Informationen durch die kommunalen Koordinatoren als ein weiterer „Türöffner“ für die Verbesserung der Kooperationsbeziehungen vor Ort genutzt werden. Kommunale Akteure treten somit als Initiatoren des Prozesses der Verbesserung regionalen Übergangsmanagements auf und nicht nur als Moderatoren. Sie nehmen damit auch eine Dienstleistungsfunktion gegenüber wichtigen anderen Akteuren wahr, indem sie Erkenntnisse ihrer Untersuchungen bereitstellen. Eine arbeitsteilige und auf verbindliche Absprachen basierende Netzwerkarbeit ist für die angestrebte Strukturverbesserung grundlegend. Der Aspekt der Qualität der Angebote sollte ein effektives, kohärentes und aus dem Bedarf der Region abgeleitetes Fördersystem bestimmen.

An den 27 Standorten wurden zwischen den Vorhaben Gemeinsamkeiten hinsichtlich struktureller Hürden für das Gelingen des regionalen Übergangsmanagements sichtbar. Auch gibt es erste Hinweise auf Faktoren, die das Gelingen des Übergangsmanagements befördern können. Diese lassen sich in vier Punkte zusammenfassen:

1. Das Engagement der lokalen politischen Spitze – zum Beispiel von Gemeinderäten, Stadträten, Kreistagen, Oberbürgermeistern, Integrationsbeauftragten – für das Anliegen ist wesentliche Voraussetzung;

- 2, Ein „langer Atem“ eines wichtigen lokalen/regionalen Akteurs bei der Stabilisierung des regionalen Netzwerkes wird gebraucht;
- 3, Die Verknüpfung und Abstimmung des regionalen Übergangsmagements mit Initiativen auf Landesebene aus unterschiedlichen Ministerien ist förderlich;
- 4, Ein wirksames lokales Übergangsmangement ist ein Ergebnis eines längeren und mitunter schwierigen Prozesses. Deshalb sehen wir uns darin bestätigt, den Vorhaben mit vier Jahren eine relativ lange Laufzeit gegeben zu haben.

In den Programmvorhaben wird immer wieder die Verbindung von Berufsorientierung und der verbesserten Kompetenzfeststellung bei Jugendlichen mit dem regionalen Übergangsmangement gesucht. Diese Bemühungen werden durch das BMBF-Programm zur Berufsorientierung, die vertiefte Berufsorientierung der Bundesagentur für Arbeit und die weiteren Maßnahmen der Qualifizierungsinitiative durch die Länder ergänzt. Gemeinsam mit den Ländern und der Bundesagentur haben wir vereinbart, einen systematischen Überblick über die Vielfalt der in diesem Feld derzeit umgesetzten Programme und Projekte zu erarbeiten. Das Ziel ist, Transparenz über die verfolgten pädagogischen Konzeptionen, die eingesetzten Methoden und Instrumente und die Formen der Kooperation, in denen die Programme und Projekte umgesetzt werden, herzustellen und eine Grundlage für einen intensivierte fachlichen Austausch zu schaffen.

Ein Fachkongress soll Anfang November insbesondere für „Gestalter“ und „Umsetzer“ ein Forum für einen systematischen Austausch über Konzepte, Umsetzungsstrategien, Erfahrungen und Forschungsergebnisse bieten.

Förderinitiative 2: Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung

Die Benachteiligtenförderung beschäftigt sich auch bereits seit vielen Jahren mit den jungen Erwachsenen, die trotz aller Bemühungen ohne einen Berufsabschluss bleiben.

Im Jahr 2008 waren circa vier Mio. Personen ohne Berufsausbildung sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 14,8 % an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Hier liegt ein erhebliches Potenzial für berufliche Nachqualifizierung. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist die beste Vorsorge gegen zukünftige Arbeitslosigkeit.

Gegenwärtig haben 43,5 % aller Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung bietet allen diesen Personen Chancen, doch noch einen Berufsabschluss zu erlangen und so die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Auch die Unternehmen haben erkannt, dass es hier noch Potenzial zu erschließen gilt. Zur langfristigen Deckung ihres Personalbedarfs bietet es sich an, den an- und ungelerten Mitarbeitern zu ermöglichen, einen Berufsabschluss nachzuholen.

Angesichts des künftigen Fachkräftebedarfs sind An- und Ungelernte eine Qualifizierungsreserve, die wir nutzen müssen. Gerade in der gegenwärtigen Krise können Freiräume aufgrund mangelnder Arbeitsauslastung genutzt werden, um eine berufliche Qualifizierung angelernter Kräfte anzustoßen. Besonders für An- und Ungelernte eröffnen sich über Nachqualifizierung neue Möglichkeiten für den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Konjunkturpaketes II umfangreiche Finanzierungsmöglichkeiten für die Qualifizierung von beschäftigten Personen zur Verfügung gestellt und die Kampagne „Qualifizieren statt entlassen“ initiiert. Die bestehenden Förderangebote wurden erweitert, so dass jetzt die konjunkturellen Kurzarbeitszeiten für die Qualifizierung verwendet werden können. Umsetzen können Unternehmen eine langfristig angelegte berufsbezogene Qualifizierung angelernter Beschäftigter jedoch nur, wenn regional auch ein bedarfsgerechtes Angebot an Beratungs- und Unterstützungsleistungen vorgehalten wird.

Die 22 regionalen Vorhaben in der Förderinitiative 2 des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ tragen gegenwärtig vor allem dazu bei, dass durch systematische Bedarfsanalysen regionale Interessens- und Bedarfslagen transparent gemacht werden. Bestehende Qualifizierungsangebot für An- und Ungelernte werden in einem ersten Schritt in einem regionalen Nachqualifizierungskatalog zusammengestellt.

Ziel ist es, in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Arbeitsmarktakteuren nachhaltig ein auf den regionalen Bedarf abgestimmtes Nachqualifizierungsangebot aufzubauen. Die wissenschaftliche Begleitung hat diesen Prozess durch Veranstaltungen, Monitoringinstrumente und thematische Arbeitsgruppen im ersten Jahr der Programmlaufzeit unterstützt. Ein Begleitvorhaben der Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk unterstützt die regionalen Vorhaben bei Fragen der

Zulassung zur Externenprüfung. Der Zulassungsprozess soll transparenter gestaltet und Kriterien erarbeitet werden, deren Beachtung die Chancen für einen erfolgreichen Abschluss der Externenprüfung verbessern.

Die Umsetzungsmöglichkeiten abschlussorientierter modularer Nachqualifizierung unterstützen wir außerdem durch die parallele Erprobung von Ausbildungsbausteinen im Rahmen des Programms JOBSTARTER CONNECT. Grundlage sind die vom Bundesinstitut für Berufsbildung im Auftrag des BMBF entwickelten bundeseinheitlichen und kompetenzbasierten Ausbildungsbausteine, abgeleitet aus den BBIG-Berufen.

Aus zahlreichen Gesprächen von den regelmäßigen Netzwerktreffen der beiden Förderinitiativen sowie von vielen regionalen Veranstaltungen haben wir den Eindruck gewonnen, dass die Arbeiten in den 49 Modellregionen von „Perspektive Berufsabschluss“ gut angelaufen sind. Die Vorhaben sind in den Regionen bekannt, und ihre Arbeit im Sinne einer Koordinierung von Bildungsarbeit vor Ort wird zunehmend geschätzt und als Serviceleistung angenommen.



„Die Arbeit der Vorhaben von 'Perspektive Berufsabschluss' im Sinne einer Koordinierung von Bildungsarbeit vor Ort wird zunehmend geschätzt und als Serviceleistung angenommen.“

Es hat sich übereinstimmend gezeigt, dass eine solide Datengrundlage und die Etablierung eines professionellen Datenmanagements wesentliche Grundlagen für die Schaffung verlässlicher Strukturen in allen beteiligten Programmvorhaben sind. Sie sind die Voraussetzung, um den konkreten Handlungsbedarf in den Regionen zu ermitteln und weitere Schritte in der Programmarbeit systematisch mit den relevanten Informationen zu unterfüttern.

Regionales Übergangsmanagement setzt ein umfassendes Bild von der Übergangssituation der Jugendlichen voraus. Die Wege der jungen Leute von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit müssen unabhängig von Einzelzuständigkeiten der beteiligten Akteure übergreifend begleitet werden. Das erfordert Verfahren, die die Wege der Jugendlichen differenziert abbilden. Die theoretischen Erkenntnisse sind weitgehend vorhanden, was fehlt, ist eine breite, flächendeckende Umsetzung in die Praxis der Regionen. Hierfür leisten die 27 Programmvorhaben der Förderinitiative 1 wertvolle Entwicklungsarbeit.

In den 22 Programmvorhaben der Förderinitiative 2 zeichnet sich ab, dass Unternehmen eine langfristig angelegte berufsbezogene Qualifizierung angelernter Beschäftigter bis hin zum Berufsabschluss nur umsetzen können, wenn regional auch ein bedarfsgerechtes Angebot an Beratungs- und Unterstützungsleistungen vorgehalten wird. Hierzu werden systematische Bedarfsanalysen gebraucht, die regionale und spezifische Interessenslagen transparent machen. Sicherlich können wir von den Modellregionen kein Allroundkonzept erwarten, sondern good practice-Erfahrungen unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten, die für andere Regionen nachvollziehbar aufbereitet werden.

Die Bundesregierung erwartet von den Vorhaben im Programmverlauf deutliche Signale für die weitere Ausgestaltung erfolgreicher Bildungsarbeit in den Regionen. Zur systematischen Erfassung dieser Ergebnisse haben wir zu Beginn des Jahres eine begleitende Evaluierung des Programms ausgeschrieben und diese im Frühjahr an die Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung Berlin (GIB) vergeben. Sie soll eine Erfolgskontrolle auf Programmebene durchführen und Empfehlungen für weiterführende bildungspolitische Maßnahmen bereits während der Laufzeit des Programms unterbreiten.

Meine Damen und Herren,

ich möchte meine Ausführungen mit dem Wunsch schließen, dass Sie alle eine für Sie und Ihre Arbeit gewinnbringende Veranstaltung erleben und wir auf Seiten des BMBF viele neue Anregungen für die weitere Programmarbeit mitnehmen können.

Bildung fördern – regionale Entwicklung zukunftsorientiert gestalten

Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Ludwig-Maximilians-Universität München



Bildung als regionalpolitische Aufgabe – Inklusion und präventive Strategien gegen Exklusion

1. Perspektiven des Übergangsmagements

Übergänge und Übergangsmangement sollen im Folgenden aus zwei sich ergänzenden Perspektiven betrachtet werden:

Erstens fokussiert die *Lebenslaufperspektive* die verschiedenen Entwicklungsaufgaben im Kontext des Lebenslangen Lernens und hebt die besondere Bedeutung von Bildungsinstitutionen hervor. Bereits in der frühkindlichen Bildung – in den Kindergärten, der Primarstufe der Schule sowie im Elternhaus – wird bei günstigen Konstellationen eine lang nachwirkende intrinsische Motivierung des Lernens, eine Interessensorientierung bewirkt oder bei ungünstigen Konstellationen auch verfehlt. Im frühen Jugendalter werden in der Schule, aber auch im informellen Bereich durch die Einwirkung von Medien und durch die Peer-Kontakte Grundbildung und basale Kompetenzen aufgebaut, die für den Übergang in die berufliche Bildung von allergrößter Bedeutung sind. Im späten Jugend- und im frühen Erwachsenenalter, in der beruflichen Bildung, aber auch in der akademischen Hochschulbildung sowie im infor-

mellen Kontext durch selbstorganisiertes Lernen werden Wissen und Fähigkeiten spezialisiert und differenziert. Im mittleren Erwachsenenalter wird nonformal in der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung Wissen neu ausgerichtet, die erfahrungsbasierte kristalline Intelligenz Älterer und die fluide Intelligenz Jüngerer werden im Idealfall aufeinander bezogen, und es wird wiederum informell in Freundeskreisen und im Familienkontext Wissen weitergegeben. Es muss aufgrund des technologischen Wandels, der Veränderungen der Arbeitsorganisation sowie der schnellen Produktinnovationen permanent auch neu- und umgelernt werden, und es müssen neue Wissensbereiche erschlossen werden. Im frühen Alter, in der nachberuflichen Phase wird ergänzend nachgelernt. Es kommt zum freien Lernen, und Lernende können sich Dingen widmen, die sie bislang häufig aufgeschoben haben. Lernen endet aber hier nicht, sondern auch im hohen Alter – wiederum gefördert in Weiterbildungseinrichtungen, aber auch in betreuenden Einrichtungen und durch Medien – erfolgt kompensierendes Lernen mit dem Ziel, dass Menschen möglichst lange selbständig und autonom bleiben.

In diesen Phasen im Lebenslauf und in diesen verschiedenen Übergängen ist der äußerst wichtige Bereich des Übergangs von Schule in Beruf (1. Schwelle)

und von Berufsausbildung in berufliche Tätigkeit (2. Schwelle) eingebettet.

Die zweite Perspektive, unter der Übergangsmangement betrachtet werden kann, ist die *Netzwerkperspektive*, wie sie idealtypisch in den Lernenden Regionen angewandt und ausgearbeitet wurde. Anknüpfend an die Überlegungen von Urie Bronfenbrenner zur sozialökologischen Bildungs- und Sozialisationsforschung muss festgehalten werden, dass Lernen auf mehreren Ebenen stattfindet. Auf der Makroebene prägen kulturelle, ökonomische und demographische Einflüsse das Lernen, auf der Exoebene wird insbesondere in den Netzwerken der Lernenden Regionen die horizontale und vertikale Kooperation von Einrichtungen entwickelt und gefördert. Die Mesoebene stellt den Bereich der organisatorischen Gestaltung von Bildungsinstitutionen und Bildungsprogrammen dar, und auf der Mikroebene werden individuelle Entscheidungen getroffen, die ebenfalls für die Übergänge zwischen Bildungseinrichtungen von größter Bedeutung sind.

Beide Perspektiven heben darauf ab, dass kein enger Blick auf einen isolierten Lebensabschnitt gerichtet werden kann, sondern dass berufliche Entscheidungen und berufliche Einmündungen immer auch von Lernprozessen und Übergängen im schulischen und frühkindlichen Bereich abhängig sind, und dass entsprechende Übergänge vom Bildungs- in das Berufs- und Beschäftigungssystem im weiteren Lebenslauf starke Wirkungen auf die weitere Spezialisierung und Differenzierung des Lernens nehmen.

Der Übergang in den Beruf und der Übergang in die Berufsausbildung sind also keineswegs isolierte Erscheinungen im Lebenslauf, sondern wirken als Chronosysteme auf die späteren Übergänge im Lebenslauf in jeweils spezifischen Umweltkontexten.

2. Übergänge aus Sicht der Makroebene

Das lebenslange Lernen und die Übergänge im Lebenslauf können auch aus einer hier schon angesprochenen Makroperspektive gesellschaftstheoretisch knapp skizziert werden.

> Aus Sicht der **Wissensgesellschaft** kommt es darauf an, Problemlösekompetenz zu entfalten, Kreativität und intelligentes Eingehen auf neue Situationen anzuwenden und aufzubauen. Sinnvolle und geglückte Übergänge können aus wissensgesellschaftlicher Sicht nur realisiert werden, wenn die basalen Sprach- und Selbstre-

gulationskompetenzen (Kulturwerkzeuge) beherrscht werden. Gemeint ist hier das kompetente Verfügen über die Verkehrssprache, eine basale Mathematisierungskompetenz, eine grundlegende fremdsprachliche Kompetenz, eine Kompetenz in der Nutzung von Informationstechnologien und eine Befähigung zur Selbstregulation des Wissenserwerbs. Über diese Vermittlung und Aneignung basaler Sprach- und Selbstregulationskompetenzen hinaus müssen Schule und berufliche Bildung ein Orientierungswissen bereitstellen, das zur kognitiv instrumentellen Modulierung der Welt befähigt, das die ästhetisch expressive Begegnung und Gestaltung von Umwelt (z. B. durch Sprache, Kunst, Literatur und Musik) ermöglicht, das es den Lernenden erlaubt, sich normativ evaluativ mit Wirtschaft und Gesellschaft auseinanderzusetzen (durch Geschichte, Ökonomie, Politik und Gesellschaftskunde) und das auch mit Problemen konstitutiver Rationalität konfrontiert (z. B. durch Ethikunterricht, Philosophie und Religion).

- > Aus Sicht der **Risikogesellschaft** wissen wir, dass die Moderne durch flexible Biografien geprägt ist, dass Kinder nicht immer das tun, was sie modellhaft bei den Eltern erleben, dass sie neue Bildungswege einschlagen. Die Risikogesellschaft impliziert einerseits Freiheit, weil die nachwachsende Generation eigene Wege gehen kann, andererseits birgt sie Risiken, weil es schwierig ist, sich eine Identität anzueignen, die durch das unmittelbare nahe soziale Umfeld nicht immer gestützt werden kann. Glückende Übergänge sind aus Sicht der Risikogesellschaft Basis für die notwendige Inklusion von sozialen Gruppen und Grundlage für sinnhafte Biografien.
- > Aus Sicht der **Arbeitsgesellschaft** haben wir es einerseits damit zu tun, dass zunehmend höhere Fachkompetenzen von Seiten des Arbeitsmarktes und der betrieblichen Arbeitsstrukturen nachgefragt werden, und andererseits – als Schattenseite der segmentierten Arbeitsgesellschaft –, dass von einem Teil der heranwachsenden jungen Erwachsenen Arbeitslosigkeit bewältigt werden muss. Bildungs- und Weiterbildungssystem sind hier gefordert, um entsprechende integrative Lösungen zu unterstützen und mit anzubieten.
- > Aus Sicht der **Zivilgesellschaft** geht es darum, Partizipationskompetenz aufzubauen, sich solidarisch in sozialen Netzen bewegen zu können, eigene Interessen zu erkennen und in einer sozi-

al und gesellschaftlich verträglichen Weise zu realisieren und zu vertreten.

- > Aus Sicht der **Einwanderungsgesellschaft** ist es notwendig, interkulturelle Kompetenzen aufzubauen, ein besonderes Augenmerk auf die Integration der Migranten in unserer Gesellschaft zu richten und Exklusionen dieser großen und sehr heterogenen sozialen Gruppen zu verhindern. Es geht einerseits um Fördern und Fordern, andererseits geht es darum, sich mit Empathie mit den Traditionen der Anderen auseinanderzusetzen, sich in deren kulturelle Welten einzudenken und diesen auch einen gewissen Raum zu ermöglichen.
- > Die Sicht der **Erlebnisgesellschaft** erinnert uns daran, dass in modernen Gesellschaften Pluralität eine Realität geworden ist, dass sich viele Heranwachsende und junge Erwachsene einen jeweils besonderen Habitus aneignen und sich manchmal auch durch Distinktion voneinander abheben wollen. Die Erlebnisgesellschaft ist eine Herausforderung, trotz sehr heterogener und pluraler Lebensstile und sozialer Milieus soziale Kohäsion zu bewahren.
- > Die Sicht der **alternden Gesellschaft** schließlich fordert intergenerative Kompetenz heraus, basiert auf dem demographischen Wandel, der darauf hinweist, dass in der aktuellen Gesellschaft nicht die jugendlichen Kohorten, sondern die mittleren Kohorten der 46-jährigen quantitativ am stärksten sind, und dass in Deutschland auch die betrieblichen Belegschaften zunehmend altern. Das bedeutet, dass sowohl ältere als auch junge Arbeitnehmer in der Lage sein müssen, sich intergenerativ auf die jeweiligen Kompetenzen der anderen Altersgruppen zu beziehen und deren Erfahrungen bei den eigenen Problemlösungen sinnvoll aufzugreifen.

3. Regionalpolitische Aufgaben und Ziele in Lernenden Regionen

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen gesellschaftstheoretischen Zugänge und Überlegungen zum lebenslangen Lernen und den Übergängen stellen sich konkrete regionalpolitische Aufgaben. Beispielsweise können hier einige Ziele des deutschen und europäischen Modellprojekts der Lernenden Regionen genannt werden: Lerner müssen gezielt mobilisiert werden, und insbesondere bildungsferne und bildungsbenachteiligte Personen müssen in Lern- und Bildungsprozesse einbezogen werden; Kreativität und Eigenverantwortung der Menschen

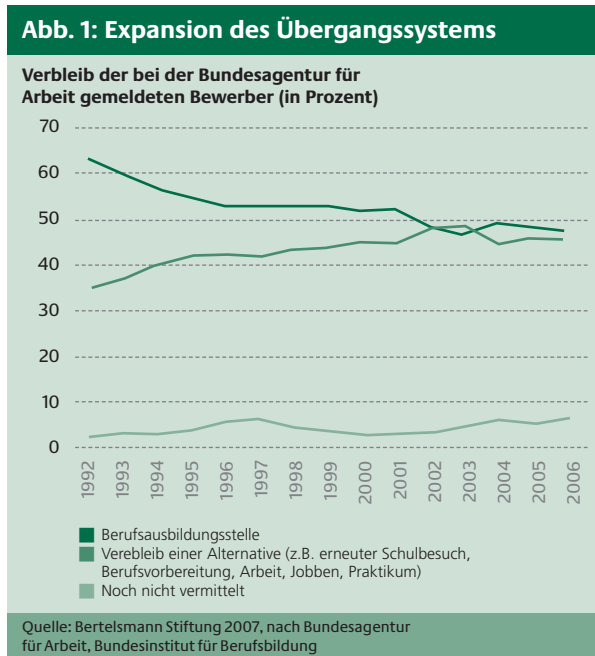
müssen beim formalen wie beim informellen Lernen gestärkt werden. Da nicht alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien haben, geht es um die gezielte Erhöhung der Medienkompetenz und die Erprobung neuer Lernarrangements in diesem pädagogisch-technologischen Bereich.

In Lernenden Regionen sollen vor allem die Übergänge dadurch verbessert werden, dass Bildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie die Wirtschaftsförderung miteinander verknüpft werden, und dass diese Teilbereiche der Politik eng miteinander zusammenarbeiten. Erst dadurch wird Netzwerkarbeit möglich und sinnvoll. Als besondere Herausforderung erweist es sich, die stark expandierenden Bildungsangebote für die potenziellen Nutzer transparent zu halten – eine Kernaufgabe für die Projektleiterinnen und -leiter der Programmvorhaben von „Perspektive Berufsabschluss“. Hier ist im hohen Maße Bildungsberatung gefordert, wie auch Qualität und Verwertbarkeit der Bildungsangebote erhöht werden sollen. Um möglichst viele Lerner und Lerninteressierte in einer Gesellschaft zu erreichen, darf sich Bildung nicht scheuen, auch Bildungsmarketing weiterzuentwickeln und einzusetzen, wobei hier Bildungsmarketing als eine verstärkte Teilnehmer- und Zielgruppenorientierung des Bildungsbereichs aufgefasst wird.

In den lernenden Regionen wurde deutlich, dass Übergänge auf den verschiedenen Ebenen eine Herausforderung darstellen. Jeder einzelne muss durch individuelles Übergangsmangement seine Interessen realisieren und versuchen, den richtigen Anschluss über die richtige Berufswahl zu finden. Allerdings können Übergänge eher selten individuell bewältigt werden. Auch die einzelnen Bildungsinstitutionen und die Betriebe müssen sich auf dieses Übergangsmangement durch organisationale Innovationen einstellen. Dabei gehört es zu den größten Herausforderungen, mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten, denn gelingendes Übergangsmangement ist in modernen Regionen nur als interorganisationales Übergangs- und Kompetenzmanagement denkbar.

4. Drop-out und Übergänge im Bildungssystem

Empirisch ist feststellbar, dass es in den letzten Jahrzehnten zu einer deutlichen Expansion des Übergangsbeziehungswise Parallelsystems kam, und dass ein leichter Rückgang der Berufsausbildungsstellen – insbesondere im dualen System – zu verzeichnen ist.



Ohne eine Expansion des Übergangssystems, das ambivalent diskutiert wird, wäre Jugendarbeitslosigkeit unvermeidbar. Das Übergangssystem, das ebenfalls an Qualitätskriterien gebunden werden muss, bietet auch jenen eine Chance, die in den Bereichen der schulischen und der dualen Berufsausbildung keine Möglichkeit der Selbstverwirklichung von beruflichen Interessen bekamen. Allerdings ist unver-

kennbar, dass es zu Disparitäten im Übergangssystem kommt. Wie die folgende Abbildung zeigt, sind im Übergangssystem insbesondere Personen mit oder ohne Hauptschulabschluss vertreten, während die Heranwachsenden mit mittlerem Abschluss oder mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss sich dominant im dualen System und in der schulischen beruflichen Bildung engagieren. Dennoch kommt es auch bei diesen Bildungsgruppen zur Nutzung des Parallelsystems.

Die Bildungsstatistik weist auch darauf hin, dass Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss – das sind ca. 8 % in Deutschland im Alter von 15 bis 17 Jahren – verstärkt in den östlichen Bundesländern vorkommen. Noch immer sind es jährlich ca. 76 000 Schüler, die die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen.

Kritisch hervorzuheben ist die hohe Anzahl von Klassenwiederholungen in Deutschland, die als ein Prädiktor für schulische Probleme bezeichnet werden muss. Bei jedem dritten Schüler kommt es zu zeitlichen Verzögerungen der Schullaufbahn. Bei den Klassenwiederholungen ist im zeitlichen Verlauf festzustellen, dass sie im Hauptschulbereich seit 1995 sogar angestiegen sind, ebenfalls in Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Dagegen haben die Klassenwiederholungen im Gymnasium relativ deutlich und auch in den Realschulen – allerdings auf einem hohen Niveau – nachgelassen. Unverkennbar ist, dass Jungen häufiger Klassen wiederholen müssen.

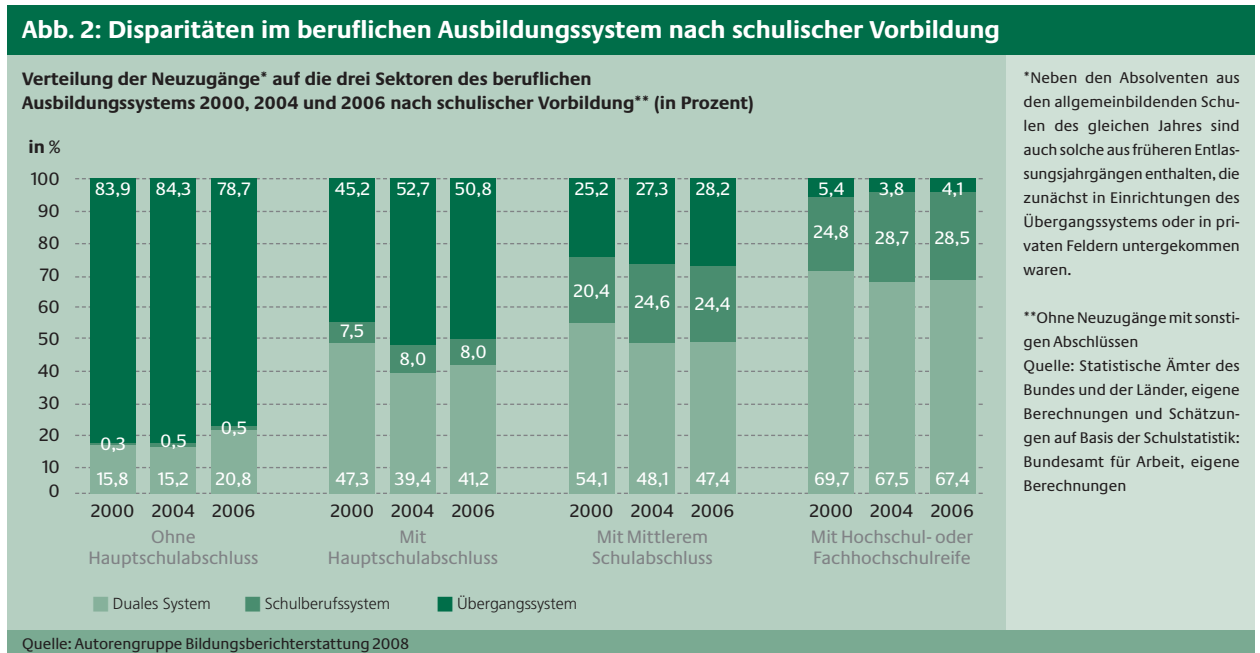
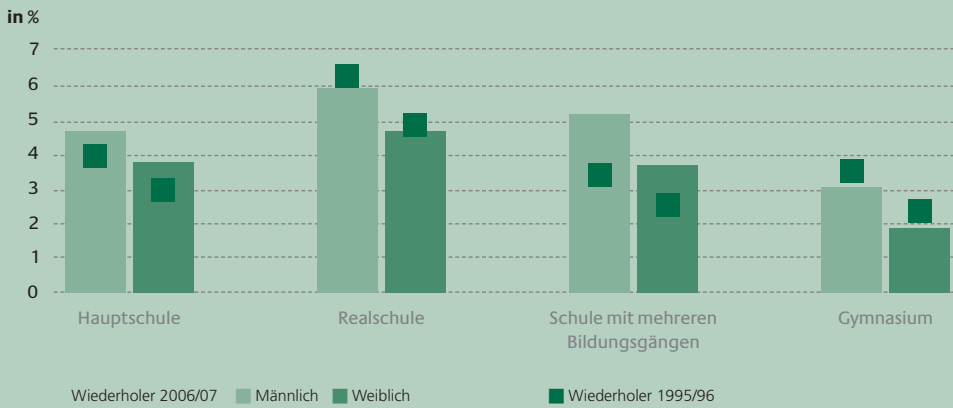


Abb. 3: Klassenwiederholungen 1995/96 und 2006/07 nach Schulart und Geschlecht

Entwicklung der Wiederholerquoten zwischen 1995/96 und 2006/07 nach Schularten* und Geschlecht (in Prozent)



*Bundesweite Angaben zur Wiederholerzahl an Integrierten Gesamtschulen liegen erst ab dem Schuljahr 2004/2005 vor.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 1995/96 und 2006/07

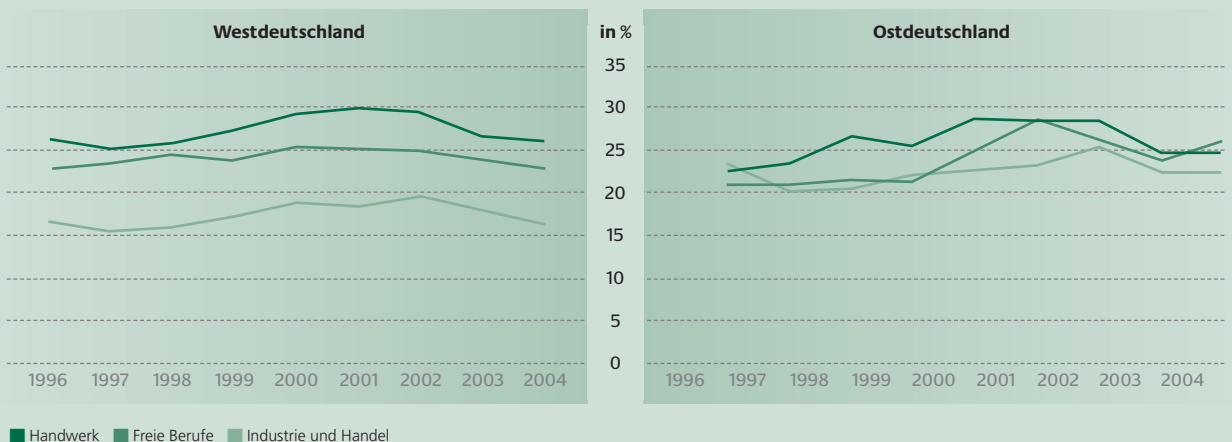
Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008

Zu den gravierenden Problemen des Drop-out und der problematischen Ausbildungsverläufe gehört in Deutschland auch, dass ca. 25 % der beruflichen Ausbildungsverhältnisse nach relativ kurzer Zeit wieder gelöst werden. Dabei ist es in Ost- und in Westdeutschland so, dass im Bereich des Handwerks Ausbildungsverhältnisse deutlich häufiger frühzeitig enden. Noch wissen wir viel zu wenig über die genauen Ursachen und Gründe dieser persönlich und betrieblich ausgesprochen dysfunktionalen Lösungen von Ausbildungsverhältnissen.

Drop-out ist auch im Hochschulbereich stark verbreitet. In den Statistiken des Hochschulinformationssystems erkennt man, dass in den letzten Jahren seit 1995 die Studienabbruchquote an Universitäten und Fachhochschulen rückläufig war und zuletzt bei ca. 21% lag. Es stimmt jedoch nachdenklich, wenn das HIS neuerdings von Studienabbruchquoten in Bachelor-Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen von 30% berichtet, wobei die Fachhochschulen besonders stark betroffen sind und noch höhere Abbruchquoten aufweisen. Derzeit sind dies

Abb. 4: Aufgelöste Ausbildungsverhältnisse

Quoten vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge in West- und Ostdeutschland 1996 bis 2004 nach ausgewählten Ausbildungsbereichen (in Prozent)



Quelle: Konsortium Bildungsberichterstattung 2006

sicher nur Momentaufnahmen und eine genauere Forschung und das Erkennen von Gründen und Ursachen ist dringend erforderlich, dennoch lässt sich auf der Basis der vorhandenen Forschung bereits heute sagen, dass es zum Teil institutionelle organisatorische Einflüsse gibt, die den Abbruch erzwingen, dass sich der familiäre Hintergrund – insbesondere der formale Bildungsabschluss der Eltern – auf den Abbruch auswirkt und jene Schüler besonders gefährdet sind, deren Eltern über niedrige Bildungsabschlüsse verfügen. Außerdem existiert ein eindeutiger geschlechtsspezifischer Unterschied zwischen Männern und Frauen, weil Jungen und männliche Erwachsene auf den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems deutlich häufiger Ausbildungsgänge abbrechen. Letztlich wirkt sich auch der soziokulturelle Hintergrund deutlich aus, denn Jugendliche mit Migrationshintergrund sind von Abbrüchen in den verschiedenen Bereichen des Bildungssystems häufiger betroffen.

5. Prävention: Kooperation von Schulen, Betrieben und Kommunen

Die Prävention gegen Drop-out ist stark mit Kompetenzförderung verbunden. Eine realistische Hoffnung besteht in der Ausweitung der Ganztagschulen, weil die Schülerschaft auch am Nachmittag gezielt gefördert werden kann. Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass Ganztagschulen keine komplett kognitive Veranstaltung sein können, denn die Schülerinnen und Schüler wollen emotionale und soziale Kompetenzen entwickeln. Genauso präventiv bedeutsam wie das individuelle Lernen und das Eingehen auf Benachteiligte und die jeweiligen Begabungen von Kindern und Jugendlichen sind gezielte Sprachförderung von Migrant*innenkindern und auch deren Eltern. Präventionspotenzial liegt ebenfalls bei den Lehrenden und Auszubildenden, die fortwährend durch Fortbildung professionalisiert werden müssen. Fortbildung von Lehrenden in den verschiedenen Bereichen des Bildungssystems ist eine Schlüsselstelle im Kampf gegen Drop-out.

Schließlich sind auch die stärkeren Kooperationen im Bildungs- und Übergangssystem sowie die verschiedenen Vernetzungsstrategien zwischen Bildung und Beschäftigung sinnvolle Möglichkeiten, präventiv gegen Drop-out und damit verbundene problematische Übergänge von Bildung in Beruf vor-

zugehen. In den Lernenden Regionen war die systematische Vernetzung von Institutionen eine wichtige Zielperspektive, wobei es zum einen um die horizontale Kooperation von Akteuren ging: Horizontale Vernetzung meint, dass Schulen mit anderen Schulen eng zusammenarbeiten, dass Berufsbildungseinrichtungen mit anderen Berufsbildungseinrichtungen kooperieren, und dass sich Weiterbildungsinstitutionen auf andere Weiterbildungseinrichtungen beziehen. Ebenso wichtig allerdings – besonders im Kontext des lebenslangen Lernens – ist die vertikale Kooperation von Akteuren, weil so die Risiken des lebenslangen Lernens nicht nur vom Individuum getragen werden, sondern es durch die institutionale Zusammenarbeit von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu einer Reduktion der Risiken kommt. Wenn beispielsweise Curricula besser abgestimmt werden, Lehrende verschiedener Einrichtungen sich systematisch austauschen oder der Übergang in den Beruf bereits in den Schulen langsam und kontinuierlich vorbereitet wird, hat dies positive Effekte auf das individuelle und organisationale Übergangsmangement.

Vernetzung bedeutet das systematische Zusammenführen wichtiger Akteure aus unterschiedlichen Bildungsbereichen, wobei Vernetzung nie Selbstzweck ist. Wenn allgemeinbildende und berufsbildende Schulen zusammenarbeiten, wenn Träger und Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung – Volkshochschulen, kirchliche Bildungsanbieter und auch kommerzielle Weiterbildungsanbieter – zu kooperieren beginnen, dann dient das dazu, die Lernenden mit dem jeweiligen neuen und folgenden Lernkontext bekannt zu machen, das Vorwissen der Lernenden in der jeweiligen Institution stark zu berücksichtigen und auch Lehrpläne und Curricula abzustimmen. Die Kooperationswünsche der Schulen richteten sich stark auf Unternehmen, Kammern und Organisationen der Wirtschaftsförderung, damit der Übergang in die berufliche Ausbildung gelingen und die Vorteile dualer Ausbildungsstrukturen in vollem Umfang genutzt werden können. Um die Transparenz der verschiedenen Bildungswege zu erhöhen, waren entsprechende Kooperationen immer auch mit träger- und institutionenübergreifender Bildungsberatung verbunden, und Jugendämter, Arbeitsämter und kommunale Einrichtungen waren einbezogen.



„Soziale Netzwerke sind eigenständige Formen der Koordination von Interaktion, deren Kern die vertrauensvolle Kooperation autonomer aber interdependenter Akteure ist, die für einen begrenzten Zeitraum zusammenarbeiten und dabei auf die Interessen des jeweiligen Partners Rücksicht nehmen, weil sie auf diese Weise ihre partikularen Ziele besser realisieren können als durch ein nicht koordiniertes Handeln“, Prof. Dr. Rudolf Tippelt, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Lernende Regionen basieren auf sozialen Netzwerken. Was aber sind soziale Netzwerke? Soziale Netzwerke sind eigenständige Formen der Koordination von Interaktion, deren Kern die vertrauensvolle Kooperation autonomer aber interdependenter Akteure ist, die für einen begrenzten Zeitraum zusammenarbeiten und dabei auf die Interessen des jeweiligen Partners Rücksicht nehmen, weil sie auf diese Weise ihre partikularen Ziele besser realisieren können als durch ein nicht koordiniertes Handeln.

Zu unterscheiden sind hierbei die sogenannten „strong ties“, das heißt, Institutionen arbeiten auf der Basis von formalen Regelungen zusammen, oder aber auch die sogenannten „weak ties“, das heißt, Institutionen arbeiten in loser Koppelung miteinander zusammen ohne langfristige Verpflichtungen einzugehen, die die eigene Organisationsstruktur beeinflussen.

In den Netzwerken der Lernenden Regionen wurde versucht, durch die Verbesserung der internen Ressourcen und durch die interorganisationale Kooperation auf die jeweiligen Probleme der Region und den externen Kontext spezifischer und besser einzugehen. Das Netzwerkmanagement war unter anderem darauf gerichtet, durch die Leistung der Netzwerke Qualitätssicherung und Bildungsmarketing, Kooperation mit Klein- und Mittelunternehmen, Verbesserung von Beratungsdienstleistungen und den Aufbau von Lernzentren voranzutreiben, um insbesondere das Übergangsmanagement zu verbessern und zu intensivieren.

Auf der Basis von quantitativen Befragungen der Netzwerkmanager, der kommunalen Akteure, aber auch der Besucher von Selbstlernzentren, durch qualitative Fallanalysen, Intensivuntersuchungen von Netzwerken und intensiven Befragungen von kommunalen Partnern sowie durch Durchführung von Expertentreffen konnten Wirkungsindikatoren und Organisationsmodelle herausgearbeitet werden. Beispielsweise berichten 82% aller Netzwerkmanager davon, den Schwerpunkt Schule, Ausbildung, Beruf als einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit zu berücksichtigen.

Zu den wichtigsten Gelingensbedingungen von sozialen Bildungsnetzwerken gehören das persönliche Engagement von Ausbildern und Lehrern und eine offene und gelingende vertikale und horizontale Kooperation von Organisationen und Institutionen. Zentral ist es auch, die Bedarfslage in der Region von Anfang an analytisch zu erfassen und mutige, innovative und praxisnahe Konzepte zu entfalten. Netzwerke – wenn sie gelingen – richten sich darauf, die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems und die Verzahnung von Bildungsaktivitäten zu steigern. Immer wieder wurde von Netzwerkmanagern berichtet, dass verkrustete Strukturen, bürokratische Hürden und die Unübersichtlichkeit der Zuständigkeit unterschiedlicher Stellen sowie auch die zu geringe Fähigkeit, organisatorische Routinen zu verändern, zentrale hemmende Faktoren beim Aufbau von Netzwerken waren. Schulen waren in die Netzwerke eingebunden, und sie galten bei Projekten im Handlungsfeld des Übergangsmanagements als herausragende Akteure. Ebenfalls stark vertreten waren Schulen in den Projekten zu den neuen Lernwelten, in denen Personen mit einer geringen medialen Informations- und Kommunikationskompetenz entsprechende Zugänge eröffnet wurden. Schulen waren auch im Kontext der „vernetzten“ Bildungsberatung von großer Bedeutung. Es ist in einigen Lernenden Regionen gelungen, Aktivitäten des Übergangsmanagements wesentlich zu profilieren und ein systematisches Übergangsmanagement zu befördern. Komponenten waren hier insbesondere frühzeitige Berufsorientierung, Einblick in die Arbeitswelt, die individuelle Beratung für Jugendliche mit Förderbedarf, die Förderung des Übergangs in die Arbeitswelt durch größere Wirtschaftsnähe von Teilen des Unterrichts und durch ausbildungsvorbereitende Praktika für Schulabgänger insbesondere ohne Ausbildungsplatz.



„Dort, wo Betriebe stärker in die Netzwerkarbeit einbezogen werden, verbessern sich die Übergangsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern beträchtlich.“

Schulen galten zwar in Netzwerken als wichtig, waren aber nicht jene Einrichtungen, die überdurchschnittlich mit Partnern vernetzt waren. Das waren sehr viel stärker die Weiterbildungseinrichtungen, die Kammern, die Wirtschaftsverbände und auch

kommunale Dienststellen. Wenn man das Kooperationsprofil von Schulen mit jenen der Betriebe vergleicht, so ist festzuhalten, dass Schulen zwar meist in die Netzwerkarbeit einbezogen waren, dass sie dort aber selten als Netzwerknotenpunkt galten. Trotz der manchmal als langwierig kritisierten Entscheidungsprozesse in Schulen wird eine stärkere Einbeziehung in die Netzwerkarbeit relativ oft gewünscht. Die Integration war in den Lernenden Regionen also meist erfolgt, aber der Integrationsprozess wurde aufgrund langwieriger Entscheidungsprozesse der schulischen Administration als eher mühsam eingeschätzt.

Demgegenüber hatte sich die Kooperation mit Betrieben über die sechsjährige Laufzeit der Lernenden Regionen erkennbar verbessert, aber ein zu geringes Interesse regional ansässiger Betriebe bleibt bis zuletzt ein Hindernis für deren starke Beteiligung im Netzwerk. Eine stärkere Einbeziehung von Betrieben in die Netzwerkarbeit wird besonders häufig gewünscht, weil sich dort, wo Betriebe mitwirken, die Übergangsmöglichkeiten von Schülern und Schülerinnen beträchtlich verbessern. Die Integration der Betriebe war erfolgt, aber das Kooperationspotenzial galt als noch nicht ausgeschöpft. Insbesondere in der Kooperation von Schulen und Betrieben, aber auch von sozialpädagogischen Einrichtungen, die im Kontext des Parallelsystems von großer Bedeutung waren, ist es wichtig, sich über gemeinsame Ziele und Aufgaben zu verständigen, klare und schlüssige Handlungskonzepte auszuarbeiten und die Kommunikation zwischen den Beteiligten zu intensivieren und nachhaltig zu gestalten. Als besondere Barriere der Kooperation muss die diskontinuierliche Unterstützung durch die Arbeitsagenturen gelten, und manchmal war auch das Engagement kommunaler Vertreter nicht hinreichend entwickelt. Dort, wo diese beiden Faktoren allerdings gegeben waren, steigen die Gelingensbedingungen des Übergangsmagements von Schule und Beruf. Die Netzwerke wurden in vielfältiger Weise durch die Kommunen unterstützt (z. B. durch Bereitstellung von Räumen und Kommunikationsmedien), allerdings muss kritisch hervorgehoben werden, dass häufig nur eine Schlüsselperson die Aufgabe der Vernetzung in den Kommunen wahrnahm, was letztlich zu einer labilen Kooperation beitrug. Nur in 17% der Lernenden Regionen war die Kooperation in den Bildungsnetzwerken als Aufgabe einer größeren Zahl kommunaler Mitarbeiter überantwortet, was dort jeweils sehr positive Wirkungen entfaltete. Wenn sich Kommunen engagieren, dann sind die Möglich-

keiten der Bildungsplanung und der kommunalen Regionalentwicklung deutlich verbessert. Gemäß dem tatsächlichen Kooperationsumfang zwischen Kommunen und Netzwerken gab es immer noch erheblich ungenutzte Potenziale, insbesondere im Bereich der kommunalen Wirtschaftsförderung. Alle Leistungen der Netzwerke verbessern sich, wenn die kommunalen Experten über die Kompetenzen der Netzwerke gut informiert sind.

Über die Laufzeit der Projekte in den Lernenden Regionen entwickelten sich verschiedene interessante Kooperationsformen zwischen den Bildungseinrichtungen:

- > Komplementäre Kooperation war gegeben, wenn verschiedene Einrichtungen sich auf unterschiedliche Zielgruppen konzentrierten und dabei ihr jeweiliges trägerspezifisches Profil angemessen einsetzten;
- > Subsidäre Kooperation entwickelte sich stark bei Gemeinschaftsaufgaben, zum Beispiel im Bereich der Beratung, der Fortbildung, der Werbung aber auch der Raumnutzung;
- > Supportive Kooperation entfaltete sich zunehmend und zeigte sich insbesondere in der wachsenden Befähigung, adäquate Finanzierungsanträge an Bund, Land und Organe der EU zu richten. Hierbei ist immer die kritische Masse von Organisationen gefragt, und nur so können sinnvolle Anträge erstellt werden;
- > Letztlich kam es – wenn auch nicht durchgehend – zu integrativer Kooperation. Das bedeutet die inhaltliche und enge Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen bei Projekten und bei verschiedenen Programmen.

6. Innovationen und Gelingensbedingungen von Bildungsplanung im Kontext der Regionalpolitik

Innovationen und Verbesserungen bei der Inklusion von Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden und auch ein sinnvoller Beitrag zur Reduktion des Abbruchs und der Integration von Abbrechern ist durch zahlreiche Bildungsmaßnahmen und Bildungsinitiativen zu befördern.

Klare Bildungsstandards ermöglichen es, „Mindestanforderungen“ im Curriculum zu verankern und auf diese Weise die doch sehr große Gruppe von circa 20 % der 15-jährigen, die aufgrund sehr schwacher Bildungsleistungen im naturwissenschaftlichen, mathematischen und sprachlichen Bereich

keine Ausbildungschance haben, zu minimieren.

Es bedarf differenzierender Ausbildungsalternativen, um einerseits den Interessen von Jugendlichen an eher theoretischer oder eher praktischer Ausbildung gerecht zu werden und andererseits Über- aber auch Unterforderung von Schülern, Schülerinnen und Auszubildenden zu vermeiden. Das deutsche Bildungswesen gilt im internationalen Vergleich als nicht besonders durchlässig, so dass alle Maßnahmen zur Erhöhung der Durchlässigkeit – zum Beispiel auch das Nachholen von Schulabschlüssen – sinnvoll im Zusammenhang der Innovationen und der Integration von Abbrechern sind. Ein sich noch im Anfangsstadium befindlicher starker Impuls dürfte künftig vom deutschen Qualifikationsrahmen (in Anlehnung an den EQR) ausgehen, der es ermöglicht, formal und informell erworbene Kompetenzen für die Zugänge zu verschiedenen Bildungswegen zu nutzen – allerdings steht die Kompetenzdiagnostik noch am Anfang.

Es muss die Möglichkeit geben, Schul-, Berufs- und Studienkarrieren immer wieder zu korrigieren, und es muss die 2. Chance auch für Abbrecher existieren, damit diese über eine qualifizierte Berufsausbildung ihre Chancen für die Integration im Beschäftigungssystem eventuell nach einem erneuten Anlauf wahren.

Von herausragender Bedeutung sind die individualisierten pädagogischen Bezüge zwischen Lehrenden/Ausbildenden und Lernenden, wobei diese insbesondere in den Formen dualer Kompetenzvermittlung stärker gegeben sind als in den rein schulischen Formen. Individuelle Beratung und Austausch des Auszubildenden mit den Ausbildenden können das Vorwissen und die besonderen Fähigkeiten eines Lernenden stark berücksichtigen.

Es bedarf sowohl im schulischen Bereich wie auch im Berufsbildungskontext besonderer Fördermaßnahmen und eines besonderen Förderunterrichts für Lernschwache.

Berufsberatung, Schulpsychologie und Schulsozialarbeit, wie auch insbesondere in Ganztagsmaßnahmen extracurriculare Aktivitäten der Verbände und der Jugendarbeit sind wichtige und ergänzende Maßnahmen im Kontext von Innovation und Prävention.

Heranwachsende sind auf die kontinuierliche Leistungs- und Lernrückmeldung nicht nur über Noten, sondern über qualifizierte Beschreibungen von Lernprofilen angewiesen. Feedback ist ein wichtiger sozialer und emotionaler Vorgang.

Das Bildungssystem ist auf eine intensive und se-

lektive Lehrer- und Ausbilder Ausbildung angewiesen, und die Ausbildung der Auszubildenden darf keinesfalls kurzfristigen ökonomischen Überlegungen geopfert werden. Viele Studien zeigen, dass die pädagogischen Kompetenzen des qualifizierenden Personals eine im hohen Maße qualifizierende und motivierende Bedeutung für die Lernenden haben. In gleicher Weise ist die Fortbildung des pädagogischen Personals – und zwar des planenden, lehrenden und verwaltenden Personals – eine dauerhafte Aufgabe, die auch in vernetzten Formen und in engen kooperativen Veranstaltungen, die die pädagogischen Professionen zusammenfassen, geleistet werden kann.

Allgemein ist selbstverständlich ein positives Image einer Lehr- und Lernkultur notwendig, um dauerhaft Inklusion in unserem Bildungssystem zu gewährleisten.

Diese hier vorgetragenen Überlegungen sind zwar erfahrungsbasiert und daher nicht nur hypothetisch, bedürfen aber der kontinuierlichen und gründlichen Evaluation.

Vor dem Hintergrund der Evaluationsergebnisse zu den Lernenden Regionen ist festzuhalten, dass Übergänge im Kontext des lebenslangen Lernens dann gestützt werden können, wenn aktuelle Probleme der Region aufgegriffen werden und ein regionales Bildungsmonitoring und eine regionale Berichtserstattung etabliert werden. Auf der Basis dieser Regionalanalysen kann es dann zu gemeinsamen Zielen und „Visionen“ von kooperierenden Partnern im Bildungsbereich kommen.

- > Regionale und soziale Ressourcen müssen gebündelt werden, damit es zu einer sinnvollen regionalen Entwicklung und einer sinnvollen regionalen Bildungspolitik kommt;
- > Es ist soziale Kohäsion zwischen den Kooperierenden herzustellen. Der Erfahrungsaustausch ist sicherzustellen, damit sich Vertrauen aufbauen kann;
- > Wenn sich kommunale Vertreter (z. B. Landräte oder Bürgermeister) für vernetzte Bildungsprojekte stark interessieren, hat dies in den Lernenden Regionen die Nachhaltigkeit gefördert;
- > Netzwerke müssen immer zu einer erneuten und weitergehenden Konstruktion in der Lage sein, das heißt, die Erfahrungsbasis des Netzwerks sollte sich im Zuge der Arbeit auch erweitern können. Auf keinen Fall darf es zu Formen geschlossener Systeme kommen, aus denen wichtige Kooperationspartner ausgeschlossen werden;
- > Von großer Bedeutung sind Leadership-Kompetenzen der Netzwerkmanager, denn es geht darum, Konkurrenzdenken abzubauen, Kontakte zu pflegen und alle Aktivitäten im regionalen Raum transparent zu gestalten.

Die wichtigste Gelingensbedingung für Bildung als regionalpolitische Aufgabe ist es aber, gezielte Lösungen für spezifische regionale und kommunale Problemlagen vorzubereiten. „Governance“ im regionalen Raum ist daher auf realistische Ausgangsdiagnosen angewiesen – hier ist die Bildungsforschung gefordert.

Perspektiven schaffen – regionales Übergangsmangement als berufsbildungs-politischer Gestaltungsauftrag

Dr. Birgit Reißig, Deutsches Jugendinstitut

Im Folgenden sollen erste Erkenntnisse aus der Arbeit der 27 Vorhaben der Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmangement“ des ersten Jahres der Umsetzung aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung vorgestellt werden. Im Fokus steht dabei, welche Impulse die Vorhaben vor Ort in der Kommune und im Landkreis geben konnten in der Frage bildungspolitischer Gestaltung. Es wird der Zusammenhang zwischen regionalen Gesamtstrategien für Bildung und dem spezifischen Anliegen der Verbesserung regionalen Übergangsmagements beleuchtet.



„Die Notwendigkeit einer kohärenteren Abstimmung im Übergangsgeschehen auf regionaler Ebene ist kaum mehr strittig und wird an vielen Stellen lautstark gefordert“, Dr. Birgit Reißig, Deutsches Jugendinstitut.

Perspektive
Berufsabschluss

Ausgangssituation

- Notwendigkeit von regionalem Übergangsmangement in der regionalen Praxis kaum mehr strittig
- Gestaltung regionalen Übergangsmagements wird zunehmend als strukturentwickelnde Daueraufgabe verstanden
- konkrete Ausrichtung, Verantwortlichkeiten und Einbindung in kommunale Gesamtstrategien zur Bildung erweisen sich als heterogen
- das Gelingen des Übergangs Schule–Arbeitswelt für benachteiligte Jugendliche wird innerhalb von bildungspolitischen Gesamtkonzepten als zentral erachtet

unterstützt von

EUROPÄISCHE UNION

1

Zunächst einige kurze Ausführung zur Ausgangssituation:

Es kann landesweit immer stärker beobachtet werden, dass die Notwendigkeit einer kohärenteren Abstimmung im Übergangsgeschehen auf regionaler Ebene kaum mehr strittig ist und an vielen Stellen lautstark gefordert wird. Dass den Kommunen und

Landkreisen dabei eine zentrale – und nicht allein koordinierende, sondern auch initiierte – Rolle zukommt, setzt sich ebenfalls verstärkt durch.

Betrachtet man die Kommunen und Landkreise, die sich bei diesem Thema bereits auf den Weg gemacht haben, wird eine große Vielzahl von Herangehensweisen sichtbar. So sind die Initiatoren dieser Prozesse unterschiedlich und reichen von den Verwaltungen von Schulbehörden über Jugendämter bis hin zu Wirtschaftsförderern. Gleichfalls heterogen sind die kommunalen Gesamtstrategien zum Thema Bildung und die Stellung, die darin die Unterstützung für das Gelingen des Übergangs Schule-Beruf für benachteiligte Jugendliche einnimmt. So gibt es Kommunen und Landkreise, die das Thema Bildung als einen wichtigen Standortfaktor begreifen und bei denen sich der Gedanke, dabei vor allem auch Kinder und Jugendliche mit schlechteren Startchancen zu fördern, als zentraler Handlungsansatz zeigt.

Die Ansätze und Philosophien der Kommunen und Landkreise spiegeln sich auch in den Ebenen wider, auf denen die Vorhaben der Förderinitiative 1 agieren. So lässt sich eine erste Arbeitsebene für die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Vorhaben ausmachen. Hier geht es spezifisch um die Gestaltung regionalen Übergangsmanagements an der Schnittstelle Schule-Beruf(ausbildung). In der Umsetzung geht es den Vorhaben hier um die Bearbeitung konkreter Themen und Problembereiche, dazu zählen die Verbesserung der Angebote und Abstimmungen bei der Berufsorientierung in der Schule. Es geht weiter um Strategien des systematischen Einbezugs der Eltern in die Übergangsprozesse, um Verbesserung der Datengrundlage für regionales Übergangsmanagement oder um die Schaffung effektiverer Kooperationsstrukturen.

Aber viele der Vorhaben agieren auch auf einer zweiten Ebene. Hierbei geht es um die Einbindung





Ausgangssituation

- **Koordinatoren der Förderinitiative 1 (FÖ 1) „Regionales Übergangsmanagement“ bedienen in ihrer Arbeit zwei Ebenen:**
 - *spezifische Ebene der Gestaltung des Regionalen Übergangsmanagements*
 - Fokussierung auf konkrete Themen/Problembereiche des Übergangs Jugendlicher aus der Schule in die Arbeitswelt (z. B. Berufsorientierung in der Schule)
 - *Ebene der kommunalen Bildungspolitik*
 - Einbindung der Konzepte des regionalen Übergangsmanagements in Gesamtkonzepte der Kommunen (z. B. kommunale Leitbilder)







2

der regionalen Konzepte zur Verbesserung des Übergangsmagements in die übergreifenden Bildungskonzepte der Kommunen und Landkreise. Dazu zählt beispielsweise die Einordnung der Vorhabenkonzepte in eine „Bildungskette“, bei der der Übergang Schule-Beruf nur einen Schwerpunkt darstellt.

Betrachtet man die Arbeit der Vorhaben des ersten Jahres lässt sich eine Reihe von Aktivitätsbereichen ausmachen.

erfassung und -analyse gelenkt. Gleichzeitig haben sie Aktivitäten fortgeführt oder in Gang gesetzt, die diese Mängel beseitigen und Wissensgrundlagen für politische Entscheidungen im Bildungsbereich schaffen.

Das DJI führte in zwei Städten, die regionales Übergangsmangement im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ umsetzen, Untersuchungen zu den Übergangsverläufen von Schulabsolventen durch. Ein wichtiges Ergebnis ist, dass die

Perspektive
Berufsabschluss



Aktivitätsbereiche der Vorhaben der FO 1

- Klärung des Handlungsbedarfs auf Seiten der Jugendlichen – Datengrundlagen schaffen
- Klärung von Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten
- Aufbau von Strukturen und Prozessen der Kooperation
- Herstellung von (politischer) Verantwortungsbereitschaft
- Systematisierung des Angebots
- Gender Mainstreaming und Cultural Mainstreaming



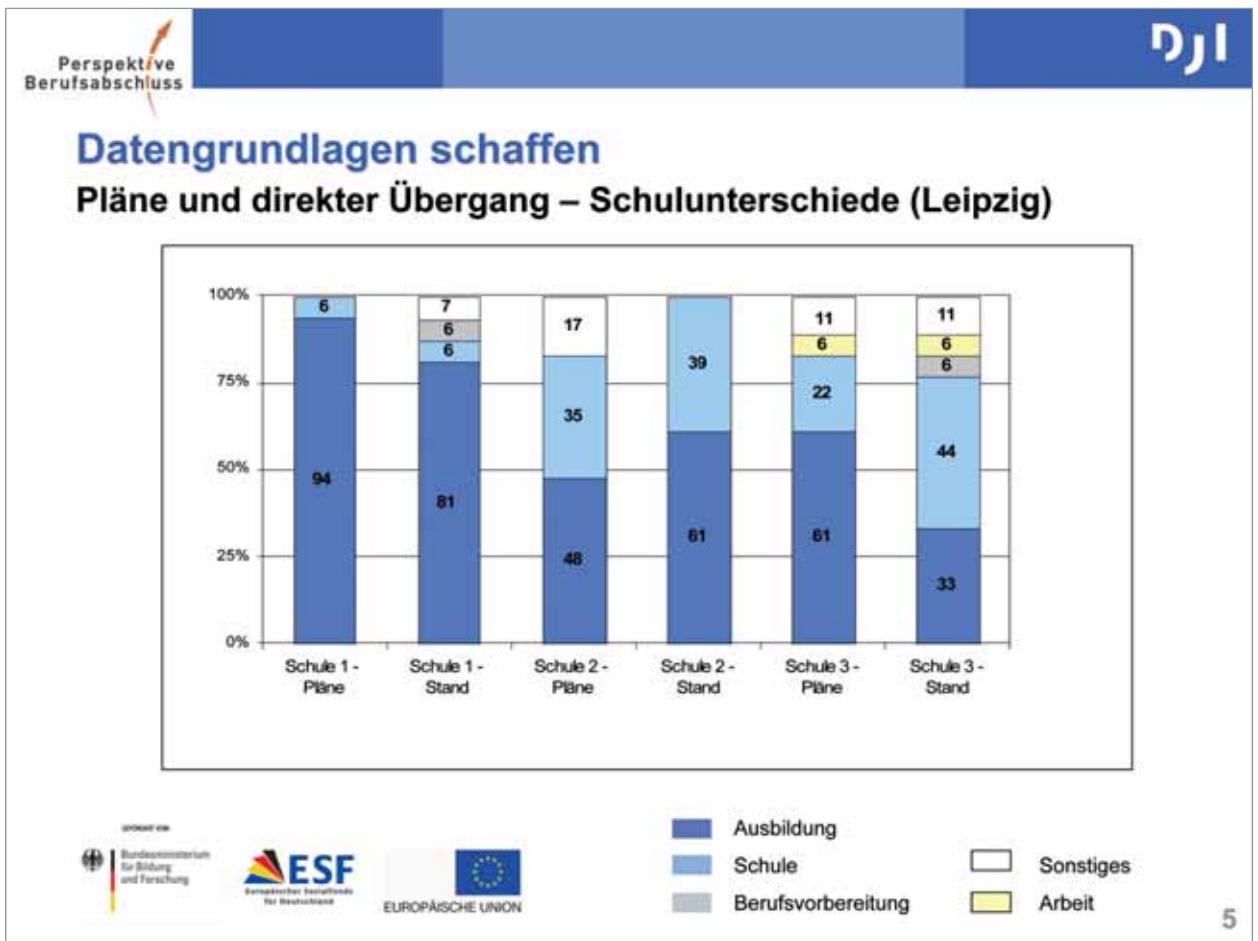
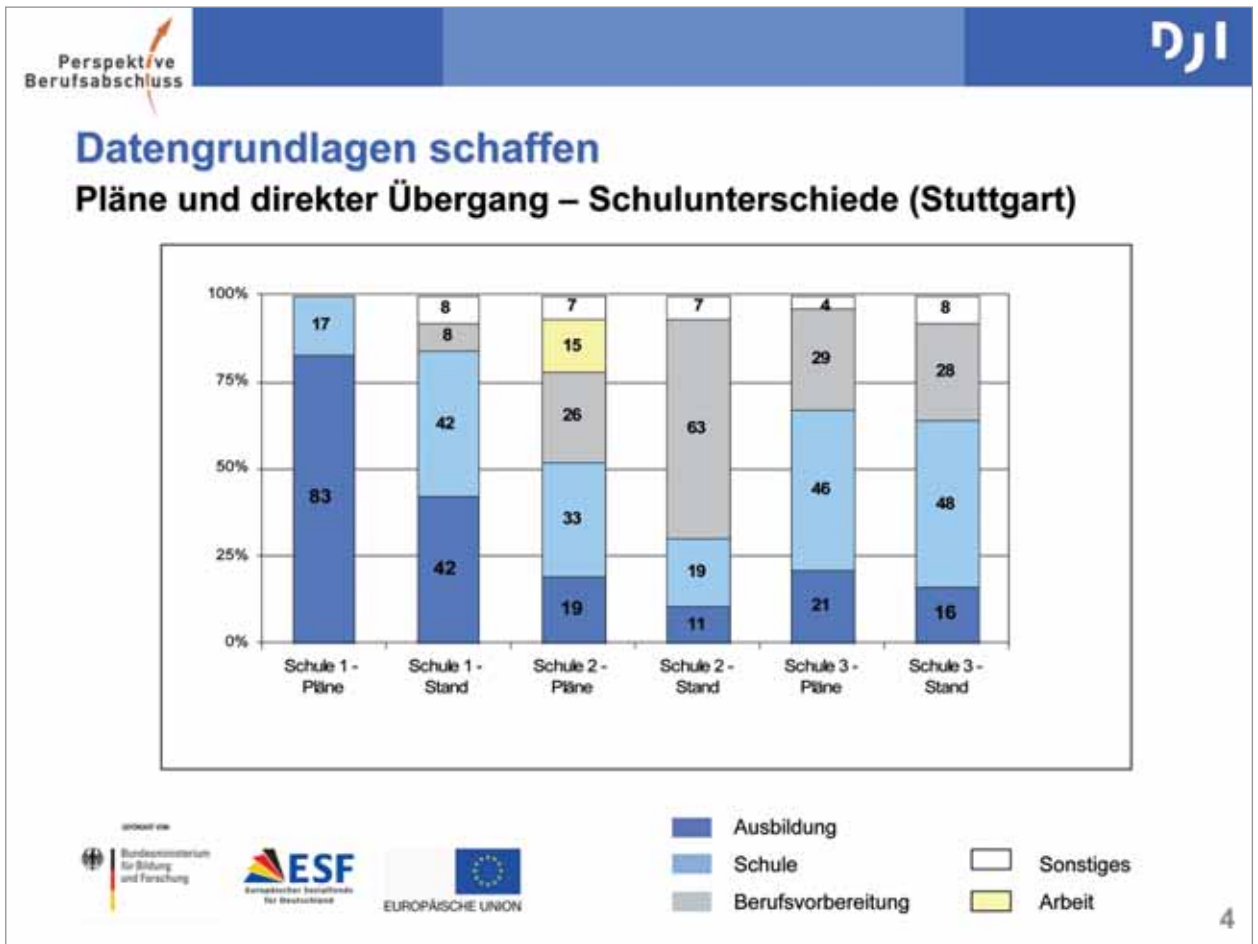




3

Am Beispiel des ersten Handlungsfeldes – Schaffung von Datengrundlagen – soll gezeigt werden, wie wichtig es für die Gestaltung von bildungspolitischen Prozessen ist, auf die jeweiligen regionalen Bedingungen hin ausgerichtete Daten zu generieren. Erkenntnisse, die zu Bildungsprozessen auf der Bundesebene erhoben werden, lassen sich nicht auf lokale Gegebenheiten herunterbrechen. Insofern haben die Vorhaben der Förderinitiative 1 vielfach den Blick auf vorhandene Mängel im Bereich der Daten-

Pläne, aber auch die Wege von Jugendlichen für ihre Bildungs- und Ausbildungswege nach Beendigung der Schule offenbar sehr stark durch die Arbeit der einzelnen Schulen beeinflusst werden. Unabhängig von der (sozialräumlichen) Lage der Schule sowie der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft lassen sich ganz deutliche Unterschiede ausmachen. Dies gilt für beide von uns untersuchten Städte (Stuttgart und Leipzig).



Die Ergebnisse verweisen auf die große Heterogenität der Bedingungen für den Übergang Schule-Beruf, die auch innerhalb von Kommunen existieren. Dass Schulen als ein bedeutender struktureller Faktor beim Übergangsmanagement innerhalb von Städten und Landkreisen sehr unterschiedlich agieren, bildet einen wichtigen Hinweis für die regionale bildungspolitische Arbeit.

Mit ihrer Schaffung verlässlicher Datengrundlagen – ob als Einzeluntersuchung, als Verbleibs- oder Verlaufsstudien oder als umfassendes Bildungsmonitoring – setzen die Vorhaben der Förderinitiative 1 wichtige Impulse für die Steuerungsprozesse der Übergangs- und Bildungspolitik in den Kommunen und Landkreisen.

text regionaler Bildungsstrategien zu integrieren. Für eine solche Verknüpfung lassen sich einige Ausgangsvoraussetzungen bei den Vorhaben ausmachen.

So erachten es Kommunen und Landkreise mehr und mehr als unerlässlich, Bildung als einen Standortvorteil im wirtschaftlichen Geschehen zu etablieren. Dies beinhaltet – nicht nur vor dem Hintergrund des nach wie vor erwarteten Fachkräftemangels – den leitenden Gedanken, jeden Jugendlichen einer Kommune oder eines Landkreises als Ressource zu betrachten und keinen zurückzulassen. Es geht also nicht nur um die Auslese der Besten, sondern um die Förderung aller Jugendlichen, auch der mit schwierigen Voraussetzungen.



DJI

Datengrundlagen schaffen

Nutzen und Impulse

- Vorhaben setzen wichtige Impulse bei der Schaffung von Datengrundlagen (z. B. Verbleibsstudien)
- mögliches Ziel kann ein regionales Bildungsmonitoring sein
- Nutzung der Erkenntnisse aus den regionalen Daten jedoch sehr unterschiedlich und abhängig vom Gelingen, diese in den politischen Steuerungsprozess einfließen zu lassen
 - *Spezifische Gestaltungsebene:* konkrete Analysen für regionales Übergangsmanagement, Überprüfung der Entwicklung des Prozesses
 - *Ebene der kommunalen Bildungspolitik:* größere Reichweite eines Bildungsmonitorings, Nutzung der Daten für Einbezug wichtiger Akteure in den Prozess gemeinsamen Handelns





6

An einigen Standorten der Förderinitiative 1 setzen die Kommunen und Landkreise darauf, die Aktivitäten zur Verbesserung der Abstimmungsprozesse am Übergang Schule-Beruf in einen weiteren Kon-

Dass Kommunen und Landkreise auf verschiedene Programme und Maßnahmen des Bundes und der Länder zurückgreifen und diese möglichst geschickt in das eigene bildungspolitische Handeln integrieren,

erweist sich als wichtige Gelingensbedingung für erfolgreiche Übergangs- und Bildungspolitik vor Ort. An einigen Standorten bilden hierbei die Erfahrungen in der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen an der ersten Schwelle eine entscheidende Grundlage für ein allgemeines kommunalpolitisches Bildungsprogramm. Nichtsdestotrotz wird in den meisten Bildungskonzepten der erfolgreichen Integration (benachteiligter) Jugendlicher beim Übergang Schule-Arbeitswelt besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Unterstützung durch die kommunalpolitische Spitze (Oberbürgermeister, Landräte, Mandatstragende) bildet eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung regionalen Übergangsmanagements sowie dessen Einbettung in übergreifende lokale Bildungsstrategien. Diese Unterstützung oder Initiativgebung durch die Politik bedeutet, dass dieses Thema immer wieder an exponierter Stelle auf die politische Agenda gesetzt wird; es bedeutet aber auch, dass über materielle Unterstützung ein





Verknüpfung mit regionalen Bildungsstrategien

Beispiele aus den Vorhaben der FÖ 1

- **Ausgangspunkte für eine Verknüpfung**
 - in Bildung zu investieren, wird als klarer Standortfaktor gesehen
 - Leitidee, alle Jugendlichen einer Kommune/eines Landkreises als Ressource zu begreifen und keinen zurücklassen zu wollen
 - Initiativen auf Bundes- und Landesebene werden aufgegriffen und in regionales Handeln integriert
 - Erfahrungen aus der Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen an der ersten Schwelle erweitern zu einem umfassenden bildungspolitischen Programm
 - der Übergang Schule–Arbeitswelt wird als wichtiger Schwerpunkt innerhalb regionaler Bildungsstrategien verstanden







7

Welche Faktoren sich als fördernd für eine erfolgreiche Verknüpfung von konkreten Vorhaben des regionalen Übergangsmanagements und allgemeinen regionalen Bildungsstrategien erweisen, soll nun abschließend vorgestellt werden. Dabei geben die von uns 2008 erstmals an allen Standorten durchgeführten Interviews mit den Projektkoordinatorinnen und -koordinatoren sowie den wichtigsten Kooperationspartnern und -partnerinnen erste Hinweise auf derartige unterstützende Aspekte.

Statement für die Bedeutung des Übergangs- und Bildungsthemas gesetzt wird.

Für das Herstellen einer gemeinsamen Zielrichtung haben sich Kommunen und Landkreise Leitbilder gegeben, unter denen die Aktivitäten der Bildungspolitik firmieren (z. B. „Fit für's Leben“, „Zeitgewinn“ oder „Bildungskette“). Als sichtbarer Ausdruck, die Koordinierung von Übergangs- und Bildungsprozessen effektiver zu steuern, kann die

Verknüpfung mit regionalen Bildungsstrategien

Beispiele aus den Vorhaben der FÖ 1

- **wichtige Faktoren für eine Verknüpfung**
 - Initiativen gehen von der politischen Spitze (Oberbürgermeister, Landräte) aus oder werden maßgeblich von ihr unterstützt, d. h. auch finanzielle Unterstützung
 - Leitbilder/Leitthemen voranstellen (z. B. „Fit für's Leben“, „Zeitgewinn“)
 - Schaffung kommunaler Koordinierungsstellen (z.B. Bildungsbüros, U-25-Häuser)
 - Kooperation innerhalb der kommunalen Verwaltung sicherstellen

Verknüpfung mit regionalen Bildungsstrategien

Beispiele aus den Vorhaben der FÖ 1

- **wichtige Faktoren für eine Verknüpfung**
 - Schaffung von Bildungslandschaften a) entlang des biographischen Verlaufs und b) als sozialräumliche Fokussierung
 - bei Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren gezielte Kooperation mit Initiativen zur Integration aufbauen (u. a. Migrant*innenorganisationen)
 - Vereinsgründung als Faktor für verbesserte Verbindlichkeitsstrukturen
 - Partizipation vergrößern – auch durch bürgerschaftliches Engagement (z. B. Mentoringansatz)



„Unterstützung durch die Politik bedeutet, dass dieses Thema immer wieder an exponierter Stelle auf die politische Agenda gesetzt wird; es bedeutet aber auch, dass über materielle Unterstützung ein Statement für die Bedeutung des Übergangs- und Bildungsthemas gesetzt wird.“

Einrichtung von Bildungsbüros, U-25-Häusern, Jugendhäusern u. ä. gelten. Hier entsteht die Chance, dass unterschiedliche Akteure (von Verwaltung über Wirtschaft bis hin zu Jugendlichen selbst) eine Anlaufstelle für Ideen, Initiativen und Fragen haben und zudem an dieser Stelle die Koordination in einer Hand liegt.

Als ein nicht zu unterschätzender Erfolgsfaktor muss die Güte der Kooperation innerhalb der Verwaltungen der Kommunen und Landkreise gelten. Sich die bessere Steuerung und Koordination von Übergangs- und Bildungsprozessen mit deren unterschiedlichen Akteuren auf die Fahnen zu schreiben, kann nur gelingen, wenn auch zwischen den verschiedenen Verantwortungsbereichen der Verwaltungen tragfähige kooperative Arbeitsprozesse stattfinden.

An einigen Standorten werden die Vorhaben des Programms in Bildungsketten oder Bildungslandschaften integriert. Dabei wird sich einmal an biographischen Bildungsverläufen orientiert, indem die Bildungsprozesse an unterschiedlichen Übergängen – vorschulischer zu schulischem Bereich, Übergänge von Grund- in die weiterführenden Schulen, Übergänge nach der Schule in Ausbildung und Arbeit sowie Möglichkeiten der Weiterbildung im

Lebensverlauf – in den Blick genommen werden und besser koordiniert und unterstützt werden sollen. Auf der anderen Seite finden wir auch sozialräumliche Anätze, bei denen die spezifischen Bedingungen der unmittelbaren Lebensumwelt der Menschen Beachtung finden.

Weitere wichtige Themen, die von den Vorhaben bearbeitet werden, sind Fragen der Schaffung einer besseren Verbindlichkeit bei der Umsetzung regionalen Übergangsmanagements und bildungspolitischer Aspekte sowie der größeren Partizipation. Vereinzelt versucht man über die Gründung von (Bildungs)Vereinen eine solche Kultur der Verbindlichkeit zu befördern. Bürgerschaftliches Engagement – zum Beispiel über Paten- oder Mentoringansätze bei der Vorbereitung und Begleitung von Jugendlichen am Übergang Schule-Beruf – wird von Vorhaben gezielt in die Konzepte von Übergangs- und Bildungspolitik integriert. Dies trägt dazu bei, die regionalen Strategien im Bereich der Förderung Jugendlicher mit schlechteren Startchancen, aber auch die Bildungspolitik insgesamt auf eine breitere Basis innerhalb der Kommunen und Landkreise zu stellen und damit mehr Akteure in die Verantwortung für diese Themen zu nehmen und dennoch ein koordiniertes Vorgehen zu realisieren.

Perspektive
Berufsabschluss



Fazit

positive Auswirkungen von:

- der spezifischen Ebene auf die Ebene kommunaler Bildungspolitik:
 - konkrete Erfolge und Fortschritte durch Regionales Übergangsmangement wirken sich unterstützend auf lokale Gesamtstrategie aus (Strukturentwicklungen werden angestoßen; regionalspezifische Daten bereitgestellt; verbesserte Bedingungen für Zielgruppe)
- der Ebene kommunaler Bildungspolitik auf die spezifische Ebene:
 - übergreifende regionale Bildungskonzepte befördern die Kooperation aller Akteure im Bildungs- und damit auch im Übergangsbereich
 - Bildung als übergreifendes regionales Thema kann zu Abbau von Stigmatisierung einzelner (benachteiligter) Gruppen führen, ohne ihre Förderung zu vernachlässigen







10

Mit dem Blick auf das erste Jahr der Umsetzung der Programmziele der Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmangement“ wird Folgendes sichtbar: Wir können zum einen feststellen, dass die Vorhaben eine ganze Reihe von Impulsen für die Kommunen und Landkreise im Rahmen einer regionalen Bildungspolitik geben konnten, dass sie auf der anderen Seite aber auch über bestehende übergreifende regionale Bildungsstrategien Impulse erfahren haben.

Die konkreten Arbeitsbereiche der Vorhaben wirken sich unterstützend auf die Bildungsstrategien der Kommunen und Landkreise insgesamt aus. So werden über die Vorhaben Strukturprozesse angestoßen, die auch die Kooperationsbezüge jenseits des unmittelbaren Übergangs Schule-Beruf positiv beeinflussen. Es arbeiten neue oder neu zusammengesetzte Gremien – oft mit aktiver Unterstützung der

lokalen Politik –, die auch die bildungspolitischen Gesamtstrategien in den Blick nehmen. Vor allem in der Frage, wie man belastbare Daten als Wissensgrundlage für Steuerungsprozesse generieren kann, haben die Vorhaben der Förderinitiative 1 eine Reihe positiver Impulse gesetzt und einige Leerstellen bereits beseitigt.

Insgesamt soll die erfolgreiche Umsetzung regionalen Übergangsmagements zu verbesserten (kürzeren, besser geplanten, passgenaueren) Platzierungen in Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit für Jugendliche mit schlechteren Startchancen führen. Geschieht diese Umsetzung des regionalen Übergangsmagements eingebettet in lokale Gesamtstrategien zu Bildung und Ausbildung, können Stigmatisierungsprozesse von benachteiligten Jugendlichen reduziert werden, ohne dass ihre gezielte Förderung aufgegeben wird.

Potenziale nutzen – abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung regional etablieren

Prof. Dr. Eckart Severing, Bundesinstitut Betriebliche Bildung

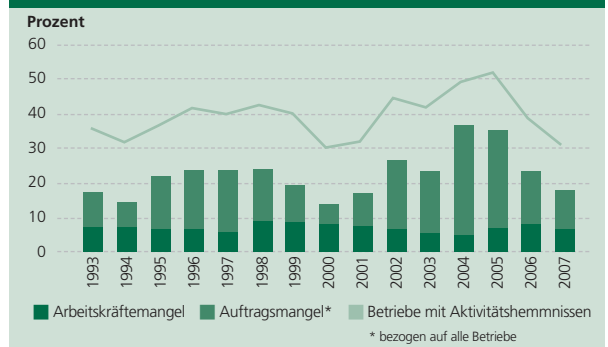
Die Diskussion um die Wirtschaftskrise lässt die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt aktuell weniger brisant erscheinen. Doch besteht der Fachkräftebedarf krisen- und konjunkturunabhängig fort. Langfristig wird die demographische Entwicklung gepaart mit einer deutlichen Verschiebung der Beschäftigungsstruktur zwischen den Branchen in Richtung Dienstleistungsbereich und dem zu erwartenden Qualifikationsschift infolge sich wandelnder Tätigkeitsstrukturen zu einem massiven Fachkräftemangel führen. Veränderungen in der Nachfrage nach Arbeitskräften und die wachsende Bedeutung von wissensintensiven Tätigkeiten aufgrund veränderter Produktionsbedingungen werden eine Mehrnachfrage nach Fachkräften und Akademikern nach sich ziehen, während auf den unteren Qualifikationsstufen der Personalbedarf weiter zurückgehen wird.

Folgt man der Studie „Arbeitslandschaft 2030“ der Prognos AG von Ende 2008, wird in 20 Jahren eine Arbeitskräftelücke von 5,5 Mio. Personen entstehen, und bis 2010 werden den Betrieben bereits 1,5 Mio. Erwerbstätige fehlen – wenn alles weiter läuft wie bisher und Bildungsbeteiligung, Tätigkeitsstruktur, Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit sich gegenüber 2004 nicht verändern. Nicht besetzt werden können vor allem Arbeitsplätze für Fachkräfte und Akademiker.

Fachkräftemangel – Zyklen und Schwankungen

Die ad hoc zu beobachtenden Auf- und Ab-Bewegungen des Personal- und Fachkräftebedarfs sind eher zyklisch und kurzfristig zu sehen und dürfen den Blick auf diese langfristig angelegten Entwicklungen nicht verstellen. Der Arbeitsmarkt reagiert seismographisch, und konjunkturelle Belebungen und Einbrüche bestimmen die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen. So lässt sich die wirtschaftliche Lage direkt an den Daten zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot oder der Relation von Arbeitslosen und Vakanzen ablesen. Ein eindrucksvolles Bild von der Konjunkturabhängigkeit der aktuellen Beschäftigungssituation und deren Auswirkung auf die Handlungsfähigkeit der Wirtschaft vermittelt folgende Darstellung (siehe Abbildung 1) zu Entwicklungen von Ausmaß und Gründen von Aktivitätshemmnissen der Betriebe in den letzten 15 Jahren.

Abb. 1: Aktivitätshemmnisse Gesamtdeutschland – Ausmaß und Gründe (1993 bis 2007, in Prozent)



Förderung beruflicher Weiterbildung

Durch ein verstärktes Engagement in der Ausbildung allein kann der drohende Fachkräftemangel jedoch nicht abgefangen werden.

Um die künftige Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften seitens der Wirtschaft decken zu können, kann nicht darauf verzichtet werden, auch Qualifizierungsreserven von Personengruppen zu erschließen, deren (Aus-)Bildung in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Qualifizierungspotentiale, die es zu erschließen gilt, liegen insbesondere bei den An- und Ungelernten – einer Personengruppe, die bisher bei der beruflichen Weiterbildung eher wenig beachtet wurde.

Um den Qualifikationsstand dieser Zielgruppe auf das erforderliche Niveau anzuheben, sind flexible Qualifizierungsangebote im Sinne einer modularen Nachqualifizierung bis hin zum Berufsabschluss angezeigt. Denn nur eine systematische Weiterbildung über individuelle Qualifizierungswege, die eine auf die vorhandenen Kompetenzen abgestimmte Qualifizierung erlauben, eröffnet den Betroffenen ihre zweite Chance auf den Berufsabschluss. Um aber Nachqualifizierung regional als Regelangebot zu etablieren, ist es notwendig, vor Ort mit den relevanten regionalen Arbeitsmarktakteuren ein auf den tatsächlichen betrieblichen Bedarf abgestimmtes Weiterbildungsangebot für an- und ungelernete Beschäftigte und Arbeitslose zu schaffen. Doch statt abschlussorientierter Nachqualifizierung wurden in den letzten Jahren von den Arbeitsagenturen, wegen der nicht abzustreiten-



„Um die künftige Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften seitens der Wirtschaft decken zu können, kann nicht darauf verzichtet werden, auch Qualifizierungsreserven von Personengruppen zu erschließen, deren (Aus-)Bildung in der Vergangenheit vernachlässigt wurde“, Prof. Dr. Eckart Severing, Forschungsinstitut Betriebliche Bildung.

den Log-In Effekte langfristig angelegter Qualifizierungsmaßnahmen, für Arbeitslose kurzfristige vermittlungorientierte Bildungsangebote favorisiert.

Durch die Einführung von Bildungsgutscheinen durch das „Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ erfolgte eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung. Vorrangiges Ziel der Arbeitsagenturen war danach die direkte Vermittlung in Arbeit, berufliche Weiterbildung wurde über formulierte Bildungsziele per Bildungsgutschein gefördert und damit marginalisiert. Maßnahmen für an- und ungelernte Erwerbslose und Beschäftigte, die auf einen längeren Zeitraum angelegt sind – zum Beispiel Qualifizierungen, die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen – sind kaum vorgesehen.

Infolgedessen ging die Teilnahme an beruflichen Weiterbildungen von 523 000 Eintritten im Jahr 2000 auf 135 000 Eintritte in 2005 stark zurück. Allein von 2003 auf 2004 waren circa 200 000 Förder-

eintritte weniger zu verzeichnen. Erst 2006 erhöhte sich die Zahl wieder auf 247 000 Zugänge. Der geringere Anteil daran waren berufliche Weiterbildungen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Diese wurden im Jahr 2000 noch von 96 000 Personen begonnen, im Jahr 2006 waren es nur noch 17 000, nachdem zuvor im Jahr 2005 ein Tiefststand mit 16 000 Eintritten erreicht wurde. Den wesentlich größeren Anteil an Zugängen in beruflichen Weiterbildungen hatten sonstige Maßnahmen zur Qualifikationserweiterung, jedoch mit ähnlicher Entwicklung. Hier gingen die Eintritte von 427 000 im Jahr 2000 auf 115 000 in 2005 zurück, bevor sie im Jahr 2006 wieder auf 229 000 stiegen.

Wenn es aber darum geht, die Vermittlungschancen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern, scheinen langfristig angelegte berufliche Qualifizierungen, die auf den nachträglichen Erwerb eines anerkannten Berufsabschlusses zielen, erfolgversprechender.

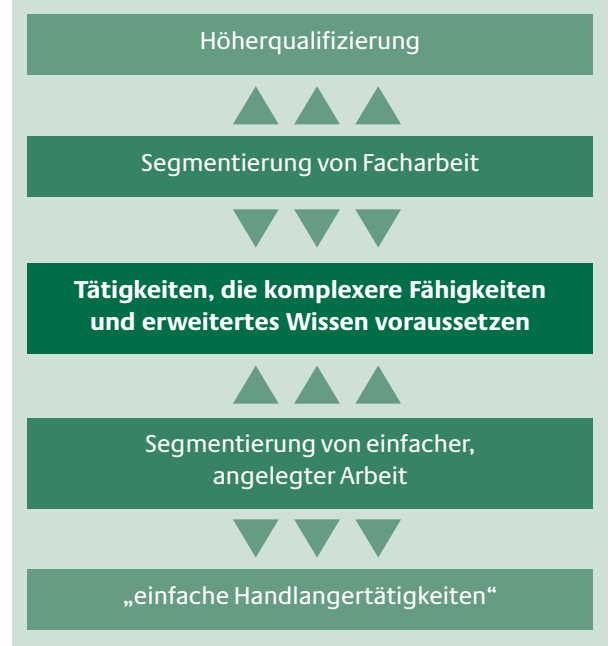
Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten

Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung haben vergleichsweise schlechte Arbeitsmarktchancen. Das spiegelt sich auch in den qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten wider: Die Arbeitslosenquoten von Ungelernten steigen seit den 80er Jahren überproportional an. Im Jahr 2005 lag die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten mit 26 % fast dreimal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (9,7%). Wenn An- und Ungelernte aber in Arbeit stehen, haben sie häufig mit prekären unsicheren Beschäftigungsverhältnissen – Zeit- und Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Mini- und Midi-Jobs, Niedriglohnsektor – zu kämpfen und tragen zudem ein hohes Arbeitsplatzverlustrisiko, weil sie mangels einer spezifischen Fachqualifikation für Betriebe als austauschbar gelten.

Künftige Qualifikationsentwicklungen – Segmentierung von Arbeit

Angelernte werden als schnell ersetzbare Arbeitskräfte gesehen, die als atmende Belegschaft in ausgewählten Tätigkeitsfeldern eingesetzt werden. Deswegen wurde bisher bei angelernt Beschäftigten wenig Qualifizierungsbedarf gesehen. Doch die Gleichung, dass einfache Arbeiten keine besonderen Qualifikationen mehr erfordern, gilt nicht mehr. Der Trend geht weg von weisungsgebundenen Arbeiten hin zu mehr Verantwortung und Mitgestaltung. Zu beobachten ist eine Auffächerung der betrieblichen Qualifikationsniveaus und damit einhergehend eine weitergehende Segmentierung von Arbeit (siehe Abbildung 2). Die eindeutige Abgrenzung zwischen Hilfstätigkeit, Anlernertätigkeit und Facharbeit weicht auf. Einerseits wird Facharbeit anspruchsvoller durch die Verknüpfung handwerklich-technologischen Wissens und Könnens mit Dienstleistungsaufgaben, andererseits übernehmen angelernte Mitarbeiter verstärkt höher qualifizierte produktionsbezogene Tätigkeiten. Daneben bleiben traditionelle Facharbeitertätigkeiten bestehen, und auch einfach strukturierte Hilfstätigkeiten in taylorisierten Arbeitsprozessen gibt es weiterhin, ihre Bedeutung nimmt jedoch ab. In der Folge dieser Segmentierungsprozesse treten bei den Unternehmen Flexibilitäts- und Qualitätsprobleme auf und auch geeignete Mitarbeiter für vakante Stellen zu finden, wird schwieriger. Darauf verweisen Studien zur Früherkennung von Qualifikationserfordernissen im Bereich der einfachen Arbeit des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung (f-bb).

Abb. 2: Künftige Qualifikationsentwicklungen – Segmentierung von Arbeit



Aufgrund dieser Entwicklungen ist die Qualifizierung An- und Ungelernter inzwischen zu einem Thema der betrieblichen Personalentwicklung avanciert. Durch technische Innovationen, neue Formen der Arbeitsorganisation und den in einigen Branchen und Regionen schon jetzt spürbaren Fachkräftemangel, wurde bei Unternehmen das Interesse an der Qualifizierung ihrer angelernten Beschäftigten angeregt.

Renaissance der Nachqualifizierung

Bei der beruflichen Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen Unternehmen verstärkt auf Qualifizierungsformen, die Lernen und Arbeiten möglichst eng verzahnen. Wie An- und Ungelernte flexibel, praxisnah und entlang den Bedürfnissen der modernen Betriebs- und Berufspraxis zu mehr Berufskompetenz geführt werden können, zeigen Konzepte zur modularen betriebsnahen Qualifizierung, die auf verschiedenen Ansätzen zur „Berufs begleitenden Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen“ aus einer Modellversuchsreihe des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in den 1990ern fußen. Nachqualifizierung hat dabei gleichermaßen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gerecht zu werden, indem sie einerseits individuelle Qualifizierungswege für An- und Ungelernte gangbar macht

und andererseits Unternehmen eine in die betrieblichen Abläufe integrierbare systematische Personalentwicklung ihrer Mitarbeiter ermöglicht. Die Kernelemente beruflicher Nachqualifizierung auf dieser Basis lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen: Qualifiziert wird in enger Kooperation zwischen Betrieb und Bildungsdienstleister. Einen flexiblen Einstieg in die Qualifizierung und damit eine individuelle Qualifizierungsplanung ermöglichen tätigkeitsorientiert geschnittene Module. Transparenz und Qualität der Weiterbildung garantiert eine mit den relevanten regionalen Arbeitsmarktakteuren abgestimmte Dokumentation und Zertifizierung des Qualifizierungsprozesses. Ziel der beruflichen Qualifizierung ist der nachträgliche Erwerb eines Berufsabschlusses in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

Nachqualifizierung regional etablieren

Eine langfristig angelegte berufsbezogene Qualifizierung angelernter Beschäftigter werden Unternehmen aber nur dann tatsächlich auch in Angriff nehmen, wenn

- > die Vorteile der Nachqualifizierung breitenwirksam kommuniziert werden und durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit aufgezeigt wird, wie passgenaue Qualifizierung entlang des betrieblichen Bedarfs aussehen kann;
- > in enger Zusammenarbeit mit den relevanten Arbeitsmarktakteuren ein auf den regionalen Bedarf abgestimmtes Nachqualifizierungsangebot bereitgestellt wird;
- > regional Beratungs- und Unterstützungsstrukturen rund um die Nachqualifizierung aufgebaut werden.

Genau hier setzen die regionalen Vorhaben der Förderinitiative 2 (FÖ 2) „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an. Um Nachqualifizierung regional zum Regelangebot zu machen, sollen bis 2012 die dafür erforderlichen regionalen Strukturen der Zusammenarbeit entwickelt und dauerhaft verankert werden. Gelingen kann diese regionale Strukturentwicklung aber nur durch die enge Vernetzung der lokal tätigen Arbeitsmarktakteure. Daher beziehen die 22 regionalen Vorhaben der FÖ 2 insbesondere die zuständigen Stellen, Betriebe, Agenturen für Arbeit/Träger der Grundversicherung nach dem SGB II, Bildungsdienstleister und die Interessenvertretungen der Zielgruppe mit ein (siehe Abbildung 3).



Gender und Cultural Mainstreaming wirken dabei als Querschnittsthemen, damit Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen Zugang zu Nachqualifizierung erhalten.

„Perspektive Berufsabschluss“ (FÖ 2) – Arbeitsschwerpunkte bisher

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ läuft seit 2008. Schwerpunkte der Arbeit der 22 regionalen Vorhaben der FÖ 2 im bisherigen Förderzeitraum lagen insbesondere in den Bereichen Marketing, Netzwerkarbeit und in der Beratung von Unternehmen und An- und Ungelernten in zentralen Fragen rund um die Nachqualifizierung.

Nachqualifizierung wird nachhaltig regional verankert, indem in enger Abstimmung mit den regionalen Netzwerkpartnern ein regionales Nachqualifizierungsmonitoring installiert wird. In Rückkopplung mit den regionalen Netzwerkpartnern und über regelmäßig durchgeführte Erhebungen wird der Nachqualifizierungsbedarf der regionalen Wirtschaft und der Zielgruppe erfasst und mit dem regionalen Nachqualifizierungsangebot abgeglichen. Über die Aufbereitung und die Bereitstellung zentraler statistischer Daten zu arbeitslosen und erwerbstätigen An- und Ungelernten, zur Teilnahme an Externenprüfungen, und zu Fördermöglichkeiten für die Nachqualifizierung haben die regionalen Vorhaben hier einen ersten Grundstein gelegt. Gezeigt hat sich dabei, dass

die regionalen Vorhaben in einigen Regionen noch verstärkt darauf hinwirken können und müssen, dass relevante Daten über die Netzwerkpartner auch erhoben und zur Verfügung gestellt werden.

Damit Nachqualifizierung in Kooperation von Unternehmen und Bildungsdienstleistern auch umgesetzt werden kann, werden zusammen mit den regionalen Bildungsanbietern und in Abstimmung mit den zuständigen Stellen und der Arbeitsförderung bestehende Nachqualifizierungsangebote weiterentwickelt und ein breites Nachqualifizierungsangebot aufgebaut. Einen Überblick über bestehende Nachqualifizierungsangebote bieten regionale Nachqualifizierungskataloge, die von den Vorhaben teilweise bereits erstellt wurden. Zum Tragen kommt dabei das ganze Spektrum an Möglichkeiten, nachträglich den Berufsabschluss zu erwerben: vom Vorbereitungskurs auf die Externenprüfung über die passgenaue modulare Nachqualifizierung bis hin zur Umschulung.



„Um arbeitslose und beschäftigte An- und Ungelernte mit und ohne Migrationshintergrund Schritt für Schritt zum Berufsabschluss führen zu können, sind flexible betriebsnahe Qualifizierungskonzepte gefragt.“

Um arbeitslose und beschäftigte An- und Ungelernte mit und ohne Migrationshintergrund Schritt für Schritt zum Berufsabschluss führen zu können, sind flexible betriebsnahe Qualifizierungskonzepte gefragt. Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierungsangebote aber sind auf dem Bildungsmarkt bisher kaum verfügbar. Aktuell überwiegen im Helferbereich auf einen konkreten Arbeitsplatz bezogene Anpassungsqualifizierungen, die keinen konkreten Berufsbezug herstellen. In einigen Regionen herrschen langfristig angelegte Maßnahmen wie Umschulungen vor. Zum anderen gibt es Regio-

nen mit primär modularen Nachqualifizierungsangeboten, darunter auch Vorbereitungskurse zur Externenprüfung. Orientiert am regionalen Bedarf können beide Formen, nachträglich einen Berufsabschluss zu erreichen, sinnvoll eingesetzt werden. Für Personen, die schon mehrere Jahre im Beruf tätig sind und den Abschluss nachholen wollen, können Kurse zur Vorbereitung auf die Externenprüfung bei der zuständigen Stelle der richtige Weg in der Nachqualifizierung sein. Für Arbeitslose, die bereits eine berufliche Qualifizierung haben, sind Umschulungsmaßnahmen angezeigt.

Ziel ist langfristig ein bedarfsgerechtes Angebot an Serviceleistungen rund um die Nachqualifizierung für Unternehmen und An- und Ungelernte bereitzustellen. Insbesondere sorgen die regionalen Vorhaben dafür, dass die Beratung im Bereich der Nachqualifizierung professionalisiert wird. Ein qualitativ hochwertiges Beratungsangebot wird geschaffen durch

- > **Aufbau von Service-Agenturen;**
- > **Aufbau von Beratungskompetenzen bei Netzwerkpartnern;**
- > **Institutionalisierung von Beratungsleistungen.**

Die regionalen Vorhaben leisten Qualifizierungsberatung an der Schnittstelle zwischen Unternehmen, An- und Ungelernten und Bildungsdienstleistern mit den Zielen, Unternehmen und An- und Ungelernte persönlich über Qualifizierungsmöglichkeiten zum Berufsabschluss zu informieren, passgenaue Qualifizierungsangebote zu vermitteln und geeignete Finanzierungsmodelle aufzuzeigen.

Zugang zu Unternehmen, arbeitslosen und beschäftigten An- und Ungelernten mit und ohne Migrationshintergrund, den relevanten Arbeitsmarktakteuren und Multiplikatoren finden die regionalen Vorhaben über Pressearbeit, Veranstaltungen und zielgerichtete Mailingaktionen. Unter anderem wurden bereits regionale und überregionale Presseartikel geschaltet, Film- und Fernsehbeiträge lanciert und Internetangebote bereitgestellt. Für die zielgruppengerechte Ansprache von Unternehmen, An- und Ungelernten und Netzwerkpartnern wurden Projektinformationen (teilweise auch fremdsprachlich) und Informationsbroschüren entwickelt. Direkt angesprochen wurden Unternehmen, Netzwerkpartner und Multiplikatoren über eine ganze Reihe von selbstorganisierten Veranstaltungen beziehungsweise die aktive Teilnahme an Veranstaltungen von

Netzwerkpartnern. Eine Zusammenschau der Aktivitäten im Programm bietet die Programmhauptseite unter www.perspektive-berufsabschluss.de.

Des Weiteren konnten wichtige Erfolge in der regionalen Netzwerkarbeit erzielt werden, insbesondere in Regionen, in denen an bereits bestehende Netzwerke angeknüpft werden konnte. In anderen Regionen sind die regionalen Vorhaben aktuell aktiv, regionale Netzwerke in der Nachqualifizierung aufzubauen (siehe Abbildung 4).

es zu erschließen gilt. Gerade in der gegenwärtigen Krise können Freiräume aufgrund mangelnder Arbeitsauslastung genutzt werden, um eine berufliche Qualifizierung angelernter Kräfte anzustoßen. Geeignete Fördermodelle werden unter dem Motto „qualifizieren statt entlassen“ durch das Konjunkturpaket II der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt. Um eine langfristige Strukturentwicklung anzustoßen, können die für berufliche Weiterbildung Geringqualifizierter günstigen Förderinstrumente aus dem Konjunkturpaket II genutzt werden. Zu nennen sind hier

Abb. 4: Netzwerk Nachqualifizierung, f-bb als wissenschaftliche Begleitung



Das f-bb als wissenschaftliche Begleitung der FÖ 2 unterstützt diesen Prozess durch Veranstaltungen, Monitoringinstrumente und thematische Arbeitsgruppen. Aufgabenschwerpunkte der wissenschaftlichen Begleitung sind die Unterstützung des Programm-Managements, die Beratung der Vorhaben bei der Umsetzung und ihre überregionale Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Transfer im Sinne einer Verallgemeinerbarkeit und Übertragbarkeit der Ansätze auf andere Regionen.

Nachqualifizierung als Chance in der Krise

Angesichts des künftigen Fachkräftebedarfs sind An- und Ungelernte eine Qualifizierungsreserve, die

insbesondere Förderung beruflicher Weiterbildung während Kurzarbeit (FbW während Kug), das Sonderprogramm WeGebAU (Abkürzung für Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen) und die Initiative Qualifizierung Geringqualifizierter (IEQ). Die aktuelle Wirtschaftskrise wird von den regionalen Vorhaben der FÖ 2 von „Perspektive Berufsabschluss“ als Chance genutzt, um sich aktiv bei der Ausgestaltung von Qualifizierungsangeboten für An- und Ungelernte im Rahmen von Kurzarbeit einzubringen und als eine unterstützende Schnittstelle zwischen den beteiligten Institutionen zu wirken.

Zukunft sichern – Fachkräftenachwuchs als wichtige Ressource regionaler Entwicklung

Podiumsdiskussion mit Akteuren aus den Förderregionen

Schulte-Loh: Herzlichen willkommen zurück aus der Kaffeepause!

Ich hoffe, Sie haben sich ein wenig gestärkt und erholt und auch schon überlegt, welche Fragen Ihnen wichtig sind und was Sie von den Teilnehmern des Podiums erfahren möchten. Wir haben vorhin schon angeregt über diese Männerrunde diskutiert, denn eigentlich haben wir doch heute Morgen gelernt, dass vor allen Dingen die Mädchen in der Schule besonders gut sind. Besser als die Jungs. Ich weiß auch – das hat mir Herr Meyer, der Oberbürgermeister von Göttingen, gerade verraten –, dass inzwischen die Mädchen auch bei der Berufsausbildung im Kommen sind. Ist das so richtig, Herr Meyer?

Meyer: Das ist ausgesprochen richtig. Wir hatten früher eine Auszubildendenquote für Mädchen, jetzt haben wir eine für Jungen.

Schulte-Loh: Das heißt?

Meyer: Die Mädchen sind durchgängig besser und ehrgeiziger bei den Abschlüssen, und sie verkaufen sich besser.

Schulte-Loh: Langsam aber sicher setzen sich die Mädchen also durch?

Meyer: In den Führungspositionen noch nicht, da gibt es einen deutlichen Nachholbedarf.

Schulte-Loh: Wenn wir uns in zehn Jahren wieder treffen, vielleicht mit einem anderen Programm, gibt es also die berechtigte Hoffnung, dass dieses Podium anders besetzt sein könnte ...

Ich möchte Ihnen aber jetzt erst einmal die Diskussionsteilnehmer vorstellen.



Auf dem Podium: Wolfgang Meyer, Manfred Ostermann, Uwe Schulz-Hofen, Wolfgang Steinherr, Ralf-Michael Rath und Hubert Schöffmann (v.l.n.r.).

Wolfgang Meyer, den Oberbürgermeister der Stadt Göttingen, haben Sie schon kennengelernt. Neben ihm sitzt Manfred Ostermann, der Landrat des Heidekreises. Dann folgt Uwe Schulz-Hofen von der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Diese drei haben ein Fördervorhaben der Förderinitiative 1 in ihrer Region, nur damit Sie eine gewisse Zuordnung haben, wer wofür steht. Wolfgang Steinherr von der Agentur für Arbeit in Leipzig. Wobei ich ergänzen muss, Herr Schulz-Hofen und Herr Steinherr haben Vorhaben der Förderinitiativen 1 und 2 in ihren Kommunen angesiedelt. Wir begrüßen Ralf-Michael Rath von der Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg e. V. und Hubert Schöffmann von der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern.

Meine Herren, wir wollen zuerst damit anfangen, was uns nach den Eingangs-Referaten als wichtigster und dringendster Punkt erscheint: Förderinitiative 1 und 2, der Übergang von Schule in Beruf und die Nachqualifizierung von An- und Ungelernten, wo finden die Umsetzungen am besten statt? Welche Rolle spielt die Region, und wie wichtig ist die regionale Anbindung? Was können die Kommunen tatsächlich übernehmen, damit beides funktioniert. Herr Rath, was denken Sie, wofür ist die Kommune zuständig und wofür nicht?

Rath: Na ja, wir hatten das im Vorgespräch eben erörtert. Ich war eine Woche in Urlaub in Andalusien und habe da arabische Kultur studiert und war ganz erstaunt: Ich muss einiges verpasst haben. Die Kommunen sind plötzlich für diese Zielgruppe, über die wir hier reden, zuständig, so ist mein bisheriger Eindruck. Ich vermeide mal mit Absicht die Begriffe „Benachteiligte“ und „Betriebe“. Ich hatte eher erwartet, dass ich jetzt gefordert werde zu sagen, was die Betriebe tun sollten, um diesen Menschen eine auskömmliche Beschäftigung zu ermöglichen. Die Betriebe sind in der bisherigen Veranstaltung, glaube ich, nur ein oder zweimal als Begriff gefallen. Also denke ich, ich kann mich erst einmal bequem zurücklegen.

Schulte-Loh: Ich würde mich an Ihrer Stelle nicht zu bequem zurücklegen ...

Rath: Dann falle ich um, ja. Aber ich möchte nun zuerst gucken, wie die Vertreter der Kommunen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Schulte-Loh: Finden Sie denn, dass die Kommune diese Verantwortung übernehmen kann?

Rath: Wenn ich Kommunalvertreter wäre, würde ich sagen: Gebt mir die Gesetzgebungskompetenz und gebt mir das Geld, dann übernehme ich gerne die Verantwortung, aber mich ohne Geld und Kompetenz in die Verantwortung drängen zu lassen, würde ich als Kommunalvertreter ablehnen.

Schulte-Loh: Herr Meyer, wie sehen Sie das?

Meyer: Ich meine, dass man das nicht allein über die Zuständigkeiten der Kommune lösen kann, über Geld vielleicht schon eher. In Göttingen haben wir beides gemeinsam. Ich habe schon den Anspruch als Oberbürgermeister, dass ich für das Thema „Regionales Übergangsmanagement“ zuständig bin. Das wird auch politisch eingefordert. Das ist doch eigentlich ganz selbstverständlich, unabhängig davon, wie das gesetzlich geregelt ist. Wir sind ein Wissenschaftsstandort mit einer großen Uni und einem großen wissenschaftlichen Umfeld. Da spielt die Anwerbung zum Beispiel von Professoren aus dem Land eine große Rolle. Ich will mal versuchen, die Ausgangssituation zu beschreiben: Bei uns gehen 80 % nach der 4. Klasse – in Niedersachsen ist das alles noch schön dreigliedrig – auf das Gymnasium, 15 % gehen auf die Realschule, nur 5 % noch auf die Hauptschule. Von denen machen über 10 % keinen Abschluss. Das sind genau die, die wir jetzt im Auge haben, Hauptschule und Realschule. Darüber hinaus muss ich aber in der Stadt zum Beispiel auch eine Internationale Schule anbieten, weil Max-Planck-Institute Nachwuchsprobleme haben bei der Anwerbung von ausländischen Professoren. Ich will damit nur deutlich machen, wie breit das Spektrum ist, das man im Auge haben muss. Gut, die Förderinitiative 1 bezieht sich jetzt hauptsächlich auf die Hauptschule, da haben wir Nachholbedarf. Deshalb arbeiten wir ganz eng mit den Kammern und natürlich auch mit den Betrieben vor Ort zusammen. Da fragt keiner nach Zuständigkeiten, sondern mehr nach dem Ergebnis.

Schulte-Loh: Herr Ostermann, wie ist Ihre Erfahrung?

Ostermann: Ich kann das nur unterstreichen, ich sehe auch die Kommunen in der Verantwortung, und auch uns als Landkreis. Wir haben uns damals

bei der Frage, wer soll welche Aufgaben in der Region übernehmen und bündeln, bewusst für die Gründung eines Bildungsvereins entschieden und haben mit dieser Entscheidung sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir konnten in den Strukturen und für die Gremien des Vereins regionale Akteure gewinnen und mit einbeziehen, die sonst bei Projekten und der Verteilung von Mitteln teilweise in Konkurrenz miteinander stehen. So ist es uns über diese Vereinsstruktur gelungen, Reibungsverluste zum größten Teil zu vermeiden. Deswegen kommunal: ja! Ich bin ja nicht nur Landrat, ich bin auch Vorsitzender des Bildungsvereins und kann eben hier die unterschiedlichen Interessen – das versuche ich zumindest – bündeln und würde mich auch jetzt in Abwägung von anderen Alternativen immer wieder für diese Lösung entscheiden, weil meine Erfahrung sowohl hier als auch in anderen Bereichen die ist, dass die Bürger oder diejenigen, die wir erreichen möchten, gerade das niedrigschwelligere Angebot schätzen und nicht ...

Schulte-Loh: Niedrigschwelliger meint?

Ostermann: Dass keine bürokratischen Hürden aufgebaut werden.

Schulte-Loh: Und Sie meinen, wenn man Landkreis hört, denkt man gleich: „Oh Gott?“

Ostermann: Genau! Ja, das sind unsere Erfahrungen, auch im Bereich des Jugendamtes. Deswegen haben wir auch nicht nur dort, sondern auch über den Bildungsverein Strukturen gesucht, die diese Hemmnisse abzubauen helfen und haben da sehr gute Erfahrungen gemacht.

Schulte-Loh: Herr Schulz-Hofen, wie sehen Sie das? Welche regionalen Möglichkeiten gibt es, tatsächlich auf Berufsbildung politischen Einfluss zu nehmen?

Schulz-Hofen: Ich möchte zunächst als Berliner darauf hinweisen, dass wir das Glück haben, zugleich Land und Kommune zu sein. Allerdings ist die Unübersichtlichkeit sehr viel größer als in den Kommunen und Ländern, die diesen Vorzug nicht haben. Berlin ist etwas unübersichtlich. Beginnen wir mit einer kleinen Rückblende: Mit dem Thema Übergangsprobleme beschäftige ich mich seit circa 15 Jahren sehr intensiv, und ich hatte damals die Mög-



„Wir müssen uns verabschieden von der Lebenslüge, dass die Jugendlichen, die eigentlich ausbildungsreif und fit sind, in vorbereitende Maßnahmen geschickt werden, nur weil sie gerade keinen Ausbildungsplatz bekommen“, Uwe Schulz-Hofen, Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

lichkeit, in die Szene einzutauchen und mit Jugendlichen aus dem Übergangssystem zu reden. Ich war überzeugt davon, den größten Teil aller Förderprogramme zu kennen und stellte fest, die Jugendlichen waren besser. Sie kannten diese Programme viel besser und hatten vor allen Dingen ein Ranking. Sie wussten, welches Förderprogramm ihnen mehr bringt – zumindest erst einmal finanziell – und in welcher Reihenfolge man die unterschiedlichen berufsvorbereitenden Maßnahmen deswegen durchlaufen sollte. Daraus hat sich der provokante Satz entwickelt: „Es gibt die Möglichkeit, mit unterschiedlichen berufsvorbereitenden Maßnahmen im Übergangssystem zehn Jahre zu verweilen, ohne jemals etwas mit der Berufsausbildung zu tun zu bekommen“. Zu diesem Zeitpunkt ist bei mir die Idee entstanden, darauf hinzuwirken, das Übergangssystem wirklich drastisch zu optimieren. Ich glaube, es gibt nach den vielen Erfahrungen, die wir jetzt in Deutschland haben, auch genügend Ansätze, die wir weiterverfolgen sollten. Wir müssen uns verabschieden von der Lebenslüge, dass die Jugendlichen, die eigentlich ausbildungsreif und fit sind, in vorbereitende Maßnahmen geschickt werden, nur weil sie

gerade keinen Ausbildungsplatz bekommen. Das ist zwar kurzfristig kostengünstiger, langfristig aber viel zu teuer. Diese Jugendliche gehören in Ausbildung! Die Ausbildung muss in Betrieben stattfinden, im dualen System, und wenn die Zahl der Ausbildungsplätze nicht ausreicht, dann müssen zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, bei denen betriebliche Phasen integriert sind. Nur für die Jugendlichen, die nicht ausbildungsreif sind, brauchen wir ein Set von Maßnahmestrukturen innerhalb des Übergangssystems, die aufeinander aufbauen. Wir brauchen hohe Flexibilität, aber nicht Beliebigkeit.

Schulte-Loh: Herr Rath nickt. Herr Steinherr geht ein bisschen mit dem Kopf hin und her und scheint Ihnen nicht ganz zustimmen zu wollen. Ist die Situation in Leipzig eine ganz andere, als die, die Herr Schulz-Hofen für Berlin gerade beschrieben hat, oder woher kommen Ihre Zweifel?

Steinherr: Ja, die Situation in Leipzig ist sicher eine andere, auch von der Struktur der Jugendlichen her. Ich denke auch, dass es eher seltener der Fall ist, dass Jugendliche tatsächlich zehn Jahre in einem Übergangssystem bleiben können, ohne das System in irgendeiner Weise verlassen zu haben. Das will auch keiner anstreben. Wenn ich jetzt nochmals auf Ihre Eingangsfrage zurückkomme, was eine Kommune an dieser Stelle leisten kann, ist das etwas, das ich immer als „Netzwerke vernetzen“ bezeichne. Es gibt ja viele, die sich mit dem Thema „Jugendliche nach der Schulausbildung“ befassen, es gibt viele Netzwerke, viele Ideen, viele Projekte, die sich damit auseinandersetzen. Es sollte und darf dabei keiner den Hut aufhaben. Wir als Bundesagentur für Arbeit haben zwar den gesetzlichen Auftrag, aber wenn ich jetzt sage: „Ich mache das“, dann schauen alle auf mich und kritisieren das auf die eine oder andere Weise. Eine Kommune mit der Autorität eines Oberbürgermeisters oder Landrates kann das sicherlich besser organisieren und koordinieren und damit erreichen, dass die Erkenntnisse aus verschiedenen Netzwerken gebündelt und die entsprechenden Schwerpunkte gesetzt werden. Wir können uns vielleicht später aus den jetzigen Erfahrungen heraus noch einmal bestimmte Projekte näher ansehen, die wir in beiden Förderinitiativen in Leipzig zurzeit durchführen, sowohl in der Berufsorientierung im regionalen Übergangsmanagement als auch in der modularen Nachqualifizierung.

Schulte-Loh: Herr Schöffmann, von Ihnen wüsste ich gerne, wie Sie von der Industrie- und Handelskammer in München die Form der Zusammenarbeit mit den Kommunen bewerten? Wie stellt sich das für Sie dar?

Schöffmann: Die Form ist schon entscheidend für den Erfolg der einzelnen Aktionen. Der Kommune steht es sicherlich gut zu Gesicht, für diesen Bereich Verantwortung zu übernehmen. Die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen funktioniert jedoch sehr unterschiedlich. Meiner Erkenntnis nach setzt sich auch bei den Kommunen mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass „Bildung stark macht“, und zwar nicht nur die Kommune, sondern auch den einzelnen Jugendlichen und die Unternehmen. Es darf nicht passieren, dass zu viele Akteure versuchen, in diesem Feld aktiv zu werden. Wir erleben oftmals, dass zuviel Verwirrung entsteht, beispielsweise aus einer konkurrierenden Situation heraus, weil irgendjemand den Hut aufhaben möchte. Es fehlt oftmals noch die Systematik, um zielorientiert zu arbeiten.

Schulte-Loh: Aber ist es nicht gerade das, was man erreichen will? Dass mehr Akteure miteinander zusammenarbeiten, die bisher nebeneinander her gewurschtelt haben?

Schöffmann: Das wäre schön, könnte man dieses Ziel erreichen, aber Sie müssen überlegen, wie viele unterschiedliche Akteure in den jeweiligen Regionen arbeiten, wie viele unterschiedliche Programme es mit teilweise identischen Zielsetzungen gibt. Wie viele Bildungsträger es gibt, deren wirtschaftliches Interesse es ist, mit Bildung Geld zu verdienen. Da wird ganz schnell darauf geschaut, „Wieviele Teilnehmer brauche ich, um in der Gewinnzone zu arbeiten, und wer hat Teilnehmer, die auch für mich noch wichtig wären?“ Unter solchen Bedingungen wird es schwierig, alle unter einen Hut zu bekommen.

Schulte-Loh: Herr Ostermann, zum Stichwort „alle unter einen Hut zu bekommen“: Wir haben gerade schon gehört, wie Sie das Übergangsmanagement in Ihrer Region aufgebaut haben und dabei erfahren, dass es ganz wichtig ist, dass nicht nur ein einzelner die Verantwortung trägt – das war in der Diskussion heute Morgen auch schon Thema –, sondern dass man versucht, möglichst viele Akteure mit

einzubinden. Wie hat man bei Ihnen auf die Initiative reagiert, haben Sie sofort Unterstützung bekommen oder eben auch Abwehr gespürt nach dem Motto: Ich will nix abgeben müssen, wenn ich mich in etwas Neues hineinbegebe?

Ostermann: Eigentlich durchweg positiv. Wir haben mit den ersten Beratungen und Diskussionen über die Bildungsregion, die wir aufbauen wollten, Ende 2006 begonnen und dann Ende 2007 zu einer ersten Bildungskonferenz eingeladen. Wir waren sehr unsicher, wie so etwas angenommen werden würde. Vom Erfolg waren wir sehr überrascht. Wir haben über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehabt, aus der Wirtschaft, von freien Trägern, Schulen, anderen Bildungsträgern und Arbeitsagenturen. Es waren wirklich alle vertreten. Es war sofort eine positive Grundstimmung da, die auch stark angehalten hat. Wir sind danach mit vielen Anrufen konfrontiert worden, wie es denn weitergehen würde, und haben relativ zügig, nur zwei Monate nach dieser ersten Bildungskonferenz, aufgrund der positiven Stimmung den Bildungsverein gegründet. Wir haben auch nach anderen Strukturen gesucht, sind dann aber bei der Idee der Gründung eines Bildungsvereins geblieben. Und dann hat das Ganze eine eigene Dynamik bekommen: Aus dem Verein heraus ist ein Bildungsbüro gegründet worden, das bewusst nicht in der Kreisverwaltung angesiedelt wurde, sondern im Gebäude der Kreishandwerkerschaft, um auch dadurch deutlich zu machen: Das ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, also nicht nur Sache einer Kommune, sondern auch der Wirtschaft, der Sparkassen und anderen. Also wie gesagt, alle machen da mit.



„Bildung ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, also nicht nur Sache einer Kommune“, Manfred Ostermann, Landrat des Heidekreises.

Schulte-Loh: Wer führt das Büro und was macht es genau?

Ostermann: Das Büro hat zwei Beschäftigte, anderthalb Stellen. Dort wird die Arbeit im Rahmen der Förderinitiative 1 koordiniert. Wir haben eine Projektleiterin und eine Projektassistentin, die sich um die Umsetzung des regionalen Übergangsmagements kümmern, darüber hinaus aber auch noch andere Aufgaben übernehmen.

Schulte-Loh: Herr Steinherr, wie ist das bei Ihnen in Leipzig? Waren dort auch sofort eine so große Akzeptanz und ein großes gemeinsames Miteinander zu spüren, oder lief das bei Ihnen etwas differenzierter?

Steinherr: Ich sage es mal so: Es gab vorher auch schon – gerade was die Berufsorientierung betrifft – mehrere Netzwerke, die sich mit dem Thema in unterschiedlichen Zielrichtungen befasst haben. Es galt also eher, diese dort gebündelten Kräfte auch auf das Ziel der Förderinitiative 1 auszurichten. Dass da manches redundant ist, ist immer der große Nachteil solcher Initiativen und Projekte, das ist ja bereits angedeutet worden, das muss man erst einmal hinnehmen. Aber die Akzeptanz war da. Die Menschen, die Partner kennen sich in diesen Kreisen, und man muss eigentlich nur das passende Thema dort hineinbringen, so dass die Netzwerkarbeit in der Förderinitiative 1 sehr schnell starten konnte.

Schulte-Loh: Und was ist schief gelaufen? Es geht ja darum, dass wir jetzt nicht nur schauen, was alles wunderbar läuft, sondern auch den Blick darauf werfen wollen, was man noch verändern muss. Die Projekte sind angestoßen und akzeptiert worden, aber wozu würden Sie sagen: Bei diesem oder jenem, was in den nächsten Jahren kommen soll, müssen wir noch nachjustieren, ändern und verändern, um daraus zu lernen. Nicht, um zu sagen, „Da sitzen die Looser“, sondern ...

Steinherr: Also, „schief gelaufen“ ist ein bisschen hart!

Schulte-Loh: Oder: Wo waren die Schwierigkeiten?

Steinherr: Die Schwierigkeiten sind, dass vieles erst wieder neu, und man muss auch sagen: zäh anläuft. Bis man sich findet, bis die Themen verteilt

sind, bis jeder dann sagt: „Oh, das haben wir ja eigentlich schon, das müssten wir auch noch mit hineinbringen“, also diese typischen Anfangsarbeiten. Bis alles richtig anläuft, dauert es immer, und das ist eigentlich schade. Sonst könnte man einfach sagen: „Okay, das brauchen wir nicht neu anzufangen, das hatten wir schon früher. Das könnte man sich eigentlich sparen.“

Schulte-Loh: Woran liegt das? Was denken Sie?

Steinherr: Das ist ein bisschen Konkurrenz. Konkurrenzdenken ist mit Sicherheit da. Wir haben in Sachsen auch eine überregionale Initiative, die sich allein mit Berufs- und Studienorientierung befasst. Die hat schon vieles, beispielsweise was die Schaffung von Transparenz angeht, als Vorarbeit geleistet. Das müsste jetzt nicht mehr neu angefangen werden. Wird diese Initiative aber ihre Ergebnisse mit einbringen? Nur als Beispiel. Es gibt da verschiedene andere Ansätze. Wenn ich immer wieder höre, man treffe die „üblichen Verdächtigen“, um es mal so zu bezeichnen, zeigt das eigentlich sehr deutlich, dass man auch gleich alle und alles dazunehmen könnte. Es müsste aber irgendjemand sagen: „Okay, das ist jetzt das, was wir gemeinsam hier vor Ort haben wollen, und nicht noch vier oder fünf weitere unterschiedliche Initiativen.“

Schulte-Loh: Herr Meyer, wie sind Ihre Erfahrungen?

Meyer: Im Leitbild der Stadt spielen die Themen Bildung und Ausbildung eine zentrale Rolle, das wird auch politisch mitgetragen. Wir versuchen, dieses Leitbild als Standortfaktor zu vermarkten, Göttingen als Bildungsstandort, als Universitätsstandort. Deswegen ziehen da alle mit und haben das inzwischen auch verinnerlicht. Es gibt zahlreiche Initiativen, eigentlich schon fast zu viele, da muss ich Ihnen Recht geben. Ich sehe eigentlich jetzt die Aufgabe darin, das zu konzentrieren und nachhaltig zu machen. Denn immer laufen die Programme aus und ein nächstes, ähnliches kommt nach. Das frustriert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und irgendwann vielleicht auch die Betroffenen. Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass wir zwei ganz verschiedene Ausgangssituationen haben: Auf der einen Seite ganz viele hoch qualifizierte Arbeitnehmer, größtenteils im wissenschaftlichen Bereich, und auf der anderen Seite den Mangel an Fachkräften. Göttingen liegt im Süden Niedersachsens, und hier schlägt der demografische Faktor demnächst

deutlich zu. Es wird einen echten Mangel geben, das müssen wir im Auge haben. Hier auf dem Podium ist immer wieder betont worden, dass die Landräte oder die Oberbürgermeister sich an die Spitze der Bewegung setzen sollten. Da steckt zwar auch viel Symbolik hinter, aber ich glaube trotzdem, dass es tatsächlich der richtige Ansatz ist. Ich verstehe meine Aufgabe so: Wenn es irgendwo knirscht, muss ich beispielsweise mit der Agentur oder der IHK sprechen. Wobei es – nebenbei gesagt – gar nicht so häufig knirscht. Der jeweilige Apparat muss dann natürlich die eigentliche Arbeit machen, ins operative Geschäft mische ich mich nur wenig ein. Es klingt jetzt vielleicht ein bisschen nach „heile Welt“ bei uns, aber ich habe im Moment tatsächlich nicht zu klagen.



„Die Landräte oder die Oberbürgermeister sollten sich an die Spitze der Bewegung setzen, das ist der richtige Ansatz“, Wolfgang Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Göttingen.

Schulte-Loh: Wie läuft die Zusammenarbeit bei Ihnen mit der regionalen Wirtschaft? Ist sie sensibilisiert für das Problem und arbeitet mit?

Meyer: Soweit die regionale Wirtschaft hochqualifiziertes Personal sucht, fordert sie uns geradezu auf, tätig zu werden, weil sie wissenschaftlichen Nachwuchs braucht. Ein Stichwort ist hier zum Beispiel – wie ich vorhin schon kurz erwähnt habe – die „Internationale Schule“. Sofern es sich um gewerbliche Wirtschaft handelt, wissen alle um den kommenden Arbeitskräftemangel, der bei uns extrem ausfallen wird, so beispielsweise im Harz, der zu unserem Einzugsgebiet gehört. Deswegen arbeitet die gewerbliche Wirtschaft uns auch zu. Wobei das im Moment allerdings schwieriger wird, Stichwort: „Wirtschaftskrise“. Das beschleunigt das Ganze nicht, aber das Ziel ist trotzdem einvernehmlich.

Schulte-Loh: Herr Rath, was können Betriebe tun? Nein, fangen wir erst einmal anders an: Was erwarten Betriebe? Wo sehen Sie die größte Leistung, die von Jugendlichen erbracht werden muss, auch von solchen Jugendlichen, die schlechtere Startchancen haben? Was können Betriebe da tun, um speziell diese Jugendlichen zu fördern?



„Was zunehmend wichtiger wird, ist die Struktur der Qualifikationsanforderungen auf den Arbeitsplätzen, also die Qualifikationsstruktur der Tätigkeiten“, Ralf-Michael Rath, Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg e. V.

Rath: Der Dreh- und Angelpunkt ist aus meiner Sicht nicht nur die demografische Entwicklung. Das ist natürlich ein wichtiger Ansatzpunkt für die Analyse dessen, was Betriebe tun und tun müssen, aber viel wichtiger noch ist die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten, die bei guten demografischen Analysen noch Bestandteil ist. Was aber zunehmend wichtiger wird, und was von sehr vielen Experten noch nicht gesehen wird, ist die Struktur der Qualifikationsanforderungen auf den Arbeitsplätzen. Also die Qualifikationsstruktur der Tätigkeiten. Ich bin ja gleichzeitig Mitarbeiter des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie. Wir haben mehrere 100 Mitgliedsbetriebe in Berlin und Brandenburg. Im Zuge der Aufhebung der Trennung nach Angestellten und Arbeitern haben wir gemeinsam mit den Gewerkschaften inzwischen – ich glaube – bei 80 % aller Mitgliedsbetriebe die Qualifikationsstruktur der Tätigkeiten und Arbeitsplätze untersucht. Und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass ca. 16 % der Arbeitsplätze keine Facharbeiterqualifikation erfordern. Natürlich erfordern diese Arbeitsplätze bestimmte Qualifikationen, insbesondere Schlüsselqualifikationen, die ich auch entsprechend vermitteln muss, aber das bedeutet, dass ich hier entspre-

chende Chancen für die Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen sehe. Ich muss das System aber insgesamt betrachten, damit das nicht in Schieflage gerät. Ich habe am oberen Bereich der Facharbeitertätigkeiten eben auch Überschneidungen. Für bestimmte Tätigkeiten kann ich sowohl den Hochschul- oder Fachhochschulabsolventen, aber auch den Facharbeiter mit entsprechender Berufserfahrung und entsprechenden zusätzlichen Qualifizierungen, die er im Laufe seines Berufslebens durchlaufen hat, einsetzen. Das heißt, ich sehe eigentlich eine Verschiebung bei einem dünner werdenden Bestand von qualifizierten Kräften nach oben. Ich bin der Meinung, dass ich das unten auffüllen kann.

Schulte-Loh: Das heißt, „unten auffüllen“ würde sich mit dem decken, was Herr Professor Severing in seinem Vortrag gesagt hat? Also den „einfachen Arbeiter“, den Handarbeiter gibt es so in dieser Form immer weniger. Man braucht eine weitere Qualifikation, Qualifizierung der Arbeiter oder derjenigen, die in den Betrieb kommen?

Rath: Das Stichwort „Perspektive Berufsabschluss“ – darüber habe ich lange nachgedacht – ist ja doppeldeutig. Aus meiner Sicht heißt es nicht nur, wenn ich einen Berufsabschluss habe, habe ich auch eine Perspektive auf Arbeit. Umgekehrt sollte es auch so sein, dass ein Berufsabschluss für mich die Perspektive ist. Ich kann auch Einstiege unterhalb dieses Niveaus finden, mit dem Ziel, den Berufsabschluss dann eben mit anderen geeigneten Maßnahmen nachträglich zu erreichen. Mein letzter Satz: „Alle die, die praktische Arbeit machen, sollten wirklich genau hingucken, wo die Bedarfe der Betriebe sind, wie die Betriebe versuchen, diese Bedarfe zu decken und wo entsprechende Angebote gemacht werden können.“ Ich denke nicht in Systemen, ich denke auch nicht ordnungspolitisch, das macht unser Spitzenverband BDA viel besser. Ich denke pragmatisch und an Umsetzung.

Schulte-Loh: Herr Schöffmann, was denken Sie, über den Fachkräftemangel, der sich regional ja durchaus sehr unterschiedlich gestalten kann. Sie als Vertreter der verschiedenen Regionen haben da sicherlich mit ganz unterschiedlichen Problemen zu kämpfen. Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Schöffmann: Zunächst ist entscheidend, dass die Botschaft bei den Unternehmen selbst ankommt,

und da ist meine Überzeugung, dass das in den letzten Jahren verstärkt gelungen ist. Das sehen Sie allein schon daran, dass sich der Ausbildungsmarkt – das mag jetzt auch regional unterschiedlich sein – trotz Finanz- und Wirtschaftskrise noch relativ im grünen Bereich bewegt. Wenn Sie sehen, dass wir letztes Jahr zum Beispiel bei den Nachvermittlungskaktionen der Jugendlichen, die zum 30.09. noch keinen Ausbildungsplatz hatten, ein Überangebot an Ausbildungsplätzen hatten, dann ist da auch noch ein Puffer, und es ist gleichzeitig auch ein Indiz dafür, dass auf die Unternehmen Fachkräftebedarf zurollt. Jetzt müssen die Unternehmen schauen, welche Qualifikationsstruktur brauche ich in meinen Unternehmen, vom Toppleister mit Universitätsabschluss bis hin zu den qualifizierten Tätigkeiten. Ich habe also Bedarf, wie viel Bedarf genau habe ich in welchen Bereichen? Dann muss man eben schauen, wer kommt mit welcher Qualifikation aus der Schule heraus? Wer kann in den Ausbildungsmarkt direkt einsteigen, weil er die dementsprechende Basis, auf der die Unternehmen aufbauen können, mitbringt. Wer ist als Arbeitskraft noch verfügbar, hat aber nicht den Qualifikationsstand, den ich im Unternehmen benötige. Hier setzt dann eine Initiative wie die Nachqualifizierung sicherlich sinnvoll an. Da kommt es dann zum Tragen, wenn man sagt: „Gut, es muss genau abgestimmt sein auf den Bedarf des Unternehmens, dann könnte man diesen Bedarf über die Nachqualifizierung decken.“ Die Unternehmen selbst müssen nicht warten, bis sie in der Zeitung lesen oder im Radio hören: „Wir haben dringenden Fachkräftebedarf“, sondern könnten von vornherein in die strategische Planung einbezogen werden, den Blick schon ein bisschen weiter in die Zukunft werfen, nicht nur auf die nächsten zwei, drei Jahre, sondern auf fünf oder sechs Jahre. Dann merken sie ganz von selbst, dass sie tätig werden und strategische Personalentwicklung auf allen Qualifikationsebenen betreiben müssen.

Schulte-Loh: Herr Schulz-Hofen, bei Ihnen gibt es ja beide Förderinitiativen, ist die Bereitschaft der Betriebe, auf Nachqualifizierung einzugehen und auch die modulare Struktur der Nachqualifizierung zu akzeptieren, vorhanden? Sind Sie da auf offene Türen gestoßen oder eher nicht? Wie beurteilen Sie das?

Schulz-Hofen: Das muss geweckt werden. Wir haben in Berlin einen anderen Arbeitsmarkt als zum

Beispiel in Bayern. Wir hatten in den letzten 15 Jahren zwischen 200 000 und 300 000 Arbeitslose. Man kann, wenn man das in diesen Sprachgebrauch einbindet, sagen: „Arbeitslosigkeit reproduziert sich durch die Produktion von Ungelernten“. Man muss eigentlich über den aktuellen Bedarf der Unternehmen hinaus qualifizieren. Das heißt, man kann nicht spezifisch passgenau ausbilden, bezogen auf das, was der Betrieb jetzt braucht. Was heute passgenau ist, kann ohnehin morgen schon unpassend sein. Mit der Initialqualifikation – und da ist die abgeschlossene Berufsausbildung die Regel, es gibt aber auch Ausnahmen – muss man die Grundlagen dafür legen, möglichst schnell Anpassungsqualifizierung vollziehen zu können, möglichst schnell eine Umschulung vornehmen zu können und möglichst auch eine Höherqualifizierung erreichen zu können. Die Progner-Studie, die vorhin angesprochen worden ist, bis 2030 zeigt eigentlich ganz deutlich, dass wir flächendeckend eine Höherqualifizierung brauchen. Deswegen glaube ich, dass die modulare Nachqualifizierung jetzt eine Chance ist, um auch künftigen Fachkräftebedarf noch decken zu können. Wenn wir diese Chance verpassen, dann werden wir unsere Spielräume nicht ausschöpfen und unser Wohlstandsniveau nicht halten können.

Schulte-Loh: Sie sagen, dass man das Interesse der Betriebe noch ein bisschen wecken und fördern muss. Wie erklären Sie sich die Zurückhaltung?

Schulz-Hofen: Die erklärt sich daraus, dass die Betriebe in Berlin und in den ostdeutschen Bundesländern wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren auf qualifizierte Fachkräfte zurückgreifen konnten. Das ändert sich jetzt, relativ brutal. Das wird auch dazu führen, dass die Betriebe stärker als bisher über den eigenen Bedarf im Hinblick auf künftige Zeiten qualifizieren werden. Der Ansatz modularer Nachqualifizierung ist ja in Berlin auch betrieblich angelegt. Es wird abgefragt, welche Betriebe mit welchen Perspektiven ihre eigenen angelesenen oder ungelernen Fachkräfte weiterqualifizieren können. Es wird auch nachgefragt, welche Qualifizierungsbedarfe entstehen könnten, und dann kann gemeinsam mit diesen Betrieben modulare Nachqualifizierung durchgeführt werden. Was mich bei der Gelegenheit allerdings etwas bekümmert ist, dass wir Mitte der 90er Jahre eine Modellversuchsreihe des BMBF zur modularen Nachqualifizierung hatten, die flächendeckend erfolgreich war.

Sie hat aber nicht dazu geführt, dass man diese Erkenntnisse flächendeckend in Deutschland umgesetzt hat. Das lag wiederum daran, dass die Initiatoren dieses Modellversuchs nicht über die finanziellen Ressourcen verfügten, auch die Maßnahmen zu finanzieren. Das sind ganz andere Akteure, die das tun, und deswegen glaube ich, müssen wir bei diesen Netzwerkstrukturen, über die wir hier reden, auch fragen, wer in diesem Netzwerk denn eigentlich welche starke Position hat? Die starke Position ergibt sich in der Regel daraus, über welche Ressourcen die Netzwerkpartner verfügen. Wir wissen, dass in allen Netzwerken die Grundsicherungsträger und die Agenturen für Arbeit die stärksten Ressourcen haben. Wenn es gelingt, Absprachen zu treffen, dass derartige Konzepte gefahren werden, dann lässt sich das tun. Die Praxis der letzten 10, 15 Jahre hat allerdings gezeigt, dass das nicht gelungen ist. Das hat auch damit zu tun, dass die Geschäftspolitik der BA – das war in der Grafik von Herrn Severing sehr deutlich zu erkennen – in der Zeit ab etwa 2003 längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen nicht mehr zugelassen hat. Das Zielsystem gab vor: möglichst rasche Einmündung in Arbeit, möglichst rasch weg mit dem Kunden aus dem eigenen Regelkreis. Das rechnet sich kurzfristig, es rechnet sich aber langfristig nicht. Inzwischen ist die BA – wie auch gezeigt wurde – dabei, umzusteuern, aber ich glaube, wir haben in diesem Bereich zehn Jahre verloren, die wir jetzt wieder aufholen müssen.

Schulte-Loh: Herr Steinherr, sehen Sie das auch so?

Steinherr: Wir steuern um, was das Thema Qualifizierung insgesamt angeht. Das Thema Umschulung wird aber immer ein kritisches Thema bleiben. Es ja ist schon angedeutet worden, dass keiner sagen kann, ob die Umschulungen, die wir jetzt starten, in drei Jahren auch tatsächlich zum Erfolg führen. Erfolg heißt Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Das war ja auch der Grund, warum letztlich längerfristige Qualifizierung und Qualifizierung ganz allgemein zurückgefahren wurden: eben weil die Erkenntnis am Ende des letzten Jahrhunderts die war, dass Qualifizierung auf Vorrat nicht zum Erfolg geführt hat. Wir haben gemerkt, dass wir sehr viel Geld in die Hand genommen haben, ohne den nötigen Erfolg, die Integration im ersten Arbeitsmarkt, zu erreichen. Daran wird sich wahrscheinlich nicht sehr viel ändern. In überschaubaren Zeiträumen passgenau zu qualifizieren, hat in der Vergangen-

heit zum Erfolg geführt und wird auch in der Zukunft zum Erfolg führen. Wir haben das in der letzten Zeit schon eher modular gemacht. Wenn man das jetzt aus Sicht des Arbeitsmarktes für die Betriebe übersetzen möchte, dann ist ganz klar, dass die Betriebe eigentlich nur Vorteile haben. Sie können ihre eigenen Mitarbeiter fit machen für das, was in der Zukunft auf sie zukommen wird. Das hat bei den Betrieben nur noch nicht den richtigen Durchbruch erreicht. Wir bieten solche Dinge ja schon seit etwa zwei Jahren an. Es gibt ein Programm mit dem sperrigen Namen WeGebAU, darin geht es auch um Qualifizierung von gering qualifizierten Betriebsangehörigen. Die Resonanz ist relativ gering, und ich könnte Ihnen jetzt mehrere von Betrieben angeführte Gründe nennen, aber das würde nicht weiter führen. Also, es ist momentan noch schwierig, dies in die Köpfe der Betriebe und der Inhaber einzupflanzen. Investition in Bildung und die Nutzung solcher Programme ist eine Investition in die Zukunft, für die Mitarbeiter und für den Erhalt der Mitarbeiter-schaft.

Schulte-Loh: Herr Schöffmann und dann Herr Schulz-Hofen.



„Umschulung ist oftmals im theoretischen Rahmen passiert – mit teilweise erheblichen Qualitätsunterschieden – was dazu geführt hat, dass sie auf dem Arbeitsmarkt nicht verwertbar war. Man kann hier also wirklich sagen: Es geht nicht ohne betriebliche Praxis und ein passgenaues Konzept, das dahintersteht“, Hubert Schöffmann, Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern.

Schöffmann: Nur noch einmal ganz direkt zu den Umschulungsmaßnahmen: Ich denke, es war sinnvoll, die Umschulungsmaßnahmen einzudampfen, weil sie auf dem Bildungsmarkt einfach Ausmaße angenommen hatten, die nicht mehr tragbar waren. Es hat viele Qualifikationen in diesem Bereich

gegeben, die einfach am Arbeitsmarkt vorbeigegangen sind, zum Beispiel „175 000 Reiseverkehrskaufleute“, weil es eben gut umzuschulen war. Die haben aber weder in der Region gepasst, noch haben die Teilnehmer danach einen Arbeitsplatz gefunden. Insofern ist es schon besser, genauer hinzuschauen, wie jemand nachqualifiziert wird, wie er in der Region nachqualifiziert wird, wie er hinsichtlich der industriellen Struktur nachqualifiziert wird. Das muss und kann nur mit der Verzahnung der betrieblichen Praxis geschehen. Umschulung ist oftmals im theoretischen Rahmen passiert – mit teilweise erheblichen Qualitätsunterschieden – was dazu geführt hat, dass sie auf dem Arbeitsmarkt nicht verwertbar war. Man kann hier also wirklich sagen: Es geht nicht ohne betriebliche Praxis und ein passgenaues Konzept, das dahintersteht.

Schulte-Loh: Herr Schulz-Hofen?

Schulz-Hofen: Ich sehe das etwas differenzierter. Es gab sicherlich eine Reihe nicht sinnvoller Umschulungsmaßnahmen der BA vor der Umsteuerung. Die Konsequenz, die man daraus hätte ziehen müssen, wäre die gewesen: Man macht eine Qualitätsoffensive und verbessert die Qualität der Umschulungsmaßnahmen. Man bindet auch Betriebe oder betriebliche Phasen mit ein. Man überlegt natürlich, in welchem Ausmaß man bestimmte Spezialqualifikationen überhaupt fördert. Es ist übrigens auch nicht sinnvoll, die unmittelbare Integration nach einer Umschulungsmaßnahme zum alleinigen Maßstab dafür zu machen, ob man diese Maßnahmen fährt oder nicht. Letztlich muss man immer prüfen, ob die Integration in den Arbeitsmarkt wegen der Umschulungsmaßnahme, unabhängig von der Umschulungsmaßnahme oder trotz der Umschulungsmaßnahme stattgefunden hat. Das ist ganz klar. Aber daraus die Konsequenz zu ziehen, die Maßnahmen in einer Weise zurückzufahren, dass wir fast gar nicht mehr qualifiziert haben, das war das Prinzip das Kind mit dem Bade auszuschütten. Zum Glück wird da jetzt gegengesteuert. Das Thema, das Herr Steinherr anspricht, steckt letztendlich dahinter: das Zielsystem der BA. Wir wollen möglichst rasch Integration in den Arbeitsmarkt. Das ist die Aufgabe der BA, aber die ist im Zusammenhang von Netzwerkarbeit, von regionalem Übergangsmanagement zu hinterfragen. Wir haben im Vortrag des DJI gehört, dass ein Erfolgsfaktor von Netzwerken darin besteht, dass man sich auf ge-

meinsame Zielvereinbarungssysteme verständigt. Das funktioniert natürlich nur dann, wenn dieses gemeinsame Zielvereinbarungssystem kompatibel ist mit dem eigenständigen Zielvereinbarungs- und Controllingsystem des stärksten Netzwerkpartners, der BA. Wenn dies nicht der Fall ist, dann nützt die beste Netzwerkarbeit überhaupt nichts, dann werden wir die Zielsetzung tatsächlich nicht erreichen. Kurzum, ich glaube, wir müssen in den Bereichen des regionalen Übergangsmanagements und der modularen Nachqualifizierung die Strukturen auf allen Ebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen gesetzlich auf Bundesebene – insbesondere in der Geschäftspolitik der BA – so ausrichten, dass das gemeinsame Ziel, möglichst effizient und effektiv im Übergangssystem zur abgeschlossenen Berufsausbildung zu führen und möglichst gut beruflich nachzuqualifizieren, auch erreicht werden kann. Ich fände das gut, ich bewundere die Netzwerkarbeiter. Ich bewundere auch die Netzwerkarbeiter in Berlin, die mir gezeigt haben, welche Strukturen tatsächlich zu koordinieren sind. Mir wurden Schultapeten vorgelegt. Ich beschreibe mal kurz, was das ist: Format etwa DIN A2, auf der einen Seite sind die einzelnen Schulen eines Verwaltungsbezirkes untereinander aufgelistet, und daneben stehen die unterschiedlichen Maßnahmen, die diese Schule im Übergangssystem betreffen. Das sind ca. 40 bis 50 Maßnahmen. Das zu koordinieren ist ambitioniert. Es geht, wenn auch in begrenztem Maße, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass das ein optimales Übergangssystem ist. Die Strukturen müssten meines Erachtens so entwickelt werden, dass man sich auf die Bearbeitung der „notwendigsten Schnittstellen“ konzentrieren kann.

Schulte-Loh: „Notwendigste Schnittstellen“ meint dabei?

Schulz-Hofen: Das heißt, dass auch bei den besten Regelungen in der Sozialpolitik Optimierung von SGB II, SGB III, SGB VIII, SGB IX, ...

Schulte-Loh: Danke!

Schulz-Hofen: ... des Bundes und der Länder möglichst viele Schnittstellen eliminiert werden können. Es werden aber immer noch genug übrig bleiben. Das System „Bierdeckel“ klappt auch in der Sozialgesetzgebung nicht. Man kann es aber verbessern und was übrig bleibt, sind die Überschnei-

dungen mit Regelungsmöglichkeiten vor Ort oder mit der Ausschöpfung von Flexibilitätsspielräumen im Rahmen von Standards: Das muss dann in Dienststellenkonferenzen gelöst werden. Ich glaube, das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ leistet gute Vorarbeiten dafür, dass das in der Zukunft nach einer Optimierung das Übergangssystem auch gut vollzogen werden kann.

Schulte-Loh: Wenn wir uns anschauen, was die Förderinitiative 1, also der Übergang von der Schule in den Beruf tatsächlich leisten kann, leisten will und muss, Herr Meyer, was haben Sie für Erfahrungen gemacht? Die Schule und ihre Möglichkeiten sprachen Sie gerade schon an. Was bietet Schule, wie kann die Schule hier Einfluss nehmen? Denn wir haben auch in den Vorträgen heute gehört, dass die Schule als der Ort, an dem die Bildungskarriere quasi mit Elternhaus und Schulunterricht beginnt, ein gewisser Markstein ist.

Meyer: Richtig, ich möchte zuerst noch einmal in Erinnerung rufen, was hier auch bei den Vorträgen gesagt wurde, nämlich wie wichtig es ist, dass man überhaupt einen Schulabschluss hat. Wenn man den nämlich nicht hat, treten später die Probleme auf, die beschrieben worden sind. Wir haben eine Menge Schulabbrecher und sollten uns zuerst auf diese Gruppe konzentrieren. In diesem Zusammenhang spielt für mich Sprachförderung eine große Rolle, und zwar ab der KITA. Das wird in vielen Ländern gemacht, aber oft nicht ausreichend. Viele Kommunen fördern aus eigenen Mitteln zusätzlich, um bessere Erfolge zu bekommen, wir zum Beispiel. Wir haben eine Hauptschule, da sind viele Schulabbrecher, weil sie einfach selbst auf der Hauptschule nicht mehr klarkommen. Wir haben eine sogenannte Werkstattschule eingerichtet, in der die handwerklichen Qualitäten stärker zum Ausdruck kommen, in der die Schüler auf einmal ganz andere Erfolgserlebnisse haben und einen Hauptschulabschluss hinbekommen. Wir machen das kommunal, obwohl es eigentlich Landessache ist. Das ist ein ganz großes Thema: Das Land wird dem nicht ganz gerecht, die Kommunen können die Lücke aber nicht füllen. Eigentlich bräuchten wir – auch das wurde bereits angesprochen – in der Bundesrepublik Deutschland flächendeckend verpflichtende Ganztagschulen. Das machen alle anderen europäischen Länder, nur wir nicht. Der Trend geht jetzt

zwar in Richtung Ganztagschule, aber sie müsste verpflichtend sein. Das ist ganz zentral, um weiterzukommen und auch bessere Abschlüsse hinzubekommen.

Aber jetzt zu Ihrer Frage. Wir haben ein ganz konkretes Projekt, in dem wir zum Beispiel „bessere Realschüler“ – so ist das formuliert – gezielt in Richtung eines ganz bestimmten Ausbildungsberufes, nämlich Industriemechaniker, ausbilden wollen. Sie bekommen ab der 8. oder 9. Klasse parallel zum Unterricht schon eine Art Ausbildung, die sie mit Abschluss des Realschulabschlusses vorweisen können. Das ist ein Projekt, das von der IHK zusammen mit der Berufsbildenden Schule und der Agentur für Arbeit entwickelt worden ist. Wir stecken gerade erst mittendrin, können also noch nicht sagen, ob das funktionieren wird, aber ich bin mir sicher: Es wird funktionieren. Es gibt auch eine starke Nachfrage nach ähnlichen, ganz praktischen Projekten.

Schulte-Loh: Ich würde gerne noch einmal auf einen Punkt zu sprechen kommen, den wir heute Morgen gehört haben, nämlich dass es vor allen Dingen für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund schwierig ist, bei uns in Deutschland Fuß zu fassen. Das gilt sowohl für das Erreichen eines Schulabschlusses als auch für den erfolgreichen Berufsabschluss. Was müsste zur Verbesserung der Situation für Jugendliche mit Migrationshintergrund getan werden, Herr Rath?



„Was müsste zur Verbesserung der Situation für Jugendliche mit Migrationshintergrund getan werden?“, Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk Köln.

Rath: Da kann ich von einem Projekt berichten, das wir aus Hamburg übernommen haben und nun bei uns durchführen. Wir arbeiten mit den drei Berliner Agenturen für Arbeit und der Senatsverwaltung Bildung seit fünf Jahren bei der Vermittlung von Hauptschulabsolventen in ungeforderte duale betriebliche Ausbildungen zusammen. Und wenn wir hier in Berlin von Hauptschulen reden, ist das etwas anderes als in Bayern. Wir haben mit 400 Hauptschülern angefangen und mittlerweile sind es jedes Jahr 800, von ihnen immer etwa die Hälfte mit Migrationshintergrund. Wir haben dabei drei Erfahrungen gemacht, wie diese Prozesse verbessert werden können, die sehr einfach sind. Die erste Erfahrung ist: Wir müssen in den Betrieben einen Denkmusterwandel erreichen. Wir müssen es schaffen, dass die Betriebe die Erfahrungen machen, mit Hauptschülern eine betriebliche Ausbildung durchführen zu können, auch mit Hauptschülern mit Migrationshintergrund. Die zweite Erfahrung – und hier liegt die größte Herausforderung – ist, dass das Selbstvertrauen dieser Zielgruppe, was völlig desolat ist, wieder neu aufgebaut werden muss. Hier gibt es die größten Defizite. Die dritte Erfahrung ist die neue Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, mit dem wir gemeinsam für die Hauptschüler mit Migrationshintergrund einen zusätzlichen Sprachkurs anbieten, in dem wir Deutsch als Fachsprache, als Vorbereitung auf die Fachsprache, die sie in der dualen Ausbildung brauchen, vermitteln wollen. Die Erfolge, die wir in diesem Projekt machen, das wir eins zu eins von Hamburg kopiert haben, sind sensationell – Herr Gödecke, der das vor zehn Jahren in Hamburg initiiert hat, sitzt übrigens auch hier. Wir haben Vermittlungsquoten von 40 % in ungeforderte duale Ausbildungen. Es hat aber zwei oder drei Jahre gedauert, bis die Betriebe bereit waren, sich auf die Erfahrung einzulassen, bis die Jugendlichen bereit waren, sich das zuzutrauen, was sie eigentlich können, aber an das sie nicht glaubten, und bis auch alle anderen Beteiligten bereit waren, dieses Projekt nicht nur als einen Probelauf, sondern als ein Projekt anzusehen und auch finanziell abzusichern, das noch regulär über mehrere Jahre durchgeführt werden soll.

Schulte-Loh: Herr Schulz-Hofen, wie ist Ihre Erfahrung aus Berlin?

Schulz-Hofen: Die Schule hat generell zu lange gebraucht, um sich auf die besonderen pädagogi-

schen Anforderungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund einzustellen. Selbst die Lehrerausbildung hat erst vor sechs, sieben Jahren darauf reagiert. Das ist viel zu spät. Es hat letztlich dazu geführt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in höherem Maße schlechtere Schulabschlüsse haben und ganz konsequent, dass sie im Übergangssystem überproportional vertreten sind. Wir könnten den Jugendlichen helfen, wenn das Übergangssystem besser wäre. Wenn die Möglichkeit bestünde, aufeinander aufbauend und nicht wiederholend in unterschiedlichen Maßeinheiten zur abgeschlossenen Berufsausbildung zu kommen. Das geht aber nur dann, wenn die einzelnen Lernorte, die wir auf der Grundlage unterschiedlicher Maßnahmen und unterschiedlicher Gesetze haben, miteinander kooperieren und sich darauf verlassen können, dass die Vorqualifikation, beispielsweise einer beruflichen Schule oder bei einem Träger, nach einer berufsvorbereitenden Maßnahme der BA oder in einer abgebrochenen Berufsausbildung, wirklich die Qualität hat, die zu vermuten ist. Das setzt eigentlich voraus, dass Ausbildungsbestandteile verbindlich zertifiziert werden und man daran anschließt und nicht das, was schon einmal vermittelt, aber nur diffus beschrieben worden ist, noch einmal wiederholt wird. Das meinte ich vorhin mit dem Punkt, Berufsvorbereitung bis zu zehn Jahre lang, ohne jemals eine Berufsausbildung zu erlangen, wenn man nacheinander unterschiedliche Formen der Berufsvorbereitung durchläuft, in der Jugendhilfe, im Bereich der BA, jetzt noch beim Grundsicherungsträger, vielleicht wenn man den Rechtskreis wechselt und in der Schule. Und dann noch bei irgendwelchen Sonderprogrammen, Einzelinitiativen und vielleicht einem Programm der EU. So etwas kann tatsächlich passieren, dann ist man in der Berufsvorbereitung, ohne dass das eine Wirkung hat. Das heißt, wir brauchen ein inneres Band von Maßnahmen der Qualifizierung, die letztlich kohärent zum Ausbildungsabschluss führen. Dafür benötigen wir ein System. Dieses System lässt sich wahrscheinlich nur in Form von Ausbildungsbausteinen darstellen, die so konzipiert sein müssen, dass tatsächlich Verlässlichkeit darüber vorliegt, was genau der jeweilige Vorleister qualifiziert hat.

Schulte-Loh: Herr Schöffmann?

Schöffmann: Ich finde die Erfolge der einzelnen Projekte bei Jugendlichen mit Migrationshinter-

grund schön, glaube aber nicht, dass sie generell das Problem lösen. Solange sie nicht die Familien erreichen und ihnen und den Jugendlichen selbst verdeutlichen, welcher Sinn und Zweck, welche Philosophie hinter einer Berufsausbildung steht, warum es, wenn man hier in Deutschland lebt, wichtig ist, sich über eine Berufsausbildung zu qualifizieren, dann verpuffen diese Maßnahmen nur in einzelnen sehr erfolgreichen Aktionen. Es heißt: Wenn Sie das Übergangssystem verbessern, dann bringen Sie für diejenigen, die aktuell in der Situation sind, einen grundsätzlichen Durchbruch oder Wandel. Das erreichen Sie dadurch aber nicht. Andere Kulturen – und das haben wir immer wieder festgestellt – sind nur sehr, sehr schwer dafür zu erschließen, welcher Gedanke oder welche Philosophie hinter einer Berufsausbildung steht. Natürlich wird den Unternehmen über kurz oder lang gar nichts anderes übrig bleiben, als sich ganz intensiv damit auseinanderzusetzen. Nehmen wir das Beispiel München: In der Altersgruppe von 0 bis 18 Jahren haben 50 % der Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Dann wissen Sie, wohin sich der Bewerbermarkt für eine Ausbildung entwickeln wird.

Schulte-Loh: Das heißt, die Berufsorientierung müsste eine größere Rolle spielen? Man muss ja sehen, wie man aus diesem Dilemma herauskommen kann.

Schöffmann: Ja.

Schulte-Loh: „Ja“ heißt, die Berufsorientierung müsste eine größere Rolle spielen?

Schöffmann: Die Berufsorientierung sollte früher ansetzen. Man muss auf Familien mit Migrationshintergrund früher zugehen und sie von den Vorteilen, dem Sinn und Zweck dieses Berufsausbildungssystems überzeugen. Das müssen Sie in die Köpfe hineinbekommen, dass sie spätestens dann, wenn der Übertritt ins Berufsleben erfolgen soll, auf gleichem Stand mit deutschen Jugendlichen sind.

Schulte-Loh: Herr Steinherr, wie könnte denn eine frühere und bessere Berufsorientierung aussehen?

Steinherr: Wenn ich das wüsste, dann bräuchten wir diese Tagung nicht. Gerade in der Förderinitiative 1 und bei unserem Vorhaben hier in Leipzig be-

fassen wir uns ja damit. Da geht es um die Berufsorientierung und um die Gruppen, die Berufsorientierung betreiben. Für die sind Eltern eine Zielgruppe, die erreicht werden soll, weil sie die wichtigsten Ratgeber für die Jugendlichen sind, eben auch bei Fragen zur Berufsorientierung. Die Eltern sollen mehr in die Lage versetzt werden, ich sage jetzt mal altmodisch: „Vorbild“ zu sein, auch informiert zu sein über die Möglichkeiten und Angebote. So kann es eher gelingen, die Jugendlichen rechtzeitig in die Richtung zu bringen, sich zu informieren, zu engagieren und auch eigenständig die Angebote wahrzunehmen. Denn nur orientierte und eigenständig agierende Jugendliche werden hinterher auch erfolgreich sein bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Und lassen Sie mich noch ein Stichwort sagen, weil Sie gefragt haben, was die Betriebe tun können. Die sind ganz wichtig dabei. Sie können nämlich den Jugendlichen zeigen, welche Anforderungen es gibt, was sie erwartet und das Ganze in die Schule transportieren, Partnerschaften mit Schulen anstreben. Auch das ist ein wesentlicher Punkt in der Berufsorientierung, der mehr und mehr Bedeutung gewinnt.



„Betriebe können den Jugendlichen zeigen, welche Anforderungen es gibt, was sie erwartet und das Ganze in die Schule transportieren, Partnerschaften mit Schulen anstreben. Auch das ist ein wesentlicher Punkt in der Berufsorientierung“, Wolfgang Steinherr, Agentur für Arbeit Leipzig.

Schulte-Loh: Herr Ostermann?

Ostermann: Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass Bereitschaft und Offenheit für Kooperation sowohl auf Seiten der Betriebe als auch auf Seiten insbesondere der Hauptschulen vorhanden sind, dass es aber sehr, sehr schwierig ist, beide zusammenzuführen. Das ist Sisyphus-Arbeit. Wir haben über den Bildungsverein und das Bildungsbüro gerade damit begonnen. Das bedeutet wirklich, dass man Einzelgespräche führen muss, um den einen zum anderen zu bringen. Ansonsten sind es auch meine Wahrnehmung und Erfahrung, dass die Betriebe durchaus bereit sind, auf der einen Seite den Unterricht mit zu gestalten, sei es durch Mitarbeiter oder Ausbilder der Betriebe, und darüber hinaus Kurzzeit- oder auch Langzeitpraktika anzubieten. Also hier ist eine Kooperationsbereitschaft da, und ich könnte mir vorstellen, dass es nicht nur bei uns im Landkreis so ist, sondern durchaus auch flächendeckend. Aber es ist unheimlich schwer, beide aufeinander aufmerksam zu machen. Ansonsten kann ich das nur unterstreichen und unterstützen.

Bei den Folien, auf denen Institutionen, die einen Bildungsauftrag haben, dargestellt worden sind, haben mir die Eltern gefehlt.

Schulte-Loh: Weil man die ja nicht ändern kann.

Ostermann: Ja, aber sie gehören dazu.

Schulte-Loh: Ich meine „nicht ändern“ in dem Sinne, dass man auf sie keinen Einfluss nehmen kann.

Ostermann: Auch da versuchen wir zumindest Angebote zu unterbreiten. Man erreicht letztlich immer die gleichen Eltern. Aber wir haben durchaus Programme wie „Starke Eltern, starke Kinder“, die wir schon in den Kindertagesstätten zu etablieren versuchen, aber auch dort ist es sehr schwer. Es bedarf hier einer Mund-zu-Mund-Propaganda, um überhaupt den einen oder anderen „hinterm Ofen hervorzulocken“.

Schulte-Loh: „Hinterm Ofen hervorzulocken“ nehme ich jetzt als Stichwort, um das zu tun, was ich Ihnen angekündigt habe. Dass wir hier nicht nur einen Frontalunterricht weiterführen, sondern Sie durchaus die Möglichkeit haben, sich an der Diskussion zu beteiligen beziehungsweise Fragen zu stellen oder

eigene Erfahrungen mit hineinzutragen in die Diskussion. Sie können das tun, indem Sie einfach eine Hand heben. Ich werde dann auf Sie zukommen und mit Ihnen darüber reden oder Ihnen eine Frage stellen oder Sie stellen eine Frage an einen der Diskutanten beziehungsweise Podiumsteilnehmer. Eine Frage, die Sie interessiert und von der Sie vielleicht bisher das Gefühl hatten, dass sie so noch gar nicht aufgetaucht ist.

Gast 1 aus dem Auditorium: Hier ist in der gesamten Diskussion vorhin richtig unterstrichen worden, wie wichtig die Netzwerkarbeit ist, und wie wichtig die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Partnern ist. Was mir bisher in der Diskussion noch gefehlt hat – auch in den ersten Beiträgen vorhin – ist, dass es nicht darum gehen kann, nur zu koordinieren, denn wenn wir ein Ziel verfolgen, müssen wir das mit einer Steuerung verbinden. Ich würde gerne vom Podium hören, wie sich die einzelnen Akteure diese Steuerungsfunktion, die in einem Übergangssystem stattfinden muss, vorstellen könnten?

Schulte-Loh: Eine ganz klare Rolle spielt hier Herr Meyer. Herr Meyer! Sagen wir mal Steuermann.

Meyer: Ich muss Sie enttäuschen. Ich habe vorhin schon einmal gesagt, im Detail mische ich mich nicht in das operative Geschäft ein. Dazu haben wir eine kommunale Anstalt öffentlichen Rechts – das klingt ein bisschen sperrig –, die Beschäftigungsförderung, die im Rahmen dieses Programms genau das macht: Sie versucht zu steuern, die vielen Initiativen, die wir im Göttinger Raum und in der Region haben, zusammenzuführen. Das ist ja eine der Hauptaufgaben in diesem Programm. So habe ich das jedenfalls verstanden. Und wenn es doch mal nicht klappt, dann wenden sie sich an mich, und ich versuche – durch Öffentlichkeitsarbeit oder das eine oder andere Gespräch – den Vorgang zu beschleunigen.

Schulte-Loh: Herr Schulz-Hofen!

Schulz-Hofen: Einige Sätze noch dazu. Die Grenzen der Steuerungsmöglichkeit habe ich schon angesprochen. Unterhalb dieser Möglichkeiten gibt es durchaus gute Chancen, viel zu erreichen, wenn auch mit sehr viel Aufwand. Der erste Punkt ist, Transparenz herzustellen über alle Angebote, die existieren, und über deren jeweilige Zielsetzung.

Wenn man das weiß, kann man überlegen, wie die einzelnen Instrumente standardisiert werden können. So wird das auch in unserem Berliner Vorhaben zum Übergangmanagement bei SPI gemacht. Man kann dann darauf drängen, in Gesprächen zu einer Lösung zu kommen, eine Betriebsnähe der Angebote zu erreichen. Danach kann man versuchen, individuellen Unterstützungsbedarf und Orientierung für die Jugendlichen zu organisieren.

Schulte-Loh: „Man“ ist dann wer? Wer genau macht das alles?

Schulz-Hofen: Das Berliner regionale Übergangmanagement ist so organisiert, dass wir in Bezirksstrukturen arbeiten, denn Berlin ist zu groß, um das generell zu schaffen. Wir haben als Vorläuferstruktur die regionalen Ausbildungsverbände aus dem Bundesländer-Sonderprogramm zur Schaffung von Ausbildungsplätzen bezirklich organisiert. Wir haben zugleich auch ein Projekt der vertieften Berufsorientierung bezirklich organisiert. Das waren gute Voraussetzungen dafür, auf der bezirklichen Ebene solche Netzwerkstrukturen weiter zu entwickeln. Das ist dann verbunden worden mit Ansatzpunkten an den Schulen. An den Schulen macht das regionale Übergangmanagement dann bezirklich diesen Abstimmungsprozess und versucht, auch ein abgestimmtes Dokumentationssystem zu entwickeln, um sich gegenseitig darüber informieren zu können, was bereits existiert und was wie gemacht wird. Ein Berufswahlpass wird eingesetzt, und es gibt auch eine Reihe von Anstößen, so etwas wie ressortübergreifende Abstimmung von Politiken, Programmen, Angeboten. Das Ganze ist im Übrigen viel komplizierter als es sich auf den ersten Blick anhört. Wenn ich nur mal ...

Schulte-Loh: Nein, nein, das hört sich auch so schon kompliziert an!

Schulz-Hofen: ... wenn ich nur mal an kommunale Ämter denke und nur mal den Sozialbereich nehme. In den Sozialämtern gibt es bei den Kommunen in der Regel zwei unterschiedliche Kulturen. Da gibt es diejenigen, die für die Leistungsauszahlung zuständig sind und diejenigen, die für „Aktivierung, Beratung“ zuständig sind. Es gibt viele Kommunen, die hier sehr gut zusammenarbeiten. Es gibt auch viele, in denen das zwei unterschiedliche Verwaltungseinheiten bleiben.

Schulte-Loh: Also, ich finde, Herr Ostermann sieht so aus, als wäre er ganz froh, dass er in seinem Heidekreis ist und nicht in Berlin.



„Die handelnden Personen an den Strippen und maßgebenden Stellen sind ganz erheblich mitverantwortlich, ob der Aufbau eines Netzwerkes funktioniert oder nicht.“

Ostermann: Aber es hat auch sehr viel mit den agierenden und handelnden Personen zu tun. Wir sind vielleicht in der glücklichen Lage, auch Optionskommune zu sein. Also eine der 69 kreisfreien Städte oder Landkreise in Deutschland, in denen für die Bezieher von SGB II/Hartz IV nicht die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen gemeinsam zuständig sind, sondern ausschließlich die Städte oder Landkreise. Innerhalb dieser Rolle kommen wir gar nicht darum herum, uns mit den Mitarbeitern der Arbeitsagenturen sehr intensiv und regelmäßig zusammensetzen und uns abzustimmen. Wir haben hier aufgrund historischer Hintergründe mit zwei Arbeitsagenturen zu tun, weil wir mal aus zwei Altkreisen zusammengelegt worden sind und die alten Strukturen erhalten geblieben sind. Das funktioniert in beiden Bereichen optimal, weil beide Leiter der Arbeitsagenturen und auch der Mitarbeiter, der bei mir im Haus dafür zuständig ist, ein gemeinsames Ziel verfolgen und wirklich gut zusammenarbeiten. Das kann auch anders sein, wenn man sich hier profilieren will und die Zusammenarbeit nicht sucht und pflegt. Deswegen sind die handelnden Personen an den Strippen und an den maßgebenden Stellen ganz erheblich mit dafür verantwortlich, ob es funktioniert und ob Strukturen abgestimmt und koordiniert werden können oder nicht.

Schulte-Loh: Ich bin gleich bei Ihnen ...

Gast 2 aus dem Auditorium: Ich wollte unseren Kollegen Herrn Schöffmann fragen, was Sie zu den Familien von Unterschichtkindern sagen würden, zu deutschen Kindern, Eltern, denen es finanziell nicht so gut geht, was würden Sie zu diesen Eltern sagen? Bei denen die Kinder auch keinen Schulabschluss haben oder schlechte Schulabschlüsse oder schlechte Ausbildung. Also, ich denke, Bildung gibt es jetzt in unserer Gesellschaft in der Mittel- und Oberschicht, das hat mit Migration oder Nichtmigration nichts zu tun, sondern das ist eine Geldfrage. Die Mittelschicht-Eltern geben viel Geld für Ihre Kinder aus, die Unterschicht-Eltern können das nicht schaffen in unserem Bildungs- und Schulsystem. Ich wollte auch sagen, dass man bei Migranten ein bisschen differenzierter hinsehen sollte. Die spanischen Kinder haben mehr Ausbildungsabschlüsse als die deutschen Kinder, auch die iranischen und russischen Kinder haben mehr Abiturabschlüsse. Das heißt also, das Thema muss man ein bisschen differenzierter sehen. Ich möchte auch unseren Kollegen aus Berlin für das loben, was Sie gesagt haben! Diese modulare Ausbildung oder aufeinander aufbauende Angebote finde ich sehr wichtig für die sozial benachteiligten Jugendlichen. Nicht nur Migranten, sondern für alle.

Schulte-Loh: Was hat Ihnen nicht gefallen, an dem, was Herr Steinherr gesagt hat, beziehungsweise Ihre Frage zu ihm noch einmal?

Gast 2 aus dem Auditorium: Es ging um die Eltern. Ich denke Eltern – egal ob Migranten-Eltern oder Unterschicht-Eltern von deutschen Kindern – haben Schwierigkeiten mit der Bildung und dem Schulsystem.

Schulte-Loh: Herr Steinherr, wenn Sie das noch einmal für sich gerade rücken können?

Steinherr: Sie haben mit Sicherheit Recht, die haben Schwierigkeiten im Schulsystem, die haben dann aber auch Schwierigkeiten sich zurechtzufinden mit dem, was hinterher kommt und was für das eigene Kind das Beste ist. Diese Eltern – ganz gleich ob mit oder ohne Migrationshintergrund – in die Lage zu versetzen, das Ihren Kindern auch mitzugeben, das ist mit Sicherheit ein ganz wesentliches

Thema für die Berufsorientierung. Das soll in diesem Programm auch weiter vorangetrieben werden.

Schulte-Loh: Herr Schöffmann?



„Eltern müssen eine ganz besondere Bildungs- und Erziehungsverantwortung wahrnehmen. Die Personengruppe der Eltern mit Migrationshintergrund ist für dieses Thema aber nur sehr schwer zu erschließen.“

Schöffmann: Es wäre schade und traurig – und ich weiß, dass es solche Tendenzen gibt –, wenn wir grundsätzlich davon sprechen müssten, dass Bildung irgendwann einmal vom Geld abhängig sein wird. Wenn ich genügend habe, dann kann ich sozusagen auch das unbegabteste Kind noch zum Olympiasieger führen. Ich gebe Ihnen Recht, dass man je nach Migrationshintergrund differenzieren muss. Es gibt hervorragend Gebildete in jeglicher Migrationsgruppe. Mir ist es nur um das Thema Berufsausbildung gegangen. Dass man natürlich Abitur erwerben sollte und all diese Dinge, das ist wohlbekannt. Aber dieses Thema, was der Sinn und Zweck einer Berufsausbildung ist, ist nicht bei allen gleich angekommen. Und deswegen wünsche ich mir, die Familien mit Migrationshintergrund enger in dieses Thema einzubinden. Ich gebe Ihnen auch Recht, vollkommen unabhängig davon, ob ein Migrationshintergrund vorliegt oder nicht: Eltern haben immer eine ganz besondere Bildungs- und Erziehungsverantwortung, die müssen sie in jedem Fall wahrnehmen. Wir stellen nur fest, dass die Personengruppe der Eltern mit Migrationshintergrund für dieses Thema sehr, sehr schwer zu erschließen ist. Das können Sie an Beispielen erkennen, ob es einen Informationsabend an den Schulen gibt, zu dem Firmen hingehen und über das duale Berufsausbildungssystem informieren, ob es Gesprächsrunden

von Interessensgruppen gibt. Das alles hat leider noch nicht den nachhaltigen Erfolg, den wir uns wünschen würden.

Schulte-Loh: Jetzt sind Sie dran.

Gast 3 aus dem Auditorium: Ich wollte nur ganz kurz Stellung nehmen. Ich komme aus dem Allgäu und erlebe gerade eine wahnsinnige Entlassungswelle bei uns im Maschinenbaubereich. Ich führe dort sehr viele Einzelgespräche mit Un- und Angelernten, also mit Werkshelfern, die sehr viel Schichtarbeit machen, und da sehe ich jetzt eine Ursache für die fehlende Motivation, den Berufsabschluss überhaupt zu erwerben. Diese Leute haben sehr viel Geld verdient in den letzten 20 Jahren. Also, die haben richtig viel verdient, wohingegen Leute, die eine Ausbildung gemacht haben, gar nicht mithalten können. Die Firmen haben ihre Arbeiter teilweise so überbezahlt, dass die richtig behütet gearbeitet und gelebt haben, und jetzt plötzlich stehen sie da und merken: Mensch, mir fehlt der Berufsabschluss! Wie soll ich mich bewerben? Was habe ich überhaupt für eine Qualifikation? Ich glaube, das ist auch eine Ursache für diese Entlassungswelle, und das wird noch viel schlimmer werden jetzt in der Zeit der Kurzarbeit.

Schulte-Loh: Das heißt, die letzten Jahre ging es denen, wenn ich Sie richtig verstehe, so gut – zu gut –, dass man sich einfach nicht mehr um einen Berufsabschluss gekümmert hat?

Gast 3 aus dem Auditorium: Genauso sehe ich es. Also zumindest im Maschinenbaubereich, das bekomme ich gerade mit. Die waren behütet und haben wirklich relativ viel Geld verdient.

Schulte-Loh: Ist das eine Sache, zu der jemand von Ihnen vom Podium etwas sagen kann, Stellung beziehen beziehungsweise ergänzen? Ist das so, würden Sie diese Einschätzung oder die Erfahrung teilen?

Schulz-Hofen: Das ist an manchen Stellen mit Sicherheit so. Groteskerweise gibt es das aber auch umgekehrt. Vermittler erzählen: „Wenn es um die Frage geht, im Betrieb weiterzuqualifizieren, gibt es Betriebsinhaber, die sagen ‚Nö, das mache ich nicht,

denn dann verlangen die hinterher, wenn sie qualifiziert sind, noch mehr Lohn.“ Es ist wirklich ganz schwierig, das Thema Lohn auch noch mit hineinzubringen. Dass es Fälle gibt, die in gewissen Bereichen gut verdient haben, das ist völlig klar.



„Wenn ich eine bestimmte Qualifikation habe, müsste sich das doch auch auf die Bezahlung niederschlagen?“

Schulte-Loh: Heißt das, man muss das Thema Lohn ganz auslassen? Es ist doch klar, wenn ich eine bestimmte Qualifikation und mehr habe, müsste sich das doch auch auf die Bezahlung niederschlagen, oder nicht?

Schulz-Hofen: Das ist klar und auch richtig so, viele Tarifverträge heben auch darauf ab, aber wenn der Arbeitgeber vorher schon sagt: „Dann mache ich das lieber nicht“ oder, „Ich habe keine Zeit dazu“? Die Fälle, die Sie meinen, lagen so, dass die Betriebe gut ausgelastet waren und dann gesagt haben: „Jetzt müssen wir arbeiten, wir haben die Aufträge da, jetzt haben wir keine Zeit für Weiterbildung“. Das gab es auch.

Schulte-Loh: Mehr Geld bei besserer Qualifikation, da schüttelt Herr Rath den Kopf.

Rath: Ich schüttelte den Kopf zu etwas anderem. Ein Nachteil unseres dualen Systems der Berufsausbildung ist ja, dass ich sehr viel Qualifizierung an den Anfang des Berufsweges lege. Das ist natürlich ein Vorteil, führt aber dazu, dass ich im Laufe des Be-

rufslebens Defizite in der Weiterbildungskultur der Betriebe und im Weiterbildungsverhalten der Mitarbeiter habe. Da sind uns andere Nationen, die kein duales System wie wir haben, voraus. Eine Ursache sehe ich genau darin, obwohl wir ganz normale Eingruppierungen haben. Ich habe die Zahlen, was jemand in welcher Lohngruppe verdient, auch hier. Ich glaube nicht, dass es häufig vorkommt, dass Betriebe Unqualifizierte überbezahlen. Das würde die Personalkosten derartig hochfahren, das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Aber man müsste sich die Situation, die Sie meinen, wirklich mal vor Ort angucken. Ich komme gerne mal ins Allgäu und schaue mir das an.



„Ein Nachteil unseres dualen Systems ist, dass sehr viel Qualifizierung am Anfang des Berufsweges liegt, was dazu führt, dass sich im Laufe des Berufslebens Defizite in der Weiterbildungskultur der Betriebe und im Weiterbildungsverhalten der Mitarbeiter ergeben.“

Schulte-Loh: Herr Meyer, Sie wollten noch etwas ergänzen?

Meyer: Also zu meiner Schulzeit – das liegt schon ein bisschen zurück – war es in der Tat immer so: Ich gehe lieber gleich arbeiten und verdiene ordentlich Geld, anstatt eine Lehre anzufangen. Aber ich habe Abitur 1967 gemacht und inzwischen wird das anders diskutiert. Jeder Jugendliche hat doch eigentlich kapiert, dass er ohne Ausbildung heute kein richtiges Geld mehr verdienen kann.

Schulte-Loh: Wir haben eine weitere Frage.

Gast 4 aus dem Auditorium: Ich bin in derselben Senatsverwaltung tätig wie Herr Schulz-Hofen, aber in der Abteilung Integration. Ich finde richtig, was

Herr Schulz-Hofen gesagt hat, dass die Institutionen sich verändern müssen. Sie haben das Beispiel Schule genannt, dass die sich zu spät geändert hätten. Ich glaube, dasselbe können wir für Agenturen und Job-Center behaupten. Netzwerke haben meines Erachtens noch eine weitere Chance. Sie können nicht nur wichtige Ressourcenträger einbinden, sondern auch exemplarisch neue Verknüpfungen, neue Chancen und individuelle Wege zur Lösung spezifischer Probleme aufzeigen. Ein Beispiel: Wir haben hier in Berlin ein ganz spezifisches Netzwerk gegründet mit dem kleinen und präzisen Ziel, mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund in die öffentliche Verwaltung zu bekommen. Das ist ein sehr fachlich orientiertes Netzwerk mit relevanten Partnern, also Senatsverwaltung, Bildungsträger, vor allem aber auch Migrantenorganisationen, und wir haben nachweisbare Erfolge. Das ist natürlich nur für eine kleinere Teilzielgruppe, aber an ihnen kann man Übergänge konkret aufzeigen, bevor man idealtypische, bessere Kooperationen für alle schafft. Ich glaube, das ist eine Chance, die konkrete Netzwerkarbeit bieten kann: im Kleinen Wege aufzuzeigen, die sich dann auch auf große Institutionen transferieren lassen können.

Und ich habe noch einen zweiten kleinen Hinweis: Im Rahmen des BQF-Programms, das ebenso vom BMBF gefördert wurde wie „Perspektive Berufsabschluss“ jetzt, liegen so viele kluge Expertisen und Hinweise zur besseren Integration von Migrantinnen und Migranten in die Ausbildung vor! Die Ergebnisse muss man vielleicht manchen Akteuren noch einmal deutlicher zur Kenntnis geben.

Schulte-Loh: Mit anderen Worten: Sie finden das, was beim BQF-Programm herausgekommen ist, wurde bisher zu wenig genutzt?

Gast 4 aus dem Auditorium: Nein, das war nur ein bisschen diplomatisch formuliert. Ich meinte durchaus die Herren, die heute mit uns und vor uns diskutieren. Es gibt schon präzise Hinweise, wie migrantensensible Berufsorientierung zum Beispiel funktionieren kann, oder was nötig ist, um Erfolg in der dualen Ausbildung zu sichern. Das sollte dann aber auch in die Breite, in die Agenturen oder auch die Jobs weitergetragen werden.

Schulte-Loh: Bitteschön, Herr Meyer!



„Ich möchte endlich mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund, weil wir die in bestimmten Bereichen der Verwaltung wirklich gut gebrauchen können!“

Meyer: Die Forderung, dass Auszubildende mit Migrationshintergrund jetzt doch endlich auch mal in der öffentlichen Verwaltung eingestellt werden sollen, ist doch inzwischen völlig unstrittig. Trotzdem werden sie noch nicht eingestellt – leider! – oder nur in Ausnahmefällen. Ich habe zum Beispiel meinem Fachbereich Personal gesagt: „Ich möchte endlich mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund, weil wir die in bestimmten Bereichen der Verwaltung wirklich gut gebrauchen können.“ Dann stellt man aber fest, dass die trotz eigentlich guter Qualifikationen mit unseren Auswahlverfahren, die wir seit Jahrzehnten haben, nicht zurechtkommen. Deswegen haben wir jetzt ein kleines Programm aufgelegt, in dessen Rahmen wir potenzielle Auszubildende vorher gezielt beraten und ihnen erklären, wie eine Verwaltung arbeitet, damit die sich da besser hineindenken können und so geschult werden, dass sie hoffentlich den Vergleichstest mit den anderen bestehen und wir endlich einige von ihnen einstellen können. Sonst ginge das nur über eine Quote, das fände ich wiederum nicht so gut. Aber das Thema beschäftigt, glaube ich, alle öffentlichen Verwaltungen.

Schulte-Loh: Eine Ergänzung dazu?

Gast 4 aus dem Auditorium: Ich habe dafür sehr viel Sympathie und sehe das genauso. Drei Elemente haben wir dazu benötigt. Erstens die politische Entscheidung, die Zielsetzung des Senats, den Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen. Zweitens eine

sehr kluge, aber auch anstrengende Steuerung mit allen relevanten Akteuren und vor allem drittens Werbung in die Kommunen hinein. Wir haben nach einer Kampagne eine ganz substanzielle Erhöhung der Bewerberzahlen gehabt, und mittlerweile gibt es auch eine nachweisbare Erhöhung, fast eine Verdopplung, der eingestellten Auszubildenden.

Schulte-Loh: Eine weitere Frage von Ihnen oder eine Ergänzung? Das ist sehr ausgewogen. Ich bewege mich ja gerne, Sie müssen die ganze Zeit sitzen. Sie tun mir so leid! Ich kann hier immer von rechts nach links zwischen Ihnen hin und her rennen.

Gast 5 aus dem Auditorium: Ich komme aus Mülheim an der Ruhr. Wir sind auch Optionskommune und haben in einem U-25 Haus sowohl das Team U-25 versammelt als auch einige präventive Projekte, um so viele Jugendliche wie möglich direkt von der Schule in die Ausbildung zu bringen. Wir haben folgendes Problem: Wir stoßen mehr und mehr auf Jugendliche, die sehr schlecht gebildet aus der Schule kommen. Obwohl sie dort zehn Jahre verbringen, haben sie einen Bildungsstand, mit dem es ganz schwierig wird. Sie haben keinen oder nur einen schlechten Schulabschluss, und selbst wenn eine freundliche, nette, stille Migrantin eine Fachoberschulreife hat, dann heißt das noch nicht, dass sie nachher in der Berufsschule, wenn sie vermittelt worden ist, auch zurechtkommt. Es kann sein – und das haben wir konkret erlebt –, dass die Berufsschule sagt, „Unser Leistungsniveau schaffst du nicht.“ Das heißt, es steht zwar Fachoberschulreife drauf, sie ist aber nicht drin. In der Zusammenarbeit mit den Schulen kann ich auf kommunaler Ebene ganz konkret vorgehen, aber eigentlich reicht mir das nicht. Deswegen die Frage: Hat von Ihnen jemand eine Idee, wie wir bundesweit gemeinsam an dieser Stelle weiterkommen können, oder haben Sie Erfahrungen in den Regionen, in denen Sie tätig sind, gesammelt?

Schulte-Loh: Bevor ich einen von Ihnen ausgucke, der antworten muss, haben Sie die Chance sich selber zu melden ...

... Herr Rath?

Rath: Man sollte sich wirklich einmal wissen-

schaftlich mit dieser These beschäftigen, dass das Niveau der Schulabgänger sinkt. Ich halte das nicht für richtig. Wir kennen zwei Firmen, die immer dieselben Einstellungstests machen, einmal seit 1923 und einmal seit 1950. Ich nenne die Firmen nicht, aber wir kennen die Auswertungen. Über diesen langen Zeitraum von nun bald 100 Jahren sehen wir, dass die Prozentpunkte, um die die Ergebnisse der Einstellungstests variieren, nur um zwei bis drei Prozentpunkten nach oben und nach unten abweichen. Also zum Beispiel nach dem zweiten Weltkrieg, bei der Kriegsgeneration, lagen die Ergebnisse der Einstellungstests ein bisschen tiefer. Und bei einer anderen Firma, die in Berlin sitzt, ging es nach der Wende um zwei Prozentpunkte nach oben. Aber diese These, dass die Schulabgänger heute viel schlechter sind als früher, das haben schon die alten Griechen – Aristoteles war es, glaube ich – gesagt. Aber es ist nicht so. Das müsste man wirklich einmal genauer untersuchen. Ein Motiv für diese These – weil ich jetzt sehe, dass mein Kollege von der IHK in Bayern sich meldet, will ich ihm mal eine Vorlage geben – ist: Wenn ich sage, die Schüler können nichts mehr, dann bin ich teilweise auch den Druck los, Leute zu nehmen, die sich bei mir für eine duale Ausbildung bewerben.

Schulte-Loh: Ich glaube, der Bezug zu 1923 hat Sie ein wenig geschockt?

Gast 5 aus dem Auditorium: Mich hat das nicht ganz überzeugt. Sie sagen, „Das ist einfach nur eine Frage der Perspektive“, aber ich nehme vor Ort in Mülheim etwas anderes wahr. Wir haben tatsächlich eine sehr gute Kooperation mit den Arbeitgeberverbänden, von denen ich ganz deutlich die Sorge höre: „Die Generation dünnt sich aus und trotzdem laufen wir Gefahr, dass wir nicht genug Bewerber haben werden, die wir gebrauchen können.“ Die Bereitschaft zur Kooperation – wir sind ja schließlich angetreten, um die Jugendlichen fit zu machen – ist sehr hoch. Für mich heißt die Aufgabe tatsächlich, die Jugendlichen dahin zu bringen, dass sie gut genug lesen, schreiben und rechnen können und ein entsprechendes Verhalten haben müssen, um eingestellt werden zu können. Da hilft mir der Vergleich mit 1923 nichts. Ich muss sie jetzt in den Arbeitsmarkt bringen, so wie der Arbeitsmarkt heute gestrickt ist, und der hat andere Anforderungen.

Schulte-Loh: Herr Schöffmann.

Schöffmann: Ich sehe es nicht ganz so wie der Kollege beim Thema Ausbildungsreife, und auch die Zahlen sprechen dagegen. Für fast jeden zweiten Unternehmer ist die mangelnde Ausbildungsreife das Ausbildungshemmnis Nr. 1. Jetzt kann man darüber diskutieren, was genau Ausbildungsreife ist, aber wenn man sich das im Detail ansieht, dann handelt es sich in überwiegender Zahl um das mündliche und schriftliche Ausdrucksvermögen. Ich weiß nicht, ob das bei diesen Tests mit ausgewertet wird. Es gibt sicherlich auch Themen wie Mathematik, aber dann kommen auch sehr bald Bereiche, die zu den persönlichen und sozialen Kompetenzen zählen, also Disziplin, Höflichkeit, Zuverlässigkeit, Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit. Diese werden dann sehr, sehr schnell von den Unternehmen genannt. Wir führen diese Befragungen schon seit Jahren bei vielen Ausbildungsunternehmen durch, und es ist in der Tat so, dass die mangelnde Ausbildungsreife das größte Hemmnis für die Unternehmen ist, einen freien Ausbildungsplatz zu besetzen. Ich bin ganz Ihrer Meinung, dass auch Schulen sich in der Zukunft noch mehr und kräftiger anstrengen müssen, einfach besser zu werden. Dann sind wir recht schnell bei Themen wie Berufsvorbereitung und Berufsorientierung angelangt, was man dort noch alles zu optimieren hat.

Schulz-Hofen: Ich möchte kurz ein etwas weniger zurückliegendes Beispiel als Herr Rath anbringen, aus der Zeit seit 1999 bis etwa 2004, 2005. Wir hatten das Problem einer Sonderschule für Lernbehinderte – mit sehr disziplinierten Schülern, muss ich allerdings dazu sagen, aber eben mit gewissen Handicaps. Die Schulleitung fand eine gute Kooperation mit der Berliner Glaserinnung. Die Glaserinnung ist auch in Berlin eine kleine Innung, der Markt trägt nur eine gewisse Anzahl von Glaserbetrieben. Die Glaser brauchten Nachwuchs, und zwar offenbar solchen Nachwuchs, der nachher nicht zur Konkurrenz wird und selbst mit einem Meisterbrief Betriebe eröffnet. Die Kooperation fand statt zwischen den Glaserbetrieben, der Sonderschule für Lernbehinderte und den überbetrieblichen Bildungsstätten der Glaserinnung. Das hat so gut funktioniert, dass viele dieser ehemaligen Sonderschüler für Lernbehinderte die theoretische Prüfung mit der Note 3 oder besser abgelegt hatten.

Wenn man in den Statistiken der Schulen zurückgeht, kann man in den 1970er Jahren sehen, dass in einer Reihe von Ausbildungsberufen viele Jugendliche – zwischen 30 % und 40 % – gelernt haben, die ohne Schulabschluss waren. Man kann also auch mit schlechtem oder gar keinem Schulabschluss eine Berufsausbildung durchsetzen, man muss nur entsprechende Hilfestellung bekommen. Diese Hilfestellungen könnten prinzipiell auch flächendeckend geleistet werden, wenn man dazu die ausbildungsbegleitenden Hilfen der Arbeitsagenturen in Anspruch nimmt. Das geht allerdings nicht so einfach „von der Stange“, sondern die Hilfe müsste etwas stärker auf die konkreten betrieblichen Anforderungen zugeschnitten werden. Dann ist vieles lösbar.

Schulte-Loh: Wir haben eine weitere Frage.

Gast 6 aus dem Auditorium: Ich gestehe, es ist nur eine Anmerkung. Ich ärgere mich selber immer bei solchen Diskussionen, wenn Leute nichts fragen, sondern nur anmerken, aber es ist mir wichtig, noch etwas zum Stichpunkt Integration zu sagen. Ich arbeite im Arbeitsstab der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, und weil wir bei „Perspektive Berufsabschluss“ eine Zielgruppe haben, in der der Anteil von Migranten sehr groß ist, ist es vielleicht sinnvoll, nochmals auf einiges zurückzukommen, um eine Informationsbasis für unsere Projekte zu haben. Ein Stichwort, das eben fiel, war die Frage der kulturellen Unterschiede mit Blick auf Ausbildung und Ausbildungsreife. Darüber gibt es in der Tat Studien, die sehr klar belegen, dass die Schwierigkeiten beim Übergang in die Ausbildung bei den Jugendlichen daran hängen, dass sie keinen Schulabschluss haben, besonders bei jungen Migranten. Schaut man dann aber mal genauer hin, woran es liegt, dass kein Schulabschluss geschafft wurde, dann tritt dieses Migrationsmerkmal sehr schnell in den Hintergrund. Genauer gesagt: Dann sind solche Dinge, die eine Dame ganz zu Beginn schon ansprach, nämlich sozialstrukturelle Faktoren, viel entscheidender. Es ist entscheidend, dass jemand keinen Schulabschluss hat, und nicht, woher er kommt. Hier trifft eher das Thema Bildungsferne zu. Wie ist die Haushaltsstruktur? Wie das Bildungsniveau der Eltern? Das haben wir auch schon auf dem Podium gehört. Es ist erst einmal wichtig zu wissen, dass wir nicht

einfach sagen können, es läge an anderen Kulturen, oder alle, die zu uns gekommen sind, hätten diese Bildungsaspiration nicht im familiären Umfeld. Ich stimme Ihnen natürlich vollkommen zu, wenn Sie sagen, dass wir die Eltern integrieren müssen. Es geht darum, das System zu verstehen, auch das nötige soziale Kapital zu haben. Das steht den Migrantenfamilien nicht in gleichem Maße zur Verfügung. Ich glaube auch, dass es sehr aufwendig und komplex ist, die Elternarbeit so hinzubekommen, weil wir Kulturbrücken aufbauen müssen. Aber die Gruppen sind wirklich sehr vergleichbar: Auch ein Deutscher ohne Schulabschluss hat es schwer auf dem Ausbildungsmarkt, und auch was die Bildungsaspiration betrifft, ist seine Situation mit der von Jugendlichen mit Migrationshintergrund vergleichbar. Darüber gibt es auch Studien vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Viele Jugendliche, die unser Schulsystem durchlaufen haben, wissen ganz genau, dass danach eine Ausbildung kommt, und dass es wichtig ist, sich darum zu kümmern. Das heißt, die Vorgehensweisen bei Jugendlichen mit oder ohne Migrationshintergrund ist durchaus vergleichbar. Ich glaube, dieses Wissen ist wichtig für die Durchführung der Projektarbeit. Danke!

Schulte-Loh: Danke Ihnen! Und an Sie auf dem Podium die Frage – vielleicht zuerst an Sie, Herr Meyer: Die Arbeit im Rahmen der Förderinitiative hat begonnen, der Förderinitiative 1 in Ihrem Fall. Sie haben sie auf den Weg gebracht beziehungsweise den Anfang gemacht. Wenn Sie nun auf die gesamte Zeit schauen, während der sie gefördert wird, was wollen Sie da erreichen? Was versprechen Sie sich davon ganz praktisch?

Meyer: Ganz praktisch verspreche ich mir davon, dass wir allen Jugendlichen, die wir haben – den wenigen Jugendlichen, die wir in einigen Jahren überhaupt noch haben werden –, einen Abschluss geben können, und dass wir sie in Ausbildung vermitteln können, damit sie einen vernünftigen Beruf erlernen können. So simpel möchte ich das jetzt formulieren, aber genau das ist das Ziel.

Schulte-Loh: Herr Ostermann, welche Hoffnungen und Erwartungen verbinden Sie mit der Förderinitiative?

Ostermann: Ja, zum einen möchte ich das, was Herr Meyer gerade schon gesagt hat, auch unterstreichen. Zum anderen würde ich mich freuen, wenn nach Beendigung der Förderperiode das Bildungsbüro, das wir dann hoffentlich noch besser und anerkannter bei uns im Landkreis etabliert haben, bestehen bleiben könnte und auch Strukturen finanzieller Art gefunden werden könnten, um die Arbeit hinterher fortsetzen zu können.

Schulte-Loh: Herr Schulz-Hofen, womit rechnen Sie für beide Förderinitiativen? Wie wird sich das weiter entwickeln können?



„Ich finde es gut, dass jetzt durch die zweite Förderinitiative von ‚Perspektive Berufsabschluss‘ ein neuer Impuls entsteht, der modulare Nachqualifizierung hoffentlich flächendeckend umsetzen wird.“

Schulz-Hofen: Weitere Anhaltspunkte für die Optimierung des Überhangsystems zu finden, Grundlagen für gute Strukturen der Kooperation zu legen, sowohl vor als auch nach der Optimierung. Was den Bereich der modularen Nachqualifizierung angeht, die zweite Chance, dass möglichst flächendeckend Impulse für die Finanziere gegeben werden, die das finanzieren können. Insbesondere, dass die Grundversicherungsträger und die Agenturen für Arbeit die modulare Nachqualifizierung in stärkerem Maße betreiben als bisher. Die Strukturen liegen vor. Ich finde es gut, dass jetzt durch diese zweite Förderinitiative des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ ein neuer Impuls entsteht. Ich hoffe nur, dass das auch tatsächlich dazu führen wird, dass es flächendeckender umgesetzt wird als nach der Modellversuchsreihe von vor zehn Jahren.

Schulte-Loh: Herr Steinherr, was sind Ihre Erwartungen?



„Von ‚Perspektive Berufsabschluss‘ wünsche ich mir Materialien und greifbare Ergebnisse für die Zielgruppe der Förderinitiative 1.“

Steinherr: Ich wünsche mir ein produktives Netzwerk, bei dem etwas herauskommt, um es mal platt zu sagen. Materialien, greifbare Ergebnisse für die Zielgruppen, die in der Förderinitiative 1 jetzt vorrangig betrachtet werden, und dass im Rahmen der Förderinitiative 2 das Thema Qualifizierung im Betrieb, Weiterbildung im Betrieb noch stärker in den Köpfen verwurzelt wird, damit es auch tatsächlich umgesetzt und angenommen wird.

Schulte-Loh: Herr Rath.

Rath: Ich finde, es ist die Aufgabe von uns als Gesellschaft, von uns als Bürgern, von uns als Wirtschaftsinstitution und auch von uns als Betrieben, unsere Schulen, Schüler und Schulabgänger – und hier insbesondere die Schulabgänger ohne Abschluss – viel stärker als unsere Zukunft zu begreifen, sie zu unterstützen und als Partner zu sehen und ihnen entsprechend den Rücken zu stärken und Selbstbewusstsein zu geben. Wir sollten nicht immer auf den Staat – ich weiß gar nicht, wer oder was das ist – oder auf irgendwelche Institutionen, die es schon „richten“ werden, schauen. Das ist unsere eigene Aufgabe.

Schulte-Loh: Herr Schöffmann.

Schöffmann: Von der Förderinitiative 1 erwarte ich eine Menge Effektivität, dass wir nur noch so wenig wie möglich Jugendliche im Übergangssystem haben. Von der Förderinitiative 2 erwarte ich, dass man all denen, die eine zweite und dritte Chance brauchen, auch tatsächlich Hilfe geben kann: Passgenaue Hilfe in der Region, passgenau für den jewei-

ligen Betrieb und natürlich passgenau für den Jugendlichen. Wir müssen sagen: „Das Übergangsmangement soll überschaubar bleiben.“ Ich wünsche mir auch insgesamt von „Perspektive Berufsabschluss“ eine Bündelung der unterschiedlichsten Maßnahmen, um dann nachhaltig ein wirksames System auf dem Markt zu haben.

Schulte-Loh: Wie Sie gemerkt haben, war das eine Schlussrunde.

Ich sage herzlichen Dank, dass Sie auf dem Podium waren und Ihre Erfahrungen geteilt und mitgeteilt und diskutiert haben. Ich danke auch Ihnen im Auditorium, dass Sie sich mitbeteiligt haben. Jetzt ist erst einmal Schluss für heute, aber nur für heute! Morgen früh werden wir uns wieder treffen und dann in drei Foren die einzelnen Themen noch intensiver diskutieren. Morgen Mittag wird es dann noch eine Abschlussdiskussion geben. Ich freue mich, Sie dazu wieder begrüßen zu können.

Jetzt haben Sie die Möglichkeit, nicht nur mit den Herren hinter mir noch weiter zu reden, sondern sich dabei auch zu stärken. Sie sind nämlich herzlich eingeladen, dort draußen jetzt ein Abendessen einzunehmen. Das Buffet ist schon aufgebaut. Ich wünsche Ihnen einen informativen und spaßigen Abend und freue mich darauf, Sie morgen früh wiederzusehen.

Bis dahin danke und tschüss.

Diskussionsteilnehmer:

Wolfgang Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Göttingen
Manfred Ostermann, Landrat des Heidekreises
Ralf-Michael Rath, Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg e. V.
Hubert Schöffmann, Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern
Uwe Schulz-Hofen, Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Wolfgang Steinherr, Agentur für Arbeit Leipzig

Moderation:

Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk Köln

Fachforen

Bevor es zu Beginn des 2. Veranstaltungstages in die einzelnen Fachforen ging, kamen noch einmal alle Tagungsgäste im Plenum zu einer kurzen Vorstellung der Foren Themen zusammen. Die Impulsgebenden der drei Foren standen Judith Schulte-Loh dabei für ein kurzes Interview zur Verfügung.



(v.l.n.r.): Dr. Beate Kramer, Forum 3: Berufliche Nachqualifizierung flexibel gestalten – Förderung bedarfsorientierter Qualifizierungswege;
 PD Dr. Dieter Gnahn, Forum 2: Regionale Vernetzung vorantreiben – Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung;
 Dr. Frank Braun, Forum 1: Am Bedarf ansetzen – regionale Basisdaten zur Steuerung der beruflichen Bildung.



Forum 1: Am Bedarf ansetzen – regionale Basisdaten zur Steuerung der beruflichen Bildung

Das Forum 1 wurde moderiert von Dr. Birgit Reißig vom Deutschen Jugendinstitut Halle (DJI).



Reißig: Ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen zum Forum 1!

Wir möchten gleich mit drei kurzen Inputs beginnen, und danach wollen wir unverzüglich in eine gemeinsame Diskussion mit Ihnen einsteigen, so dass Sie zum einen Rückfragen stellen und zum anderen – vor allen Dingen – aus Ihrer eigenen Erfahrung und Praxis berichten können. Die beiden großen Fragen, um die es sich dabei drehen soll, sind:

- > Welche Möglichkeiten der Datenbeschaffung hat man vor welchem Hintergrund und mit welchen Zielen?
- > Wie kann man die erhobenen Daten in die politische Steuerung einspeisen, und welche Erkenntnisse kann man aus diesen Daten ziehen?

Das sind also die zwei großen Fragekomplexe, mit denen wir uns hier heute beschäftigen wollen. Herr Dr. Braun vom Deutschen Jugendinstitut wird den ersten Input mit einem sehr praxisorientierten Einstieg in das Thema geben. Danach sprechen die beiden Vertreter aus den Kommunen. Zum einen Herr Hansmaier aus dem Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München, der uns von Seiten der Praxis über den Berufsbildungsbericht informieren wird, und Frau Linke aus dem Schulamt der Stadt Köln, die uns über ihre Erfahrungen mit einer Online-Befragung – einem häufig angewendeten Instrument – berichten wird. Es wird also sehr praxisorientiert, und ich möchte die beiden, wenn sie dran sind, auch bitten, kurz zu ihrer Person und ihrer Rolle in den jeweiligen Kommunen etwas zu sagen. Zunächst Herrn Dr. Braun, bitte.

Braun: Ich möchte in meinem Beitrag auf vier Typen von Datenquellen eingehen, die wir innerhalb, aber auch außerhalb der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ identifizieren konnten, und bei jedem Datenquellentyp kurz auf folgende Fragen eingehen:

- > Was kann dieser Datenquellentyp leisten?
- > Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit dieser Datenquellentyp diese Leistungen erbringen kann?

Abschließend will ich einige Hinweise geben, wie Basisdaten zum Übergangsgeschehen für Steuerung genutzt und mit regionalem Übergangsmanagement verbunden werden können.

Dass die Idee, regionale Daten zum Übergang Schule-Beruf für die Steuerung der beruflichen Bildung zu nutzen, nicht ganz neu ist, zeigt der Duisburger Berufsbildungsbericht, der ab 1984 explizit mit der Zielsetzung erstellt wurde, eine Datenbasis für die Berufsbildungspolitik in der Kommune Duisburg aufzubauen. Der Bericht wurde über viele Jahre erstellt. Die Idee, eine solide Datenbasis für Berufsbildungspolitik auf lokaler Ebene zu schaffen, ist also nicht erst gestern geboren worden, und wir müssen nicht alles neu erfinden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, was es bereits gibt.

Berufsbildungsberichte

Mit dem Berufsbildungsbericht als Datenquellentyp möchte ich beginnen. Berufsbildungsberichte sind ein Verfahren der periodischen Berichterstattung, das heißt, sie erscheinen nicht nur einmalig. Sie informieren insbesondere über Zu- und Abgänge und Bestände von Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden in Einrichtungen und in Angeboten, die an die Sekundarstufe I anschließen. Das können berufliche Schulen sein, das kann aber auch die duale Ausbildung sein, und in der Regel werden für Berufsbildungsberichte vorhandene Daten genutzt und eher selten Daten neu erhoben.

Was können und sollen Berufsbildungsberichte leisten?

Zum einen geht es darum, über Entwicklungen im zeitlichen Verlauf Aussagen machen zu können. Dadurch, dass Berufsbildungsberichte meist perio-

disch erstellt werden, werden Veränderungen im Übergangsgeschehen im zeitlichen Verlauf sichtbar. Wenn darüber Zahlen generiert werden, woher genau die Jugendlichen kommen und wohin sie gehen, dann können auch Schülerströme abgebildet werden. Es wird nachvollziehbar, wie viele Hauptschüler die Hauptschule am Ende der Schulpflicht verlassen haben, und wie viele Jugendliche mit Hauptschulabschluss vom Vorjahr jetzt in Berufsvorbereitung sind. Wenn diese Art von Informationen erhoben werden, dann wird auch sichtbar, wo bei diesen Strömen Warteschleifen, Sackgassen entstehen oder auch, wo Versorgungslücken sind, wo Jugendliche zwar irgendwo abgehen, aber nirgendwo richtig ankommen.

Jeder Duisburger Berufsbildungsbericht enthielt neben der periodischen Berichterstattung noch ein „besonderes Thema“. Man hatte also einerseits einen festen Kern der Berichterstattung, aber nahm in jedem Jahr noch ein Spezialthema dazu. Das hatte auch die Funktion, unterschiedliche lokale Akteure mit ihren jeweils spezifischen Anliegen ins Boot zu holen.

Was sind die Voraussetzungen für die Erstellung von Berufsbildungsberichten?

Sie arbeiten mit sehr vielen statistischen Daten. Wenn Sie in der Kommune das Knowhow dafür nicht haben, dann müssen Sie versuchen, mit einer örtlichen Wissenschaftseinrichtung zu kooperieren, die dieses Knowhow hat. Der Duisburger Bericht ist beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Universität Duisburg entstanden und umgesetzt worden. Wichtig ist es, relativ frühzeitig Entscheider- und Interessengruppen einzubinden, sonst geraten Sie hinterher in die Situation, dass alle über die Qualität der Daten oder darüber, ob die richtigen Fragen herangezogen wurden, streiten werden, und keiner mehr darüber redet, welche Konsequenzen aus den Daten zu ziehen sind.

Monitoring Systeme

Soweit zu den Berufsbildungsberichten. Kommen wir nun zu den Monitoring Systemen, einer Entwicklung, die ihren Ausgang hauptsächlich in NRW hatte, und zwar in Ost-Westfalen-Lippe. Das Verfahren bestand darin, Jugendliche am Ende der Pflichtschulzeit zu bitten, in einem Datenbanksystem anzugeben, welche berufliche Schule sie danach vorhatten zu besuchen. Die beruflichen Schulen, in

die die Jugendlichen im Anschluss gehen wollten, sollten dann zurückmelden, ob die jungen Leute auch tatsächlich dort angekommen sind, ob niemand „verloren gegangen“ ist. Diese Monitoring Systeme haben damit zwei Zwecke: Zuerst einmal zu klären, wo die Schulabgänger ankommen, und dann festzustellen, ob überhaupt alle irgendwo angekommen sind. In NRW ist es nämlich so, dass Jugendliche beim Übergang von der allgemeinbildenden zur beruflichen Schule verschwinden, obwohl sie weiterhin berufsschulpflichtig sind. Das sind also die zwei zentralen Funktionen dieses stark automatisierten Verfahrens. Wie können Monitoring Systeme implementiert werden?

Die beruflichen Schulen müssen mitspielen, das ist eine ganz wichtige Voraussetzung. Es reicht nicht, dass die Schülerinnen und Schüler sagen, wohin sie gehen wollen, sondern die beruflichen Schulen müssen auch sagen, ob diese Schülerinnen und Schüler bei ihnen ankommen – und das ist nicht selbstverständlich. Gerade bei diesen automatisierten Systemen, die zwischen zwei Institutionen angesiedelt sind – also abgebende Schule und aufnehmende Schule –, sind Vorgaben des Datenschutzes zu beachten, und das sind Anforderungen, die bisher vorhandene Systeme sehr stark beschäftigt. Wenn Sie also Überlegungen haben, ein solches System einzusetzen, beziehen Sie die Datenschützer so früh wie möglich mit ein!

Prozessdaten aus dem Fallmanagement

Die dritte Datenquellenart sind die Prozessdaten aus dem Fallmanagement. Das ist ein Ansatz, der zurzeit weit verbreitet praktiziert wird. Berufseinstiegsbegleiter und -begleiterinnen müssen in einer Datenbank ihre eigenen Aktivitäten und die Wege der Jugendlichen abbilden. Die „Kompetenzagenturen“ setzen Fallmanagement in Verbindung mit einer „elektronischen Fallakte“ ein, die Koordinationsstellen von „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ ebenso. Daran merken Sie auch: Jeder hat sich sein eigenes Verfahren dazu entwickelt. Beim Hamburger Hauptschulmodell wurde ein Dokumentationssystem entwickelt und eingesetzt, das inzwischen weit verbreitet genutzt wird. Insofern wäre das eine Quelle, wenn Sie sich in einem ersten Schritt einmal informieren möchten. Diese Systeme dokumentieren die Begleitung der beziehungsweise des einzelnen Jugendlichen, so dass individuelle Wege verfolgt werden können – das macht den Charme dieser Datenquelle aus. Es wird verfolgt, was mit den jewei-

ligen Jugendlichen getan wird, damit der Übergang gelingt. Also können Sie einerseits die Wege verfolgen aber auch Schlüsse ziehen, welche Effekte bestimmte Förderschritte hatten und ob sie überhaupt einen Effekt hatten. Wie gesagt, es gibt sehr viele unterschiedliche Systeme, und man muss sich vorab informieren, welches System den eigenen Anforderungen am ehesten entspricht. Was Sie dabei nicht erwarten dürfen, ist ein System, das alle Ihre Probleme löst. Das gibt es erstens nicht, und zweitens würde es dann viel zu aufwendig werden.

Was bei diesem Verfahren oft nicht so richtig erklärt wird – auch von denen, die diese Systeme vermarkten – ist, wie viel Personalkapazität an Fachkräften Sie für die Dateneingaben investieren müssen, um hinterher auch genaue Analysen erstellen zu können. Das bindet erhebliche Kapazität! Uns haben Fachkräfte berichtet, dass sie ein Drittel ihrer Zeit damit beschäftigt sind, Daten einzugeben. Deswegen ist es wichtig, dass man vorab entscheidet, welche Informationen und Indikatoren relevant sind, und man sich nur auf diese Dinge beschränkt.

Der letzte Punkt ist ganz wichtig: Wenn die Leute, die diese Daten eingeben sollen, von dem System keinen Nutzen haben, sondern nur das Gefühl, dass sie für irgendeinen fernen Kontrolleur oder Statistiker Daten generieren, dann werden Sie irgendwann Probleme mit der Datenqualität bekommen.



„Wenn die Leute, die Daten eingeben sollen, von dem System keinen Nutzen haben, sondern nur das Gefühl, dass sie für irgendeinen fernen Kontrolleur oder Statistiker Daten generieren, dann werden Sie irgendwann Probleme mit der Datenqualität bekommen“, Dr. Frank Braun, Deutsches Jugendinstitut München.

Schülerbefragungen

Die letzte Datenquelle, auf die ich eingehen möchte, sind die Schülerbefragungen – ein Beispiel von Köln werden wir Ihnen gleich etwas ausführlicher vorstellen. Schülerbefragung kann eine einmalige Befragung von Schulabsolventinnen und -absolventen sein oder auch eine Längsschnittbefragung, bei der beispielsweise die erste Befragung noch im letzten Schuljahr stattfindet und eine erste Folgebefragung im Herbst desselben Jahres, wo Sie klären können, an welchen Stationen die Schülerinnen und Schüler angekommen sind, und erneut ein Jahr später, ob sie dann endlich in Ausbildung sind. Wenn die Befragung angelegt wird, können Sie differenzierte Informationen über die Pläne, Voraussetzungen und Vorbereitungen der Schülerinnen und Schüler mit einer solchen Schulabsolventenbefragung bekommen. Wenn Sie diese als Längsschnittuntersuchung anlegen und immer wieder nachfragen, können Sie Informationen über konkrete Wege gewinnen und Rückschlüsse ziehen, welche Wege sich als Sackgassen oder Warteschleifen erweisen und welche eher erfolgreich sind. Wenn Sie das dann noch mit Untersuchungen über die Institution, durch die die Jugendlichen gehen, verbinden, dann können Sie auch bestimmte Zusammenhänge klären, dann wissen Sie auch, warum ein bestimmter Weg eine Sackgasse ist. Das ist auch unser eigenes Vorgehen beim DJI, deswegen sind wir im Hinblick auf diese Verfahren natürlich ganz enthusiastisch.

Wenn Sie den Weg einer Schülerbefragung gehen möchten, müssen Sie Ihre eigenen Möglichkeiten klären und sehr realistisch einschätzen. Wenn Ihre Möglichkeiten und Kapazitäten eher überschaubar sind, dann machen Sie lieber nur einen kleineren Schritt, den aber richtig, als dass sie den ganz großen versuchen, der dann schief geht. Nutzen Sie die Vorarbeiten von anderen Projekten. Wir haben zum Beispiel für die Vorhaben der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ im Programm „Perspektive Berufsabschluss“, die eine Schulabsolventenbefragung durchführen möchten, ein Kerninstrument entwickelt, erprobt und bereitgestellt. Nicht jeder weiß beispielsweise vorher genau, wie man eine Frage in einem Fragebogen genau formulieren muss. Deswegen würde ich unbedingt dazu raten, die Möglichkeit der Kooperation mit lokalen Wissenschaftseinrichtungen zu nutzen.

Jetzt möchte ich zum letzten Punkt kommen: Sie haben jetzt viele Daten gesammelt, aber niemanden interessiert das. Dann haben Sie schon zu einem früheren Zeitpunkt einen entscheidenden Fehler gemacht: Sie haben die relevanten Entscheidungsträger nicht frühzeitig genug mit eingebunden. Das müssen Sie, nicht nur, damit diese nicht hinterher über Ihre Zahlen streiten, sondern auch, damit Sie vorher gemeinsam Prioritäten setzen können. Sie können sich nicht von allen Beteiligten diktieren lassen, was Sie in die Fragebögen aufnehmen sollen. Wenn jeder seine Lieblingsfragen mit hineinbringt, haben Sie hinterher eine riesige Studie mit kleinteiligen Ergebnissen, die Sie nicht bewältigen können. Aber Sie müssen die Beteiligten einbinden und ein Verfahren finden, in dem Sie laufend Ergebnisse in die Diskussion einfüttern können. Diese Ergebnisse werden unterschiedliche Qualität – zum Teil auch nur vorläufigen Charakter haben –, aber Sie sollten so vorgehen, damit Sie in einen Prozess kommen, in dem das Generieren von Daten und die Aufbereitung und Interpretation der erhobenen beziehungsweise gesammelten Informationen in den lokalen Steuerungsprozess eingetaktet werden. Das, was man jetzt auf Bundesebene „evidenzbasierte Bildungspolitik“ nennt, das brauchen Sie auch auf der regionalen Ebene, und dafür müssen Sie die Grundlagen schaffen.



Im Anschluss an den Impulsvortrag wurden zwei Instrumente der Datenerhebung genauer vorgestellt, der Erstausbildungsbericht der Stadt München und die Schulabgängerbefragung der Stadt Köln.

Robert Hanslmaier vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München ist im Sachgebiet „Jugend“ des Fachbereichs „Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung“ beschäftigt. Dort wird insbesondere der Übergang von Jugendlichen in die Erstausbildung in den Blick genommen. Besonders die Fälle, in denen dieser Übergang nicht klappt, sind hierbei von Interesse. Der Erstausbildungsbericht liefert die nötigen Daten darüber. Hanslmaier stellte dieses Instrument in seinem knappen Referat vor und ging dabei auf die eigentlichen Inhalte des Berichtes ein.

Die erste Berufsbildungsberichterstattung der Stadt München ist 1985 im Auftrag des Referates für Stadtplanung und Bauordnung erstellt worden, die zweite 1995 – nach einem zwischenzeitlich erschienen Bericht zur Beruflichen Weiterbildung von 1992. Mit der Fortschreibung des Erstausbildungsberichtes 1999 ist die Verantwortung vom Planungsreferat ins Referat für Arbeit und Wirtschaft übergegangen, und der Stadtrat hat am 15.12.1999 beschlossen, den Bericht regelmäßig fortzuschreiben, wobei regelmäßig im mehrjährigen Turnus ungefähr alle drei Jahre bedeutet. Seither wurden Fortschreibungen in den Jahren 2003 und 2006 erstellt, die nächste Fortschreibung ist für 2010 geplant. Die Stadt München schreibt den Bericht nicht selber, sondern vergibt den Auftrag im Rahmen eines Werkvertrags an ein Sozialwissenschaftliches Institut, trotzdem ist das Referat für Arbeit und Wirtschaft aber nicht nur Auftraggeber, sondern auch Herausgeber. „Das ist wichtig im Hinblick auf die Akzeptanz der Daten“, so Hanslmaier.

Der Arbeitskreis „Jugend, Bildung, Beruf“ ist sehr eng eingebunden in die Konzeption des Erstausbildungsberichtes. Es gibt eine gemeinsame Verständigung darüber, welche Daten in den Erstausbildungsbericht aufgenommen werden. Alle Akteure, die mit eingebunden sind, erhalten den Bericht in Entwurfsform und können somit frühzeitig alle Daten durchsehen, interpretieren und Stellung beziehen. Wenn

„Sie haben jetzt viele Daten gesammelt, aber niemanden interessiert das. Dann haben Sie schon zu einem früheren Zeitpunkt einen entscheidenden Fehler gemacht!“

der Bericht schließlich in der Endfassung vorliegt, wird er dem Stadtrat vorgelegt, damit die Politik auf Basis dieses Berichtes tätig werden kann. Wesentliche Daten werden darüber hinaus jährlich im Münchener Jahreswirtschaftsbericht veröffentlicht.



„Der Erstausbildungsbericht geht an den Münchener Stadtrat und wird somit zu einer wichtigen Handlungsgrundlage für die kommunalen Entscheidungsträger“, Robert Hanslmaier, Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München.

Inhaltlich hat der Münchener Berufsbildungsbericht einen Kern an festen Indikatoren, anhand derer man Entwicklungen im Zeitverlauf betrachten kann. Darüber hinaus werden aktuelle Strömungen aufgegriffen. Der erste Teil des Berufsbildungsbe-

richtes gibt Informationen und Daten über die Abgänge aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Besorgt äußerte sich Hanslmaier dabei über die zu erkennende Stagnation im Schulabschlussniveau, den hohen Anteil der Jugendlichen, die ohne Abschluss von den Schulen abgehen, und hier insbesondere den hohen Ausländeranteil. Hanslmaier erklärt: „Ich habe es bewusst ‚Informationen und Daten zu ausländischen Schulabgängern‘ genannt. Ausländisch ist eigentlich kein politisch korrekter Begriff, ich weiß. Wir unterhalten uns über ‚Jugendliche mit Migrationshintergrund‘, aber die Datenqualität ist hierbei ein bisschen diffiziler: Sie haben einfach oftmals nur Daten über ‚deutsch‘ und ‚ausländisch‘.“

Ein zweites großes Kapitel behandelt im Münchener Erstausbildungsbericht – ähnlich wie auch im Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung – „Bestand und Struktur der Berufsausbildung“, in dem Ausbildungsplatznachfrage und -angebot abgebildet werden. Die Zahl der Neuabschlüsse im dualen System und die geschlechtsspezifische Segmentierung des Ausbildungsstellenmarktes werden näher untersucht, dabei wird differenziert nach IHK, HWK und freien Berufen. Aber auch die qualifizierte Berufsausbildung außerhalb des dualen Systems wird betrachtet, beispielsweise die Berufsfachschulabschlüsse im Gesundheitsbeziehungsweise Kinderpflegebereich, und die vorzeitigen Lösungen von Ausbildungsverhältnissen. Bei allen Daten wird immer auch nach dem Merkmal Migrationshintergrund unterschieden, aber darüber hinaus gibt es nochmals ein speziell diesem Personenkreis gewidmetes Kapitel, in dem die berufliche Erstausbildung von ausländischen Jugendlichen konzentriert dargestellt wird. „Irgendwann werde ich eine Datenqualität haben, mit der ich die berufliche Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund genau präsentieren kann“, hoffte Hanslmaier.

Weitere wichtige Themen sind allgemeine Tendenzen des Bildungsverhaltens, berufliche und soziale Integrationsförderung für junge Menschen, der Übergang von Ausbildung in Beschäftigung und aktuelle Entwicklungen, zu denen beispielsweise neue Berufe, zweijährige Ausbildungsberufe oder auch Beschäftigungschancen im Gesundheitsbereich gehören. Es schließt sich ein Exkurs-Kapitel an, in dem es beispielsweise über ein allgemeines Thema wie Ausbildungsreife gehen kann oder ein Blick

ins europäische Ausland, zum Beispiel nach Skandinavien, geworfen wird. Am Ende werden für die Stadt München Perspektiven aufgezeichnet und Empfehlungen ausgesprochen. „Wie wir gestern schon verschiedentlich gehört haben, gibt es eine unglaubliche Vielfalt von Maßnahmen innerhalb des Übergangssystems. Wir haben mit dem Erstausbildungsbericht immer versucht, etwas Transparenz in diesen Förderdschungel, wie er auch oft genannt wird, zu bringen. Das ist ein wichtiger Faktor für das Gelingen“, so Hanslmaier abschließend.

Nach dem Beispiel Erstausbildungsbericht, stellte Regina Linke, Bildungsberaterin beim Schulamt für die Stadt Köln, die Kölner Schulabgängerbefragung vor.

Die erste Befragung von Schulabsolventen wurde 2003 noch mit einem Fragebogen in herkömmlicher Papierform durchgeführt, Kooperationspartner war damals das Jugendamt. 2004 und 2005 wurde im Rahmen von „Equal“, einer Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union, in der von 2002-2007 neue Methoden und Konzepte gegen Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt entwickelt und erprobt wurden, in der Entwicklungspartnerschaft „Übergangsmanagement Schule-Beruf in Köln“ ein Projekt gefördert, in dem mithilfe der Fragebogensoftware GrafStat eine Programm-CD aufgelegt wurde, mit der sich alle relevanten Daten digital erfassen ließen. 2006 wurde dieses Programm auf dem regionalen Bildungsportal der Stadt Köln auf www.bildung.koeln.de online gestellt. Unter der Rubrik „Berufswahl“ gelangt man zum Thema „Schulabgängerbefragung“ und dem Fragebogen.

Die Befragung ist Bestandteil des Berufswahlunterrichts und online so aufbereitet, dass sie an den Schulen ohne weitere Vorbereitung durchgeführt werden kann. Die Schulen erhalten eine Befragungsanleitung, den Benutzernamen und ein Passwort. Durchschnittlich benötigt ein Schüler oder eine Schülerin etwa fünf Minuten für das Ausfüllen des Fragebogens. Neben den Fragebögen sind gleichzeitig auch die Auswertungen abgebildet. „Schüler sind mit dem Medium Computer oftmals vertrauter als die Lehrer, das ergibt oft ein sehr nettes Miteinander. Die Schüler lieben dieses Medium! Fehler kommen beim Ausfüllen am Computer übrigens weit weniger häufig vor als in der Papierform“, kann Regina Linke aus Erfahrung sagen.



„Schüler sind mit dem Medium Computer oftmals vertrauter als die Lehrer, das ergibt oft ein sehr nettes Miteinander. Die Schüler lieben dieses Medium! Fehler kommen beim Ausfüllen am Computer übrigens weit weniger häufig vor als in der Papierform“, Regina Linke, Bildungsberaterin beim Schulamt der Stadt Köln.

Bei der Absolventenbefragung stehen neben der Abfrage persönlicher Daten wie Alter, Geschlecht, Nationalität und Familiensprache besonders die Wünsche und Ziele der Jugendlichen im Zentrum. Daneben sollen aber auch Alternativen aufgeführt werden. Die Befragung findet nach dem Halbjahreszeugnis der 10. Klasse statt. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt an beruflichen Schulen die Anmeldung, mit der Befragung soll der Aktivierungsprozess in Gang gesetzt werden.

Unmittelbar nach Abgabe der Daten bekommen die Schulen eine Grundausswertung. Darüber hinaus haben sie im Rahmen des GrafStat-Programms aber auch die Möglichkeit, komplette Datensätze über ihre Schule zu erhalten, um sie umfassend nach außen zu präsentieren.

Bei einer solchen Befragung ist es nötig, dass entsprechende Strukturen und Funktionen vorhanden sind. Zwischen Schulamt, Bezirksregierung und den Schulen besteht eine langjährige und vertrauensvolle Kooperation. Schulamt und Bezirksregierung sind einerseits Auftraggeber, stellen andererseits aber die koordinierende Stelle bereit. „Ich bin Ansprechpartnerin für die Schulleitungen und die Koordinatorinnen und Koordinatoren für Studien- und Berufswahl, stehe für alle Fragen zur Verfügung, biete Schulungen an und dokumentiere die Ergebnisse“, fasste Linke ihre verschiedenen Funktionen als Bildungsberaterin zusammen.

Ausgewertet werden die gewonnenen Daten durch das Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Köln. Die Schulabgängerbefragung ist dabei nur ein Teilbereich – ein sogenannter Datenwürfel – der gesamten Datensammlung, die gemeinsam mit dem Kölner Ausbildungsmonitoring Bestandteil des Kölner Ausbildungsberichtes ist.

Welchen Nutzen haben Schulen und Kommune von der Schülerbefragung?

Für die Schulen können die erhobenen Daten als Grundlage für die Beratung der Schülerinnen und Schüler in ihrem individuellen Berufswahlprozess dienen. Außerdem können sie die Daten in ihre Evaluation mit einbinden, konkrete Aussagen darüber machen, was sich in den Jahren verändert hat, wo neu angesetzt werden muss. Diese Ergebnisse können dann für die Weiterentwicklung der schulischen Berufsorientierungskonzepte genutzt werden. Außerdem erhöht sich durch die Anwendung solcher Programme die Medienkompetenz – bei Lehrern und Schülern gleichermaßen.

Die Daten dienen im Kölner Ausbildungsbericht als Situationsbeschreibung. Die Kommune kann durch die Ergebnisse aber auch zukunftsweisende Diskussionen beispielsweise in Schulleitungsrunden in Gang setzen oder ganz konkret zum Beispiel im Beirat Schule-Beruf Handlungsempfehlungen aussprechen. „Welche Faktoren können begünstigen, dass wir Ausbildungsplatzmotivation wieder steigern? Gibt es eventuell Berufseinstiegsbegleiter? Müssen wir verstärkter in die Elternarbeit gehen?“ fragte Linke exemplarisch. „Wir haben deutliche Probleme im Übergangsbereich, die wir festhalten können. Wir wissen aber nicht, wohin das führt und

wie die Verläufe dann tatsächlich sein werden. Aus diesem Grund hat das Bündnis für Arbeit beschlossen, dass eine Längsschnittuntersuchung sinnvoll ist. Wir sind hoffnungsfroh, dass wir das Medium der Schulabgänger-Online-Befragung dabei als Grundelement nutzen können, um darauf aufbauend weitere Online-Befragungen durchführen zu können.“

Anschließend an die drei Vorträge stiegen die Forenteilnehmer in eine gemeinsame Diskussion ein. Dabei wurden viele konkrete Fragen zur Schülerbefragung gestellt. Wie hoch ist die Rücklaufquote? Wie schaffen Sie es, möglichst viele Schüler zu beteiligen? Ist diese Beteiligung freiwillig? Sind die Berufsbildenden Schulen bereits mit einbezogen? Welche Ergebnisse hätte eine Schülerbefragung ein halbes Jahr später, bei der Entlassung?

Neben diesen vielen Fragen zu Einzelaspekten gab es aber auch grundlegende Fragen zu regionalen Basisdaten, beispielsweise welche Daten beim Start eines regionalen Übergangsmagements überhaupt relevant sind, um Aussagen über den Erfolg des Vorhabens machen zu können. Entscheidend – so Frank Braun – ist der Ansatz des jeweiligen regionalen Übergangsmagements. Eine generelle, allumfassende Datensammlung sei zu komplex und damit wenig sinnvoll. Es sollten von Anfang an Schwerpunkte gesetzt werden, um die Informationsflut einzudämmen. Liegt dieser Schwerpunkt eher auf der Qualität der Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule? Oder eher auf dem Übergang nach Ende der Pflichtschulzeit bei Haupt- oder Förderschülern? Einige Vorhaben haben von Anfang an einen Schwerpunkt auf eine spezifische Problematik gelegt, andere wollten erst einen allgemeinen Überblick über sämtliche Aktivitäten in ihrer Region haben und haben nach Ablauf des ersten Jahres gemerkt, dass es doch einen ganz besonders wichtigen Punkt gibt, an dem sie ansetzen wollen. Bei der Frage nach den grundlegenden Daten riet Braun, sich zu spezialisieren, diesen einen wichtigen Punkt als Ausgangslage zu nehmen und zu überlegen, welche Daten dafür notwendig sind. Diese Daten liegen häufig bereits vor, zum Beispiel aus dem Fallmanagement, die meisten Datenbanksysteme sind auch schon angelegt, jetzt muss jedes Vorhaben für sich herausfinden, wer mit welchem IT-gestützten Dokumentationssystem in der Region arbeitet.

Ein weiterer Themenkomplex, der im Forum 1 angesprochen wurde, war der besondere Blick des regionalen Übergangsmagements auf Förderschüler, ein Themenbereich, der in der Förderinitiative 1 an einzelnen Standorten sehr genau betrachtet wird. Zum einen gibt es Planungen für Untersuchungen der Förderschulen, zum anderen stehen die Berufskollegs stark im Fokus – gerade in den Vorhaben in Nordrhein-Westfalen. Für eine letzte Abschlussbemerkung vom Podium ergriff Dr. Frank Braun abschließend das Wort und betonte die Wichtigkeit von Förderschulen, aber auch die besondere Situation und den damit verbundenen politischen Druck:

„Dass wir eine bestimmte Schülergruppe, die in machen Bundesländern sehr groß ist, haben, deren Zahlen regelrecht explosionsartig steigen, macht Förderschulen zu einem ganz besonders wichtigen politischen Thema. In Stuttgart und München sind sie bereits Gegenstand der Längsschnittuntersuchungen. In München haben wir darüber hinaus sogar die Chance, diese mit einer qualitativen Untersuchung zu verbinden, so dass wir schon auf der Analyseebene etwas über die Wege und die Bruchstellen im Lebenslauf dieser Jugendlichen sagen

können. Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein Programm vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das den Anspruch hat, explizit auch Förderschüler in einer Art Lotsenfunktion zu begleiten. Hierzu kann ich Sie nur auffordern: Gucken Sie bei sich vor Ort, was da passiert! Es ist gut, Anknüpfungspunkte zu haben, bei denen man mit Verbesserungen ansetzen kann.“ Die bereits vorhandenen Strukturen in der jeweiligen Region sichtbar und vorhandene Daten für sich nutzbar zu machen, ist eine der Kernaufgaben der Projektleiterinnen und -leiter der Fördervorhaben im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ – nicht nur für die in Forum 1 verstärkt angesprochenen Vorhaben der Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmagement“.

Abschließend bedankte sich Dr. Reißig bei allen Vortragenden und Forenteilnehmern für die angelegte Diskussion und schloss mit den Worten: „Wir haben wieder einmal festgestellt, dass es besonders die praktischen Themen sind, die uns alle bewegen und beschäftigen. Wir hätten jetzt noch weiter diskutieren können. Ich bedanke mich ganz herzlich und hoffe, dass Sie – ebenso wie wir – eine ganze Reihe von Anregungen mitnehmen können.“



Forum 2: Regionale Vernetzung vorantreiben – Strukturentwicklung in der Beruflichen Bildung

Das Forum 2 wurde moderiert von Dr. Manuela Martinek und Dr. Hans-Peter Albert vom Programm-Management von „Perspektive Berufsabschluss“ beim Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR).



Den Impulsvortrag hielt PD Dr. Dieter Gnaws vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung.

Regionale Vernetzung vorantreiben – Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung

1. Lernende Region als Prototyp eines Bildungsnetzwerks

Der Begriff Netzwerk wird in wissenschaftlichen und politischen Kontexten geradezu inflationär gebraucht. Sicher ist er derzeit auch ein Modebegriff, mit dem diejenigen, die ihn zur Bezeichnung und Beschreibung von sozialen Sachverhalten benutzen, ihre Anschlussfähigkeit an aktuelle Entwicklungstendenzen in den organisierten Zusammenhängen der modernen Gesellschaft signalisieren. Aber nicht jedes Beziehungsgeflecht ist ein Netzwerk, beim Gebrauch des Begriffs sollte man vorsichtiger sein.

Netzwerke sind heute ein wichtiges Element in der Bildungslandschaft. Sie entstehen als Reflex auf erhöhten Problemdruck zur gemeinsamen und damit häufig auch effektiven und effizienten Aufgabenbewältigung. Zugleich wird ihre Implementation durch Förderprogramme auf Bundes- und Länderebene gestützt. Prof. Dr. Dieter Kirchhöfer definiert sie folgendermaßen:

Netzwerke bezeichnen relativ dauerhafte Informations-, Interaktions- und Kooperationsstrukturen zwischen Individuen, Institutionen und Organisationen, die in einem Funktionszusammenhang entstehen oder konstruiert werden und Unterstützungs-, Hilfs- und Innovationspro-

zesse auslösen sollen. Sie sind durch das Zusammenwirken von formellen und informellen sozialen Beziehungen gekennzeichnet und bedürfen eines vereinbarten Regulariums.

In diesem Sinne sind zum Beispiel auch „Lernende Regionen“ Netzwerke, doch sie sind, folgen wir der Definition von Dr. Thomas Stahl vom Institut für sozialwissenschaftliche Beratung, eine besondere Art von Netzwerken:

Das Konzept der „Lernenden Region“ schlägt vor, ähnlich wie im lernenden Unternehmen, die Potentiale aller regionalen Akteure zu mobilisieren und zu nutzen, um Regionalentwicklung „von unten nach oben“ selbstorganisiert und selbstverantwortlich in die Wege zu leiten.

Die Definitionen machen deutlich, dass es sich nicht um das alltägliche regionale Lernen handelt, das darin besteht, dass regionale Handlungsträger auf Impulse von außen – wie zum Beispiel veränderte Wettbewerbssituation, Gesetzesänderungen oder Strukturwandel – reagieren und sich in die jeweiligen Gegebenheiten einfügen, sondern um aktives, gestaltendes Tun. „Lernende Regionen“ verfügen demnach über spezifische Merkmale, die sie von den übrigen Regionen unterscheidbar machen:

- > Sie besitzen eine eigene Identität beziehungsweise haben ein Leitbild entwickelt;
- > Sie setzen sich Entwicklungsziele und nehmen Herausforderungen an;
- > Sie orientieren sich an gelungenen regionalen Modellen und übertragen als brauchbar erkannte Lösungen auf den eigenen Kontext;
- > Sie sind offen für externen Rat;
- > Sie sind offen für neue Ideen, experimentierfreudig und risikobereit, und sie sind bereit, eine „Pionierrolle“ zu übernehmen;
- > Der vorherrschende Denkansatz ist: ermöglichen statt verhindern;
- > Sie fördern die Bildung von Netzwerken von Akteuren, die verlässlich und problembezogen handeln. Sie entwickeln organisatorische Grundstrukturen, die kontinuierliches Arbeiten erlauben;
- > Sie überprüfen die eingeleiteten Maßnahmen auf Wirksamkeit und Effizienz (Evaluation);
- > Sie versuchen, möglichst vielen regionalen Akteuren Partizipationschancen zu eröffnen;
- > Sie sind maßnahmeorientiert und richten ihr Handeln problemlösungs- und ergebnisorientiert aus.

Der Merkmalskatalog macht deutlich, dass „Lernende Region“ kein trennscharf zu definierender Begriff ist, sondern ein Denkansatz, eine Orientierungslinie, eine sogenannte Wärmemetapher, die eine akzentuierte Aufforderung zum Handeln enthält: Regionen sollen aus der passiven Rolle herausgeführt werden und sich der aktiven Gestaltung ihrer Belange widmen.

2. Förderliche Bedingungen für die Netzwerkbildung und Voraussetzungen für eine funktionierende Prozesssteuerung

Bildungsnetze sind – wie andere soziale Beziehungsgeflechte auch – höchst fragil, störungsgefährdet und konflikträchtig. Sie entstehen und funktionieren nicht voraussetzungslos, und einmal hergestellte Harmonie bleibt ohne weitere Anstrengungen kein Dauerzustand. Diese Einsicht hat schon früh dazu geführt, dass in wissenschaftlichen Untersuchungen nach den Faktoren für eine erfolgreiche und nachhaltige Netzwerkarbeit gesucht worden ist. Dabei geht es auch darum, ob der Erfolg von Bildungsnetzen „hergestellt“ beziehungsweise zumindest wahrscheinlicher gemacht werden kann, wenn die Akteure bestimmte Rahmenbedingungen und Regeln beachten. Erfahrungen mit regionalen Bildungsnetzwerken oder regionalen Verbänden, wie sie früher genannt wurden, sind erstmals Mitte der neunziger Jahre untersucht worden. Die Quintessenzen der frühen Erfahrungen sind nach wie vor aktuell:

- > Bildungsnetze sind im Regelfall aus einer konkreten Problemlage – zum Beispiel besonders hohe Arbeitslosigkeit oder Intransparenz des Weiterbildungsmarktes – heraus entstanden und darauf gerichtet, das Problemlösungspotenzial zu erhöhen und Verbesserungen der Situation herbeizuführen;
- > Die Installation und der Erfolg regionaler Bildungsnetze sind in hohem Maße von personellen und institutionellen Konstellationen abhängig. Vereinfacht ausgedrückt: Es müssen zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Leute an der richtigen Stelle agieren und zusammenarbeiten. Persönliche oder institutionelle „Feindschaften“ sind als Basis für Regionalisierungskonzepte hinderlich;
- > Bildungsnetze sind dann besonders erfolgreich, wenn sie mit anderen Politikfeldern verzahnt werden. Integriert in größere Zusammenhänge – zum Beispiel Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft oder Abbau von Arbeitslosigkeit – erhält die Bil-

- dung zusätzliche Legitimität, was den Zugang zu den knapper werdenden Ressourcen erleichtert;
- > Sie eröffnen neue Chancen zur Kooperation und Vernetzung der regionalen Akteure, schaffen somit Synergieeffekte und Produktivitätsvorteile – zum Beispiel durch die gemeinsame Nutzung von Räumen;
- > Sie verbessern im Regelfall die Bedingungen auf den regionalen Bildungsmärkten, zum Beispiel durch mehr Transparenz, indem die Angebote bedarfsgerechter und die Nachfragen bedarfsorientierter werden. Häufig findet sogar eine unmittelbare Zusammenarbeit zwischen beiden Marktseiten statt;
- > Sie beinhaltet häufig eine Art „Pionierrolle“: Aus dem Problemdruck heraus werden Lösungen konzipiert, die dann Richtschnur für überregionale Maßnahmen werden. Diese können in Konkurrenz zur regionalen Lösung treten oder diese ergänzen beziehungsweise komplettieren.

In weiteren Untersuchungen werden die bei der regionalisierten Weiterbildung herausgefundenen Erfolgsfaktoren auch als Charakteristika von lernenden Regionen bestätigt. Genannt werden zum Beispiel „Bottom-up“-Steuerung, Flexibilität der Strukturen, „Partnership“ (offene, unhierarchische Strukturen), direkte Kommunikation („face to face“), neutrale Initiierung und Koordination, Offenheit des Leistungsspektrums und Verknüpfung verschiedener Politikfelder.

Die Auswertung der Erfahrungen des BMBF-Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ knüpft an die Vorgängerbefunde an, liefert aber auch neue Sichtweisen auf die Erfolgsbedingungen regionaler Bildungsnetze. Die traditionellen Erfolgsfaktoren, die vor allem in der Herstellung eines förderlichen Binnenklimas im Netzwerk bestehen, werden weiterhin als wichtig und zentral bewertet, zusätzlich treten aber auch andere Bedingungen in Erscheinung, die sich mehr auf die finanziellen, organisatorischen und angebotsspezifischen Aspekte konzentrieren. So hat sich im Verlauf der Programmarbeit immer mehr herausgestellt, dass die kommunalen Gebietskörperschaften einen zentralen Stellenwert bei der Arbeit regionaler Bildungsnetze besitzen. Sie sind Garant für Kontinuität, akzeptierter und neutraler Koordinator und Finanzier gerade jenes Teils der Netzwerkarbeit, der nicht oder nur schwer marktförmig zu organisieren ist. Zudem ist zu beobachten, dass sich Bildungspolitik

kommunalisiert, dass entscheidende Weichenstellungen in der Stadt oder dem Landkreis vorgenommen werden, dass nicht mehr die großen Struktur-reformen durchgeführt werden – wie noch in den 1970er Jahren prägend –, sondern die maßgeschneiderten, auf die regionalen Bedürfnisse und Möglichkeiten ausgerichteten Lösungen. Bei der Gestaltung regionaler Bildungslandschaften spielt die kommunale Ebene eine entscheidende Rolle. Regionales Bildungsmanagement wird schon heute von vielen Bürgermeistern und Landräten als Aufgabe wahrgenommen, weil nur so dauerhafte Struktureffekte erzielt werden können. Politisch flankiert werden solche aufkommenden Bestrebungen beispielsweise durch die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages aus dem Jahre 2007, mit der eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft im Bildungsbereich eingefordert wird. Dort heißt es unmissverständlich:



„Die kommunalen Gebietskörperschaften besitzen einen zentralen Stellenwert bei der Arbeit regionaler Bildungsnetze, sie sind Garant für Kontinuität sowie Koordinator und Finanzier gerade jenes Teils der Netzwerkarbeit, der nicht oder nur schwer marktförmig zu organisieren ist“, PD Dr. Dieter Gnahs, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung.

Den Städten kommt in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zu. Als Grundlage für regionale Steuerung und Qualitätssicherung sollte ein umfassendes Bildungsmonitoring als integriertes Berichtswesen von Bildungsverläufen vor Ort gemeinsam von Kommunen und Ländern entwickelt werden.

Die Einbindung der Kommunen in die Netzwerkarbeit beziehungsweise sogar das Überlassen einer führenden Rolle im Netzwerkmanagement wird auch von Bund und Ländern politisch und instrumentell unterstützt. Dies ist ein Schwerpunkt im Programm „Perspektive Berufsabschluss“, vor allem in der Förderinitiative 1 „Regionales Übergangsmanagement“. Zu erwähnen sind an dieser Stelle aber auch Initiativen wie Hessencampus, der Aufbau von Bildungssektor übergreifenden Lernzentren in mehreren Ländern oder die Entwicklung eines leistungsfähigen Instrumentariums für ein regionales Bildungsmonitoring durch ein vom BMBF gefördertes Projekt. Gerade das zuletzt genannte Beispiel lenkt den Blick darauf, dass regionalisierte Netzwerkarbeit der überregionalen Flankierung bedarf. Durch Erfahrungsaustausch, gemeinsame Entwicklungen, die zentrale Konzipierung von Prototypen, Information und Beratung kann sichergestellt werden, dass Doppelarbeit vermieden wird, dass erprobte Lösungen zur Anwendung kommen, und dass Synergieeffekte genutzt werden können. Im Kontext des BMBF-Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ hat der Projektträger im DLR diese Aufgabe übernommen und mit vielfältigen Mitteln wie unter anderem Homepage, Infoblatt, Tagungen und Kongresse sowie Fortbildungen und Beratungen ein Metanetzwerk etabliert, welches maßgebliche Beiträge zum Gesamterfolg des Förderprogramms und auch der einzelnen Bildungsnetze geliefert hat.

Die bisher genannten Faktoren sind wichtig für das Gelingen der Netzwerkarbeit, aber sie sind nicht hinreichend, um auf Dauer den Erfolg zu sichern. Dies kann nur geschehen, wenn die bereitgestellten Produkte und Dienstleistungen nachgefragt werden, auf einen Bedarf treffen, der auch finanzierbar ist, und wenn im weitesten Sinne Nutzen gestiftet wird. Dies setzt genauso eine gründliche Analyse der Situation voraus wie eine sorgfältige Planung der Entwicklung und Verbreitung der Bildungs-, Informations- und Beratungsangebote. Der pädagogische muss sich mit dem ökonomischen Blick verschränken.

Diese Perspektivenverschränkung gewährleistet am besten, dass die Potentiale der Netzwerkpartner so verbunden werden, dass marktfähige Leistungen auf Dauer erbracht werden können. Bedarfsanalyse, Businesspläne und Evaluationen sind wichtige Hilfsmittel bei dieser Steuerungsarbeit.

Viele „Lernende Regionen“ haben in diesem Sinne hervorragende Arbeit geleistet, indem sie neue Nachfragepotenziale – beispielsweise in der Wirtschaft – erschlossen oder kreative Produkt- und Projektideen umgesetzt haben. Viele Menschen sind durch die Leistungen der Bildungsnetze gefördert worden, haben Weichen stellen können und sich persönlich und/oder beruflich weiter entwickelt. Derartige Effekte und ihre Ausstrahlung auf die gesamte Region prägen die öffentliche Wahrnehmung der Bildungsnetze und festigen damit ihren Arbeitsauftrag. Inhaltliche Substanz, das ständige Bemühen um Verbesserung, das ehrliche Eingehen auf die Bedürfnisse der Lernenden und Ratsuchenden, professionelle Reflexion und der Mut zur Selbstkritik, das waren und bleiben die bedeutsamen Erfolgsfaktoren im Bildungsbereich.

3. Highlights – Einzelbeispiele aus Lernenden Regionen

Mit dem Förderprogramm und im Besonderen mit der Vertiefungsphase wird die Erwartung der Politik verbunden, dass die Geförderten Modelllösungen präsentieren, die Anregungen und Impulse für Nachahmer liefern. Es geht, um ein oft verwendetes Bild zu gebrauchen, um „Leuchttürme“. Leuchttürme geben Lichtsignale für vorbeifahrende Schiffe und stellen damit sicher, dass sie Kurs halten. Sie verhindern, dass die Schiffe in Untiefen geraten oder gar an einem Riff zerschellen. Sie sind auch eine Landschaftsmarkierung, die den nahen Hafen ankündigt, oder das letzte vertraute Gebäude, bevor die Weiten des Meeres beginnen.

Alle Leuchttürme weisen bestimmte Grundelemente auf, die sie unverwechselbar mit anderen Gebäuden machen: ihre schlanke, aufragende Gestalt, ihre exponierte Lage, das Leuchtfeuer am Turmkopf, auffällig gefärbte Wände. Bei aller Gemeinsamkeit existiert aber auch eine beeindruckende Formenvielfalt, ein breites Spektrum funktioneller Varianten und Stilprägungen.

Leuchttürme können ihre Funktionen nur erfüllen, wenn sie richtig bedient werden und regelmäßige Wartungen und Kontrollen das Funktionieren der

Technik gewährleisten. Fahrlässig oder gar vorsätzlich herbeigeführte Fehlfunktionen können verheerende Folgen haben. Wichtig ist auch, dass die vorbeifahrenden Schiffe die Signale kennen und richtig deuten. Noch wichtiger ist, dass überhaupt Schiffe vorbeifahren. Leuchttürme werden gebaut, um Nutzen zu stiften, nicht um als „Landschaftsverzierung“ zu verwitern.

Der Leuchtturm ist ein Symbol der Zuverlässigkeit und Verantwortung: Bei rauher See, Orkan und Nebel gibt er den gefährdeten Schiffen Orientierung und Sicherheit. Er ist beliebtes Motiv auf Postkarten, Fotos, Gemälden, er dient en miniature als Souvenir und beliebtes Mitbringsel. Er vermittelt rückwärtsgerichtete Romantik genauso wie technische Funktionalität.

Im Folgenden wird anhand von sechs ausgewählten Beispielen aufgezeigt, dass die „Lernenden Regionen“ Lösungen entwickelt haben, die durchaus Leuchtturm-Charakter haben.

Lerninteressierte aller Altersstufen haben die Chance, Lernservice-Punkte, kurz L-Punkte genannt, aufzusuchen. Sie sind das Herzstück der **Lernenden Region Bodensee**. Sie bieten Information und Beratung rund ums Lernen. Sie sind klassische Bildungsberatungsstellen, aber auch Anlaufpunkt für Lernorientierungsberatung, Kompetenzerfassung und -entwicklung.

Einen weltweiten Nachhall verzeichnet ein Kulturprojekt der **Lernwelt Essen**. Essener Jugendliche schrieben ein Lesebuch über ihr Leben und Fühlen in Essen mit dem Titel „Fremd und doch daheim?!“ In Wien gibt es Lesungen, in Russland und Kasachstan berichten die Zeitungen, in der Ukraine wird das Buch im Deutschunterricht behandelt, in den USA ist es Gegenstand der Lehrerfortbildung. Auch in heimischen Gefilden ist die Resonanz groß: Die Autorinnen und Autoren werden zu zahlreichen Lesungen und Interviews gebeten. Auch das zweite Buch „Dann kam ein neuer Morgen“ bewegt viel und knüpft an den Erfolg des Erstlings an.

Seit 2003 wird in der **Lernenden Region Oderland-Spree** erstmals eine deutsch-polnische Berufsausbildung durchgeführt. Ausgesucht wurde ein Beruf, bei dem die gemeinsamen Schnittmengen vergleichsweise groß sind: Hotelfachmann/-frau in Deutschland

bzw. Hoteltechniker in Polen. Ausgangspunkt für diese Initiative war der auf beiden Seiten der Grenze festgestellte Fachkräftemangel im Hotel- und Gastgewerbe, der die Ausweitung des Tourismus behinderte. Zusätzlich ging es darum, in dieser strukturschwachen Region einen Beitrag zu leisten, um die Abwanderung junger Leute zu stoppen. So startete das deutsch-polnische Ausbildungsnetzwerk mit je 15 deutschen und polnischen Jugendlichen. Die Ausbildung wurde von den Jugendlichen an fünf verschiedenen Orten in deutschen und polnischen Unternehmen gemeinsam absolviert. In 20 Modulen wurden Fertigkeiten und Kenntnisse beider Berufe sowie die jeweilige Fremdsprache Deutsch beziehungsweise Polnisch vermittelt. Im Sommer 2007 fand für 13 deutsche und 15 polnische Jugendliche die schriftliche und praktische IHK-Abschlussprüfung zum/ Hotelfachmann/-frau sowie in Polen die Prüfung zum Hoteltechniker in der jeweiligen Landessprache statt.

Bei „Jugend lehrt – Jugend erklärt“ der **Lernenden Region Norderstedt** geht es darum, dass Jugendliche Seniorinnen und Senioren die Handhabung von Computer, Internet oder Handy nahebringen. Doch nicht nur die Älteren profitieren von dieser Maßnahme. Die Jugendlichen – durchweg noch ohne Ausbildungsplatz – erhalten die Chance, soziale Kompetenzen und Erfahrungen zu sammeln. Ihre ehrenamtliche Tätigkeit wird ihnen von der Lernenden Region Norderstedt bescheinigt und lässt sich somit zur Aufwertung der Bewerbungsunterlagen nutzen. Nach anfänglicher Skepsis und Zurückhaltung ist das Projekt mittlerweile ein „Renner“. Die Mund-zu-Mund-Propaganda der älteren Teilnehmenden hat dazu geführt, dass inzwischen Wartelisten eingeführt worden sind.

Ein Teilprojekt der **Lernenden Region Rheingau-Taunus** widmet sich dem Übergang „Schule-Beruf“ und firmiert als „Ehrenamtliche Berufseinstiegshilfe Alt-hilft-Jung“. Angesiedelt ist es bei den Beruflichen Schulen Untertaunus. Ehrenamtlich oder auf Honorarbasis tätige Seniorinnen und Senioren unterstützen Jugendliche auf vielfältige Weise, zum Beispiel durch Einbringen ihrer Kontakte bei der Suche nach Ausbildungs- und Praktikumsplätzen, durch Nachhilfe in wichtigen Fächern oder durch Beratung zur Berufsorientierung. Nicht nur die Jugendlichen profitieren von diesem Engagement, sondern auch die Berufsbildende Schule und die Betriebe können über die Informationen der Mentoren zielgerichteter agieren.

Die **Lernende Region Osnabrück** hat eine breite Palette von Maßnahmen entwickelt, die den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern sollen. Schon Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse gehen in einer Stärkenanalyse zum Beispiel der Frage nach, über welche berufsrelevanten Fähigkeiten sie verfügen. Diese Arbeit wird dann mit dem Format „Fit für ´n Job“ fortgesetzt, bei dem Jugendlichen die folgenden Bausteine vermittelt werden: Grundlagen der Kommunikation, Selbstdarstellung und realistische Selbsteinschätzung, Motivations-, Deeskalations- und Anti-Mobbing-Training, Lebens- und Berufsorientierung, Berufs-Knigge. Ergänzt werden diese beiden Formen des Übergangsmangements durch die Arbeit mit dem ProfilPASS, einem Instrument zur Sichtbarmachung von Kompetenzen, und durch Elternarbeit.



Trotz der auch vorhandenen Problemlagen bleiben „Lernende Regionen“ ein Pluspunkt in der Bildungslandschaft. Sie sind Experimentierfelder und Zukunftslabore für Bildungsreformen und Schauplätze von sektorübergreifenden Kooperationen, die durch ihre Effekte dem Konzept vom lebenslangen Lernen erst zum Durchbruch verhelfen.

4. Quintessenzen und Thesen

Ein zentraler Aspekt der Netzwerkarbeit in lernenden Regionen bilden Maßnahmen für bildungsferne beziehungsweise bildungsbenachteiligte Zielgruppen. Fast alle Netzwerke haben sich dieser Aufgabe gestellt und vielfältige Projekte zur Verbesserung des Übergangmanagements, der Beratung und des Bildungsmarketings in Szene gesetzt. Herausgehobene Bedeutung als Zielgruppe erlangten dabei vor allem Erwerbslose, Personen mit Migrationshintergrund und Ältere.

Bildung, Entwicklung und Erfolg der „Lernenden Regionen“ sind in hohem Maße von personellen und institutionellen Konstellationen abhängig. Vereinfacht ausgedrückt: Es müssen zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Leute an der richtigen Stelle agieren und zusammenarbeiten (wollen). Persönliche oder institutionelle „Feindschaften“ sind als Basis für Netzwerkarbeit in lernenden Regionen hinderlich.

Die Netzwerkakteure nutzen auf sehr unterschiedliche Weise das vorhandene regionale Potenzial. Sie passen sich geschickt den Gegebenheiten an, nutzen Landschaft, Wirtschaftsstruktur, Geschichte und Mentalität im Sinne des Netzwerks und verbinden dies mit ihren eigenen Kompetenzen und Ausrichtungen. Die Lernlandschaft entwickelt so als Spezifikum dieser Anstrengungen ein eigenes, unverwechselbares Profil.

Es sind Kooperationen zustande gekommen, die noch vor wenigen Jahren als undenkbar erschienen. Schulen und Hochschulen arbeiten genauso zusammen wie die Wirtschaft mit Bildungseinrichtungen. Neben dieser Bildungssektor übergreifenden Zusammenarbeit feiert auch die Zusammenarbeit innerhalb eines Bildungssektors teilweise längst überfällige Erfolge. Institutionelle Erstarrungen lösen sich, schaffen Voraussetzungen für Lösungen im Sinne der Lernenden – zum Beispiel durch Erweiterung der Möglichkeitsräume für Lernen und der damit verbundenen Steigerung der Optionsspielräume für Weiterbildungsinteressierte.

Neben diesen strukturellen Verbesserungen haben die „Lernende Regionen“ auch beachtliche Erfolge bei der inhaltlichen Arbeit vorzuweisen. Hervorzuheben sind dabei neue Ansätze der Beratungsarbeit, das Aufbrechen des traditionellen Lehr-Lern-Arrangements durch das Ausprägen einer neuen Lernkultur, das Erschließen neuer Zielgruppen und die kreative Nutzung der Neuen Medien.

Die Überlegungen lassen sich in neun Thesen prägnant zusammenfassen:

- > Kommunalisierung der Bildungspolitik: Bildungspolitik findet zunehmend auch in kommunaler Verantwortung statt;
- > Integration statt Versäulung: Nur in kommunalen Kontexten kann die notwendige Bildungssektor übergreifende Zusammenarbeit funktionieren;
- > Flexible Lösung statt Strukturreform: Regionale Bildungsnetze sind Versuchslabore der Bildungsreform und erarbeiten mit Pioniergeist unkonventionelle Lösungen;
- > Synergienutzung: Regionale Netzwerke benötigen Foren des Erfahrungsaustausches und Möglichkeiten zum wechselseitigen Lernen;
- > Netzwerkmanagement: Regionale Netzwerke benötigen eine eigene Infrastruktur;
- > Regionale Netzwerke erschließen durch Kooperation Kostensenkungspotentiale beziehungsweise ermöglichen Effizienzsteigerung;
- > Regionale Netzwerke erleichtern die Zusammenarbeit mit Akteuren außerhalb des Bildungswesens, zum Beispiel in der Wirtschaft und den Kultureinrichtungen;
- > Regionale Bildungsnetze finden einen relativ leichten Zugang zur internationalen Kooperation;
- > „Lernende Regionen“ verkörpern am besten das Leitbild vom lebenslangen Lernen.

Im Anschluss an den Impulsvortrag von Dr. Dieter Gnahn gaben zwei Vertreter kommunaler Spitzenverbände ihre Statements zum Thema ab: Jörg Freese, Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag, zuständig für Jugend, Bildung, Kultur und Gesundheit und Uwe Lübking vom Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Übereinstimmend stellten beide fest, dass die Netzwerkkoordination im Rahmen der entstandenen beruflichen Bildungslandschaften eine besondere Herausforderung für die kommunalen Akteure darstellt, da die Wirtschaft als regionaler Partner im Bereich der beruflichen Bildung eine deutlich größere Rolle spielt als beispielsweise in der Elementarbil-

derung oder bei allgemeinbildenden Schulen. Da die Partner in den kommunalen Bildungslandschaften häufig eigenständige Institutionen sind, liegen für Freese die Koordinierungsaufgaben der Landkreise im Bereich der Administration und nicht in der Weisung. „Richtlinienkompetenz und womöglich Weisungskompetenzen der Kommune sind eher ein problematisches Vorgehen“, betonte er und erklärte, dass der Kreis dazu gegründet worden sei, um solche Bündelfunktionen auf kommunaler Ebene im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung wahrzunehmen. Da es in diesem Bereich jedoch ganz unterschiedliche Bedingungen und Ausgangsvoraussetzungen geben könne, sei es wichtig zu wissen, dass – egal wer die Koordinierungsfunktionen ausübt – die eine Ebene ohne die andere nicht auskäme. „Wenn es der Kreis macht, muss er die Gemeinden intensiv mit einbinden, und wenn es kreisangehörige Städte und Gemeinden machen, dann muss der Kreis mit ins Boot – neben vielen anderen natürlich, die nicht kommunal organisiert sind. Wir müssen es gemeinsam machen!“

Lübking griff die Bedeutung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden noch einmal auf und betonte deren wichtige Rolle in lokalen Netzwerken, „weil eben dort sehr viele Projekte laufen und es auch gerade dort ein gewandeltes Verständnis von



„Wenn wir erkannt haben, dass Bildung eine gesamtstaatliche Aufgabe aller Ebenen ist, dann muss auch die Verfassung dem Rechnung tragen, dann sollte man auch hier die Kooperation erleichtern“, Uwe Lübking, Deutscher Städte- und Gemeindebund.

Gestaltung von Bildung gibt. Wir wollen uns nicht länger reduzieren lassen auf Finanzierung von Schulgebäuden und Schulsekretärinnen, sondern wollen Inhalte in den Schulen mitgestalten, weil wir eher merken, was dort nicht funktioniert. Das spüren wir in der örtlichen Gemeinschaft sehr genau. Das hat etwas mit sozialer Integration – gerade auch von jungen Menschen – zu tun, nicht nur mit Arbeitsmarktpolitik. Was wir brauchen, sind Verantwortungsgemeinschaften auf lokaler Ebene!“

Lübking stellte auch heraus, wo die Probleme bei der Koordinationsarbeit in den Netzwerken liegen. Die Undurchschaubarkeit aller unterschiedlichen Programme, die es auf lokaler Ebene gibt – Programme der Bundesanstalt für Arbeit, der verschiedenen Ministerien aus Bund und Ländern sowie weitere Programme – sollte zu der Überlegung führen, ob Übergangsmanagements- und Vernetzungsmanagementsysteme nur notwendig sein müssen, weil es eine derartige Vielzahl unterschiedlicher Förderprogramme gibt, und weil auch rechtliche Beziehungen so kompliziert gestaltet worden sind, dass man sich ständig von einem Rechtskreis in den anderen bewegen muss und dann wieder Lotsen braucht, die dafür sorgen, dass man sich in diesen unterschiedlichen Rechtskreisen zusammenfindet. Es wäre eine Aufgabe von Landes- und Bundespolitik, dafür zu sorgen, dass die Strukturen einfacher würden, damit man sich besser zurecht finden könne, gab Lübking zu bedenken und plädierte dafür, Bildung als eine gesamtstaatliche Aufgabe zu sehen, die auch verfassungsrechtlich durchlässiger sein müsse. „Haben wir durch die Föderalismusreform nicht einen Fehler gemacht? Wenn wir erkannt haben, dass Bildung eine gesamtstaatliche Aufgabe aller Ebenen ist, dann muss auch die Verfassung dem Rechnung tragen, dann sollte man auch hier die Kooperation erleichtern.“

Freese hielt dagegen, dass bei dieser Frage auch immer finanzielle Aspekte zum Tragen kämen. „Wenn der Bund sagt: ‚Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe‘, dann möchte er von den Kommunen Geld zur Mitfinanzierung haben. Wenn die Kommunen sagen: ‚Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe‘, dann möchten sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben Geld von Bund und Ländern,“ so Freeses Absicht, mit dem Einnehmen einer unterschiedlichen Position die Diskussion in Gang zu bringen. Er ergänzte: „Wenn jeder erst einmal seine Hausaufgaben in seinem Gebiet machen würde und dabei die Kooperation untereinander nicht vergisst, dann können

wir als Kommunen ganz gut mit Bund und Ländern zusammenarbeiten.“



„Wenn jeder erst einmal seine Hausaufgaben in seinem Gebiet machen würde und dabei die Kooperation untereinander nicht vergisst, dann können wir als Kommunen ganz gut mit Bund und Ländern zusammenarbeiten“, Jörg Freese, Deutscher Landkreistag.

Die Infragestellung des Bildungsföderalismus und die damit verbundenen Finanzierungsfragen führten anschließend zu einem lebhaften Meinungsaustausch im Forum. Neben diesem Themenbereich standen auch die unterschiedlichen Definitionen von Netzwerken zur Diskussion und damit verbunden die Frage, ob ein Netzwerk gemäß seiner wissenschaftlichen Definition eher temporären Charakter hat oder auch auf Dauer angelegte Strukturen hervorbringen kann.

Es wurde im Forum 2 jedoch nicht nur auf theoretischer Ebene diskutiert, sondern auch ganz konkreten Fragen aus der Praxis nachgegangen. Welche Ergebnisse haben die Arbeiten in den regionalen Netzwerken im Rahmen von „Perspektive Berufsabschluss“ bereits hervorgebracht, können intelligente Netzwerke, die strukturbildend sein sollen, so organisiert werden, dass die vorhandene Finanzpotenz wirklich passgenau in Lösungen eingebunden werden kann und zuletzt die Fragen, die für die regionalen Akteure besonders wichtig sind: Kommen immer die richtigen Jugendlichen zu den richtigen Maßnahmen? Wie können wir ein regionales System errichten, das die passenden Qualifizierungsschritte anbietet und nicht nur Maßnahmen-schritte erreicht?

Hans-Peter Albert bedankte sich abschließend bei den Referenten und den Forumsteilnehmern für die lebhafte Teilnahme und schloss das Forum mit folgenden Worten:

„Wir haben viele Probleme nur anschnitten können, aber ich glaube, die Diskussion hat gezeigt, dass wir mit unserem Programm ‚Perspektive Berufsabschluss‘ auf dem richtigen Weg sind. Wir verfolgen einen regionalen Ansatz und haben die Vorhaben verpflichtet, eng mit allen wichtigen regionalen Akteuren zusammenzuarbeiten. Wir werden unsere Vorhaben weiterhin eng begleiten und beraten und sie auch bei Ihrer Netzwerkarbeit unterstützen. Unseren hochkarätig besetzten Beirat werden wir verstärkt einbinden, um Probleme, die im regionalen Kontext nicht gelöst werden können, auf übergeordneter Ebene zu beraten. Die Fragen, die heute aufgegriffen und hier diskutiert wurden, werden auch mit dem Beirat noch einmal diskutieren werden; die Ergebnisse werden wir den Vorhaben rückspiegeln.“



„Wir sind mit dem Programm ‚Perspektive Berufsabschluss‘ und seinem regionalen Ansatz auf dem richtigen Weg“, Hans-Peter Albert, Programm-Management beim PT-DLR.



Forum 3: Berufliche Nachqualifizierung flexibel gestalten – Förderung bedarfsorientierter Qualifizierungswege

Das Forum 3 wurde moderiert von Ursula Krings vom
Forschungsinstitut Betriebliche Bildung in Nürnberg (f-bb).

Krings: Ich möchte Sie sehr herzlich im Forum 3 begrüßen und freue mich, dass unser Thema „Berufliche Nachqualifizierung flexibel gestalten – Förderung bedarfsorientierter Qualifizierungswege“ auf so viel Interesse gestoßen ist.



Bevor wir in das Thema einsteigen, möchte ich mich ganz kurz vorstellen. Ich bin Ursula Krings vom Forschungsinstitut Betriebliche Bildung. Wir haben die wissenschaftliche Begleitung der Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ übernommen und begleiten seit gut einem Jahr 22 regionale Vorhaben bei ihrer Arbeit. Einer unserer Schwerpunkte ist es, für junge Erwachsene eine Möglichkeit zum Zugang zu einer externen Abschlussprüfung zu finden und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, einen Berufsabschluss erwerben zu können. Die Förderinitiative will auch Unternehmen Wege aufzeigen, wie sie aus ihren an- und ungelernten Mitarbeitern, beziehungsweise an- und ungelernten Arbeitslosen Fachkräften ausbilden

können, die sie in der betrieblichen Arbeit benötigen und deren Qualifikationen auch über einen längeren Zeitraum im Betrieb verwertbar sind. Zudem will die Förderinitiative die Arbeitsmarktakteure in der Region zusammenbringen, um Nachqualifizierung zum Regelangebot zu machen, das heißt, dass es eine Selbstverständlichkeit wird, dass auch Erwachsene eine zweite Chance bekommen, einen Berufsabschluss zu erreichen.

Soviel in aller Kürze zu den Zielstellungen der Förderinitiative 2. Im Forum heute Vormittag wollen wir einige zentrale Aspekte der Nachqualifizierung vertiefen und mit Ihnen diskutieren. Dazu möchte ich Ihnen zunächst meine Gesprächspartnerin und -partner vorstellen. Das ist zum einen Dr. Beate Kramer von der Zentralstelle für Weiterbildung im Handwerk, daneben sitzt Christoph Acker vom Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn und zu meiner Linken Ulrich Eberle von der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. Wir werden im Verlauf dieses Forums einen Impulsvortrag und zwei kurze Referate zum Schwerpunktthema hören und wollen danach mit Ihnen in die Diskussion einsteigen. Das heißt, Sie haben die Möglichkeit, direkt an die Referenten Fragen zu stellen.

Wenn junge Erwachsene einen Berufsabschluss erreichen wollen, ist es eine zentrale Voraussetzung, dass sie einen Zugang zur externen Prüfung finden; das bedeutet, dass sie die Möglichkeit bekommen, an der Abschlussprüfung teilzunehmen. Die Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk befasst sich schon seit langem mit der Fragestellung Nachqualifizierung, und deswegen meine Fragen:

- > Wie sehen die Zugangsmöglichkeiten zur Externenprüfung für unsere Zielgruppe, die jungen Erwachsenen, heute aus?
- > Welche Ansätze gibt es, um den Zugang transparenter zu gestalten und damit zu erleichtern?

Kramer: Ich möchte diese Fragen gerne noch ein bisschen präzisieren, denn eigentlich sind es drei Punkte, die in Verbindung mit der Nachqualifizierung zu betrachten sind.

Der erste Punkt ist der: Wie bringen wir An- und Ungelernte überhaupt dazu, sich darüber Gedanken zu machen, dass sie eine Zugangsmöglichkeit zu einer Abschluss-Gesellenprüfung als externe Teilnehmer haben? Der zweite, wichtige Fragebereich

ist: Wie erfolgt die Zulassung, was ist dabei zu beachten? Und schließlich einer der Kernpunkte in der Fragestellung: Wie kann man die Chancen dieser jungen Menschen, die sich jetzt Gedanken über eine Prüfung machen und sich diesen Anforderungen stellen wollen, verbessern und sie überhaupt in die Lage versetzen, dass sie erfolgreich sind? Denn soweit ich bisher erfahren habe, ist die eigentliche Zulassung weniger das Problem, sondern dass diejenigen, die eine Chance bekommen, auch tatsächlich die Prüfung bestehen.

Auf diese drei Kernfragen möchte ich kurz eingehen, zu Beginn nur noch etwas in eigener Sache. Wir haben im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“, Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ ein Begleitvorhaben übernommen, in dem wir diese konkreten Fragen der Zulassung zur externen Prüfung untersuchen. Im Rahmen dieses Begleitvorhabens gibt es drei Phasen. In der ersten Phase führen wir intensive Interviews bei allen Kammern durch, die in die regionalen Programmvorhaben der FÖ 2 eingebunden sind, um gerade diese Fragen, die wir eben angesprochen haben, aufzuarbeiten. Im zweiten Schritt werden wir aus diesen Erfahrungen und Erkenntnissen gemeinsam mit den Kammern Ansatzmöglichkeiten entwickeln, wie man vor Ort vergleichbar und transparent kommunizieren kann, was die Zulassung erleichtert und was nachher auch den Erfolg für die Prüfung verbessern kann. In der dritten Phase werden wir im Rahmen der Begleitung Probleme aufarbeiten, die sich vor Ort stellen, denn es werden sich sicherlich noch die einen oder anderen Probleme ergeben, die man noch einmal anpacken muss, wenn wir im nächsten Jahr tatsächlich zu den Fragen der konkreten Zulassungen kommen werden.

Zunächst zur ersten Frage: Wie bringen wir An- und Ungelernte überhaupt dazu, sich darüber Gedanken zu machen, dass sie eine Zugangsmöglichkeit zu einer Externenprüfung haben? Daran schließt eine weitere Frage an, nämlich wie wir auch die Unternehmen dazu bringen, dass ihre An- und Ungelernten einen Berufsabschluss machen können. Die Klärung dieser Fragen sind zentrale Herausforderungen unseres Begleitvorhabens. Es muss vor Ort gelingen, tatsächlich eine Informationsstruktur aufzubauen. Die Gruppe der An- und Ungelernten ist ja eine sehr heterogene Gruppe, wir wissen zwar, wie viele es gibt, aber nicht, wo wir sie überhaupt finden können. Müssen wir zu den einzelnen Ungelernten gehen, oder müssen wir eher in die Betriebe gehen?

Das sind Fragen, die sich vor Ort stellen, daher ist es eben für diejenigen, die die Vorhaben vor Ort koordinieren, sehr wichtig, die Struktur ihrer Region zu kennen, zu wissen, wo sind Betriebe, in denen auch tatsächlich Ungelernte arbeiten, wie kann ich auf diese Menschen zugehen, und wie kann ich die Information für diese Betriebe verbessern, damit sie für sich die Chancen erkennen, die eine erfolgreiche Nachqualifizierung ihrer Beschäftigten für sie bringt. Welche Fördermöglichkeiten gibt es in diesem Rahmen? Das alles sind Aspekte, die den Unternehmen momentan gar nicht richtig klar sind. Laufende Programme der Arbeitsagentur – und hier unter anderem WeGebAU – werden beispielsweise nicht ausreichend genutzt. Das ist sicherlich vor dem Hintergrund zu sehen, dass viel zu wenig Menschen diese Programme überhaupt kennen. Und das ist, glaube ich, der erste Ansatz: Direkt in die Betriebe zu gehen und Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen zu informieren. Im Moment kommen wir damit in eine ganz gute Phase. Zum einen, weil viele Kurzarbeit als Chance begreifen, zum anderen aber auch, weil man sich im Unternehmensbereich schon Gedanken macht, wie der künftige Nachwuchs gesichert werden kann. Bei diesen Überlegungen spielt die Zielgruppe der Ungelernten eine wichtige Rolle, das habe ich aus verschiedenen Rückmeldungen, beispielsweise aus dem DIHK-Bereich, bereits mitbekommen. Die kennen ihre Unternehmen, und können deswegen auch besser einschätzen, ob jemand weiterqualifiziert werden kann, oder nicht. Das wird – wie gesagt – eines der wichtigsten Aufgabengebiete, auch der regionalen Vorhaben sein.

Der zweite Punkt ist die Zulassung zur externen Prüfung. Wir haben jetzt etwa gut ein Viertel der Interviews durchgeführt, so dass ich erste Rückmeldungen aus diesem Prozess geben kann. Bisher ist es so, dass überwiegend diejenigen eine Zulassung zur externen Prüfung beantragen, die über die Schiene der Dauer ihrer Berufstätigkeit kommen. Sie kennen das sicherlich: Das Berufsbildungsgesetz und die Handwerksordnung sehen zwei zentrale Möglichkeiten der Zulassung in besonderen Fällen vor. Die eine ist, dass jemand nachweist, dass er die andert-halbfache Ausbildungsdauer bereits in einem Beruf gearbeitet hat, die andere ist, wenn man diese Zeit noch nicht hat, aber über besondere Zeugnisse nachweisen kann, dass man die Qualifikation besitzt, die eine Zulassung rechtfertigt. Bisher ergaben die Befragungen, dass überwiegend über die Dauer der Berufstätigkeit die Zulassung erfolgt, und nicht über

die Möglichkeit, auf andere Art nachzuweisen, dass jemand die Qualifikation hat. Der Nachweis beispielsweise über Nachqualifizierungsmaßnahmen ist gerade in den letzten Jahren eher die Ausnahme gewesen. Das waren vielleicht sechs, sieben Prozent der insgesamt schon sehr geringen Zahl an Zulassungen. Was auch deutlich geworden ist: Die Zulassungen zur externen Prüfung sind bei Industrie- und Handelskammern deutlich höher als bei Handwerkskammern. Wenn man mal genauer betrachtet, woran das liegen könnte, stellt man fest, dass bei den Industrie- und Handelskammern der Schwerpunkt der Zulassungen im kaufmännischen Bereich liegt. Es suchen wesentlich weniger Menschen aus dem technischen Bereich den Weg über die Externenprüfungen, und man kann davon ausgehen, dass gerade im gewerblich-technischen Bereich die Vorbereitung auf die Prüfung auch eine schwierigere ist.

eine Art Checkliste, was sie brauchen, um die Voraussetzungen für die Zulassung nachzuweisen, und in aller Regel wird ihnen sogar angeboten, dass sie mit ihren Unterlagen persönlich vorbeikommen können und man dann gemeinsam mit ihnen durchsieht und schon im Vorfeld klärt, ob das reicht oder nicht. Wenn jemand wirklich die Voraussetzung noch nicht erfüllt, dann gibt es Anregungen, was er machen müsste, um sie zu erfüllen. Das passiert wirklich überall vor Ort, in allen Kammern! Auch dann, wenn eine Zulassung möglich ist, bekommt der junge Mensch genaue Hinweise, wie er oder sie sich noch ganz gezielt auf die Prüfung vorbereiten kann. Gerade Industrie- und Handelskammern geben Informationen, was wo angeboten wird, welche Vorbereitungsmaßnahmen es gibt – im Kaufmännischen ist da sehr viel mehr möglich als im gewerblich-technischen Bereich.



„Die Zulassungen zur externen Prüfung sind bei Industrie- und Handelskammern deutlich höher als bei Handwerkskammern“,
Dr. Beate Kramer, Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk.

In den Interviews haben wir ebenfalls herausbekommen, dass bei der Zulassung zur Externenprüfung sehr viel von der Beratung vor Ort abhängt. Es hat mich selbst überrascht, wie intensiv die Kammern helfen und unterstützen. Da kommen zum Beispiel Anfragen von Müttern, „Mein Sohn könnte doch eigentlich einen Berufsabschluss nachmachen, was muss er dafür tun?“ Daraufhin wird wirklich intensiv informiert. Die jungen Menschen bekommen

Für die Zulassung zur Externenprüfung kommt es – und das war eine Kernaussage der Kammern – vor allem darauf an, dass die Nachweise klar sind. Wenn jemand über die Berufstätigkeit kommt, dass er anhand von Zeugnissen darstellen kann, was er in welchem Zeitraum tatsächlich gemacht hat. Es ist immer eine Einzelfallprüfung bei einer Kammer. Das heißt, die Zulassung erfolgt wirklich aufgrund der Feststellung im Einzelfall, ob alle Voraussetzungen

anhand der Ausbildungsordnung und der darin dargestellten Schwerpunkte erfüllt sind. Ist das erkennbar, dann erfolgt die Zulassung. Bei den wenigen Fällen, bei denen bislang über die Qualifizierungsschiene eine Zulassung erfolgt ist, war es für die Kammern sehr wichtig, dass alle Träger, die Nachqualifizierung anbieten, darauf achten, dass das, was in der entsprechenden Maßnahme und davor gemacht worden ist, sehr gründlich dokumentiert wurde. Die Kammern wünschen sich, dass die Träger im Vorfeld genau festlegen, wie sie solche Vorbereitungen organisieren, was für Maßnahmen sie wirklich empfehlen, also eine Art Qualifizierungspass ausstellen. Am Anfang sollten die Träger eine Kompetenzfeststellung bei den jungen Leuten machen, um erkennen zu können, welche beruflichen Voraussetzungen bereits durch früherer Jobs oder Tätigkeiten erfüllt worden sind. Sie sollen auch klar dokumentieren, welche Qualifizierungsmaßnahme sie mit welchem Aufwand gemacht haben. Wenn jemand dann in eine Qualifizierung kommt und nur zwei Mal bei züg Veranstaltungen anwesend ist, muss auch ein solches Problem klar dokumentiert werden. Unter solchen Bedingungen ist es für die Kammern leicht zu entscheiden, ob die Zulassung möglich ist. Das ist dann auch sehr unproblematisch.

Das, was überall zentraler Knackpunkt war, war nicht die Zulassung selbst, sondern die Frage, wie kann man diese Menschen, die sich jetzt tatsächlich prüfen lassen, so unterstützen, dass sie dadurch auch bessere Chance bekommen. Dieser dritte Punkt ist ganz zentral! Die Kammern sehen es wirklich als Herausforderung in ihren Regionen an, dass die Koordinatoren solche individuellen Vorbereitungsmaßnahmen tatsächlich zu einem Erfolg führen. Eine zentrale Herausforderung wird sein, geeignete Maßnahmen für den individuell unterschiedlichen Vorbereitungsbedarf zu organisieren und regional zu etablieren.

Vielleicht noch zum Schluss der Hinweis, dass die Gespräche in den Kammern für uns sehr interessant waren, und dass die Einstellung der Kammern zu dieser Förderinitiative durchwegs positiv war. Sie haben übereinstimmend gesagt, „wenn es dadurch gelingt, wirklich mehr Leute in die Prüfung reinzubringen und dafür zu sorgen, dass sie die Prüfung auch schaffen, dann ist das genau das Ziel, das die Kammern auch verfolgen.“ Das fand ich ausgesprochen gut!

Direkt im Anschluss an den Impulsvortrag bestand die Gelegenheit, in die Diskussion einzusteigen.

Die Fragen an Dr. Kramer drehten sich vor allem um statistische Zahlen zur Externenprüfung: Wie viele Teilnehmende gibt es überhaupt, und wer von ihnen besteht die Prüfung? In der Diskussionsrunde wurden verschiedenen Zahlen hierzu genannt. Ein Diskussionsteilnehmer nannte für die Region München und Oberbayern etwa 1 000 externe Prüfungen pro Jahr, von denen an die 90 % bestanden würden, für den gesamten IHK-Bereich ergänzte ein anderer Diskussionsteilnehmer, dass es etwa 24 000 externe Prüfungen pro Jahr mit 18 000 Bestehenden gäbe. Dieses Verhältnis entspricht einem weiteren Beispiel, das für Berlin genannt wurde. Dort gab es einen Betriebsmodellversuch, in dem etwa 200 Teilnehmerinnen in einer betriebsnahen Maßnahme für das Berufsbild der Bürokauffrau nachgeschult wurden. Zwischen 70 und 75 % von ihnen haben die anschließende Prüfung bestanden, was vor allem daran lag, dass sie zwei oder drei Jahre Vorlauf hatten und sie alle somit zum Zeitpunkt der Prüfung schon eine intensive Vorbereitungszeit hatten. Die Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich in diesem Punkt einig: Es hängt von der Vorbereitungsphase ab, wie erfolgreich die Ergebnisse sind. Ein Diskussionsteilnehmer sprach sogar von einer Erfolgsquote von bis zu 95 % bei anderen Berufsbildern.

Dr. Kramer räumte jedoch ein, dass es insgesamt zu diesem Themenkomplex noch zu wenig gesicherte Aussagen gäbe. Weder für den Bereich der Industrie- und Handelskammern, noch für den Bereich der Handwerkskammern seien die Zahlen bislang differenziert untersucht worden, feststellbar sei bei Einzeluntersuchungen bislang nur gewesen, dass die Zahlen im Handwerksbereich insgesamt deutlich geringer waren. Große Unterschiede in der Quote der bestandenen Prüfungen zwischen den Absolventen der Externenprüfung und den anderen Absolventen seien anhand der vorliegenden Einzeluntersuchungen bislang nicht erkennbar: „Aber das haben wir in Einzelfällen durch einfaches Nachzählen herausgefunden, deswegen ist das auch keine wirklich gesicherte Aussage, differenzierte Statistiken gibt es darüber bislang noch nicht.“

Ein Diskussionsteilnehmer machte in diesem Zusammenhang auf eine weitere Dunkelziffer aufmerksam. Es würden sich zwar viele Personen zu einer Externenprüfung anmelden, worüber es allerdings keinerlei Zahlenmaterial gäbe, sei die Anzahl derer, die sich bei den Kammern über eine Zulassung zur Externenprüfung beraten ließen, deren Chance

auf ein Bestehen aber trotz einschlägiger Beschäftigungszeit eher gering eingestuft wurde. Diese Personen meldeten sich daraufhin erst gar nicht zu einer Externenprüfung an und gingen in der Statistik völlig verloren – dies teilweise sogar trotz einer vorliegenden Zweitqualifikation.



„Bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen spielen sprachliche Probleme oft eine Rolle“.

Eine weitere Frage, die angeschnitten wurde, war die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen oder Berufserfahrungen. Dazu bemerkte Dr. Kramer, dass alle bislang hierzu befragten Kam-

mern den Wunsch nach einer Datenbank geäußert hätten, in der man für alle wichtigen Berufe und Qualifikationen eines Landes entsprechende Übersetzungen der Begriffe finden könne: „Natürlich wird versucht, alle im Ausland erworbenen Qualifikationen bei der Frage nach einer Zulassung zur Externenprüfung entsprechend zu berücksichtigen, aber oft spielen sprachliche Probleme eine Rolle. Hier benötigen die Kammern Unterstützung.“

Neben der Zulassung zur Externenprüfung ist der Einsatz von Ausbildungsbausteinen ein weiterer Aspekt im Feld der Nachqualifizierung. Ein modulares Qualifizierungskonzept bietet das Programm „Jobstarter Connect“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, in dem für 14 Ausbildungsberufe Ausbildungsbausteine zur modellhaften Erprobung vorliegen, die beim Bundesinstitut für Berufsbildung entwickelt wurden. Christoph Acker vom Bundesinstitut für Berufsbildung stellte das Programm „Jobstarter Connect“ in einer Präsentation vor und gab eine erste Antwort auf die Frage, welchen Nutzen der Einsatz von Ausbildungsbausteinen in der Nachqualifizierung hat.



„Wir sind ein Projektförderprogramm, dessen erste Projekte jetzt zum 1. April gestartet sind. Für 14 Berufsbilder versuchen wir, vorliegende Ausbildungsbausteine in vier unterschiedlichen Bereichen zu implementieren: im bestehenden Übergangssystem, in der Berufsvorbereitung, der außerbetrieblichen Qualifizierung nicht berufsqualifizierender schulischer Ausbildungsgänge und im Bereich der Nachqualifizierung“, erklärte Acker „Jobstarter Connect“. Es gibt bundeseinheitlich sechs bis acht Bausteine pro Beruf, die jeweils das gesamte Berufsbild abdecken. „Wenn es uns gelingt, die Baueinstruktur beispielsweise schon in der Berufsvorbereitung zu implementieren, dann können wir versuchen, dieses neue Instrument der Ausbildungsbausteine auch später in der Nachqualifizierung einzusetzen, weil man im konkreten Fall sagen kann, „Diese Bausteine liegen alle schon vor. Der- oder diejenige muss jetzt nur noch zwei oder drei Bausteine bis zum Berufsabschluss erlangen“, so Acker.



Wenn es uns gelingt, die Baueinstruktur beispielsweise schon in der Berufsvorbereitung zu implementieren, dann können wir versuchen, dieses neue Instrument der Ausbildungsbausteine auch später in der Nachqualifizierung einzusetzen“, Christoph Acker, Bundesinstitut für Berufsbildung.

Nach der Erörterung von Konzepten und Zugängen zur Nachqualifizierung wurde die Diskussion im Forum 3 nun auf die Frage nach den Finanzierungsmöglichkeiten gelenkt. Da die Bundesagentur für Arbeit mit ihren verschiedenen Programmen und Instrumenten der zentrale Akteur in diesem Feld ist, stellte sich Ulrich Eberle von der Bundesanstalt für Arbeit den zwei zentralen Fragen:

- > Wie und in welchem Rahmen fördert die Bundesagentur für Arbeit die Nachqualifizierung von An- und Ungelernten?
- > Wie werden diese Angebote von Betrieben und An- und Ungelernten angenommen?

Eberle ging in seiner Kurzpräsentation auf einige ausgewählte Beispiele der Förderung von An- und Ungelernten ein. Bereits in der Forumdiskussion angesprochen wurden das Programm WeGebAU und die Möglichkeiten zur Nachqualifizierung während der Kurzarbeit. Eine weitere Maßnahme ist die „Initiative zur Qualifizierung gering qualifizierter Arbeitsloser“, die Arbeitslosen, für die eine Erstausbildung beispielsweise aus Altersgründen nicht mehr infrage kommt, eine zweite Chance bietet.

Generell, so Eberle, liegt der Fokus der Bundesanstalt für Arbeit mittlerweile auf längerfristigen Maßnahmen, die insbesondere auf die sogenannten Engpassbranchen ausgerichtet sind, zu denen beispielsweise die Bereiche Metall, Elektro und Logistik zählen. In diesen Branchen ist der Fachkräftebedarf besonders hoch. „Sobald die Zeit der wirtschaftlichen Schwächen vorbei ist, wird hier wieder händelnd nach Fachkräften gesucht werden. Und da ist diese Initiative ein probates Mittel, um dem entgegensteuern zu können. Alleine am Volumen sehen Sie, dass hier einiges investiert werden kann. Es sind für 2009 ca. 100 Millionen Euro im Ausbildungstiegel vorgesehen“, führte Eberle aus und verglich diese Zahl mit den Fördervolumen von WeGebAU (200 Millionen Euro) und der Qualifizierung während konjunkturell bedingter Kurzarbeit (150 Millionen Euro).

Zur Inanspruchnahme der Maßnahmen ergänzte Eberle, dass das Programm WeGebAU im mittleren dritten Jahr sehr gut angenommen würde, „Es hat sich bei den Betrieben die Einsicht breit gemacht, dass die Krise irgendwann vorbei ist und dann händelnd Fachkräfte gesucht werden.“ Auch sei die Akzeptanz gestiegen, für die Beschäftigten etwas tun zu müssen.

Zur Qualifizierung während der Kurzarbeit liegen der Bundesanstalt für Arbeit bislang nur wenig gesicherte Zahlen vor, aber Nachfrage und Bereitschaft von Unternehmen seien sehr groß. Auch für die Initiative zur Qualifizierung gering qualifizierter Arbeitsloser gibt es noch keine verwertbaren Daten, aber die erste Zwischenbilanz hierzu erwartet Eberle gegen Ende des Jahres.

Das Programm ‚Perspektive Berufsabschluss‘ hat eine Laufzeit bis 2012. In einer Abschlussrunde bat Krings alle Impulsgeber, einen Blick in die Zukunft zu wagen: „Wo, glauben Sie, steht die ‚abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung‘ zu diesem Zeitpunkt?“

Kramer: Ich hoffe, dass es im Rahmen des Programms gelingt, die Strukturen vor Ort besser zu gestalten und das Thema in den Regionen stärker zu besetzen, damit sowohl die Betriebe als auch die Menschen mit wenig Qualifikationsvoraussetzung wissen, welche Möglichkeiten es gibt!

Eberle: Schön wäre es, wenn wir das Thema Nachqualifizierung gar nicht bräuchten, wenn unser Bildungs- und Ausbildungssystem so gut wäre, dass wir hier nicht im Nachklapp noch etwas machen müssten ...

Mein Wunsch – und auch meine Erwartung – an das Jahr 2012 ist, dass wir bis dahin einen Instrumentenkasten haben, mit dem wir all denjenigen, die nicht den geraden Weg gegangen sind, eine passgenaue Chance bieten können.



„Mein Wunsch – und auch meine Erwartung – an das Jahr 2012 ist, dass wir bis dahin einen Instrumentenkasten haben, mit dem wir all denjenigen, die nicht den geraden Weg gegangen sind, eine passgenaue Chance bieten können“, Ulrich Eberle, Bundesagentur für Arbeit.

Acker: Dem kann ich nur zustimmen, aber auf dem Weg der Nachqualifizierung sollten auch Qualifizierungsbausteine verbaut sein, die an den Ausbildungsbausteinen angelehnt sind. Wenn es uns gelingt, mit einem bundesweit anerkannten Baukastensystem zu arbeiten, dann wird die Nachqualifizierung für alle Betroffenen einfacher und transparenter, auch die Hinführung zu einer Abschlussprüfung.

Arbeitsmärkte und berufliches Lernen im Wandel – Gestaltungsspielräume für eine chancengerechte Berufsbildung nutzen

Expertengespräch auf dem Podium

Schulte-Loh: Ich hoffe, Sie alle waren in interessanten Foren, in denen Sie engagiert mitdiskutieren und sich einbringen konnten, auch mit den Fragen, die Sie aus ihrem persönlichen Erfahrungsbereich hatten. Wir wollen jetzt aus verschiedenen Perspektiven den Zusammenhang herstellen, wie wir alle Maßnahmen im regionalen Übergangmanagement und in der abschlussorientierten modularen Nachqualifizierung in den Gesamtzusammenhang von Förderung und Bildungspolitik einzuordnen haben.

liche Entwicklung für die Berufschancen von jungen Menschen tatsächlich spielt. Die Arbeitsmarktzahlen sind nicht erfreulich, aber – nach dem, was wir bisher hier gehört haben – für diejenigen, die momentan in der Ausbildung stecken, noch nicht so schlecht, wie man hätte befürchten können. Herr Kiss, wenn Sie an die momentane Entwicklung der Ausbildungs- und Wirtschaftssituation denken, steht zu befürchten, dass es für die Jugendlichen schlechter wird?



Auf dem Podium: Manfred Kremer, Dr. Corinna Kleinert, Klaus-Wilhelm Ring, Hermann Nehls, Prof. Dr. Heike Solga, Markus Kiss, Wolf-Harald Krüger und Judith Schulte-Loh (v.l.n.r.).

Ich darf Ihnen zuerst die Teilnehmer der Diskussion vorstellen, fangen wir direkt neben mir von rechts nach links an. Neben mir sitzt Wolf-Harald Krüger von der Handwerksammer Frankfurt/Oder. Neben ihm sitzt Markus Kiss vom deutschen Industrie- und Handelskammertag, daneben Prof. Dr. Heike Solga, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, dicht gefolgt von Herrmann Nehls vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es folgen Klaus-Wilhelm Ring, Kultusministerium Hessen, dort unter anderem zuständig für die berufliche Bildung Benachteiligter, Dr. Corinna Kleinert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und – last but not least – Manfred Kremer vom Bundesinstitut für Berufsbildung.

Sie sehen, wir haben ein Podium, das mit ganz unterschiedlichen Erfahrungshintergründen besetzt ist, sowohl was die Arbeitsfelder betrifft als auch, ob eher wissenschaftlich oder praxisbezogen gearbeitet wird. Alle werden aus ihren Erfahrungsbereichen zu den verschiedenen Themen etwas einbringen können.

Zuerst würde ich gerne mit Ihnen die Frage diskutieren, welche Rolle die gegenwärtige wirtschaft-

Kiss: Wir haben ohne Zweifel momentan eine Wirtschaftskrise, das merkt und sieht man jeden Tag. Die Nachrichten werden auch nicht besser. Was wir aber noch nicht haben, ist eine Ausbildungskrise. Wir haben im März dieses Jahres 14 000 Ausbildungsunternehmen gefragt, wie sie nach den rekordverdächtigen Jahren 2007 und 2008 die Entwicklung in diesem Jahr einschätzen. Immerhin 70 % antworteten: „Der Fachkräftebedarf ist und bleibt unser oberstes Motiv. Wir werden auch in diesem schwierigen Jahr ausbilden.“ 27 % sagten: „Wenn es uns an den Kragen geht, dann werden wir möglicherweise auch die Ausbildung zurückfahren müssen.“ Zum gegenwärtigen Zeitpunkt – das ist eine Nachricht von heute – ist die Zahl der Ausbildungsplätze erfreulicherweise immer noch relativ stabil, allerdings sind die Zahlen vom Mai noch wenig belastbar. Wirklich Bescheid, inwieweit die Wirtschaftskrise durchschlägt, wissen wir im August/September. Wenn sie in diesem Jahr vielleicht noch nicht durchschlägt, macht sie sich möglicherweise im nächsten Jahr bemerkbar. Wenn Politiker jetzt allerdings sagen – wie insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz –, wir bräuchten auch in diesem Jahr

unbedingt 600 000 neue Plätze, dann ist das unrealistisch, denn wir haben auch noch das demografische Problem, das schon durchschlägt: 30 000 weniger Bewerber in diesem Jahr, 40 000 weniger Schulabgänger. Das heißt also, dass sich die Chancen der Jugendlichen selbst bei zurückgehenden Vertragszahlen nicht erheblich verschlechtern würden. Das ist in diesem Moment zumindest ein gutes Signal.

Schulte-Loh: Herr Nehls, wie beurteilen Sie die Situation?

Nehls: Wir müssen davon ausgehen, dass der Druck auf Jugendliche größer wird, und dass auch die Chancen auf einen Ausbildungsplatz schlechter werden. Die Zahlen, Herr Kiss, hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) veröffentlicht. Sie gehen davon aus, dass fünf bis zehn Prozent weniger Ausbildungsverträge dieses Jahr abgeschlossen werden. Das Bundesinstitut für Berufsbildung geht von acht Prozent weniger Ausbildungsverträgen aus. Das heißt, der Druck wird größer. Und jetzt kommt noch dazu, dass auch bei der Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung immer ein großer Unsicherheitsfaktor besteht. Die Krise hat momentan noch nicht alle Branchen erreicht, die Bundestagswahl steht noch bevor, deshalb gibt es jetzt fast einen Zwang, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt gut darzustellen. Wie das dann tatsächlich im September aussieht, ist eine ganz andere Frage. Aber auf Ihre Eingangsfrage eingehend glaube ich, dass wir davon ausgehen müssen, dass sich die Möglichkeiten und Chancen für Jugendliche, einen qualifizierten Berufsabschluss zu erreichen, verschlechtern werden.

Schulte-Loh: Frau Kleinert, wie sieht man das jetzt beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung?

Kleinert: Insgesamt tun wir uns auch schwer damit, für den September schon zu prognostizieren, wie sich die Situation entwickeln wird. Alle Wirtschaftsforschungsinstitute haben im Moment Schwierigkeiten, die Situation für den Arbeitsmarkt zu prognostizieren, weil die Eckwerte, um solide Prognosen machen zu können, fehlen, und der Ausbildungsmarkt leidet sich davon ja ab. Vielleicht noch eine Ergänzung: Meiner Meinung nach muss man für dieses Jahr die Situation in den neuen und alten Bundesländern auf dem Ausbildungsmarkt

deutlich unterscheiden, weil der demografische Einbruch in den Schulabgängerzahlen nicht überall gleich sein wird. In den neuen Bundesländern wird er sich längst nicht so stark bemerkbar machen wie in den alten Bundesländern, in denen ich deutlich größere Engpässe erwarte.

Schulte-Loh: Frau Solga, bevor wir zu Ihnen kommen, möchte ich noch einmal kurz auf den angesprochenen Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern eingehen. Herr Krüger, wie ist die Situation bei Ihnen?

Krüger: Ich spreche hier für das Handwerk und ganz speziell für meinen Kammerbezirk Ostbrandenburg. Bei uns sind die Veränderungen der Schulabgängerzahlen deutlich angekommen in diesem Jahr. Im Kammerbezirk stehen im Handwerk über 300 Ausbildungsplätze zur Verfügung, die noch nicht besetzt sind, und bei denen wir auch davon ausgehen, dass wir sie in diesem Jahr nicht mehr vollständig besetzen können, obwohl wir als Kammer längst Mitarbeiter als Ausbildungsplatzwerber in die Schulen schicken.

Schulte-Loh: Das heißt, Sie versuchen schon ganz gezielt, tatsächlich Jugendliche zu finden, die in das Handwerk hineinwollen?

Krüger: Das ist richtig. Wir haben in der Kammer die Funktion der Ausbildungsplatzwerber gehabt. Die Leute sind letztendlich in ihrer Funktion nicht mehr notwendig gewesen, hier bot es sich förmlich an, sie umzusetzen und zu sagen: „Geht in die Schulen, macht Handwerk in den Schulen bekannt, zeigt, dass Handwerk interessant ist und eine Zukunft hat, und versucht, junge Leute frühzeitig auf den Weg dorthin zu bekommen, ehe sie eine erweiterte Schulausbildung versuchen, nur um dann nach einem höheren Abschluss vielleicht doch zu erkennen, dass eine duale Ausbildung im Handwerk ein interessanterer Weg sei und auch gute berufliche Zukunft hat“.

Schulte-Loh: Frau Dr. Solga, diesen Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern, sehen Sie den auch?

Solga: Den sehe ich auch so, aber ich möchte generell dem Podium etwas widersprechen und sagen: „Wir sind nicht aktuell in einer Ausbildungskrise,

sondern wir sind seit Jahren in einer Ausbildungskrise, die sich jetzt noch verschärfen wird“. Wenn wir jedes Jahr eine halbe Million Jugendliche ins Übergangssystem stecken, und darunter befinden sich auch Jugendliche mit einem Realschulabschluss oder einem qualifizierten Hauptschulabschluss, dann glaube ich nicht, dass man sagen kann, wir hätten keine Ausbildungskrise. Die hatten wir schon, bevor die Wirtschaftskrise da war, und ich finde, deswegen sind auch minimal sinkende Ausbildungsplatzzahlen ein Problem, weil wir eigentlich einen starken Ausbildungszuwachs brauchen. Ich will gar nicht darüber reden, ob das die Wirtschaft alleine lösen kann, dazu kommen wir nachher vielleicht noch. Ich möchte bloß davor warnen zu sagen, wir befänden uns bei der Ausbildung noch in einem relativ guten Bereich. Das ist seit mehr als zehn Jahren nicht mehr der Fall.

dende Schulen bereit und fähig, diese Jugendlichen aufzunehmen, die keine Ausbildungsstelle haben.

Schulte-Loh: Vielleicht muss man aber auch noch nach neuen Wegen suchen. Sonst wären wir ja nicht so in der Sackgasse, wie wir sind, Herr Kremer. Was ist denn in der Bildungspolitik so schief gelaufen, dass man überhaupt über einen Rückgang der Möglichkeiten für Jugendliche, tatsächlich in die Ausbildung zu kommen, diskutieren muss?

Kremer: Das ist ein konjunkturell, teilweise auch ein strukturell bedingtes Problem, hierin hat Frau Solga völlig recht, das schleppen wir seit mindestens zehn Jahren mit uns herum. Wir haben einen großen Bestand an sogenannten Altbewerbern, der von Jahr zu Jahr immer wieder neu aufgefüllt wird, deswegen auch eine Zielmarke von 600 000 Ausbil-



Prof. Dr. Heike Solga, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Schulte-Loh: Herr Ring, Sie haben genickt. Heißt das, Sie würden das für Ihren Bereich auch so sehen?

Ring: Im Prinzip ja. Ich möchte das sogar noch ergänzen. Es gibt nicht nur eine Ausbildungskrise, sondern es gibt generell eine Krise für junge Menschen, in die Beschäftigung hineinzukommen. Das kann man beispielsweise bei Studierenden sehen, die einen guten Abschluss haben und derzeit trotzdem Probleme haben, in den Betrieb hineinzukommen. Für die Schulen können wir zur Situation zunächst einmal nur abwartend etwas sagen, nämlich dass wir in den Vollzeitschulformen einige Angebote machen werden, wenn nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Das ist völlig klar, und hier liegt übrigens auch der ganz große Vorteil des dualen Systems in Deutschland, denn wenn das duale System hier Schwächen hat – wie wir jetzt gerade gehört haben –, dann sind berufsbil-

dingsverträgen, wenn man die Situation wirklich verbessern möchte. Wenn Sie mich fragen, was falsch gelaufen ist, dann ist das eine Frage danach, was wir jenseits der Diskussion um Verbesserungen im Übergangssystem und beim Übergangsmanagement noch betrachten müssen, und dann muss man das gesamte Bildungssystem mit einbeziehen. Das führt uns zu Fragen, die gestern auch schon diskutiert worden sind: Wir haben keine vernünftige Ganztagspädagogik oder gar keine Angebote. Wir brauchen Ganztagsangebote – von der frühkindlichen Erziehung bis zu den Schulen –, um Schwächen des Schulsystems auszubügeln, um auch Kinder aus bildungsferneren Schichten, deren Elternhäuser nicht in der Lage sind, zum Beispiel hohe Kosten für Nachhilfe aufzubringen, zu fördern. Dafür brauchen wir Ganztagschulen, die wirklich auch Ganztagschulen sind, also nicht die einfache Übertragung der bisherigen Halbtagspädagogik auf

Ganztagsschulen, sondern ganz andere Förderinstrumente und Möglichkeiten, die entwickelt werden müssen, Stichwort: „individuelle Förderung“. Wir haben ein System, das darauf ausgerichtet ist zu selektieren, also Kinder an den Schnittstellen abzugeben und damit auch Verantwortung abzugeben. Das gilt genauso für den Übergang in die Berufsbildung. Schulen geben junge Leute mit zum Teil so mangelhaften Kompetenzen ab – das wissen wir aus den Pisa-Untersuchungen –, dass wir eine sogenannte Risikogruppe von ungefähr 20 % haben, deren Basiskompetenzen auf zu niederem Niveau sind. Das ist eine Schwäche des Schulsystems, die aber abgegeben wird in das Berufsbildungs- oder Übergangssystem. Die Verantwortung der Schulen endet mit dem Abschlusszeugnis. Das, finde ich, ist ein Kardinalfehler. Das, was auch in den verschiedenen Projekten des Übergangsmangements organisiert wird, nämlich dass die Verantwortung der abgebenden Einrichtung solange bestehen bleibt, bis der Übergang geschafft ist, sind alles Reparaturmaßnahmen. Ich will nicht sagen, dass sie von den Wurzeln des Problems ablenken wollen, aber man muss genauer hingucken, wie man das Bildungssystem insgesamt weiterentwickeln kann, um diese Situation zu vermeiden. In der gestrigen Diskussion gab es bereits einige Beispiele – um nur mal die Werkstattschulen zu erwähnen –, was man bereits präventiv in den Schulen machen kann, was ansonsten teilweise erst nachher im Übergangssystem nachgeholt wird. Wahrscheinlich muss man die Geldströme anders kanalisieren.

Schulte-Loh: Hier möchte ich kurz einmal einhaken, weil ich sehe, dass Frau Dr. Solga den Kopf hin und her bewegt. Das heißt, diese Werkstattschulen oder verschiedene andere Punkte, die Herr Kremer jetzt gerade angesprochen hat, halten Sie noch nicht für den richtigen Weg, um aus dieser Situation herauszukommen?



Klaus-Wilhelm Ring, Kultusministerium Hessen



Solga: Ich habe beim letzten Punkt den Kopf geschüttelt. Wenn wir anfangen, die Berufsbildung in die Schulen zu verlagern, verkürzen wir damit auch die Schulzeit immer mehr. Wenn wir anfangen, zwei oder mehr Praxistage in die Schule zu verlagern ohne die Schulzeit – also die Schuljahre – zu verlängern, dann nehmen wir Zeit für Mathematik, Deutsch oder andere Fächer weg und verschärfen dadurch möglicherweise für bestimmte Gruppen die Probleme.

Schulte-Loh: Aber man sagt doch immer, Schule und Übergang in den Beruf sollten mehr miteinander verzahnt werden. Also heißt das doch auch, dass Schule und Unternehmen mehr miteinander verzahnt werden müssten. Halten Sie das für den falschen Weg?

Solga: Das ist schon richtig. Aber genauso wie der Kindergarten Kinderergarten bleiben und nicht die erste und zweite Klasse sein soll, gibt es spezifische Aufgaben für die Schule, und das ist eben die Vermittlung von Basiskompetenzen. Wenn es in den Bereich der Berufsorientierung geht, dann sollte es in der Tat eine Verzahnung mit Betrieben geben. Das funktioniert aber eigentlich, da sind die Schulen relativ kreativ, und die Wirtschaft muss und geht auch auf die Schulen zu. Aber ich warne davor, aus unseren Schulen und insbesondere aus unseren Hauptschulen beginnende Berufsvorbereitungs- und Berufgrundbildungsjahre zu machen. Das ist nicht der Bildungsauftrag der allgemeinbildenden Schule.

Schulte-Loh: Herr Ring, sehen Sie das auch so?

Ring: Ich sehe das teilweise auch so und bin der Meinung, dass wir in den letzten Jahren viel zu viel über Strukturen und zu wenig über Inhalte in der schulischen Bildung gesprochen haben. In letzter Zeit gab es aber einen Wandel dieser Sicht. Wir ha-



ben beispielsweise in Hessen, aber auch in anderen Bundesländern, sehr früh Bildungs- und Erziehungspläne entwickelt. In Hessen haben wir den Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0-10 Jahren. Hier wird sehr eng zusammengearbeitet zwischen den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen. Dabei geht es darum, Kinder zu fördern und nicht auszulesen. Es gibt Planungen bei uns im Hause, diese Bildungspläne auch auf den Übergang Grundschule in weiterführende Schulsysteme auszudehnen und später natürlich auf den Übergang, den wir hier behandeln, in die Berufs- und Arbeitswelt. Außerdem gibt es bei uns in Hessen, aber auch wieder in anderen Ländern unter anderen Bezeichnungen, ein Modell, das nennen wir OloV. Es ist eine landesweite Strategie zur „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen“. Hier wollen wir den Übergang in den Regionen optimieren. Allein in den kommunalen Netzwerken sind jeweils 19 verschiedene Partner eingebunden, angefangen bei den allgemeinbildenden Schulen, berufsbildenden Schulen über Kammern, lokale Sozialträger und, und, und. Sie alle sind dabei, und obwohl das Netz noch im Aufbau ist, sind wir schon relativ weit und in der Situation, dass viel genauer unter dem Aspekt gesteuert werden kann: „Wie können wir den einzelnen Menschen helfen“. Das ist ganz wichtig, dabei müssen Interessen von Institutionen zurückgestellt werden, hier darf nur das eine Interesse gelten, nämlich: Was ist das Beste für jeden einzelnen Jugendlichen?

Schulte-Loh: Herr Nehls?

Nehls: Frau Solga hat schon recht, die Schule hat ihren Auftrag, den soll sie auch behalten, und der hat wenig mit Berufsbildung zu tun, das ist vollkommen klar. Es gibt eine ganze Menge guter Beispiele und Projekte – Sie haben gerade eins genannt –, aber

ich finde, die Aufgabe von Schule liegt vor allen Dingen in einer systemisch angelegten Berufsorientierung, einer besser verankerten Berufsorientierung und Berufsberatung. Das muss nicht nur als Insellösung verbessert, sondern flächendeckend verankert werden. Das ist sehr wohl eine Aufgabe, Frau Solga, auch der Schule, hier besser zu werden.

Ich möchte gerne noch einen Gedanken loswerden. Wir waren gerade bei den Wurzeln, Herr Kremer. Und Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es große Defizite gibt. Wenn wir uns noch einmal den Zusammenhang mit der Eingangsfrage vor Augen halten, die Auswirkungen einer systembedingten Wirtschafts- und Finanzkrise und deren mögliche Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt, dann ist doch das Thema sofort auf dem Tisch, nämlich die Frage nach einer konjunkturunabhängigen Finanzierung von Berufsbildung. Ich meine, das drängt sich nun auf. Und ich habe dann immer das gute Beispiel aus der Bauindustrie vor Augen, wie sich in Krisenzeiten von vor über 30 Jahren alle zusammengesetzt und gesagt haben, „Wir müssen aufpassen, dass wir den Fachkräftebedarf in unserer Branche sichern.“ Die Sozialpartner haben sich darauf verständigt, einen bestimmten Anteil der Bruttolohn- und Gehaltssumme in einen Topf zu zahlen und daraus dann die Ausbildungen zu finanzieren. Ich finde, das ist ein gutes Modell! Wir sollten also wirklich ganz unideologisch darüber nachdenken, wie wir eine größere Stabilität in das System der Berufsbildung bekommen durch eine stärkere konjunkturunabhängige Finanzierung. Denn es ist nach wie vor auch eine Wahrheit, dass es die Verabredung gibt aus der Nachkriegsgeschichte: Der Staat ist verantwortlich für Schulen und Universität, aber die Betriebe sind verantwortlich für die Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes an Berufsausbildungsplätzen. Und aus der Verantwortung dürfen wir sie nicht entlassen.



Hermann Nehls, Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand

Schulte-Loh: Entlassen wir sie aus dieser Verantwortung, Frau Kleinert?



Dr. Corinna Kleinert, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Kleinert: Das ist eine schwierige Frage. Ich glaube, so kann man sie nicht stellen. Wir stehen einfach vor dem strukturellen Problem, dass es einerseits einen gesellschaftlichen Konsens gibt, der lautet, wir können sie nicht entlassen, die duale Ausbildung andererseits aber marktgesteuert ist. Dessen muss man sich bewusst sein, und genau an dieser Stelle kommt man wahrscheinlich nur mit gegenseitigem Einverständnis zu guten Lösungen. Es ist einfach Marktgeschehen, was wir dort sehen, und damit sehr stark konjunkturell abhängig, aber auch sehr stark zum Beispiel branchenabhängig. Es gibt

Betriebe, die bei der dualen Ausbildung wirklich nachhaltig an ihren eigenen Fachkräftebedarf denken und ihre Azubis deswegen später auch übernehmen. Es gibt andere Betriebe, die nutzen Azubis vor allem als billiges Arbeitskräftereservoir und übernehmen sie nicht. Damit sind wir bei einem anderen Problem, dass wir nämlich sehr häufig – und das ist mir auf dieser Tagung auch aufgefallen – immer nur darauf gucken, wie hoch die Zahlen der Vermittlung in Ausbildung sind, als wäre dann das Ende des Wegs erreicht. Das ist es oftmals aber nicht. Ich glaube, dass wir auch jetzt in der Wirtschaftskrise sehr genau darauf achten müssen, wie hoch beispielsweise die Übernahmekosten noch sind. Welchen Jugendlichen gelingt es denn am Ende der Ausbildung in eine Arbeit zu kommen? Welche Abschlüsse sind in welchen Berufen zukunftssicher und welche sind es zunehmend nicht mehr? Ein Zeugnis im dualen System zu haben, den Abschluss erreicht zu haben, heißt nicht unbedingt, hinterher Sicherheit zu bekommen. Gerade Übergangsmanagement und Übergangsbegleitung hören meines Erachtens nach viel zu oft beim Erreichen des dualen Systems auf und gehen nicht weiter.

Schulte-Loh: Herr Kiss?

Kiss: Vielleicht noch einmal kurz zu Herrn Nehls. Natürlich haben die Unternehmer eine gesellschaftliche Verantwortung, die nehmen sie auch wahr. Allerdings haben sie noch mehr Verantwortung, das Überleben ihres Unternehmens zu sichern. Gerade in diesen Tagen der Wirtschaftskrise nach einer Ausbildungsplatzabgabe zu rufen, erscheint mir geradezu absurd. Da, wo es funktionierende Branchenlösungen gibt, soll man es bitteschön so machen, aber ansonsten finde ich, tun Unternehmen das Nötige. Es gibt einen Ausbildungspakt, an dem sich die Gewerkschaften leider nicht beteiligen wollten, der



seit vier Jahren erfolgreich ist. Es gab in den letzten beiden Jahren Rekord-Ausbildungsvertragszahlen, sicherlich auch wegen der Konjunktur. Diese ist bekanntermaßen Achillesferse und Vorteil zugleich, aber diese Diskussion müssen wir nicht unbedingt heute führen. Mittel- und langfristig wird sich das Paradigma, das die letzten 20 Jahre geprägt hat, ohne Zweifel in den nächsten Jahren auflösen. Wir werden vom Anbietermarkt zu einem Nachfragemarkt kommen. Die Unternehmen, die es sich jetzt noch leisten konnten, Jugendliche vor der Tür stehen zu lassen, können sich das in Zukunft garantiert nicht mehr leisten. Sie werden auch die etwas Schwächeren, die mit Nachholbedarf, die sie jetzt noch nicht nehmen mussten, sicherlich nehmen. Ganz einfach, weil das Angebot schrumpft. Wenn man vorausschaut, werden nach der Wirtschaftskrise die Bewerber auf jeden Fall knapp. Der Osten wurde gerade schon angesprochen, er ist das demografische Labor in diesen Tagen. Dort sieht man schon deutlich, dass es eine ganze Menge Ausbildungsplätze aber einen Mangel an Bewerbern gibt. Der Schlachtruf in diesen Tagen müsste also nicht „Go west!“, sondern „Go east!“ lauten. Die Abgabediskussion zum gegenwärtigen Zeitpunkt wieder zu führen, halte ich also für verfehlt. Und noch etwas zur Berufsorientierung und zu Frau Solga und dem Auftrag der Schule: Natürlich ist der Auftrag der Schule die Vorbereitung auf das Leben, aber auch Vorbereitung auf das Arbeitsleben. Also ist Berufsorientierung ein Auftrag, den Schulen mit zu erfüllen haben, und das kann man besser oder schlechter machen. Ich hatte ein Erweckungserlebnis der besonderen Art. Ich hatte vor ungefähr zwei Monaten eine Schulklasse bei mir zu Gast, das waren Gymnasiastinnen mit ihrer Lehrerin, und als ich denen erklärte, was es im dualen System alles für Ausbildungsberufe gibt, welche Möglichkeiten – 350 an der Zahl –, da waren sie alle erstaunt. Sie kannten drei, vier, fünf Berufe, die gängigen und sonst nichts. Sie wussten nicht, wer die Vergütung zahlt, dass das der Unternehmer übernimmt. Sie waren vollkommen baff, und auch die Lehrerin staunte Bauklötze. Insofern scheint mir da wirklich einiges im Argen zu liegen. Es liegt nicht am mangelnden Willen der Unternehmen, sondern häufig an der Schwerfälligkeit der Institution Schule. Im Rahmen des Ausbildungspaktes wurde neuerdings vereinbart, dass jede Schule auch ein Partnerunternehmen an die Seite bekommen kann. Es gibt eine ganze Menge funktionierender Projekte, aber auch sehr viele, die leider nicht klappen.



Markus Kiss, Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Schulte-Loh: Frau Solga, Sie wurden angesprochen.

Solga: Ganz kurz: Gegen die Berufsorientierung habe ich gar nichts gesagt. Wogegen ich mich teilweise ausgesprochen habe, ist die Berufsbildung oder die Berufsvorbereitung in die Schule zu verlagern. Der zweite Punkt: Ich würde im Bezug auf die Kenntnisse über die duale Ausbildung kein Gymnasium als den verallgemeinerbaren Fall nehmen, weil Lehrkräfte und Schüler dort natürlich in viel stärkerem Maße über Studiengänge und Studienrichtungen informiert sind als über die duale Ausbildung.

Schulte-Loh: Warum eigentlich?

Solga: Das ist die Idee, dass man mit dem Abitur eine Hochschulberechtigung erreicht. Wenn wir dafür sind, unsere Akademikerquote zu erhöhen, dann sollten wir dieses im internationalen Vergleich ohnehin geringere Reservoir derer, die wir überhaupt mit einer Hochschulberechtigung auf den Hochschulen zulassen können, auch an die Hochschulen bringen.

Schulte-Loh: Frau Kleinert und dann Herr Kremer.

Kleinert: Hier wurde noch ein Punkt erwähnt, dem ich widersprechen muss. Es wird immer schnell gesagt, Berufsorientierung müsse auch Aufgabe der

Schule sein, soweit stimme ich voll zu. Aber wenn im gleichen Atemzug die Lehrer genannt werden, muss ich einschränken, dass man Lehrern nicht alles zumuten kann. Es ist sehr viel Wissen nötig, um solide Berufsberatung und Orientierung geben zu können. Genauso wenig wie es Grundaufgabe der Schule ist, Praxisklassen über einen langen Zeitraum hinweg einzurichten, ist es Grundaufgabe der Lehrer, ganz fundiert zu vermitteln, was Berufsberater sehr lange gelernt haben. Das ist in der Institution Schule eine Mehraufgabe, die ich wirklich unterstützen würde, aber sie muss auf mehr Schultern lasten, das alles können nicht der Klassenlehrer, die Klassenlehrerin oder Lehrkräfte anderer Fächer übernehmen.

Auch dieses Thema hängt mit Ganztagschulkonzepten zusammen, ebenso wie mit einer finanziell viel größeren Ausstattung, in der eine sozialpädagogische Begleitung oder eine Berufsberatung kontinuierlich in den Schulen verankert sein könnte.



Manfred Kremer, Bundesinstitut für Berufsbildung

Schulte-Loh: Herr Kremer?

Kremer: Zuerst zu der Frage Allgemeinbildung und/oder Berufsbildung. Frau Solga, man sollte nicht unterschätzen, welche allgemeinbildenden Chancen auch gerade in der Berufsbildung stecken und welche Möglichkeiten man über eine stärkere Praxisorientierung in der Schule bestimmten Gruppen von Kindern geben kann, um Kompetenzen zu entwickeln, die sie im Unterricht, der in der Regel immer noch der klassische Frontalunterricht ist, einfach nicht erlernen. Das ist eine Anregung, doch einmal genauer hinzuschauen, was man aus der Berufsbildung lernen kann. Wenn man sieht, was in den Ausbildungen passiert – auch an Entwicklungen allgemeinbildender Art –, möchte ich keinen so großen Gegensatz zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung aufbauen.

In jedem Fall ist Berufsorientierung wichtig, und die Kapazitäten sind da. Die Berufsschule, die Hauptschule, die Berufsvorbereitung, die öffentlich geför-

derten Überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS), die BA-Maßnahmen, die Träger, alle sind in der Nähe, es ist Geld da, es sind qualifizierte Leute da, es sind qualifizierte Lehrer da, es sind Werkstattdlehrer in den ÜBS, in Berufsschulen und so weiter. Aber es findet keine richtige Kooperation in vielen Projekten statt. Bis jetzt ist es so, dass man erst dann, wenn man in der Hauptschule seinen Abschluss nicht bekommt oder in der Realschule einen schlechten Abschluss hat, in die Berufsvorbereitungsmaßnahme der BA geht, anstatt vorher schon zusammenzuarbeiten, damit von vornherein mehr Schüler doch noch ihren Hauptschulabschluss machen.

Schulte-Loh: Glauben Sie, dass durch eine stärkere Zusammenarbeit diese sogenannten Maßnahmenkarrieren, die immer wieder entstehen, verhindert werden könnten?

Kremer: Das glaube ich schon. Man kann viel

früher eingreifen, wenn man in der siebten, achten Klasse schon merkt, dass ein Problem entstehen könnte, und gute Lehrer merken so etwas. Vielleicht könnte auch eine ganz andere Form von Unterricht – und das können durchaus eine Werkstattschule oder die berühmten Praxistage sein – eine Möglichkeit sein, schulumüde Jugendliche, die man mit dem normalen Lehrstoff nicht mehr ansprechen kann, doch noch zu einem Ergebnis zu bekommen, das dann auch die Basiskompetenzen entsprechend ausbaut. Wenn wir keine schulumüden Jugendlichen mehr haben, weil wir eine ganz andere Schule haben, die auch einen ganz anderen Unterricht macht, dann brauchen wir darüber nicht zu reden.

Ich möchte aber auch noch etwas sagen zu der Umlagefinanzierung, die eben erwähnt wurde.

Schulte-Loh: Können wir das kurz zurückstellen, weil Herr Krüger auch ganz gerne aus seinem Bereich über die Berufsorientierung sprechen wollte. Also, wie wichtig ist eine Berufsorientierung schon

in der Schule, damit es tatsächlich in den Regionen funktioniert. Wie ist da ihre Erfahrung, Herr Krüger?

Krüger: Ich möchte eigentlich da anknüpfen, wo Herr Kremer aufgehört hat ...

Schulte-Loh: Das können Sie auch gleich, aber bitte ergänzen Sie erst Ihre Erfahrungen mit der Berufsorientierung in den Schulen.

gen, aber als Dachdecker konnte ich den nicht nehmen. Der konnte nicht einmal die Grundrechenarten. Wenn ich dem sage, du musst 60 Ziegel auf einen Quadratmeter legen, und du hast zehn Quadratmeter zu decken, dann sagt der, ich stelle einen LKW voll hin, das reicht“.

Schulte-Loh: Herr Kiss?



Wolf-Harald Krüger, Handwerkskammer Frankfurt/Oder



Krüger: Ich wäre sonst in der Diskussion zu spät dran gewesen hinsichtlich des Themas Ausbildungsplatzabgabe. Dieser Ruf zur Ausbildungsplatzabgabe ist doch noch aus einer Zeit, in der Betriebe höchstens mal einen Auszubildenden hatten. In der wir Schulabgängern kein Angebot geben konnten, weil Betriebe gesagt hatten: „Das geht über unsere Möglichkeiten hinaus“, und die Politik gefolgert hatte: „Die Betriebe machen zu wenig“. Ich komme aus der Baubranche, deshalb weiß ich, wovon die Betriebe reden. Fakt ist: Eine Ausbildungsplatzabgabe bedeutet nur die Vorfinanzierung von Ausbildungskosten, die im dualen System existieren, um die Betriebe nicht zu überfrachten. Sie schafft aber keinen einzigen Arbeitsplatz. Alle Betriebe in der Baubranche, auch die, die nicht ausbilden, zahlen ein, aber sie sind nicht verpflichtet und haben deshalb auch kein Interesse, tatsächlich einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Und jetzt möchte ich auf Ihre Ausgangsfrage zurückkommen. Wir sind heute in der Situation, dass wir stark rückläufige Ausbildungszahlen haben. Folglich sollte der Schwerpunkt der Schulbildung darauf liegen, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die auf dem Ausbildungsmarkt erscheinen, eine Qualifikation haben, mit der sie von den Firmen auch genommen werden können, denn von meinen Handwerkern höre ich regelmäßig: „Ich habe vier, fünf Bewerbun-

Kiss: Zurück zum Thema Berufsorientierung: Ich fand die Ergebnisse hoch spannend, die Frau Dr. Reißig gestern präsentiert hatte. Daran konnte man ablesen, dass Jugendliche oftmals gar nicht in die Berufsvorbereitung, also ins Übergangssystem oder in schulische Maßnahmen, hineingezwungen werden, sondern dass es ganz oft davon abhängt, welche Interessen sie zunächst haben oder welche falschen Tipps ihnen die Lehrer offensichtlich geben. Diejenigen, die in eine duale Ausbildung wollten, haben es zum Großteil offensichtlich auch geschafft. Und diejenigen, die von vorneherein gesagt haben, wir beginnen doch eher eine berufsvorbereitende Maßnahme oder eine schulische Qualifizierung, das andere schaffen wir nicht, die sind dann meistens auch dort gelandet. Logische Konsequenz daraus kann eigentlich nur sein, dass man das Übergangssystem, das sicherlich viele Jahre lang notwendig war, nicht optimieren, sondern auf das absolut notwendige Maß zurückführen muss. Mir war hier viel zu oft von Optimierung die Rede. Ganz auflösen können wird man es wahrscheinlich auch bis 2020 nicht, aber man wird es auf jeden Fall zurückführen können, da ansonsten die Gefahr einer Verstetigung entsteht. Systeme neigen immer zu Trägheit, zur Verstetigung und hier gibt es möglicherweise auch die Situation, dass der eine oder andere Jugendliche sich sagt: „Okay, ich geh vielleicht erst

einmal jobben, mache irgendetwas, später mal eine Teilqualifizierung, ein Modul, damit mir etwas angerechnet werden kann und ich irgendwann auf bequemem Wege auch mal zu einem anerkannten Berufsabschluss kommen kann.“ Diese Gefahr sollte man immer mit bedenken.

Schulte-Loh: Was heißt bequemerer Weg?

Kiss: Zunächst einmal lieber in schulisch vertraute Strukturen zu gehen, nicht den Weg beispielsweise über eine Einstiegsqualifizierung zu wählen – übrigens ein sehr erfolgreiches Modell des Übergangsmangements, wenn man es dazuzählen mag; 70 % finden danach eine Ausbildung. Es ist also durchaus nicht so, dass die Jugendlichen unbedingt gezwungen werden, in das Übergangssystem zu gehen. Natürlich müssen diejenigen das, die Förderbedarf haben, aber bei weitem nicht alle. Deswegen mein Plädoyer, dieses sehr weitgefächerte Übergangssystem auf das notwendige Maß zu beschränken, und wenn, dann betriebliche Qualifizierung in den Vordergrund zu stellen – wie eben die erfolgreiche Einstiegsqualifizierung –, die in den allermeisten Fällen dann zur Ausbildung führt. Nicht den Weg über einen ungelernten Job einzuschlagen, denn irgendwann winkt ja die „Perspektive Berufsabschluss“.

Mir ist in den letzten zwei Tagen auch ein bisschen zu viel von Modularisierungsprogrammen die Rede gewesen. Diese Programme wollen alle gute Dinge, die aber parallel laufen und wenig miteinander verzahnt sind. Vielleicht kann man diese Diskussion aber auch noch ein bisschen zurückstellen.

Schulte-Loh: Nein, wir können sie ruhig weiterführen. Denn das ist ja ein zentrales Thema unserer zweiten Förderinitiative. Wenn wir sehen, dass das duale Ausbildungssystem nicht für alle Jugendlichen – gerade für die Zielgruppe, über die wir hier hauptsächlich reden – greift, muss man dann nicht die modulare Struktur als eine neue, vielleicht mehr zu akzeptierende Form ausprobieren, die das duale Ausbildungssystem ergänzt und auch diesen Jugendlichen hilft, in den Beruf zu kommen?

Kiss: Frage an mich?

Schulte-Loh: Frage an Sie!

Kiss: Ja, probieren muss man das. Das wird in vielen Fällen auch von Erfolg gekrönt sein. Ich will trotzdem nochmals auf die Gefahr hinweisen, dass solche Strukturen sich etablieren könnten, und dass man möglicherweise damit etwas erreicht, das man nicht will, nämlich duale Ausbildung zu gefährden, weil der Unternehmer sich an diese Form der Qualifizierung ganz gerne gewöhnt. Niemand im Saal hier möchte, glaube ich, dass die duale Ausbildung, die bekanntermaßen das Erfolgsmodell Deutschlands überhaupt ist, auf längere Sicht ausblutet. Sicherlich sind modulare Konzepte notwendig. Sie sind in bestimmten Förderfällen bei schwächeren Jugendlichen garantiert auch erfolgreich, aber sie dürfen kein Generalrezept werden. Wenn hier und dort Bausteine und Insellösungen entstehen, sollte man die langfristige Gefahr in Diskussionsrunden wie dieser zumindest erwähnen.

Schulte-Loh: Ich möchte gerne in die Diskussionsrunde einen Punkt hineinbringen, den wir bisher vernachlässigt haben, und zwar den Blick auf die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die gerade in der Gruppe, über die wir hier diskutieren, eine große Rolle spielen. Frau Solga, weshalb gelingt die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das bestehende Ausbildungssystem nicht? Weshalb muss man da andere Wege finden?

Solga: Das ist schwierig zu beantworten. Das ist eine Problemgruppe, in der wir eine steigende Zahl ausbildungsloser Jugendlicher zu beobachten haben. Einerseits liegt das an der Schulvorbildung, denn wir haben einen steigenden Trend bei den fehlenden Schulabschlüssen zu verzeichnen, andererseits sind die Unterschiede zu den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund aber so groß, dass es kein rein schulisches Problem sein kann. Ich glaube, es ist ein Problem sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. Wie wir schon aus der Forschung wissen, funktioniert der Zugang zu Ausbildungsplätzen gerade für Jugendliche im unteren Segment, also mit eher schwachen Schulleistungen, nur über Netzwerke. Wenn es keine Eltern, Verwandten oder Bekannten gibt, die im Betrieb Fürsprache für diese Jugendlichen einlegen, haben sie wenig Chancen, ein schlechter Hauptschulabschluss ist eben das Aus. Die Personalverantwortlichen nehmen auch das Verhalten von Eltern als Indikator dafür, wie

deren Kinder sich verhalten. Begleiten die Eltern ihre Kinder beispielsweise bei Bewerbungsgesprächen? Welche Werte und Normen haben sie ihren Kindern vermittelt? Dabei sind Jugendliche mit Migrationshintergrund stark benachteiligt. Ein weiterer Grund ist ein eingeschränkteres Berufsspektrum, weil diese Jugendlichen in ihrer Kindheit oftmals einen eingeschränkten Erfahrungshorizont hatten.

hört, und die Jugendlichen weichen dann natürlich aus. Ich finde es sehr ehrenwert von den Jugendlichen, wenn sie sagen: „Ich bleibe noch ein bisschen länger in der Schule, wo auch immer, und mache dann einen verbesserten Abschluss“. Eigentlich müssten die Firmen darüber sehr froh sein, weil sie Leute bekommen, die einen höheren Abschluss erworben haben und dadurch viel höher qualifiziert sind und auch besser durch die Lehre kommen.



Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk Köln

Schulte-Loh: Herr Ring, wie beurteilen Sie die Fördermöglichkeiten, die es in diesem Bereich bereits gibt? Sind sie gut genug?

Ring: Die könnten garantiert verbessert werden. Ich möchte den Blick hier aber einmal auf etwas ganz anderes richten: Wir sprechen immer darüber, wie schwach die Jugendlichen sind und geben ihnen mit diesen Aussagen immer wieder ganz große Schuld an ihrer Situation. Diese Schuld möchte ich den Jugendlichen nehmen. Es ist im Regelfall nicht so, dass die Jugendlichen schlecht sind, weil sie beispielsweise faul sind, sondern es ist vor allen Dingen ein soziologisches, ein Schichtenproblem. Die, die einer einfacheren Schicht angehören, werden vom Elternhaus nicht genügend gefördert, erhalten diese Förderung auch im Schulsystem nicht entsprechend und fallen durch, während die Kinder aus der Mittel- und Oberschicht sehr stark gefördert werden und dann weiterkommen können.

Schulte-Loh: Aber war das Problem nicht immer da? Warum hat es sich dann verschärft, würde ich gerne wissen.

Ring: Das Problem hat sich deshalb verschärft, weil sich der Ausbildungsstellenmarkt verschärft hat. Es gibt geringere Angebote, das haben wir ge-

Außerdem haben Menschen unterschiedliche Lerngeschwindigkeiten. Das heißt, der eine braucht ein Jahr, um einen Lernerfolg zu haben, der andere braucht vielleicht zwei Jahre. Bei Studenten beispielsweise sprechen wir nicht davon, dass sie Schleifen einbauen, wenn sie ein, zwei, drei Semester länger brauchen, aber diesen Ärmsten der Armen werfen wir vor: „Du bist ja ein ganzes Jahr in der Berufsvorbereitung.“ Diese Jugendlichen brauchen oftmals dieses eine Jahr – sie brauchen vielleicht auch zwei oder gar drei Jahre, um sich zu stabilisieren –, um in Beruf und Ausbildung gehen zu können.

Schulte-Loh: Ist das so, Herr Krüger?

Krüger: Ich möchte der Aussage widersprechen, dass Jugendliche sich auf andere Wege verlegen, weil es zu wenig Angebote gibt. Ich sehe den Grund eher darin, dass die Jugendlichen auf der Schule zu wenig Berufsorientierung bekommen und deshalb im Alter von 15, 16 Jahren vor einer Entscheidung flüchten und sagen: „Ich gehe lieber noch drei Jahre zur Schule, dann muss ich jetzt noch keine Entscheidung treffen, wie mein späteres Berufsleben aussehen soll“. Wir haben bei uns in der Kammer erlebt, wie viele Bewerber ohne konkrete Vorstellungen kommen. Sie werden oft von ihren Eltern oder Großeltern begleitet. Wenn aber Jugendliche im Rahmen

dieses Programms gefördert werden sollen, beispielsweise zu einem weiteren Gespräch, bei dem sie Zeugnisse vorlegen sollen, eingeladen werden, dann erscheinen sie nicht mehr. Es fehlen so viele soziale Kompetenzen, hier ist ein weites Feld zu bearbeiten, das ich nicht sagen kann, es läge an den Ausbildungsmöglichkeiten, die von den Betrieben bereitgestellt würden.

Schulte-Loh: Frau Kleinert, haben sich die Ansprüche, die an die Jugendlichen gestellt werden, verändert? Warum potenziert sich das Problem? Ist das nur eine Frage von Angebot und Nachfrage, die sich verändert haben, oder müssen Jugendliche, die heute in den Beruf gehen, etwas anderes erfüllen als diejenigen, die noch vor zehn Jahren in den Beruf gingen?

Kleinert: Das ist, glaube ich, der ganz zentrale Faktor, warum wir die Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben. Es wurde ja bereits gestern die Diskussion, die immer wieder gerne geführt wird, angerissen, ob sich die Qualifikationen verschlechtert hätten oder die Jugendlichen schlechter geworden seien. Es gibt für beides keinen einzigen empiri-

schen Beleg, deswegen wäre ich da extrem vorsichtig. Was wir wissen ist, dass sich die Arbeitswelt in allen Industrie- oder postindustriellen Staaten extrem stark verändert hat. Die Arbeit ist in vielen Bereichen erheblich anspruchsvoller geworden. Durch Computerisierung und technologischen Wandel sind heutzutage viel mehr Fähigkeiten notwendig, aber auch durch Dienstleistungen und mehr Kundenkontakte. Durch eine völlig veränderte Organisation von Arbeit und durch Aufhebung von Arbeitsteilung in vielen Bereichen müssen viele Beschäftigte heute mehr können und flexibler sein. Und das schlägt auch auf den Ausbildungsmarkt durch. Natürlich müssen Jugendliche mehr können, und dadurch haben sich Probleme entwickelt.

Schulte-Loh: Herr Kremer, wenn Jugendliche heute mehr können müssen, brauchen sie eine Schnittstelle, die das Wissen vermittelt. Wir haben vorhin schon über die Schule diskutiert, was kann von Seiten des Betriebes vielleicht noch mehr übernommen werden? Sehen Sie da eine Möglichkeit?

Kremer: Also zunächst einmal ist die Schule in der Pflicht.



Klaus-Wilhelm Ring und Hermann Nehls

Schulte-Loh: Da sind wir uns, glaube ich, einig. Die Schule ist in der Pflicht, und sie muss es besser machen.

Kremer: Wir haben aber noch ganz viel zu tun, um das zu erreichen. In der Regel ist es so, dass es immer Jugendliche gibt, die das Ziel nicht erreichen, aber das müssen nicht 20 % sein. Dass es anders geht, zeigen uns ja andere Länder. Die Übergänge sind beim größten Teil der Jugendlichen jedenfalls nicht gefährdet, weil sie die benötigten Kompetenzen mitbringen.

Bei dem Strukturproblem sieht das etwas anders aus. Es tut mir leid, Herr Krüger, das mag vielleicht im Kammerbezirk Frankfurt oder in den neuen Ländern anders sein, aber wir haben seit es eine Statistik darüber gibt, nur in ganz wenigen Jahren geschafft, die gesamte Nachfrage wirklich durch betriebliche Ausbildung zu decken. Da muss man ehrlich sagen, das ist immer ein Problem. Ich bin überhaupt kein Kritiker des dualen Systems, ganz im Gegenteil, ein absoluter Verfechter dieser Art von Ausbildung, aber man kann nicht einfach mit den Schultern zucken und sagen: „Was sollen wir denn machen? Die Betriebe bieten nicht genügend Ausbildungsplätze an, also organisieren wir alle möglichen Ersatzmaßnahmen anstatt qualifizierte Ausbildung anzubieten“. Eben war vom Schulberufssystem die Rede. Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten. Wir haben in den neuen Ländern eine gewisse Erfahrung mit der Frage, was gute außerbetriebliche Ausbildung ist – mit allen Problemen, die sie macht, – aber im Grunde genommen bieten wir sie immer noch nicht an. Stattdessen organisieren wir jetzt die Übergänge und bauen für den Fall, dass die Angebote nicht ausreichen, keine Alternativen auf, die als gleichwertig zu einer dualen Berufsausbildung betrachtet werden können. So ist das in den letzten Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen Jahr für Jahr der Fall gewesen. Anfang der 90er Jahre hatten wir einmal ein riesiges Überangebot, das ist aber Mitte der 90er Jahre schon wieder zu Ende gewesen. Es hatte etwas mit der Demografie zu tun. Auch jetzt kommt uns die Demografie „zu Hilfe“, aber wir sollten uns nicht drauf verlassen, dass wir das langfristige strukturelle Problem durch den Rückgang der Nachwuchszahlen lösen, sondern hier müssen wir ganz anders herangehen.

Ich glaube, man muss sich wirklich mit der Frage befassen: Wie kann man das Berufsbildungssystem insgesamt so organisieren, dass man alle Jugend-

lichen, die ausgebildet werden wollen und können, auch tatsächlich in einem absehbaren Zeitraum von drei bis dreieinhalb Jahren zu einem Berufsabschluss führt. Das ist ja genau die Idee im Übergangssystem mit den Ausbildungsbausteinen und den Bildungsketten, die man baut, damit die Zeitverluste und die demotivierende Lebenszeitverschwendung, die da stattfinden, nicht stattfinden müssen. Aber im Kern sind das auch alles nur Maßnahmen, die jetzt helfen, man muss aber grundsätzlich darüber nachdenken, wie wir das, was wir haben, dazu nutzen können, um Jugendliche zu qualifizieren. Das wird immer in der Hauptsache die duale betriebliche Ausbildung sein. Auch heute bilden wir ja immer noch deutlich über 60 % dual aus, nur mit Verzögerungen. Das muss man doch wirklich als Skandal empfinden, dass es beim Übergang von der Schule in die Ausbildung nur 41 % in direktem Zug schaffen, in eine qualifizierte Ausbildung zu kommen!



Manfred Kremer

Schulte-Loh: Also Verzögerung auf der einen Seite und – wenn man das im Vergleich mit anderen europäischen Ländern sieht – auf der anderen Seite der immer spätere Einstieg in den Beruf.

Kremer: Das sind die Probleme, die die Jugendlichen aus den Schulen mitbringen. Es ist ja richtig, was eben gesagt worden ist, dass wir nicht grundsätzlich sagen können, das Übergangssystem sei schlecht. Es gibt eben auch Jugendliche, die wirklich diese ein oder zwei Jahre der zusätzlichen Förderung in der Berufsvorbereitung brauchen. Es gibt auch Jugendliche, für die es völlig richtig ist, dass sie noch zur Schule gehen, teilweise weil sie wirklich weitere schulische Qualifikationen brauchen. Man kann doch im Grunde genommen nicht traurig darüber sein, wenn jemand den Hauptschulabschluss hat und jetzt noch einen Realschulabschluss oder eine Fachhochschulreife macht.

Schulte-Loh: Einerseits verzögert sich der Einstieg in den Beruf durch diese Maßnahmen, andererseits weiß man auch, dass die einzelnen Jugendlichen – gerade diejenigen mit schlechteren Startchancen – eine individuelle Förderung brauchen. Frau Solga, wie sehen Sie das? Ist das ein Problem, dass man sich vielleicht verzettelt? Auf der einen Seite braucht man die individuelle Förderung des Jugendlichen, und das Angebot von Maßnahmen wird immer größer, auch immer unübersichtlicher vielleicht. Auf der anderen Seite geht der Blick für mich als Außenstehende auf ein schlüssiges Gesamtkonzept ein wenig verloren.

Solga: In dieser Hinsicht kann ich Herrn Kiss unterstützen und sagen, dass das Übergangssystem auf das Notwendige runterzufahren ist und ansonsten eher über alternative vollqualifizierende Ausbildungsgänge nachgedacht werden sollte. Dann hat auch Frau Kleinert Recht, dann müssen wir zugeben, dass der Hauptschulabschluss heute für viele Berufe einfach nicht mehr reicht, und dass eine Umstellung der Schulen nicht nur Ganztagschule bedeutet, sondern eher Förderung. Und dann sind wir bei der individuellen Förderung: Die individuelle Förderung kann eben nicht erst in der Berufsausbildung oder im Übergang ins Berufsausbildungssystem anfangen, sondern wir bräuchten sehr viel offenere Schulen, die auch unterschiedliche Lernzeiten und ähnliches zulassen und eher darauf orientiert sind, auf einen mittleren Abschluss hin zu qualifizieren. Wir machen Projekte in Hauptschulen, und das ist immer wieder demotivierend für die Forscher, wenn den Jugendlichen erzählt wird, „Wenn ihr den Hauptschulabschluss schafft, dann habt ihr eine Chance auf dem Ausbildungs-

markt“, obwohl wir wissen, dass sie im Prinzip keinerlei Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben.

Schulte-Loh: Ist es so, Herr Kiss?

Kiss: Es gibt diese Ansicht inzwischen in vielen Betrieben. Es ist die Frage, in welcher Region wir sind und welchen Wert die Hauptschule dort hat. Auch das ist regional sehr unterschiedlich. Manche Unternehmen sagen, ich habe lieber einen Hauptschüler, der mit Überzeugung zu mir in den Betrieb kommt, und keinen Gymnasiasten, der das nur als Wartemodell ansieht. Hauptschule ist nicht gleich Hauptschule. Ein bayrischer Hauptschüler wird bessere Chancen haben als beispielsweise ein Hauptschüler aus dem Norden des Landes.

Ja, es gibt eine ganze Menge Projekte, die zum Teil sehr gut funktionieren. Ich kann eines zitieren, das mir aus der IHK Siegen bekannt ist. Dort gibt es ein von der IHK organisiertes „Haus der Berufsvorbereitung“, in dem Praxisklassen für Hauptschüler angeboten werden. Denen hat man gesagt: „Wenn ihr sieben Wochen durchhaltet und in euren Ferien Freitag Abend und Samstag Vormittag hierher kommt, um euch gewisse Sachen beibringen zu lassen – Praxiserfahrung, Deutsch, ein Knigge-Kurs ist auch dabei –, dann garantieren wir euch eine Lehrstelle in der Region.“ Das funktioniert. Ich kann also nicht generell sagen, Hauptschüler hätten keine Chance, sondern das ist sehr unterschiedlich.

Schulte-Loh: Was bedeutet es, Herr Ring, gerade wenn es um Schulbildung oder Aus- und Weiterbildung geht, dass es regional so große Unterschiede und natürlich auch Kompetenzen gibt? Die Länder sagen ja ganz gerne, was sie im Bereich Bildung möchten. Wir reden über Internationalisierung, aber man hat das Gefühl, dass sich Deutschland mit dem, was es in der Bildungspolitik tut, gerade in einer vollkommenen Kleinstaatlichkeit verliert, sich nicht öffnet, sondern verschließt.

Ring: Die Bundesländer werden sich in Zukunft viel stärker auf sogenannte Bildungsstandards hin bewegen und diese festlegen müssen.

Schulte-Loh: Wissen Sie, wie viele Jahre wir schon über Bildungsstandards reden? Wissen Sie, dass man den Begriff ohne Ergebnisse eigentlich nicht mehr hören mag? Ich meine das gar nicht böse, sondern bemerke einfach nur eine gewisse Trägheit in der Diskussion.

Ring: Es ist ein typisches Beispiel, dass wir aus anderen Ländern zwar die Konzepte der Bildungsstandards übernehmen, aber eben nur die. Das ganze Umfeld, das noch dazu gehört, also beispielsweise die Ausstattung mit Lehrkräften, Schulassistenten und anderen, das übernehmen wir nicht. Es heißt nur, hier habt ihr die Bildungsstandards, seht zu, dass ihr klarkommt mit euren 30 Grundschülern oder Schülern in der Sekundarschule. Das muss man deutlich sagen, das ist eine Geringschätzung von Bildung. Wir investieren nicht genug. Wir sind nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen. Wir wissen aus Forschung und Praxis wirklich ganz genau, was zu tun ist, und wir wissen auch ganz genau, dass es gute Projekte an Hauptschulen gibt, die es sogar schaffen, 100 % der Absolventen in die Ausbildung zu bringen. Aber betrachtet man die Forschungsergebnisse und Zahlen insgesamt, dann ist es so, dass die Hauptschüler die längste Einmündungszeit haben. Bis alle diejenigen, die eine Ausbildung beginnen möchten, auch wirklich in eine Ausbildung kommen, vergehen oftmals vier Jahre und beim Realschüler sechs Monate und beim Gymnasiasten drei Monate. So ist die Lage. Und bei denjenigen, die es am Ende nicht schaffen, ist der Anteil an Hauptschülern eben deutlich höher als bei den anderen. Man kann über die Hauptschule diskutieren so viel man will – niemand will die Schulform ja kaputtreden, solange es sie gibt, im Gegenteil, das wäre falsch –, aber man muss die Realitäten sehen: Die Anforderungen sind andere geworden, auch im Handwerk. Wie können Hauptschüler Mechatroniker werden? Selbst mit einem guten Hauptschulabschluss wird das sehr schwierig, obwohl man viele Beispiele von Jugendlichen hat, die es schaffen, wenn man sie erst einmal zulässt.

Schulte-Loh: Wobei nur der Ruf nach „Wir müssen mehr in Bildung investieren!“ alleine auch nicht weiterhilft, Herr Ring. Es gab in der Vergangenheit, in den 70er Jahren, unendlich viel Geld für Bildung. Es gab auf einmal Initiativen ohne Ende, man konnte gar nicht mehr zählen, so viele Initiativen gab es. Und viele Initiativen sind, ehrlich gesagt, ins Nichts gelaufen, haben nichts gebracht, weil man einfach nicht ...

Ring: Wenn man das jetzt historisch politisch betrachten würde, müssten wir sagen, dass wir am Ende der 70er Jahre die Bildungspolitik stillgelegt hatten. Damals haben wir von Akademikerschwemme gesprochen.

Schulte-Loh: Und was haben wir daraus gelernt?

Ring: Wir haben zehn Jahre lang nichts mehr gemacht. In den 80ern und Anfang der 90er Jahre, als alle Industriestaaten bis auf wenige Ausnahmen um uns herum ihre Bildungssysteme reformierten, haben wir gesagt, „Wir sind gut, das dreigliedrige Schulsystem ist das Beste der Welt.“ Bis Pisa kam ...

Schulte-Loh: Und, Herr Ring? Hat man sich zu lange darauf ausgeruht?

Ring: Man hat sich garantiert zu lange darauf ausgeruht, das kann man schon sagen. Hier muss ein Ruck durch die Politik gehen, damit Bildung wirklich Thema Nummer eins wird, und zwar nicht nur verbal, sondern tatsächlich auch in Form von Geld. Wir müssen in Bildung Geld hineinstecken, und ich glaube, es ist eine Notwendigkeit, dass gerade in dieser Krise vor allen Dingen Finanzmittel zur Qualifizierung der Menschen bereitgestellt werden, auch dieser Menschen, über die wir reden. Und wenn wir hier ordentlich Geld reinstecken und die Inhalte genau festlegen, dann können wir als Gesellschaft diese jungen Menschen auch wieder nutzen und ihnen wirkliche Zukunftschancen geben. Es gibt dafür Konzepte, die liegen seit Jahren vor, die müssen natürlich an die heutige Zeit angepasst und ein bisschen verbessert werden.

Schulte-Loh: Frau Solga?

Solga: Ihre Einstiegsfrage war ja, was wir daraus gelernt haben. Es gab Hunderte von Initiativen, das signalisiert ja das Problem, das wir jetzt haben, dass wir über Modellprojekte jetzt versuchen müssen, im Rahmen dieses Programms alles ein bisschen zu bündeln. Aber im Prinzip doktern wir, wie Herr Kremer sagt, daran herum, ohne die Situation wirklich zu verändern. Insofern wäre ich sehr dafür, mehr Geld ins System zu stecken, mehr in Bildung zu investieren, aber bitte schön strukturiert und wirklich auch als systemische Lösung, nicht da ein bisschen und dort ein bisschen, denn dann verpufft zuviel, und es hilft in der Regel auch nur partiell, weil es sonst wiederum neuen Geldes bedarf, um alles zu managen und einen Überblick zu erhalten.

Schulte-Loh: In diesem Zusammenhang heißen Sie also genau das gut, was im Rahmen von „Perspektive Berufsabschluss“ beim Übergangsmanage-

ment gemacht wird: In den Regionen selbst schauen, was haben wir eigentlich alles, was gibt es für Initiativen, wie kann man sie bündeln und wo einen Schwerpunkt setzen? Halten Sie das für den richtigen Ansatz?

Solga: Ich sage es mal so: Der Föderalismus kann eine Chance sein. Ich sehe sie noch nicht ganz, aber wenn die Regionen diese Chance auch nutzen, dann gerne. Aber wirklich, um auch systemisch neue Dinge auszuprobieren und nicht nur Modellversuche und hier eine Initiative und da ein Projekt.



Prof. Dr. Heike Solga

Ring: Darf ich dazu noch etwas sagen? Ich stimme mit Frau Solga völlig darin überein, dass es eines systemischen Ansatzes bedarf, und dass das keine Frage des Geldes ist. Wir haben ein Gutachten bestellt und im letzten Jahr beziffert, wie viel Geld notwendig ist, um alles das, was durch Pisa und andere internationale Studien immer offener zutage tritt, die hohe Selektivität, die hohe Verbindung von biografischen Herkünften, familiärem Hintergrund und Bildungschancen, aufzubrechen. Das alles kostet 30 Milliarden Euro. Das ist die Summe, die wir ermittelt haben, um dem Anspruch gerecht zu werden, einen systemischen Ansatz zu verfolgen, damit wir wirklich von Chancengleichheit und anderen Voraussetzungen sprechen können.

Schulte-Loh: Ich finde, 30 Milliarden Euro sind nicht wenig!

Ring: Ja, finde ich auch.

Solga: Damit könnten wir Opel retten. Bank müsste man sein, dann geht es.

Ring: Wir reden ja im Moment über ganz andere Summen, und ich finde es sehr bedauerlich, dass im Konjunkturpaket zwei Sachen im Vordergrund standen. Deswegen ist es auch notwendig, bei den Überlegungen zum Konjunkturpaket III die Frage nach Bildung und Qualifizierung ganz anders in den Fokus zu rücken.

Ich möchte, wenn Sie erlauben, jetzt noch eine ganz kleine Sache loswerden. Einige Male ist der



Begriff Übergangssystem einfach in den Raum gestellt worden. Ich finde den Begriff zumindest fragwürdig, denn schafft er wirklich Übergänge? Und ist das ein System? Ich frage mich beides. Es ist weder ein Übergang noch ein System. Deswegen warne ich davor, diesen Begriff ohne weitere Klammer zu benutzen. Er ist geprägt worden, um deutlich zu machen, wo die Defizite des dualen Systems liegen, deswegen redet alle Welt von Übergangssystem. Aber ich finde diesen Begriff falsch. Wirklich, er trifft nicht das, was wir brauchen. Wir haben ja auch hier schon Elemente diskutiert. Es sollen bessere Übergänge geschaffen werden, das ist aber ein ganz anderes Thema und hat gar nichts mit einem Übergangssystem, so wie wir es kennen, zu tun.

Solga: Darf ich dazu gerade noch direkt antworten? Ich finde es falsch zu sagen, das sei nur ein Versagen des dualen Systems. Richtig ist, dass wir lange Zeit zu wenig betriebliche Ausbildungsplät-

ze hatten. Aber warum ist das Schulberufssystem nicht in der Lage, eine entsprechende Alternative anzubieten? Eigentlich sind die Länder ja zuständig. Und eigentlich sind wir uns auch klar darüber, dass jedem Jugendlichen ein Bildungsabschluss zusteht. Es tut mir leid, das so deutlich sagen zu müssen, aber die Länder haben es zum Beispiel versäumt, in das vollqualifizierende Schulberufssystem solche Elemente einzubauen, wie wir sie in der dualen Ausbildung haben, Förderung von Jugendlichen, die es schwieriger haben, ausbildungsbegleitende Hilfe, Betreuung durch Sozialpädagogen, so dass mehr als nur diejenigen in den anspruchsvollen Schulberufen sehr gut ausgebildet werden – meist Realschüler und Abiturienten, oft junge Frauen. Für den normalen Schulabgänger ist oft kein ausreichendes Angebot vorhanden, die landen dann eben in der Berufsvorbereitung der beruflichen Schulen. Die Lehrer sind da, das Geld wird investiert, nur in die falschen Maßnahmen.

Schulte-Loh: Frau Kleinert?



Dr. Corinna Kleinert

Kleinert: Ich habe ein schönes Beispiel dafür, dass die Anforderungen gestiegen sind: Für Hauptschüler gibt es nur wenig Angebote im Schulberufssystem, fast immer wird ein Realschulabschluss als Minimalvoraussetzung gefordert. Mir fällt es schwer, Fantasie zu entwickeln, für welche Berufsbilder, die sozusagen auf schulischem Wege niedrigschwelliger sind, man überhaupt volle und vermittelbare Ausbildung im schulischen Bereich anbieten kann. Ich bin skeptisch, ob man Ausbildungen entwickeln kann, die auch Beschäftigung ermöglichen.

Ich wollte aber nochmals auf ihre Frage, ob ein regionales Modell jetzt das richtige ist, zurückkommen, weil mich das die letzten Tage – also auch ge-

stern schon – beschäftigt hat. Ich glaube, unter den momentanen Gegebenheiten dieses Dschungels an Programmen, Modellversuchen und Zuständigkeiten ist es ein realistischer Weg, auf kommunaler Ebene anzufangen, ich halte ihn aber nicht unbedingt für den idealen. Beispielsweise wenn wir noch einmal den Begriff „Chancengleichheit“ nehmen. Der kommunale Weg birgt einfach die Gefahr, dass wir Regionen haben, in denen es gut funktioniert und wo Jugendliche dann bessere Chancen haben als in anderen Regionen, die nicht in diese Modellprojekte mit einbezogen sind. Der Erfolg ist hochgradig abhängig von den Netzwerkpartnern.

Schulte-Loh: Und wie kommt man aus dieser Breddouille heraus?

Kleinert: Indem man wirklich systemische Lösungen – wie Frau Solga eben schon gesagt hat – anbietet, um aus diesem Dschungel an Zuständigkeiten herauszukommen, und versucht, die Übergangsmaßnahmen – ich möchte auch nicht „System“ dazu sagen, weil es nämlich momentan wirklich das ge-

naue Gegenteil ist – zu systematisieren. Und hier möchte ich auch dem, was vorher gesagt wurde, widersprechen: Ausbildungsmodule und Bausteine könnten ein Weg dazu sein, ein realistischer Weg der Anrechenbarkeit. Momentan bietet man einjährige Maßnahmen an, die eher Zeit vergeuden, hier wünsche ich mir ein bisschen mehr Realismus, ein bisschen weniger Ideologie, was das duale System betrifft.

Schulte-Loh: Ist das, was Sie anregen, machbar in der Kompetenz der Entscheidungsstrukturen, wie wir sie in Deutschland im Moment haben? Ich stelle es mir schwierig vor.

Kleinert: Wenn wir zum Beispiel alle Regionen danach benchmarken würden, wie lange Schulabgänger vom Schulabgang bis zum Berufsabschluss brauchen, und dann miteinander vergleichen würden, könnte man sehen, dass das in manchen Regionen eine relativ kurze Zeit ist und in anderen eine längere. Dadurch erzeugt man Druck. Genau das ist die Idee von Pisa, zu verdeutlichen, dass es Regionen gibt, in denen es möglich ist, die Übergänge so zu gestalten, dass die meisten tatsächlich nach spätestens dreieinhalb Jahren einen Berufsabschluss haben, und dass es in anderen Regionen Schwierigkeiten gibt. Das kann viele Gründe haben, das muss man dann genauer betrachten. Aber man sollte vergleichen und fragen können, warum es bei uns im Durchschnitt vier oder fünf Jahre dauert, und bei anderen nur drei.

Schulte-Loh: Frau Solga?

Solga: Ich würde dem Benchmarken, gerade weil Sie Pisa genannt haben, nicht allzu viel Bedeutung beimessen. Es gibt zu viele unterschiedliche Benchmarks. Bayern wurde genannt. Bayern sagt dann beispielsweise, „Wir sind in der Kompetenz hoch, wir sind super!“, aber gucken Sie sich mal an, wo Bayern in Bezug auf Schule bei der Chancengleichheit steht. Insofern sind Benchmarks immer problematisch.

Wir haben ja mit der Frage gestartet: Liegt in der Krise eine Chance? Ich glaube, wenn Probleme eher auf den Tisch kommen, wenn man ehrlich sagt, wir stecken seit Jahren in einer Ausbildungskrise, dieses und jenes sind unsere Probleme, Ideologien beiseite lässt, dann liegt hierin eine Chance. Ich glaube nicht, dass Herr Nehls vorhin über Ausbildungsplatzabgabe gesprochen hat, sondern über Ausbildungsplätze. Kann man nicht über neue Verzahnungen von Wirtschaft und Berufsschule nachdenken? Wir sollten vielleicht mal in die Schweiz schauen oder nach Österreich, dort gibt es immer noch viel Verzahnung von Betrieb und Schule, aber man geht dort sehr viel effektiver mit den Betriebskapazitäten um, beispielsweise durch neue Mischungsverhältnisse oder eine neue zeitliche Struktur von Schule und Betrieb. Vielleicht kommt man so zu einem größeren Konsens und gemeinsamen Lösungen. Die Zuständigkeit ist das große Problem, gerade im Bereich der Berufsbildung, in dem sie vier, fünf Partner haben, die alle an irgendeinem Punkt mitreden können. Ein anderer Weg wäre über

eine Gesetzesänderung. Sie haben die beruflichen Schulabschlüsse genannt, jetzt gibt es eine Übergangsklausel, aber welches Land baut riesige Berufsschulstrukturen auf, wenn nicht klar ist, ob aus der Übergangsklausel etwas Dauerhaftes wird. Dann muss man auch den Mut haben, zu sagen „Eine schulische Ausbildung ist gleichwertig mit der dualen, und es sind auch die gleichen Ausbildungsberufe“, wobei dual ja auch nur eine Verzahnung von praktisch und schulisch bedeutet und nicht gleichzusetzen ist mit einzelbetrieblich. Dann kann ich auch über neue Kombinationen von Lernorten nachdenken und bekomme eine Dualität im schulischen Berufssystem für die klassischen betrieblichen Ausbildungen.

Schulte-Loh: Herr Kiss, Frau Solga sprach gerade das Aufeinanderzugehen der verschiedensten Akteure an, um die Probleme zu lösen. Sehen Sie hier Bereitschaft bei den Unternehmen zu sagen, „Wir haben das duale Ausbildungssystem, das sich in vielen Dingen bewährt hat, daran halten wir fest, aber wir müssen uns vielleicht auch noch öffnen für andere Möglichkeiten“?

Kiss: Ja, die Bereitschaft ist ohne Zweifel da. Die Wirtschaft in Vertretung der IHK ist bei den verschiedenen Projekten, die genau diese Dinge ausprobieren, auch mit dabei, begleitet das alles äußerst wohlwollend. Ich kann nicht sagen, dass dabei viel Ideologie im Spiel ist, aber ein paar Gedanken über die Gefährdung des dualen System und darüber, es möglicherweise zu verlieren, müssen immer erlaubt sein.

Ich möchte noch einmal etwas zur Vernetzung in den Regionen sagen. Auf der Ebene der ländlichen Regionen ist das wirklich eine Sisyphusarbeit, die auf Bundesebene – das ist mir leider aufgefallen – nicht mehr richtig klappt. Wir haben vorhin über drei verschiedene Programme gesprochen. Eins heißt Jobstarter Connect, ein anderes heißt „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ und ein drittes heißt „Teilqualifizierung für gering qualifizierte Arbeitslose“, finanziert von der Bundesagentur für Arbeit. Es wäre schön, wenn man sich jetzt im Saal zusammenfände und anfinge, darüber zu reden, was man in den einzelnen Programmen genau fördert. Die Wirtschaft vermisst hier sehr stark eine frühzeitige Verzahnung. Die hat wohl einmal schon stattgefunden, aber nur sehr ungenügend. Jetzt, im

Nachhinein, zu überlegen, was man machen kann, ist zumindest nicht der ideale Weg. Man verlangt aber von den vielen Partnern in den Regionen, in den Kommunen, sich dort zu vernetzen, sich dort zusammenzutun. Das passt meines Erachtens nicht ganz zusammen, ist geradezu paradox. Noch vielleicht ein Satz –

Nehls: Genau, die historische Wahrheit. Nein, Frau Solga, es ist wirklich so, dass wir auch das schulische Angebot anschauen müssen. Die Frage ist dann nochmals – und das waren damals auch die Bedenken der Sozialpartner, auch im Innovationskreis: Was ist das Kennzeichen von Berufsbildung? Es ist das im Arbeitsprozess integrierte Lernen, reflektier-



Prof. Dr. Heike Solga und Markus Kiss

Schulte-Loh: Entschuldigung, jetzt muss ich kurz einhaken. Das ist nicht passiert auf Druck der Sozialpartner im Kreis Berufsbildung.

Kremer: Nein, dass wir kein vernünftiges Bundesprogramm zur Erprobung der Ausbildungsbausteine gemacht haben, das über JobStarter Connect hinausgeht, lag an der BA, die sich bemühte, etwas Eigenes zu machen, weil auch sie dieser modularen Qualifizierung, jedenfalls im Bereich der Nachqualifizierung, einen hohen Wert gab. Wir haben Gespräche mit der BA geführt über Ausbildungsbausteine und wie wir vorgehen könnten. Der politische Gegenwind hat ein weiteres Vorgehen aber unmöglich gemacht. Dasselbe gilt für die Befristung der Regelung im Berufsbildungsgesetz, das war zumindest meine Empfindung. Die Sozialpartner haben sich verweigert, das als unbefristete Regelung im Gesetz zu verankern, das muss man mal ganz klar sagen. So ist das! Auch die praktische Umsetzung war sehr schwierig. Inzwischen höre ich aus den Regionen, die Kammern wären offener, aber am Anfang war das ein wirklicher Kampf. Die Regelung muss entfristet werden, sonst wird daraus nichts.

Schulte-Loh: Herr Nehls, Sie wollten dazu –

Nehls: Ja, ich meine, die Sozialpartner und Gewerkschaften haben sich zu Recht eingemischt.

Kremer: Bleiben wir doch mal bei der historischen Wahrheit!

te Arbeitserfahrung, oder Herr Kremer? Sind wir da aus der Welt?

Kremer: Sind wir völlig einer Meinung!

Nehls: Die Bedenken der Sozialpartner im Innovationskreis, wenn Sie das schon ansprechen, Herr Kremer, waren, dass das duale System hier geschwächt wird. Das ist der Hintergrund gewesen. Wir müssen sehen, dass die duale Berufsausbildung eine Kompetenz vermittelt, die einfach besser ist – auch was die Übergänge angeht – als schulisch geprägte Berufsbildungssysteme wie beispielsweise in Frankreich. Das ist der Punkt. Dass das infrage gestellt wird, war die Sorge der Sozialpartner. Mit Sorge sehen die Sozialpartner aktuell auch ein Projekt der BA, das die Zertifizierung von Teilqualifikationen mit bundesweiten Standards entwickeln will.

Schulte-Loh: Ich möchte jetzt nicht, dass Sie sich bei den einzelnen Projekten nicht genau einigen können.

Nehls: Nein, nein. Es geht nur um die Teilqualifikation, das ist ja das Thema, das Herr Kiss angesprochen hat.

Schulte-Loh: Und wohin wollen wir bei diesem Thema?

Nehls: Wir wollen einen vollwertigen qualifizierten Berufsabschluss. Das muss das ganz klare Ziel

sein. Und wenn das dual eben nicht möglich ist, dann brauchen wir klar definierte Ersatzangebote. Jugendliche brauchen eine klare Perspektive für den Arbeitsmarkt, und das ist ganz einfach ein vollwertiger qualifizierter Berufsabschluss.

Schulte-Loh: Herr Ring?

Ring: Ich möchte nochmals etwas zum schulischen Berufsbildungssystem sagen. Wenn Sie Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen fragen würden, ob sie dazu bereit wären, eine Berufsausbildung anzubieten, dann würden sie sofort sagen: „Ja, das würden wir sehr gerne machen!“ Und ich sage dazu: „Sie können das auch!“ Sie können das deswegen, weil beispielsweise Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer eine Meisterausbildung haben und zusätzlich noch eine zweijährige berufspädagogische Ausbildung. Insofern sind sie qualifiziert für die Ausbildung von jungen Menschen. Hinzu kommen auch die Theorielehrer, die entsprechende theoretische Leistungen erbringen können. Das Grundproblem liegt woanders. Wenn wir als berufsbildende Schulen anfangen würden, berufsschulische Angebote zu entwickeln, hätten wir sofort den Druck von außen, weil dann gesagt würde: „Ihr zerstört das deutsche duale System.“ Denn dann würden sich sehr viele junge Menschen keine Lehrstelle mehr suchen, sondern gleich in die berufsbildende Schule gehen, da bekämen sie ein Angebot, von dem sie wissen, dass es solide ist. Den Betrieben – wie wir das hier beispielsweise schon vom Handwerk gehört haben – fehlen dann aber Auszubildende. Das geht an die Grundstruktur und deshalb gibt es viele Mächte, die genau diese alternative Struktur nicht wollen, und wir haben deshalb letzten Endes im Berufsbildungsgesetz fast nur diese eine Öffnung, dass wir sogenannte Assistentenberufe ausbilden können. Das sind Berufe, die man nur mit einem mittleren Bildungsabschluss beginnen kann – und darüber gibt es sogar schon die Diskussion, ob sie denn anschließend wirklich in einen richtigen Beruf übergehen können. Denn wenn die Jugendlichen danach in die Betriebe gehen, wird oftmals gesagt: „Das reicht nicht aus, Ihr seid zwar Informationstechnische Assistenten, aber wenn Ihr bei uns, der Firma XY – ich nenne jetzt bewusst keine Namen –, lernen wollt, dann müsst Ihr von ganz vorne anfangen.“ Und das, obwohl die Jugendlichen schon Kompetenzen erworben haben, die fast die ganze Lehre ausmachen, teilweise sogar die gesamte Lehre.

Schulte-Loh: Ich weiß von Ihnen, Herr Krüger, dass es bei der Nachqualifizierung schwierig ist, diejenigen, die in eine Nachqualifizierung gehen, bei der Stange zu halten. Bei Ihnen war es so, dass sich in einem Projekt viele für eine Nachqualifizierung beworben hatten, zuerst also eine große Bereitschaft vorhanden war, aber was ist dabei herausgekommen?

Krüger: Das ist ja das Thema der ganzen Veranstaltung „Perspektive Berufsabschluss“. Das Programm wird in den Regionen umgesetzt, und in Brandenburg und Ostbrandenburg haben wir gemeinsam mit der IHK im vorigen Jahr in diesem Rahmen ein Vorhaben mit dem Namen Pro-Beruf-Ostbrandenburg initiiert. Bis die Netzwerke mit BA und Ausbildungsträgern einigermaßen standen, haben wir Oktober geschrieben. Ich habe die Zahlen der Kammer aus unserem Einzugsbereich da, und sie sind eigentlich deprimierend: In den vergangenen acht Monaten hatten wir 185 sensibilisierte Teilnehmer, also Leute, die sich das erste Mal gemeldet haben. Sie alle wurden daraufhin eingeladen, von ihnen wurden 58 aktuell begleitet –, also schon ein riesiger Absturz. Für 20 Teilnehmer konnte eine Ausbildungsbiografie erstellt werden, von ihnen sind 6 in eine Ausbildung gegangen. Das belegt also, was Frau Haugg gestern in ihrer Eingangsrede zur Veranstaltung gesagt hat: Die Akteure müssen einen sehr langen Atem haben und auch überzeugt sein, dass sie etwas Gutes tun. Es wird uns gelingen, noch mehr Teilnehmer in die Ausbildung zu bekommen, aber der Start ist nicht unbedingt ermutigend. Grundsätzlich kann ich für unsere Kammer jedoch sagen, dass die Mitarbeiter, die sich mit diesem Thema beschäftigen, auch davon ausgehen, dass sie diese Arbeit über die vierjährige Laufzeit des Programms hinaus weiterführen werden.

Schulte-Loh: Frau Solga, diese ersten Zahleneindrücke, die Herr Krüger gerade geschildert hat, sind ja frustrierend, wenn man schaut, was gemacht und was erreicht wird, obwohl man diese ersten Zahlen natürlich nicht als endgültig nehmen kann. Es geht ja jetzt erst auf den Weg. Was, glauben Sie, muss passieren, damit sich eine solche Bilanz verbessern kann?

Solga: Ganz wichtig ist der lange Atem, den sie brauchen. Sie müssen sich vorstellen, welche Biografien diese Jugendlichen die vergangenen 16 Jahre

hatten. Sie sind mit vielen Versprechungen und extrem vielen Varianten des Scheiterns in der Schule groß geworden – verspätete Einschulung, Sitzenbleiben, Klassen wiederholen, Klassen wechseln, Abstufung und anderes. Schauen Sie sich bei Pisa an, wie für mindestens ein Drittel der Hauptschüler die Schulbiografien aussehen. Deswegen wäre es meiner Meinung nach eine Überforderung dieser Jugendlichen zu meinen, sie bekämen ein Angebot und seien am nächsten Tag ein anderer Jugendlicher. Deswegen kann ich nur wiederholen, dass man einen langen Atem und eine sehr starke individuelle Betreuung mit Bezugsperson braucht. Diese Jugendlichen, Sitzenbleiber beispielsweise, sind im Prinzip viel flexibler als wir. Ich hatte zum Beispiel eine Klassenlehrerin von der ersten bis zur vierten Klasse, und dann von der fünften bis zur achten und von der neunten bis zur zwölften Klasse. Aber diese Jugendlichen müssen sich ständig auf neues Personal und neue Bezugspersonen einstellen. Man muss stärker auf die Jugendlichen gucken, was bringen sie mit, und dann sehr individuell vorgehen und nicht sagen, wir laden sie ein und schauen dann, wie viele wiederkommen. Unbedingt langer Atem und individuelle Betreuung, ansonsten sind diese Jugendlichen verloren. Man darf nicht denken, sie hätten ihre Chancen nicht genutzt, sondern wir haben unsere Chancen als Gesellschaft nicht genutzt, um diese Jugendlichen noch zu bekommen. Aber das ist ein anderes Thema.

Schulte-Loh: Herr Krüger?

Krüger: Ich möchte dabei noch anführen, dass die Förderung der Jugendlichen eigentlich während der Schulzeit beginnen sollte und nicht erst, wenn sie die Schule verlassen. Wir haben im Kammerkreis ein Paradebeispiel an einer Schule, an der Jugendliche mit Förderungsbedarf, die in der 9. Klasse schon auffällig geworden sind, Personen zur Seite gestellt bekommen und mit denen gemeinsam ein Praxisprogramm absolviert haben. Sie mussten ein Dreivierteljahr lang außerschulisch in einen Betrieb gehen und anschließend einen Aufsatz darüber schreiben und einen Vortrag von 15 Minuten vor der gesamten Klasse halten. So etwas wird mit Leuten gemacht, die auffällig geworden sind und Förderungsbedarf haben, das kann ich heute von manchem Realschüler kaum erwarten. Deshalb, finde ich, müssten wir in Zukunft viel früher ansetzen, bereits mit den Kindern zu arbeiten beginnen, damit wir nicht mehr die Situation wie heute haben und mit diesen Maßnahmen nur noch nachbessern können.

Schulte-Loh: Ich möchte gerne von Ihnen in einer Schlussrunde eine Einschätzung darüber haben, ob sie glauben, dass es so etwas wie ein gesellschaftspolitisches Klima im Moment gibt, das tatsächlich eine Neuorientierung und ein Umdenken ermöglicht. Herr Kremer, wenn Sie den Anfang machen würden. Der Druck und die Auswahl haben zugenommen, was übrigens für alle Schüler gilt, auch für Gymnasiasten und diejenigen, die im Studium sind. Sind unsere Strukturen dem gewachsen oder nicht? Überlässt man sie nicht alle ihrem Schicksal, son-



Wolf-Harald Krüger



dern sagt, „Wir ändern jetzt etwas!“ Können Sie das erkennen?

Kremer: Die Probleme sind schon ganz gut erkannt und beschrieben und auch in der Politik angekommen. Aber die Lösungen für die Probleme sind noch zu halbherzig. Ich möchte dazu das Beispiel Bildungsstandards heranziehen. Hier übernehmen wir ein an und für sich gutes Instrument aus den Ländern, die ganz gute Bildungsergebnisse haben, aber wir ziehen nicht die volle Konsequenz, die man daraus ziehen müsste. Wir beginnen nicht wirklich, individuell zu fördern, wir haben keine Schulassistentin, die der Grundschullehrerin zur Seite steht, wir haben keinen Schulsozialarbeiter, der sich um schwierige Elternhäuser kümmert, wir machen eben nicht wie in Finnland alle 14 Tage einen verpflichtenden Elternabend. Unsere Lehrer gehen nicht alle drei Monate in die Elternhäuser und besprechen Förderziele und die damit verbundenen Pflichten der Eltern. Dazu haben wir viel zu wenig Lehrer. Unsere Lehrer haben keinen Arbeitsplatz in der Schule und finanzieren alles selbst, einschließlich des Kopierpapiers. Man muss sich einmal anschauen, unter welchen Bedingungen die Kollegen in den Schulen arbeiten. Das sind alles Dinge, die man sehen muss, wenn man wirklich etwas von der Wurzel her ändern will, dort muss man dann anfangen. Dasselbe gilt natürlich auch für die Frage, wieso die Kapazitäten und Möglichkeiten, die berufliche Schulen haben, nicht auch für die Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen genutzt werden, nicht nur bei den Fällen, die es regional gibt, sondern insgesamt überall dort, wo es an Ausbildungsplätzen fehlt. Soweit sind wir noch nicht. Wir führen immer noch eine Diskussion über die Frage: Gefährden wir dadurch das duale System? Die muss man führen, das ist vollkommen richtig, aber wir können das nicht auf dem Rücken der Betroffenen machen.

Schulte-Loh: Frau Kleinert, wie sehen Sie das?

Kleinert: Bei den meisten Punkten kann ich mich anschließen.

Ich denke noch über das gesellschaftspolitische Klima nach, das Sie gerade ansprachen. Dieses Klima ist einerseits bei den Betrieben mit demografischem Wandel da, es ist aber auch in der Politik spürbar, nicht nur in den Bereichen Bildung im Kin-

desalter oder Übergangssystem auf dem Weg über eine Ausbildung ins Arbeitsleben. Woran es meiner Meinung nach stärker mangelt, ist ein allgemeines Klima in Deutschland, in dem vermittelt wird, wie wichtig es ist, immer weiter zu lernen. Das betrifft ganz stark die Nachqualifizierung. Warum sind die Hürden gerade für die Gruppe der Un- und Angelernten so hoch, wenn jemand damit beginnen möchte? Wir haben in Deutschland in der gesamten Bevölkerung ein völlig anderes Klima als in vielen anderen Ländern, in denen es einfach selbstverständlich ist, weiterzulernen, und in denen das nicht als unendliche Hürde, sondern als Wert gesehen wird. Wir haben wenig Strukturen im Alltagsleben, um Nachqualifizierung zwischen Arbeit und Kindern überhaupt unterzubringen, das bewerkstelligen zu können, funktioniert hier schlechter als in anderen Ländern. Es müsste viel mehr Öffentlichkeit geschaffen werden, um hervorzuheben, wie wichtig Weiterbildung für jeden Einzelnen ist, um uns zukunftsfähig zu machen.

Ring: Wir müssen das Verhalten aller Menschen in unserer Gesellschaft verändern. Ich bin mir im Moment nicht sicher, ob wir nicht auch so verfahren, wie die Menschen in der Sahelzone, die den letzten Baum umhacken, weil sie für heute ihr Essen warm haben wollen und nicht daran denken, dass dieser Baum morgen für weiteres Leben sorgen könnte. Ich glaube, wir schauen im Moment in dieser Krise zu stark darauf, dass wir das System ganz schnell für heute am Leben erhalten, aber wir achten viel zu wenig darauf, wie es denn nach der Krise sein wird. Wir müssen jetzt intensive Aufbauleistung betreiben, damit wir auch nach der Krise eine wirtschaftsstarke Gesellschaft sind, die in einem weiteren globalen Wettbewerb bestehen kann. Und das geht nur, wenn wir alle Menschen – und ich betone hier an dieser Stelle alle Menschen – möglichst hoch qualifizieren und dies auch in der Krise nutzen.

Nehls: Das Klima ist günstig, um auch wirklich Formen voranzubringen. Ich möchte an den Bildungsgipfel im letzten Jahr erinnern. Es hat plötzlich ein Gewicht bekommen, auch über Reformperspektiven und Reformnotwendigkeiten zu reden. Wenn man sich das Papier anschaut, finde ich nicht, dass das, was damals im Oktober verabredet wurde, jetzt einfach im Aktenschrank verschwinden sollte. Der Analyseteil ist gut. Ich finde gut, was darin über

die Reduzierung des Anteils von jungen Menschen ohne Berufsabschluss steht. Nur die Wege dahin lassen zu wünschen übrig, das Stichwort heißt Föderalismusreform. Vor allem aber hängt es an der Frage der Finanzierung. Wir setzen sehr darauf, dass bei der Diskussion um ein Konjunkturpaket III auch in Sachen Bildung wirklich Geld in die Hand genommen wird. Nach unseren Berechnungen geht es dabei um 30 Milliarden Euro.

Solga: In vielem möchte ich meinen Vorrednern zustimmen. Die Probleme sind größtenteils erkannt, die Lösungen ebenfalls. Ich finde aber, dass das Thema – auch zum Beispiel im Wahlprogramm – eine viel zu geringe Rolle spielt, wenn man bedenkt, wie viele Familien mit Kindern es eigentlich gibt, und dass es um deren Zukunft geht. Deshalb bin ich im Moment noch nicht wirklich glücklich, was die Einsicht in die Notwendigkeit betrifft, dass etwas zu tun ist – um es einmal ganz neutral auszudrücken.

Schulte-Loh: Herr Kiss, wie schätzen Sie die Situation ein?

Kiss: Ja, momentan haben wir eine Wirtschaftskrise. Es bleibt zu hoffen, dass das wirklich nur eine Episode ist. Ansonsten glaube ich, dass das Bewusstsein bei den Unternehmen, auch für die Bildung und Ausbildung Schwächerer noch mehr tun zu müssen, in den letzten Jahren gewachsen ist. Herr Nehls nannte das Stichwort Bildung. Zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen für Bildung und Forschung ausgegeben werden. Wenn das BIP natürlich sinkt, wird auch das weniger Geld, das darf nicht passieren, darauf sollten wir achten.

Dann nochmals zum Thema Berufsvorbereitung. Leider ist der Bildungsföderalismus das Leichentuch von nahezu jeder Reformbemühung im Bildungsbereich in diesem Land. Die vielen Akteure vor Ort machen es tatsächlich ganz schwierig; hier ist der kommunale Ansatz im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ sicherlich der beste. Mein Vorschlag an alle institutionellen Träger: Alle, die mit dem Thema zu tun haben in einem „Haus der Berufsvorbereitung“ zusammenzubringen, um dann zu sehen, was dabei herauskommt.

Schulte-Loh: Ein gewagtes Unternehmen, Herr Krüger?



Judith Schulte-Loh

Krüger: Ich sehe das eigentlich nur aus der finanziellen Sicht, weil die Wissenschaft die Vorbereitungen nicht begleiten kann. Ich habe die Sorge, dass mit den wegbrechenden Steuereinnahmen – und diese Folgen werden wir erst im kommenden Jahr wahrnehmen –, doch ein großer Rotstift angesetzt werden muss an Dinge, die wir uns nicht mehr leisten können, und ich vermute, dass wie üblich im Bereich Bildung gestrichen wird, so dass mehr Geld für Bildung wahrscheinlich nicht möglich ist, obwohl ich es für dringend notwendig erachte.

Schulte-Loh: Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Einschätzung zum Thema und für Ihre Positionen und Erläuterungen. Herzlichen Dank an die Runde hier oben auf dem Podium! Ich danke Ihnen schon einmal für Ihre Konzentration und Ihre Aufmerksamkeit, dass Sie der Diskussion so gebannt gefolgt sind. Ich hoffe, Sie werden diese Tagung mit neuen Ideen, Anregungen und Gedanken zum Thema verlassen, und überlasse jetzt Herrn Peter Munk vom Bundesministerium für Bildung und Forschung das Schlusswort.

Diskussionsteilnehmer:

Markus Kiss, Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Dr. Corinna Kleinert, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Manfred Kremer, Bundesinstitut für Berufsbildung

Wolf-Harald Krüger, Handwerkskammer Frankfurt/Oder

Hermann Nehls, Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

Klaus-Wilhelm Ring, Kultusministerium Hessen

Prof. Dr. Heike Solga, Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung

Moderation:

Judith Schulte-Loh, Westdeutscher Rundfunk Köln

Schlusswort

Peter Munk, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am Ende einer solchen ereignisreichen Tagung ein Resümee ziehen zu wollen, ist immer schwierig. Zumal wir in dem Programm „Perspektive Berufsabschluss“ erst ein Viertel des Weges zurückgelegt haben. Sie haben während der zurückliegenden zwei Tage sicherlich einen guten Eindruck davon bekommen können, dass alle 49 Vorhaben in ihren Regionen gut Fuß gefasst haben – sicherlich mit Unterschieden, was die Wahrnehmung und Akzeptanz in den einzelnen Regionen betrifft, aber das war von vornherein klar, weil die Startpositionen sehr unterschiedlich waren.

Ich werde in meinem Schlusswort nicht auf Einzelheiten eingehen können, die gestern und heute hier diskutiert wurden. Das wird unsere Tagungsdokumentation, die wir möglichst zeitnah drucken und jedem von Ihnen zuschicken wollen, nachholen. Mir ist bei unserem Thema „Perspektive Berufs-

abschluss“ am Ende aber noch einmal eine vernünftige Einordnung wichtig. Herausragend ist dabei die Feststellung: Bildung und Qualifizierung sind heute zentrale Themen der Zukunftsgestaltung und Innovationsfähigkeit einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft, sowohl national als auch international. Allen jungen Menschen Wege zu öffnen, daran teilzunehmen, ist ein wichtiger und immer aktuell bleibender Teil der Gestaltung beruflicher Bildung. Das war Konsens in allen Beiträgen der Tagung.

Also muss man sich mit diesen Themen beschäftigen, muss die Dinge voranbringen, auch wenn von vornherein nicht alles schon bis ins Letzte geklärt ist. Dies trifft besonders auf die regionale Vernetzung zu, ob man damit nun das Zusammenspiel der Akteure am Übergang von Schule in Ausbildung meint oder bei der nachträglichen Chance auf einen Berufsabschluss für un- und angelernte junge Erwachsene.



„Bildung und Qualifizierung sind heute zentrale Themen der Zukunftsgestaltung und Innovationsfähigkeit einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft, sowohl national als auch international. Allen jungen Menschen Wege zu öffnen, daran teilzunehmen, ist ein wichtiger und immer aktuell bleibender Teil der Gestaltung beruflicher Bildung“, Peter Munk, Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Der erfolgreiche Berufsabschluss ist ein Thema, das gerade für junge Menschen besonders wichtig ist. Der Übergang in Ausbildung und Beschäftigung wird dabei von vielen Jugendlichen und ihren Eltern heute zunehmend als eine Art „Dschungel“ empfunden. Immer häufiger wird dabei von einem Übergangssystem gesprochen, wobei das Systematische nicht immer gegeben ist. Das Mindeste, was wir erreichen müssen, ist, dass wir Licht in diesen Dschungel bringen und Wege aufzeigen, die aus ihm herausführen. Dazu möchte und wird „Perspektive Berufsabschluss“ einen Beitrag leisten. Und eines haben die Tagungsbeiträge auch ganz deutlich gemacht: Fachkräfte mit Berufsabschluss brauchen die Betriebe mehr denn je. Hier treffen sich die Interessen der Jugendlichen und der Betriebe, und hier liegen derzeit unsere größten Chancen bei der Umsetzung unserer Programmziele.

Es liegt nun vor allem an den in den Vorhaben arbeitenden Akteuren, dass aus der jeweiligen Förderung das wird, was wir erwarten: eine konkrete Weiterentwicklung der beruflichen Benachteiligtenförderung in den genannten Handlungsfeldern, im Mikrokosmos der regionalen Strukturen vor Ort. Das muss sich in einem zweiten Schritt schließlich auch im Makrokosmos der Förderstrukturen insgesamt niederschlagen. Dazu möchte das BMBF einen Beitrag leisten, hierbei brauchen wir aber auch die



„Die Programmvorhaben von ‚Perspektive Berufsabschluss‘ leisten einen wichtigen Beitrag für die gegenwärtige Diskussion zur Modernisierung der beruflichen Bildung in den beiden Bereichen Übergang in Ausbildung und zweite Berufsbildungschance für junge Erwachsene.“

Unterstützung unserer Partner auf Landes- und Bundesebene. Deshalb haben wir einen Programmbeirat eingerichtet, der das Programm begleitet und sich im Anschluss an diese Tagung zu seiner zweiten Sitzung zusammenfinden wird, um über diese Dinge zu diskutieren.

Ein Jahr nach Beginn des Programms ist festzustellen, dass die Arbeiten in den Vorhaben gut angefallen sind. Sie konnten sich durch die Beiträge aus einzelnen Fördervorhaben sowohl im Plenum als auch in den Foren selbst davon überzeugen. Damit leisten die Vorhaben einen wichtigen Beitrag für die gegenwärtige Diskussion zur Modernisierung der beruflichen Bildung in den beiden Bereichen Übergang in Ausbildung und zweite Berufsbildungschance für junge Erwachsene.

Dennoch: Es bleibt noch viel zu tun, vor allem in der Schaffung von Transparenz in den Förderstrukturen. Dringend erforderlich ist eine alle Förderbereiche übergreifende Herangehensweise. Erst dann werden wir zu einem koordinierten, planvollen Mitteleinsatz kommen und – was noch wichtiger ist – zu einem für die Teilnehmer verlässlichen und transparenten Förderangebot. Nur so kann aus Förderung und damit oftmals verbundenen sogenannten Maßnahmekarrieren ein zielführender, auf den individuellen Förderbedarf ausgerichteter Bildungsweg werden. Von einem effektiven Übergang können wir erst sprechen, wenn alle förderbedürftigen Jugendlichen erreicht werden und in einem kohärenten System genau die Förderung erhalten, die sie nötig haben. Davon sind wir allerdings noch entfernt.

Ausbildungsstellen sind regionale Märkte. Die Akteure der beruflichen Bildung vor Ort brauchen deshalb Entscheidungs- und Verantwortungsspielraum, um die Bedürfnisse und Wünsche von Wirtschaft und Auszubildenden zusammenzuführen und mit den Potenzialen der Bildungsangebote auf regionaler Ebene abzustimmen.

Das System der beruflichen Bildung lebt von einem konstruktiven Miteinander aller Akteure. Gerade funktionierende regionale Bündnisse für Ausbildung und Netzwerkprojekte zeigen, welche Möglichkeiten zur Erschließung von Ausbildungsplätzen und zur Qualitätssicherung in den Regionen vorhanden sind. Der Erfolg solcher Bündnisse kann nicht gesetzgeberisch verordnet werden, sondern hängt in erster Linie von der Kooperationsbereit-

schaft der Beteiligten, ihrem Engagement und ihrer Innovationsfreude ab. Deshalb hoffe ich sehr, dass unsere Vorhaben Erfolg haben und zu Erfahrungsträgern für andere Regionen werden.



„Das System der beruflichen Bildung lebt von einem konstruktiven Miteinander aller Akteure. Gerade funktionierende regionale Bündnisse für Ausbildung und Netzwerkprojekte zeigen, welche Möglichkeiten zur Erschließung von Ausbildungsplätzen und zur Qualitätssicherung in den Regionen vorhanden sind.“

Was wir alle gemeinsam in diesem Handlungsfeld tun, ist nach meiner festen Überzeugung von großer Bedeutung für unsere gesellschaftliche Zukunft. Was kann mehr Nutzen stiften und für alle Beteiligten befriedigender sein, als jungen Menschen, die oft unter schweren Belastungen stehen, Zukunfts- und Lebenschancen zu eröffnen?

Meine Damen und Herren,

schließlich möchte ich an dieser Stelle noch einen Aspekt hervorheben. An der hohen Aufmerksamkeit im Plenum und Ihren Fragen während der Podiumsdiskussionen, ihren regen Diskussionsbeiträgen besonders in den Foren und schließlich der aufgeschlossenen Atmosphäre am Rande der Tagung, habe ich eine große innere Bereitschaft gespürt, bei diesem Teil der aktuellen Bildungsdiskussion voranzukommen. Das stimmt sehr optimistisch, dass wir unsere gesteckten Programmziele auch erreichen werden. Ich glaube, wir alle profitieren am Ende davon, wenn wir von dem, was wir in diesen zwei Tagen von unseren Gesprächspartnerinnen und -partnern erfahren konnten, einen Teil abschöpfen und zur Weiterentwicklung unseres jeweiligen eigenen Umfeldes nutzen. Das ist der Weg, den wir in den nächsten Jahren beschreiten wollen, das ist ein wichtiger Teil der Ergebnisse dieser Konferenz, und das ist ein guter Erfolg.

Anhand der vorgestellten Beispiele aus einigen Programmvorhaben konnten Sie erkennen, dass wir bereits jetzt auf eine Menge Praxiserfahrungen zurückgreifen können. Ich bin sehr erfreut darüber, dass wir in den zurückliegenden beiden Tagen vieles vertiefen konnten. Ich hoffe, uns ist allen etwas klarer geworden, wohin die Entwicklung in den nächsten Jahren gehen soll. Es gibt unterschiedliche Herangehensweisen und ein Teil dessen, was wir mit dieser Konferenz leisten wollten, war, die dabei erkennbaren Gemeinsamkeiten zu zeigen. Wir wollten Ihnen und uns zeigen, welche vielfältigen Ideen und Konzepte es gibt, und wie an der einen Stelle gefundene Lösungen auch an anderer Stelle von Vorteil sein können.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch einmal all denjenigen danken, die durch persönliches Tun und Ihre Beiträge am Gelingen der Tagung beteiligt waren, oder in der einen oder anderen Form bei der inhaltlichen Vorbereitung mitgeholfen haben. Mein besonderer Dank gilt auch in diesem Jahr wieder Frau Schulte-Loh für ihre gelungene Moderation der Veranstaltung.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Teilnahme und würde mich freuen, Sie bei einer der nächsten Bildungsveranstaltungen wiederzusehen.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

